

HALLETHEMA 2021

Jüdisches Leben in Halle





LEOPOLD
ZUNZ e.V. präsentiert:

8. Jüdische Kulturtage in Halle

BEGINN: 21. SEPTEMBER 2021

WWW.JUEDISCHEKULTURHALLE.DE
WWW.FACEBOOK.COM/JKTHALLE



hallesaale*
HANDELSSTADT



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

»Jüdisches Leben in Halle«: Das diesjährige HalleThema fügt sich ein in das große Jubiläum »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«. Dies geschieht im Bewusstsein der tiefen Tradition, die jüdisches Leben auch in der Saalestadt hat und die hier bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht.

In seiner Rede zur Eröffnung des Jubiläumsjahrs wies Israels damaliger Staatspräsident Reuven Rivlin auf die bittere Ambivalenz im Verhältnis von Deutschland und dem jüdischen Volk hin: auf die Zeiten, in denen unsere gemeinsame Geschichte von Zusammenarbeit geprägt war – und auf die Zeiten grausamster antisemitischer Verfolgungen.

Jüdisches Leben ist nach dem Zivilisationsbruch des millionenfachen Judenmords in Deutschland wieder aufgeblüht. Mit Recht kommentiert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Zuwanderung von Menschen jüdischen Glaubens mit den Worten: »Welch unermessliches Glück für unser Land!«

Aber jüdisches Leben ist in Deutschland beschämenderweise nach wie vor – und in jüngster Zeit leider verstärkt – bedroht. Wie sehr, das musste die Stadt Halle (Saale) am 9. Oktober 2019 auf schmerzhaft Weise erfahren, als ein von Hass getriebener Mann



versuchte, an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, unsere vollbesetzte Synagoge anzugreifen. Die Stadtgesellschaft ist zusammengerückt, hat bewegende Veranstaltungen organisiert und mit einer eindeutigen Botschaft reagiert: Für Antisemitismus ist kein Platz.

Kein Zweifel: Jüdisches Leben gehört zu Deutschland und zu Halle (Saale). Wie sehr, das zeigt auch dieses Themenheft. Es lenkt den Blick auf bekannte und weniger bekannte Spuren jüdischen Lebens in der Stadt, auf Persönlichkeiten wie auf Bauwerke. Mein Dank geht an die Autorinnen und Autoren für ihre anregenden Beiträge und an die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, die durch ihre finanzielle Unterstützung eine Erweiterung des Heftumfangs möglich gemacht hat.

Herzlich

Egbert Geier

Bürgermeister der Stadt Halle (Saale)

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wer heute aufmerksam durch Halle (Saale) geht, kann eine ganze Reihe historischer Bauwerke entdecken, die auf das einst blühende jüdische Leben in Halle verweisen. Es handelt sich um Gebäude, die für unterschiedliche Zwecke errichtet wurden und so auch die Vielfalt jüdischen Lebens und jüdischer Teilhabe an der halleschen Stadtgesellschaft vergangener Jahrhunderte dokumentieren: Villen, Gewerbe- und Handelshäuser verschiedener Branchen, Friedhöfe, eine Synagoge, deren Vorläufer leider nicht erhalten sind, und besonders Kaufhausbauten aus der Zeit um 1900 und der Moderne (1920er Jahre), die bis heute stadtprägend sind.

Das diesjährige Themenheft widmet sich aber nicht der breiten Darstellung dieser Bauten und ihrer umfassenden Geschichte und auch nicht der bemerkenswerten wirtschaftlichen Entwicklung einzelner jüdischer Unternehmungen im 19. und 20. Jahrhundert. Im Zentrum der Beiträge stehen vielmehr die baulichen Überlieferungen der jüdischen Gemeinde, ausgewählte künstlerisch-akademische Persönlichkeiten, die sich in Halle bis 1933/34 entfalten konnten; Sie erfahren etwas über Kulturvereinigungen oder die Judaika im Kunstmuseum Moritzburg, und das Heft gibt Ihnen ebenfalls einen kleinen Überblick zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Halle begleitet von einigen inhaltlichen Anmerkungen zur Entwicklung in den letzten 30 Jahren.



Unter »Spurensuche« wurde zudem wieder eine Auswahl von Jubiläen hallescher Persönlichkeiten, Einrichtungen und Bauwerke zusammengestellt.

Mein Dank gilt an dieser Stelle der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt für die finanzielle Unterstützung, der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) und dem Leopold Zunz e. V. für die gute Zusammenarbeit. Allen Autorinnen und Autoren danke ich dafür, dass sie sich dieses im Festjahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« 2021 auch bundesweit beachteten Themas angenommen und ihre Beiträge zudem unentgeltlich zur Verfügung stellten.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre viel Freude und hoffe, dass das diesjährige Heft Ihnen zugleich eine Anregung ist, auf den ausgebreiteten Spuren jüdischen Lebens in Halle (Saale) in Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu wandeln.

Ihre

Dr. Judith Marquardt
Beigeordnete für Kultur und Sport

Inhalt

- 4 **Jüdische Lebenswelten in Halle**
Menschen, Orte, Ereignisse –
Eine Einführung
Cornelia Zimmermann
-
- 14 **Eine jüdische Saline
im 10. Jahrhundert in Halle?**
Dr. Uwe Meißner
-
- 16 **Die mittelalterliche Thorarolle in der
Marienbibliothek zu Halle (Saale)**
Dr. Jutta Eckle
-
- 23 **»Ma tovu« ohalecha, Ja'akow –
»Wie schön sind deien Zelte Jacob«**
Von der Betstube zum Reformtempel
– Die Synagogen am Großen Berlin in
Halle (Saale)
Constanze Wandt-Ptasczynski
-
- 38 **Das Haus der Ewigkeit**
Die jüdischen Friedhöfe in Halle
Andreas Stahl
-
- 54 **»Da des Alltags wirren Wandelgängen
Der sel'gen Stunde Zauber
sie entrückt.«**
Die Vereinigung Schlaraffia Hala
– über das Schicksal ihres
Mitgliedes Wolfgang Herzfeld
Erik Neumann
-
- 62 **Vergangene Farbenwelten**
Jüdische Verbindungen und Vereine
Prof. Dr. Dr. Harald Lönnecker
-
- 74 **Meine Begegnungen mit der
Bildhauerin Grete Budde**
Eine unbekannte jüdische Künstlerin
Dr. Elke Stolze
- 78 **Ernst Grünfeld**
Lügen zerstören eine Leuchte der
Genossenschaftsforschung
Prof. Dr. Reinhold Sackmann
-
- 84 **Geraubt und als Zeugen bewahrt**
Die Geschichte von Silbergegenständen
aus ehemals jüdischem Besitz im
Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale)
Ulf Dräger
-
- 90 **»Wenn du den Topf noch ein bißchen
besser machen kannst, dann tu es!«**
Ein Porträt über Marguerite
Friedlaender-Wildenhain (1896–1985)
Prof. em. Hubert Kittel
-
- 102 **Interview mit Max Provorozki
2018 und 2021**
Spurensuche:
- 110 **Die Wiedereröffnung der Martin-
Luther-Universität Halle-Wittenberg
vor 75 Jahren**
Dr. Walter Müller
- 114 **Willi Sitte
zum 100. Geburtstag**
Prof. em. Ulrich Reimkasten
- 120 **Gerhard Lichtenfeld (1921–1978)**
Ulf Dräger
- 126 **Günter Mühlpfordt
zum 100. Geburtstag**
Univ.-Prof. i. R. Dr. iur. Heiner Lück
- 133 **500 Jahre »Neue Residenz« in Halle**
Dr. Anke Neugebauer
-
- 141 **Vorgemerkt**
Ausgewählte Veranstaltungen
im Überblick

Jüdische Lebenswelten in Halle

Menschen, Orte, Ereignisse – Eine Einführung

Cornelia Zimmermann

Stellvertretende Direktorin im Stadtmuseum Halle, Vorsitzende des Leopold Zunz e. V.

Wir feiern gegenwärtig »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«. Juden und Jüdinnen leben als kleine Minderheit schon länger in Deutschland als die Deutschen selbst. Gleichwohl durchziehen Antisemitismus und gesetzliche Diskriminierung die deutsch-jüdische Geschichte bis heute.

Das trifft auch auf die jüdische Gemeinschaft Halles zu. Jüdisches Wirken lässt sich hier seit dem Mittelalter verfolgen. Es hat wesentlichen Anteil an der kulturellen, wissenschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der Saalestadt. Wenn wir einen Rückblick wagen, so ist dieser reich an Traditionen bürgerlichen und religiösen Lebens, beinhaltet aber auch Höhen und Tiefen des Selbstverständnisses und der Akzeptanz. Wiederholte Vertreibungen und Vernichtung jüdischen Lebens prägte die über 1000jährige Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Halle.

Heute gibt es wieder lebendiges jüdisches Leben in der Saalestadt. Die jüdische Gemeinde Halles zählt 555 Mitglieder (Stand 2018) und führt ein aktives Gemeindeleben mit zahlreichen Angeboten für ihre Mitglieder. Gemeinsames Feiern an jüdischen Festtagen und von Gottesdiensten zählen zu den Höhepunkten im Gemeindeleben. Bis hierhin war es ein langer Weg. Wie gestalte

te sich dieser? Welche Menschen, Orte und Ereignisse prägten die über 1000jährige deutsch-jüdische Geschichte Halles?

Die mittelalterliche Gemeinde

Nachdem sich Halle im Mittelalter durch den Salzhandel zur Handelsmetropole entwickelt hatte, wurde die Saalestadt Anziehungspunkt für jüdische Zuwanderer. Jüdische Quellen datieren deshalb die erste jüdische Ansiedlung bereits auf das Ende des 11. Jahrhunderts.

Die erste gesicherte Quelle bestätigt 1184 das Bestehen einer jüdischen Gemeinde unter Erzbischof Wichmann (vor 1116–1192). Die Gemeinde musste jährlich zwei Mark aufbringen und an das Kloster Seeburg zahlen. Mit der für damalige Verhältnisse hohen Summe ließ sich der Landesherr des Erzbistums Magdeburg den Schutz bezahlen, den er den Juden gewährte.

In Halle existierte zu diesem Zeitpunkt eine voll ausgeprägte Gemeinde mit Synagoge, Mikwe (rituelles Tauchbad) und Friedhof außerhalb der Stadtmauern. Sie zählte zu den größten Gemeinden jener Zeit. Zeugnisse dieser frühen jüdischen Ansiedlung stellen Ziegelfragmente und Wandungskerben dar¹, die 1987 bei Grabungen in der Großen Wallstraße gefunden wurden. 86

mittelalterliche und frühneuzeitliche Gräber konnten durch Wissenschaftler des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt dem mittelalterlichen jüdischen Friedhof zugeordnet werden.

Die jüdische Gemeinde stand unter dem Schutz des Magdeburger Erzbischofs, der sie »hier selbst väterlich handhaben« wollte.² Trotzdem prägten Ausgrenzung und Judenhass den Alltag der Gemeindemitglieder. Diese beruhten auf der Verschiedenartigkeit von jüdischem und christlichem Glauben und dem tiefverwurzelten, immer wieder geschürten Vorurteilen der Christen gegenüber Juden. So gestalteten sich die Lebensbedingungen der halleischen Juden sehr wechselvoll. Zeiten der Ruhe folgten Plünderungen, Pogrome und Vertreibung, denn die halleschen Bürger gaben den Juden u. a. die Schuld an den großen Pestepidemien. 1493 wurden sie endgültig aus dem Erzbistum Magdeburg verbannt, die jüdische Siedlung zerstört und der Friedhof aufgelöst. Die Grabsteine wurden zum Bau städtischer Gebäude verwendet. Die vertriebenen Juden ließen sich in kleineren Städten und im Umland Halles nieder. Einige von ihnen siedelten sich

im Vorort Neumarkt an und verkamen dort als sogenannte »Vorstadtjuden« mit begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen und Handelsrechten. Es sollte rund 200 Jahre dauern, bis sich Juden wieder in Halle ansiedelten.

Neugründung unter landesherrlichem Schutz

Im Jahre 1680 nahm der Kurfürst von Brandenburg, Friedrich Wilhelm (1640–1688), das stark verschuldete Erzstift Magdeburg mit den beiden wichtigsten Städten Halle und Magdeburg in Besitz. Seiner Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik ist es zu verdanken, dass er neben Schweizern, Hugenotten und Pfälzern auch Juden erlaubte, sich in Halle niederzulassen. Der erste Jude, der diese Chance nach zweihundert Jahren nutzte, war Salomon Israel, Stiefsohn des Berliner Hofjuweliers Jost Liebmann. Dafür musste er jedoch ein jährliches Schutzgeld an den Landesherrn entrichten, um die Staatskasse aufzubessern. Israel erhielt 1688 einen Schutzbrief zur dauerhaften Niederlassung in Halle für sich, seine Familie und Geschäftspartner. In den folgenden Jahren siedelten sich wei-

tere jüdische Kaufleute mit Schutzbriefen in Halle an. Dazu zählten Jakob Levi(n), Bernd Wolff und Assur Marx (1654–1736). Diese vier gelten als die Begründer und Stammväter der



Grabstein des mittelalterlichen jüdischen Friedhofs für die Jüdin Rivka

Eingemauert am Eingang des Gemeindehauses St. Laurentius am Kirchtor

neuen jüdischen Gemeinde. Sie erwarben 1692 einen Friedhofsplatz in der Nähe des Leipziger Tores. Mit kurfürstlicher Genehmigung ließ die kleine Gemeinde am Großen Berlin eine Holzsynagoge errichten. Damit waren die wichtigsten Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeindeleben gegeben. 1704 erhielten die halle-schen Juden ein Generalprivilegium durch den preußischen König, das ihnen erlaubte, eine Gemeinde in Selbstorganisation zu führen sowie ihre eigene Gerichtsbarkeit auszuüben.

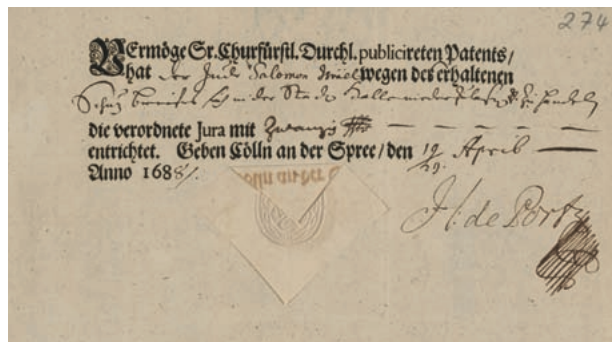
Salomon Israel und Assur Marx zählten zu den schillernden Persönlichkeiten der jungen Gemeinde. Salomon Israel wurde ihr erster Vorsteher. Der geschäftstüchtige Assur Marx, späterhin ebenfalls Gemeindevorsteher, betrieb hier ein Bank- und Wechselgeschäft. Vor allem Angehörige der 1694 gegründeten Friedrichs-Universität profitierten von seinen Aktivitäten. Als Hoffaktor und Münzlieferant für August den Starken, stand er auch in Verbindung mit dem Hoffaktoren Behrend Lehmann (1661–1730) aus Halberstadt. Seine Handelsbeziehungen reichten bis in die thüringischen Kleinstaaten hinein. Salomon Israel bezog mit seiner Familie ein Haus in der Steinstraße. Die Familie Marx bewohnte von 1699 bis

1730 das heute noch existierende barocke Gebäude in der Großen Märkerstraße 14. Die jüdische Familie Marx spielte außerdem in der Gemeinde- und Stadtgeschichte eine große Rolle. Aus ihr ging im 19. Jahrhundert der späterhin berühmte Professor und Musikdirektor der Berliner Universität Adolf Bernhard Marx (1795–1866) hervor. Der Sohn eines Arztes, hatte die Schule in den Franckeschen Stiftungen besucht. Seine musikalische Ausbildung am Klavier erhielt er bei Daniel Gottlob Türk (1750–1813). Marx veranstaltete Gesangs- und Quartettzirkel an denen auch sein Studienfreund, der »Balladenmeister« Carl Loewe (1796–1869) teilnahm.

Jüdische Studenten an der aufgeklärten Friedrichs-Universität

Zweifelsohne war die 1694 gegründete Friedrichs-Universität, an der die Ideen der Aufklärung durch Gelehrte wie Christian Thomasius (1688–1713), Christian Wolff (1679–1754), August Hermann Francke (1663–1727) und dem Mediziner Friedrich Hoffmann (1660–1742) verbreitet wurden, Anziehungspunkt für die um Gleichstellung durch Ausbildung ringenden jüdischen Studenten aus ganz Europa. Mit ausdrücklicher Sondergenehmigung des preußischen Königs konnten ab

1703 jüdische Studenten in Halle studieren. Da Juden lediglich Zugang zur medizinischen Fakultät hatten, studierten die ersten jüdischen Studenten bei dem angesehenen Professor der



Schutzbrief für den Juden Salomon Israel vom 19.4.1688

Medizin Friedrich Hoffmann, heute noch als Erfinder der »Hoffmannstropfen« bekannt. Die Vorlesungen des charismatischen Mediziners ließen weitere jüdische Studenten nach Halle folgen. Sie kamen aus dem deutschsprachigen Raum, aus Russland, Polen und Litauen. Insgesamt sollten bis in das 19. Jahrhundert hinein mehr als 60 Studenten an der halleschen Universität den Doktorgrad erwerben. Zu den bekanntesten Absolventen zählt Marcus Herz (1747–1803), der berühmte Arzt und Philosoph aus Berlin. Herz war es auch, der den jungen Juden Carl Ludwig Börne (1786–1837) durch die Bekanntschaft mit dem Mediziner Johann Christian Reil (1759–1813), ein Medizinstudium in Halle empfahl. Der späterhin bekannte Journalist, Literatur- und Theaterkritiker Börne, wohnte während seiner Studienzeit drei Jahre im Hause der Familie Reil in der Großen Ulrichstraße 36. Dort verfasste Börne eine Reihe von Briefen an die Ehefrau von Marcus Herz, die Berliner Salonnière Henriette Herz (1764–1847). In ihnen beschwerte sich der aus wohlhabenden Verhältnissen stammende Börne, über die Ehefrau des halleschen Mediziners, »freundlichst »Reilin«³ genannt«. Börne kritisierte vor allem die äußerst sparsame Haushaltsführung der »Reilin«. Die Briefe an Henriette Herz liefern bis heute ein zwar subjektives, aber eindruckliches Lebensbild der damaligen Zeit. 1807 verließ Börne die Saalestadt in Richtung Heidelberg. In seinen »Briefen aus Paris« machte er, wie viele seiner Zeitgenossen deutlich, dass alles Wissen, alle Anstrengungen nicht ausreichen, um ein gleichberechtigtes Mitglied der deutschen Gesellschaft zu werden. Börne schrieb: »Es ist wie ein Wunder! Tausend Male habe ich es erfahren, und doch bleibt

es mir ewig neu. Die einen werfen mir vor, dass ich Jude sei; die anderen verzeihen mir es; der dritte lobt mich gar dafür; aber alle denken daran. Sie sind wie gebannt in diesem magischen Judenkreise, es kann keiner hinaus.«⁴

Bürgerrechte im Königreich Westfalen

Die von Ludwig Börne und von vielen deutschen Juden vermisste politische und menschliche Gleichberechtigung spielte auch für die Juden in Halle im 19. Jahrhundert weiterhin eine zentrale Rolle. Hoffnung keimte auf, nachdem die Saalestadt 1806 als erste im Königreich Preußen von französischen Truppen besetzt wurde und durch Jérôme Bonaparte unter westfälische Herrschaft (1807–1813) gelangte. Das brachte für die hallesche Judenschaft positive Veränderungen mit sich. Für sie galt nunmehr die Verfassung des Königreichs Westfalen. Damit erhielten sie laut königlichem Dekret alle Rechte wie die christliche Bevölkerungsmehrheit. Daraufhin meldeten sich viele Juden beim Magistrat an, um nun als anerkannte Bürger ein Geschäft in Halle zu eröffnen. Obwohl die jüdische Gemeinschaft Halles nun die gleichen politischen Rechte wie die halleschen Bürger besaß, mussten diese dennoch sogenannte »vorteilhafte Atteste« und Abgaben hinterlegen, um das Bürgerrecht für die Saalestadt zu erwerben. Die Vergabe des Bürger- und Handelsrechts war an ein bestimmtes Vermögen gebunden. Deshalb konnte zunächst nur 18 jüdischen Familien das Bürgerrecht zugesprochen werden. Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft wurde Juden ein Teil der gewährten Rechte Mitte des 19. Jahrhunderts wieder entzogen. Erst nach der Reichseinigung 1871

erhielten Juden staatsbürgerliche Rechte und wurden somit zu gleichberechtigten Staatsbürgern im deutschen Kaiserreich.

Gründung der liberalen Synagogengemeinde

Der Eisenbahnanschluss im Juli 1840, die Zuckerrübenverarbeitung, die zunehmende Nutzung von Braunkohle und die kommunale Wirtschaftsplanung halescher Kaufleute sorgten zunächst für einen allmählichen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber für einen sprunghaft verlaufenden wirtschaftlichen Aufschwung Halles. Trotz der Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten durch die »Judenkonstitution« von 1847 beteiligten sich jüdische Stadtbewohner aktiv am beginnenden Prozess der Industrialisierung Halles. Sie trugen dazu bei, dass sich die Stadt zu einem der bedeutendsten Handels- und Industriezentren Preußens entwickelte. Dadurch vergrößerte sich die jüdische Gemeinschaft Mitte des 19. Jahrhunderts beträchtlich. In dieser Phase konzentrierte sich die Gemeinde Halles, deren Mitglieder sich in erster Linie als Deutsche und ihr »Judentum« als Konfession verstanden, auf die Ausprägung und Gestaltung des Gemeindelebens. Legate wurden eingerichtet und Stiftungen gegründet, die vor allem verarmte Gemeindemitglieder unterstützen sollten. 1839 entstand die »Gesellschaft der barmherzigen Brüder«, die Geldzuwendungen bei Krankheit und im Todesfall leistete. Um Kinder der Gemeinde trotz aller Toleranzbestrebungen in jüdischer Religion zu unterrichten, wurde eine eigene Schule benötigt. Unter den 103 jüdischen Einwohnern, die 1829 in Halle lebten, waren 28 schulfähige Kinder. Nur eins von ihnen wurde in jüdischer Religion unterrichtet. Um diesem

Misstand abzuhelpfen, errichteten die Juden 1838 eine eigene Religionsschule neben der Synagoge am Großen Berlin. Mit der Einrichtung der Religionsschule behauptete die jüdische Gemeinde gleichzeitig einen eigenen Platz unter den Glaubensgemeinschaften der Saalestadt.

Seit 1847 war es jüdischen Gemeinden per preußischem Gesetz gestattet, Rechte einer Körperschaft öffentlichen Rechts auszuüben. Auf dieser Grundlage konstituierte sich am 20. Oktober 1858 die liberale Synagogengemeinde zu Halle. Im Juni 1860 erhielt sie erstmals einen eigenen Rabbiner, der sich für die Gründung eines neuen jüdischen Friedhofs in der Humboldtstraße sowie für den Ausbau und die Erweiterung der Synagoge am Großen Berlin einsetzte.

Prosperität und Aufschwung im Gemeindeleben

Durch den wirtschaftlichen Aufschwung gewann die Stadt im 19. Jahrhundert zunehmend an Attraktivität für Zuwanderer, darunter auch für die Ansiedlung jüdischer Bürgerinnen und Bürger. Als Halle im Jahre 1890 mit hunderttausend Einwohnern in die Reihe deutscher Großstädte aufrückte, lebten hier 660 Juden. In kürzester Zeit hatte die Zahl der Gemeindemitglieder zugenommen, was sich auch in baulichen Veränderungen der Gemeinde niederschlug. Nachdem der alte jüdische Friedhof in der Gottesackerstraße (Töpferplan) wegen Überbelegung geschlossen werden musste, richtete die jüdische Gemeinde 1869 einen neuen Begräbnisort in der Humboldtstraße 52 ein. Der 1870 eingeweihte gründerzeitliche Synagogenneubau am Großen Berlin musste bereits nach wenigen Jahren aufgrund des raschen Wachstums der Ge-

meinde vergrößert werden. 1885 war es möglich, den Erweiterungsbau einzuweihen. Nun konnten 288 Männer im Parterre sowie 140 Frauen auf der Empore dem Gottesdienst beiwohnen.

Der neue Grundriss des Synagogenraumes entsprach dem Ritus einer liberalen Reformgemeinde und fasste Almemor, Tora-schrein, Vorsängerpult und Kanzel an der Stirnseite des Raumes altarähnlich zusammen. 1901 erfolgte der Einbau einer Orgel.

In der Weimarer Republik

Für die Juden Halles war die Zeit der Weimarer Republik eine Phase der Emanzipation und Prosperität, in der sie sich als integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft verstanden. Jüdische Künstler und Wissenschaftler bestimmten von Halle aus deutschlandweit die wissenschaftliche und geistig-kulturelle Entwicklung der Zeit mit. Zu ihnen zählten die Bauhaus-Künstlerin Marguerite Friedlaender-Wildenhain (1896–1985), die Indologin Betty Heimann (1888–1961), die Bildhauerin Grete Budde (1883–1967), der Philosoph Edmund Husserl (1859–1938), der Rechtswissenschaftler Guido Kisch (1889–1985), der Musiktheoretiker Adolf Bernard Marx (1795–1866), der berühmte deutsche Nationalökonom Ernst Grünfeld (1883–1938), der Architekt Alfred Gellhorn (1885–1972), der Theaterdirektor Leopold Sachse (1880–1961), der expressionistische Lyriker Alfred Wolfenstein (1883–1945), der spätere »König der Operette von Shanghai« Leo Schönbach (1892–1945), der Chefredakteur der Saalezeitung Martin Feuchtwanger (1886–1952), Bruder von Lion Feuchtwanger, und die Sängerin Ottilie Metzger (1878–1943), die in New York, Wien, London, St. Petersburg und bei den Bay-

reuther Festspielen als Altistin große Erfolge feierte.

Auf dem Weg in die Moderne

Noch heute prägen vor allem die ehemaligen jüdischen Geschäfts- und Warenhäuser das Stadtbild Halles und zeugen von einer glanzvollen Vergangenheit der liberalen Gemeinschaft, die maßgeblichen Anteil am Aufstieg Halles zur mitteldeutschen Industriemetropole hatte.

Zu den überregional bedeutsamen und von zeitgemäßem Kunstgeschmack in den 1920er Jahren geprägten Kaufhausbauten, zählten die Warenhäuser auf dem halle-schen Marktplatz. Das Kaufhaus Huth (heute Standort der GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH), das Warenhaus Lewin (heute u. a. Thalia-Buchhandlung) und das Schuhhaus Oelschläger (heute Schuhhaus Deichmann) galten als erste Adressen moderner Verkaufskultur. Übersichtliche Warenpräsentation, große Schaufenster, moderne Beleuchtung, Fahrstühle und verbesserte hygienische Bedingungen machten diese Warenhäuser zu wahren »Kaufpalästen«, die in Sortiment, Service und Warenangebot keinen Kundenwunsch offenließen. Sie verliehen, wenn man zeitgenössischen Berichte verfolgt, der Stadt ihr großstädtisches Gepräge.

Die Jüdische Gemeinde setzte ein eigenes Zeichen der Moderne mit dem Bau einer neuen Trauerhalle auf dem dritten jüdischen Friedhof in der Boelckestraße 24 (heute Dessauer Straße). Der Leipziger Architekt Wilhelm Haller ließ 1929 einen der damals originellsten Friedhofsbauten Deutschlands im expressionistischen Stil errichten. Der jüdische Kultbau wurde in der Zeit des Nationalsozialismus in Brand gesteckt und im



Hochzeitsgesellschaft der Kaufmannsfamilie Lewin aus Halle, Erfurt 1924

Die Familie führte das Warenhaus Lewin auf dem Marktplatz von Halle

Anschluss »als entartet optisch neutralisiert«. Er diente fortan als Sammellager für die Deportationen von Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager.

Das Ende einer Hoffnung

Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung der jüdischen Gemeinschaft begannen in Halle bereits vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Tage vor dem »reichsweiten« Boykott wurden hier bereits jüdische Geschäfte, Praxen und Wohnungen zerstört und geplündert.

Während viele jüdische Hallenser die Synagoge vor 1933 oft nur noch an hohen Feiertagen besuchten, wurde sie jetzt wieder verstärkt Zufluchtsort für die Glaubensgemeinschaft. 1937 fand hier die letzte Bar-Mizwa-Feier statt. In der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Synagoge Halles und das Gemeindehaus gestürmt, geplündert und niedergebrannt und ein Teil der männlichen Gemeindeglieder in den Konzentrationslagern Buchenwald und

Sachsenhausen interniert. Die durch die Brandstiftung völlig zerstörte Synagoge musste auf Anweisung der Stadtverwaltung auf Kosten der Gemeinde bis zu den Grundmauern vollständig abgetragen werden. Das Friedhofsgelände in der Gottesackerstraße (Töpferplan) verkaufte die Gemeinde unter Zwang an das Deutsche Reich und erhielt

daraufhin die Erlaubnis, ihre Toten zu überführen. Fast 400 Grabsteine wurden durch Gemeindeglieder, zum Teil mit Handwagen, auf den neuen Friedhof in der Boelckestraße (heute Dessauer Straße) gebracht. Die dortige Trauerhalle diente zu diesem Zeitpunkt als »Rückwandererlager« für Juden die aus dem Saargebiet, aus der Pfalz sowie aus Baden kamen. An der Westgrenze des Deutschen Reiches tobte bereits der Krieg, weshalb die Nationalsozialisten die dort lebende jüdische Bevölkerung vorläufig in sichere Gegenden »evakuierte«, um sie später wieder in ihre Heimat zurückzubringen. Nach der Rückkehr in ihre Heimat erwartete den Juden allerdings häufig die Deportation.

Die Trauerhalle diente darüber hinaus als »Alten- und Siechenheim«. In Wahrheit handelte es sich dabei um ein Sammellager für die Deportationen in die Vernichtungslager. Später im Krieg wurde das Gebäude als Wohn- und Arbeitslager sowie in der Funktion eines Sammellagers für sogenannte »jüdische Mischlinge« genutzt.

Zwischen 1942 und 1945 gingen insgesamt sechs Transporte mit jüdischen Kindern, Frauen und Männern in die Vernichtungs-

lager. Über 300 jüdische Hallenser verloren ihr Leben in den Konzentrations- und Arbeitslagern des NS-Regimes.

Heute wird das Gebäude in der Dessauer Straße wieder als Trauerhalle durch die Jüdische Gemeinde genutzt. Daneben befindet sich der heutige jüdische Friedhof.

Schwerer Neubeginn

Überlebende des Holocaust aus Halle und Umland gründeten 1947 wieder eine jüdische Gemeinde, die ab 1952 das Gemeindehaus in der Großen Märkerstraße 13 bezog. Die Trauerhalle in der Humboldtstraße konnte mit Erlaubnis der sowjetischen Militäradministration zur Synagoge umgebaut werden, denn eine solche fehlte seit 1938 in Halle. Das Errichten neuer Synagogen war zu dieser Zeit und auch über das Bestehen der DDR-Zeit hin (mit Ausnahme von Erfurt) nicht gestattet. Mit der Einweihung der Synagoge 1952/53 war wieder jüdisches Gemeindeleben in Halle möglich. Die Nachkriegsgemeinde schloss sich 1952 dem »Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR« an, der seinen Sitz vorerst in Halle nahm. Nach dem Tod des Mitbegründers und Vorsitzenden Hermann Baden 1962 konnte die Gemeinde an ihre vormalige Bedeutung nicht mehr anknüpfen, sodass der Sitz des Verbandes nach Dresden verlagert wurde. In den siebziger Jahren bestand die Gemeinde nur noch aus einem guten Dutzend Personen, die trotz vielerlei Repressalien des DDR-Regimes versuchten, jüdisches Gemeindeleben aufrecht zu erhalten.

Erneuerung durch Zuwanderung

Mit der »Friedlichen Revolution« von 1989 und dem Zuzug jüdischer Migrant*innen aus der ehemaligen UdSSR setzte eine neue

Phase institutionalisierten jüdischen Lebens in Deutschland und auch in Halle ein. Das 300jährige Bestehen der Jüdischen Gemeinde Halles wurde 1992 von Gemeindegliedern, Überlebenden des Holocaust und deren Nachfahren aus aller Welt sowie der Stadt gemeinsam gefeiert. Zu dieser Begegnung wurde 1998 erneut eingeladen. In diesem Zusammenhang fand die erste regionale Ausstellung zur Geschichte der Juden Halles mit dem Titel: »Die Juden Halles zwischen Vertreibung und Integration« statt. Als Ehrengast hielt der weltweit bekannte Philosoph Professor Dr. Emil Fackenheim, Sohn des letzten halleschen Rabbiners vor 1945, die Eröffnungsrede. Nach einer schwierigen inneren Erneuerungsphase der Jüdischen Gemeinde übernahm im Februar 1999 Max Privorozki den Gemeindevorsitz, der die Belange der Gemeinde in der Stadt vertritt und heute Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt sowie Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland ist.

Familienfoto anlässlich der Bar-Mizwa-Feier von Günter Mundstock (ab 1939 Gerschon Monar) in Halle,

Mai 1937:

erste Reihe, Zweiter von links: Günter Mundstock, dritte Reihe, ganz links: seine Eltern



Um das Engagement für die jüdische Gemeinde in Vergangenheit und Gegenwart zu würdigen, stiftete die Gemeinde 2003 den Emil-Fackenheim-Preis. Er wurde bisher sieben Mal verliehen. Zu den Preisträgern zählen u. a. der Theologe Dr. Gerhard Begrich, die Retterin des Gemeindearchivs Gudrun Goeseke, ein Schulprojekt vom Philanthropinum Dessau und der Sekundarschule Harzgerode sowie der »Marsch des Lebens e. V.« 2010 erfolgte die Verleihung des Preises an das Seminar für Jüdische Studien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dessen damaliger Professor Dr. Guiseppa Veltri den Anstoß zur Gründung des Freundeskreises Leopold Zunz Zentrum e. V. (heute Leopold Zunz e. V.) gab. Der Verein organisiert seit 2013 gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde die jüdischen Kulturtag in Halle. Sie widerspiegeln die Öffnung der Gemeinde in der Stadtgesellschaft.

Zusammenhalt als Antwort auf das Attentat vom 9.10. 2019

Am 9. Oktober 2019 fand am Jom Kippur ein Attentat auf die Synagoge und den Kiez-Döner in Halle statt. Zwei unbeteiligte Menschen verloren dabei ihr Leben. Die schwer erschütterte Stadtgesellschaft bekundete



ihre Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in öffentlichem Gedenken. Über 900 Solidaritätsbekundungen aus aller Welt in Form von Briefen, E-Mails und Geschenken erreichten die Gemeinde. Sie wurden in einem Buch zusammengefasst und zur Enthüllung des Denkmals für die Opfer des Anschlags auf dem Gelände der Synagoge am 9. Oktober 2020 präsentiert.

Ein Jahr danach eröffnete das Stadtmuseum Halle gemeinsam mit dem Freundeskreis Leopold Zunz Zentrum e. V. (heute Leopold Zunz e. V.) eine Ausstellung von Berufsschülern des BBI Trotha, die »Bilder gegen den Hass« als unmittelbare Reaktion auf das Attentat vom Oktober 2019 zeigen. Gemeinsam mit ihrem Lehrer dokumentierten die Jugendlichen den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft in den ersten Tagen nach dem Attentat. Sie forderten eine weltoffene und tolerante Gesellschaft.

Im Festjahr »1700 Jahre jüdisches Leben«

Mit den ersten jüdischen Kulturtagen des Landes-Sachsen Anhalt und den jüdischen Kulturtagen der Stadt Halle feiert der Leopold Zunz e. V. in diesem Jahr gemeinsam mit den Jüdischen Gemeinden und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt »1700 Jahre jüdisches Leben« in Deutschland«. Damit setzen wir von Halle aus ein Zeichen gegenüber Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Max Privorozki präsentiert die vor der Auktion gerettete Chanukkia 2002 auf der Pressekonferenz im Stadtmuseum Halle.

Den Leuchter stifteten S. Friedländer & Sohn zur Einweihung der Synagoge am Großen Berlin 1885. Er wurde 1938 in der Pogromnacht aus der Synagoge entwendet.

Trauerbekundung als Demonstration des Zusammenhalts und der Solidarität der Stadtgesellschaft am Attentatsort vom 9. Oktober 2019 in der Humboldtstraße 52



Denkmal von Lidia Edel für die Opfer des antisemitischen Anschlags vom 9. Oktober 2019 auf dem Gelände der Synagoge in der Humboldtstraße 52.



Literatur:

Jüdische Gemeinde zu Halle (Hrsg.): 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle (Saale) 1992

Guido Kisch: Zur Geschichte der Juden in Halle, in: Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland, Jg. 3, 1930

Martin Mainzer: From Generation to Generation. The Family of Marx-Cohn, Winnetka, Illinois 1983

Gerschon Monar: Einige Erinnerungen an meine Kindheit in Halle and der Saale, Masch.-Schr. 1998 (Stadtmuseum Halle)

Siegbert Neufeld: Aus dem Gemeindeleben der deutschen Juden im Mittelalter, in: Mitteilungsblatt des jüdischen Gemeindevereins Memel. 1924. Jg. 1; Nr. 3, Aug. Juli 1924

Ders.: Die halleschen Juden im Mittelalter, Berlin 1915

7 Places (Sieben Orte in Deutschland), Onlineausstellung, ab 9.11.2020 (Texte für Halle: Juliane Bischoff, Karsten Mettendorf, Eva-Maria Thiele, Cornelia Zimmermann)

Alexander Pinthus: Die Judensiedlungen der deutschen Städte. Eine stadtbioologische Studie. Diss., Hannover 1929

Daniel Watermann, Susanne Feldmann (Hrsg.): Stadtgeschichte auf Fotografien. Halle (Saale) im 20. Jahrhundert, Halle 2020

Cornelia Zimmermann: Die Juden Halles zwischen Vertreibung und Integration. Hrsg. v. Stadtmuseum Halle, Halle 1998

Dies: Die Juden im Wirtschaftsleben der Stadt Halle im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jutta Dick u. Marina Sassenberg (Hrsg.): Wegweiser durch das jüdischen Sachsen-Anhalt, Potsdam 1998, S. 278–289

- 1 Diese Zeugnisse werden im Stadtmuseum Halle als Leihgabe des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt ausgestellt.
- 2 Johann Christoph von Dreyhaupt: Ausführliche diplomatiche historische Beschreibung ..., Bd. 2, Halle 1755, S. 495
- 3 Diese Briefe werden im Universitätsarchiv in Frankfurt am Main aufbewahrt.
- 4 Ludwig Börne: Briefe aus Paris (74. Brief), 1832, in: Inge Rippmann (Hrsg.): Ludwig Börne. Das große Lesebuch, Frankfurt 2012, S. 74

Eine jüdische Saline im 10. Jahrhundert in Halle?

Dr. Uwe Meißner

Das Wissen über das Mittelalter ist sehr lückenhaft. Bis heute hält sich das Klischee von einem düsteren, ja finsternen Zeitalter. Dieses immer noch gern bediente Bild ist das Ergebnis der Frühen Neuzeit, vor allem der »Propaganda der Renaissance«, die medial mit der Buchpresse eine breite Wirkung auch auf die Nichtlesenden entfalten konnte. Es sind die Humanisten, die in Italien und zunehmend auch im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, seit der Mitte des 15. Jahrhunderts mit dem Begriff »Mittelalter« die Zeit von der Spätantike bis zum Buchdruck als fortschrittsfeindlich bezeichneten. Diese abschätzige Betrachtung von 1000 Jahren Geschichte diente der nachfolgenden Epoche, der Renaissance (französisch = »Wiedergeburt«) zu bewusster Unterscheidung. Mit den Bezügen zur antiken Kunst, Architektur, Malerei und Literatur, letztlich im gesellschaftlichen Leben, galt nun im großen Umfang der »Mensch als das Maß der Dinge« und nicht mehr ein außerhalb der eigenen Erfahrungswelt begründetes Gottesverständnis.

Die mittelalterliche Epoche war weder unschöpferisch noch ohne Erfindungsgeist, auch wenn nur maximal fünf Prozent der Bevölkerung lese- und schreibkundig waren und so den Zugang zur Wissenschaft hatten. Es ist daher wenig überraschend, dass nur wesentliche Vorgänge verschrift-

licht und nur gelegentlich besondere Ereignisse aufgezeichnet wurden. Ein Zugriff auf diese Zeit stellt sich daher als sehr schwierig dar. Zudem sind nur wenige Objekte aus der Zeit vor über 1000 Jahren überliefert. Sie haben Seltenheitswert, sind häufig sehr kostbar und unterliegen einem besonderen Schutz.

Mit der Herausbildung der Städte, die man in den ersten Ansätzen etwa in das 8./9. Jahrhundert verlegen kann, entstanden auf älteren Siedlungskörpern oder in der »mitteldeutschen« Region neue Formen von Handelsplätzen, aus denen sich allmählich Städte entwickelten.

Die Begegnung mit der arabischen Welt des 10. Jahrhunderts verbindet die frühe städtische Geschichte und die ältesten Nachrichten über die Juden in Halle. Zu den wenigen schriftlichen zum Teil fragmentarischen Überlieferungen gehört die Reisebeschreibung des jüdischen Reisenden Ibrâhîm-ibn-Ja'cquûb (um 965 oder 973) der wohl eine Saline der Juden oder jüdischen Salzhandel in Halle an der Saale erwähnt. Zumindest verweist der von 1922 bis 1933 in Halle lehrende Jurist und Rechtshistoriker Guido Kisch in seinem 1970 erschienen Buch: »Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Halle 1686–1730«, auf diese mittelalterlichen Wurzeln der Juden in Halle. Letztlich sei, so Kisch, diese

Interpretation hypothetisch, also mit vielen Zweifeln versehen. Damit schließt er sich dem verdienstvollen Historiker und Geschichtsschreiber der Stadt Halle, Gustav Friedrich Hertzberg, an. Aus den seinerzeit übersetzten Quellen erwähnt Hanns Freydank den arabischen Gelehrten Abû Obaid al-Bekrî († 1094) der in seiner zu Cordoba im Jahre 1066 entstandenen Schrift »Buch der Wege und Länder« auch den Bericht des jüdischen Kaufmanns oder Arztes Ibrâhîm-ibn-Ja'cqûb mit aufgenommen hat. Über sein Leben ist sehr wenig bekannt. Er zeigt in seinen Beschreibungen ethnografisches Interesse und war neben seiner wohl ursprünglich jüdischen Herkunft und beruflichen Prägung ein Gesandter des Kalifen von Cordoba und stammte aus dem muslimisch geprägten Tortosa. Die nicht selbständig, sondern nur bruchstückhaft, in den Werken nachfolgender arabischer Geographen erhaltene Reisebeschreibung erwähnt eben das »Salzwerk der Juden«. »Der Weg von Mēznbrg nach dem Lande des Bûislâw: Von dort zur Burg Flîwî (=Klajwâ) zehn Meilen, und von da bis Nûbgarâd zwei Meilen. Und diese Burg ist gebaut aus Stein und Mörtel und liegt gleichfalls am Flusse Salâwa [Saale], und in diesen mündet der Fluß Nûda (Bûda). Und von der Burg Nûbgarâd bis zur Salzsiederei der Juden, die auch am Flusse Salâwa liegt, dreißig Meilen, und von da bis zur Burg Nurnhin (Nerchau), die am Flusse Mldâwa (Mulde) liegt.« Um welche Orte es sich handeln könnte ist in der Forschung umstritten: möglicherweise sind mit »Mēznbrg« nicht Merseburg sondern Magdeburg, mit »Flîwî« nicht Weißenfels sondern Kalbe und mit »Nûbgarâd« nicht Naumburg vielmehr Nienburg an der Saale, wo die Bode in die Saa-

le fließt, zu verstehen. Unabhängig, ob die erwähnten Entfernungen den tatsächlichen geographischen Angaben entsprechen, so sind doch die Wegeverhältnisse des 10. Jahrhunderts zugrunde zu legen. Diese können aus den Itenaren (Reiserouten) beispielsweise der deutschen Könige und Kaiser relativ gut rekonstruiert werden, doch die wahren Verhältnisse und Bedingungen des Reisens werden aufgrund der dürftigen Überlieferung im Dunkeln bleiben.

Die weitere Deutung und Zuschreibung dieses frühen arabischen Reiseberichts von Ibrâhîm-ibn-Ja'cqûb als einer der Gesandten des Cordobeser Khalifen aus dem islamischen Andalusien bleibt der Sprachforschung vorbehalten. Zumindest kann davon ausgegangen werden, dass eine Verständigung vielleicht schon Handelsbeziehungen zwischen dem maurischen Andalusien und dem ottonischen Reich bestanden.

Literatur:

Peter Engels: Der Reisebericht des Ibrahim ibn Ya'qub (961/966), in: Anton von Euw und Peter Schreiner (Hrsg.): Kaiserin Theophanu. Begegnung des Ostens und Westens um die Wende des ersten Jahrtausends, Köln 1991, S. 413–422

Hanns Freydank: Die Hallesche Pfännerschaft im Mittelalter, Halle 1927, S. 28 ff.; Gustav Friedrich Hertzberg: Geschichte der Stadt Halle an der Saale, Bd. 1, Halle 1889, S. 12

Georg Jacob: Arabische Berichte von Gesandten an germanische Fürstenhöfe aus dem 9. und 10. Jahrhundert, in: Quellen zur deutschen Volkskunde, hrsg. von Victor von Geramb und Lutz Mackensen, Berlin und Leipzig 1927

Guido Kisch: Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Halle 1686–1730, Berlin 1970, S. 3–6; Siegbert Neufeld: Die halleschen Juden im Mittelalter, Diss. Straßburg, [Berlin 1915], S. 13 ff.

Helmut G. Walther: Der gescheiterte Dialog. Das ottonische Reich und der Islam, in: Albert Zimmermann (Hrsg.): Orientalische Kultur und europäisches Mittelalter, Berlin u. a., S. 20–44

Die mittelalterliche Thorarolle in der Marienbibliothek zu Halle (Saale)

Dr. Jutta Eckle



Thorarolle aus dem 13./14. Jh.
präsentabel und sicher verpackt im
Magazin der Bibliothek

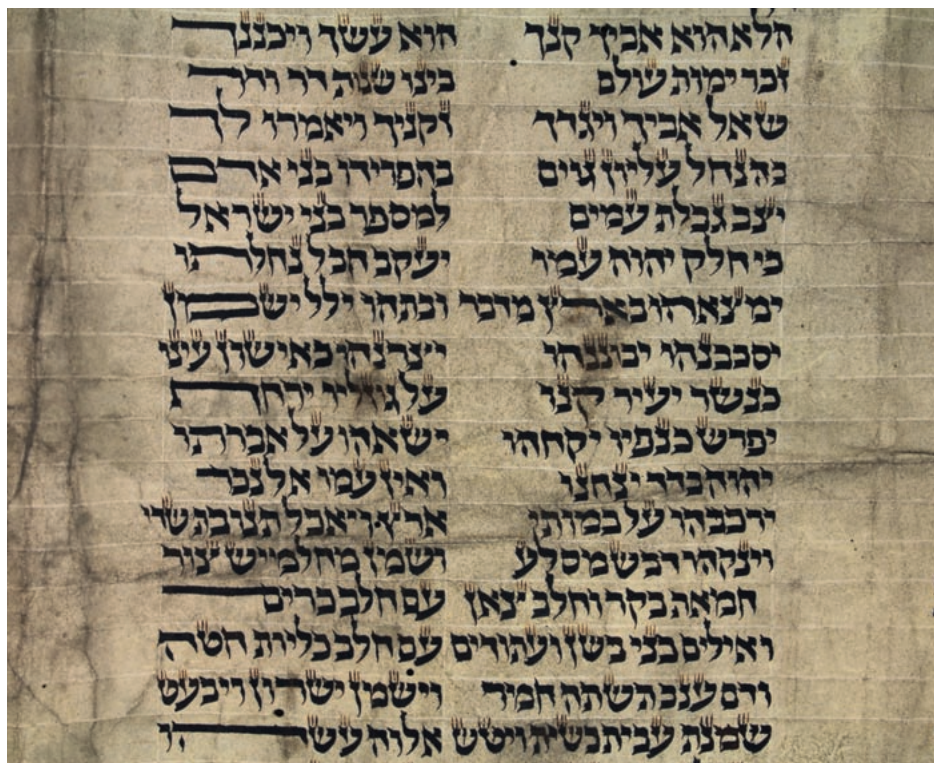


Das Manuskript mit der Signatur »Ms 1« ist eine der wenigen Thorarollen aus dem frühen 14. Jahrhundert, die im aschkenasischen, d. h. im mittel- und osteuropäischen Raum, überhaupt erhalten geblieben sind. Derartige Rollen waren zentrale Kultgegenstände im synagogalen Gottesdienst. Zu Beginn der Zeremonie wurde die Rolle vom Thoraschrein zum erhöhten Lesepult, der Bima, getragen, von ihrem schmückenden Mantel befreit und für die Lesung einzelner Abschnitte ausgerollt. Der Vorbeter (Chasan) durfte dabei den von rechts nach links vorgetragenen Text, das den Menschen von Gott durch Moses geoffenbarte Gesetz, nicht mit den Fingern, sondern nur mit einem Zeigestab berühren. Nach jüdischer Tradition wurden die schadhafte ge-

wordenen und deshalb rituell nicht länger im Gottesdienst benutzbaren Exemplare, die wegen des heiligen Namen Gottes nicht einfach weggeworfen werden durften, entweder in einem verborgenen Raum der Synagoge, der Genisa, verwahrt, oder auf einem Friedhof beigesetzt, wo das organische Material in der Regel noch rascher verrottete als in dem Versteck im Gotteshaus. Die wertvollen Pergamentrollen gingen daher häufig verloren, was die wenigen erhaltenen mittelalterlichen Thorarollen zu einzigartigen Zeugnissen von herausragender kultureller Bedeutung macht.

Thoratext

in assyrischer Quadratschrift mit Verzierungen, sogenannten »Krönchen«



Objekt und Zustand

Die Thorarolle der Marienbibliothek besitzt in ausge- rolltem Zustand eine Länge von 30,5 Metern. Sie besteht aus 50 zusammenge- nähten Pergamentstücken (etwa 62 x 75 cm), die mit schwarzer Tinte nahezu durchgängig dreispaltig (mit jeweils 60 Zeilen) in assyrischer Quadratschrift



Pergament

mit rillenförmigen Linien, darauf der Text, mit Feder in schwarzer Tinte geschrieben

beschrieben sind. Die Schrift ist stark standardisiert: Jeder Buchstabe füllt ein halbes oder ganzes Quadrat aus, jede Linie orientiert sich waagrecht oder senkrecht an dieser geometrischen Figur. Das Manuskript ist vollständig: Es enthält die unvokalisierten Texte aus dem hebräischen Tanach, die fünf Bücher Moses: das Buch Genesis (Gen), Exodus (Ex), Levitikus (Lev), Numeri (Num) und Deuteronomium (Dtn).

Rund 700 Jahre nach ihrer Entstehung präsentiert sich die Schriftrolle heute in weiten Teilen stark verschmutzt und fleckig, nachgedunkelt und vor allem an den Rändern erheblich beschädigt. Das Pergament weist Fehlstellen auf, Ausschnitte und kleine Löcher. Die aufgeplatzen oder aufgelösten Nähte wurden stellenweise notdürftig repariert oder ersetzt. Die rund einen Meter langen Haltestäbe, die im 19. Jahrhundert erneuert wurden, enden in abnehmbaren Scheiben mit gedrechselten Knäufen. Seit Herbst 2017 wird die Thorarolle aus konservatorischen Gründen staubfrei und vor Licht geschützt in einem ausgepolsterten Metallkoffer gelagert. In diesem neuangefertigten Behältnis kann sie Besuchern der Bibliothek auch berührungsfrei gezeigt werden.

Datierung

Eine im Frühsommer 2018 vom Klaus-Tschira-Archäometrie-Zentrum an der Universität Heidelberg in den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim durchgeführte materialwissenschaftliche Untersuchung zeigte, dass das Pergament mit einiger Wahrscheinlichkeit aus der Zeit von Ende des 13. bis Mitte des 14. Jahrhunderts stammt. Dafür wurde in dem organischen Schreibträgermaterial der Anteil des radioaktiven ^{14}C -Isotops des Kohlenstoffs bestimmt. Kodikologische und paläographische Befunde stützen diese Datierung. Aussagen über die Entstehungszeit einer Thorarolle sind besonders schwierig, denn jeder ausgebildete Schreiber (Sofer) war bemüht, das Exemplar des jüdischen Tempels auf das Genaueste zu reproduzieren. An keinem Zeichen, keinem von Gott gegebenen Wort durfte beim Abschreiben etwas verändert werden. Jede Zeile hatte exakt am Ende einer Spalte aufzuhören, so dass Buchstaben gegebenenfalls so zu verlängern waren bis sie den Rand genau er-

reichten. Individuelle Eigenheiten waren bei der Gestaltung ebenso wenig erwünscht wie künstlerische Freiheiten. Schreiberbücher kodifizierten die sehr strengen Regeln von alters her und legten alle wichtigen Merkmale verbindlich fest, darunter Anforderungen an den Charakter des Schreibers ebenso wie die an die des Materials, die Beschaffenheit des Pergaments, die Rezeptur der Tinte, die Anordnung der Wörter, Abschnitte und Textlücken im Schriftspiegel, die Schreibweise der 22 Buchstaben des hebräischen Alphabets oder die blockhafte Gestaltung der rechteckigen Kolumnen mit möglichst geradem Rand.

Die Thorarolle in der Marienbibliothek weist ungewöhnlich viele Sonderzeichen und Verzierungen von gewissen Buchstaben auf, sogenannte »Krönchen« (Tagginim). Während in den Schreiberbüchern der jüdischen Antike dieser Schmuck lediglich für sieben Buchstaben (Ajin, Tet, Nun, Zajin, Gimel, Tsade und Schin) empfohlen wurde, neigten besonders die Schreiber des 12. und 13. Jahrhunderts dazu, darüber hinaus weitere Buchstaben zu verzieren. Erst im Laufe des 14. Jahrhunderts verschwand diese Mode wieder, so dass die aufwändig geschmückte Thorarolle der Marienbibliothek in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts entstanden sein könnte. Auch die Anordnung und Kennzeichnung der Textabschnitte und Pausen stützen diese Annahme. Im Ritus diente die Thorarolle als Vorlage für den mündlichen Vortrag. Die größeren Abschnitte des Bibeltextes orientieren sich an dem einjährigen babylonischen Zyklus mit 54 (oder 53) wöchentlichen Schriftlesungen am Sabbat. Kleinere und größere Pausen (Setuma und Petucha), die optisch

durch Spatien innerhalb einer Zeile bzw. durch offene Zeilenenden oder Leerzeilen gekennzeichnet sind, bestimmen während der synagogalen Liturgie den Redefluss des Vorbeters. Diese Lücken im Text, ohne die eine Schriftrolle rituell nicht gebraucht werden kann und darf, markieren den Rhythmus der heiligen Ordnung des Zyklus und die Sinneinheiten des biblischen Textes. Ende des 12. Jahrhunderts vereinheitlichte der aus Cordoba stammende, in Ägypten tätige Gelehrte, Philosoph und Arzt Moses Maimonides im zweiten Buch seiner Schrift »Mischne Thora« (dt.: Wiederholung der Lehre) die Kennzeichnung und Gliederung dieser Pausen, was nach einigen Diskussionen und mit Abweichungen auch in Aschkenas übernommen wurde. Die Thorarolle der Marienbibliothek orientiert sich, was die Anzahl und den Ort der Setumot und Petuchot betrifft, bereits an Maimonides, doch weicht die Darstellungsweise der Lücken, d. h. deren Größe und Position, noch davon ab.

Darstellung der Lieder

Die beiden Darstellungen der poetischen Abschnitte, des Meeresliedes (Ex 15, 1–19) und des Moseliedes vor der ganzen Versammlung Israels (Dtn 32, 1–43), unterbrechen optisch den gleichmäßigen Fluss der rechteckigen Textkolumnen. Im Meereslied besingt Moses die wundersame Rettung der Kinder Israels aus Ägypten, welche trockenen Fußes durch die Fluten des Roten Meeres wandern konnten, während die Truppen des Pharaos mit Ross und Wagen darin versanken. Die Darstellung des Liedes bildet die Wogen des Wassers visuell nach, indem sich »Ziegel über Halbziegel«, ein ganzes Versmaß über ein halbes, legt.

Den Inhalt des Moseliedes repräsentieren zwei Säulen, »Ziegel über Ziegel« bzw. »Halbziegel über Halbziegel«. Je nach regionaler Tradition konnte das Meereslied in 29 bis 31 Zeilen, das Moselied in 67 bis 70 Zeilen geschrieben werden. Die Thorarolle der Marienbibliothek folgt im Falle des Meeresliedes der orientalischen, im Falle des Moseliedes der weit verbreiteten aschkenasischen Tradition.

Provenienz

Wann und auf welchem Wege die mittelalterliche Thorarolle in die 1552 gegründete Marienbibliothek kam, ist unbekannt. Der früheste Nachweis stammt aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Der Chronist Johann Christoph von Dreyhaupt erwähnt im zweiten Teil seiner Schrift »Pagus Neletici et Nudzici, Oder Ausführliche diplomatisch-historische Beschreibung des ... Saal-Kreyses« die sehr sauber geschriebene Pergamentrolle mit dem hebräischen Pentateuch Mosis als besonderes Stück der zur Pfarrkirche Unser Lieben Frauen gehörigen öffentlichen Marienbibliothek (Halle 1755, S. 219).

Dass diese Thorarolle einst in der Synagoge der großen jüdischen Gemeinde in Halle lag, ist nicht belegt, aber möglich. Diese Gemeinde bestand seit Mitte des 11. Jahrhunderts mit eigenen Wohngebieten am Jägerberg, später am Neuwerk. Im Laufe ihrer Geschichte brachte sie bedeutende Rabbiner hervor, musste aber auch wiederholt bittere Verfolgungen erleiden, Mitte des 14. Jahrhunderts und in den 1430er Jahren, bevor die jüdische Bevölkerung 1493 endgültig aus der Stadt vertrieben wurde. Erst seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts gibt es wieder jüdisches Leben in Halle.¹

Dank und Ausblick

Für fachliche Unterstützung dankt die Marienbibliothek Frau PD Dr. Annett Martini von der Freien Universität zu Berlin. Auf ihren wissenschaftlichen Ergebnissen nach Autopsie der Rolle basiert die vorliegende Darstellung und Datierung des Objekts. Im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojektes beschäftigte sich Annett Martini eingehend mit den hebräischen Handschriften der sogenannten »Erfurter Sammlung«. Zu dieser heute in der Orientabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin befindliche Sammlung² gehören 15 hebräische Handschriften, darunter vier Thorarollen aus dem 13. und 14. Jahrhundert (Ms. or. fol. 1215–1218), die als Vergleiche dienen konnten.

¹ Zur Geschichte der Juden in Halle (Saale) vgl. Guido Kisch: Die Anfänge der jüdischen Gemeinde zu Halle. Ein Beitrag zur Sozial- und Rechtsgeschichte der Juden in Halle am Ende des 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts, in: Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 4 (1928), S. 132–166; 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn, hrsg. von der Jüdischen Gemeinde zu Halle. Halle 1992; Fritz Backhaus: Die Juden von Halle im Mittelalter, in: Halle im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Werner Freitag und Andreas Ranft. Halle 2006, S. 193–206 (Geschichte der Stadt Halle, Bd. 1).

² Vgl. www.geschkult.fu-berlin.de/e/erfurter_sammlung/dokumentation/index.html (letzter Zugriff Juli 2021).



Herman
Hilbert

»Ma tovu« ohalecha, Ja'akow – »Wie schön sind deine Zelte, Jacob«

Von der Betstube zum Reformtempel –
Die Synagogen am Großen Berlin in Halle (Saale)

Constanze Wandt-Ptasczynski

»Wie schön sind die Wohnungen Jacobs«, sang der gemischte Chor in Anlehnung an den Vers in Bemidbar (Num 24,5) zur Einweihung der Synagoge am Großen Berlin, dem vierten und letzten Bethaus der Halleschen Juden an dieser Stelle. Die Predigt zur feierlichen Einweihung am 25. Juni 1885 (12. Tammus 5645) hielt Rabbiner Dr. Fröhlich zum Thema: »Wozu brauchen wir ein Gotteshaus?«, die »Saale-Zeitung« vom 26. Juni 1885 schrieb: »Zum wiederholten Male betonte der Herr Redner als vornehmste Israelitenpflicht die Liebe zum Nächsten ohne Unterschied der Konfession.« Fünf Jahrzehnte später sollte dieser Bau den Flammen der Pogromnacht zum Opfer fallen.

Der Große Berlin

Nach 1120 wurden der »Berlin« in das Siedlungsgebiet Halles einbezogen. Berlin (Sprachwurzel brl) ist ein Flurname slawischen Ursprungs und bedeutet »sumpfiges,

feuchtes Gelände«. In Halle war der Berlin eine morastige, von einem Bach durchflossene Gegend und bereits im 13. Jahrhundert dicht besiedelt. Nach einem Stadtbrand 1683 wurden viele Häuser nicht wiederaufgebaut. Eine barocke, rechteckige Platzanlage entstand, deren Südteil (ab Kleiner Berlin) bebaut wurde. Seit dem 17. Jahrhundert heißt nun das gesamte etwa 40 x 90 m umfassende Areal »Großer Berlin«. An der nordöstlichen Ecke des Platzes bauten die Juden ihre Synagogen. Sie standen im Innenhof (»Geviert«), der von Großer und Kleiner Brauhausstraße, Großer Märkerstraße und Sternstraße umgeben ist. Mit modernen Häusern bebaut, galt der Große Berlin im 18. Jahrhundert als einer »der besten Plätze in guter Lage«. Bis 1809 wurde der Platz gepflastert. In der Gründerzeit wuchs die Stadt und der Große Berlin gehörte zur Innenstadt. Der Platz zwischen Großem Berlin und Großer Brauhausstraße wurde, auf Grund eines Stadtratsbeschlusses vom April 1996, im Juni des gleichen Jahres in Jerusalem Platz umbenannt. Die Häuser rund um das Areal tragen die alten Straßennamen.

Blick in die Kleine Brauhausstraße Richtung Norden,
links die Synagoge, Kleine Brauhausgasse 17,
Aufnahme Gottfried Riehm, nach 1885

17. Jahrhundert: Neuansiedlung der Juden in der preußischen Universitätsstadt

Nachdem Brandenburg-Preußen im Jahr 1680 die Stadt Halle übernahm, siedelten sich wieder Juden in Halle an. 1688 wurde dem Salomon Israel, dem Stiefsohn des »Hofjubilierers« Jost Liebmann aus Berlin, der erste Schutzbrief ausgestellt. Zusammen mit Assur Marx, einem Bank- und Wechselgeschäftsbetreiber sowie Buchhalter des königlich-polnischen Residenten Berend Lehmann, der die Synagoge Bakenstraße in Halberstadt 1708–1712 finanzierte, gründete er eine neue Jüdische Gemeinde. 1692 erlaubte der Kurfürst Friedrich III. den Juden die Neuansiedlung. Im gleichen Jahr gab es eine erste Bestattung auf dem für die Gemeinde erworbenen Friedhof am Töpferplan. Dort fanden sich hallesehe Juden der vier ansässigen Familien mit Handlungsreisenden zu einem ersten gemeinsamen Gottesdienst zum jüdischen Neujahrsfest (*Rosh Ha-Schana*) zusammen. Um das Jahr 1700 gab es zwölf jüdische Familien mit insgesamt 70 Seelen. Da sie keine Synagoge hatten, hielten die Juden die Gottesdienste in Wohnhäusern ab. Der Wunsch nach einer eigenen Gebetsstätte wuchs. Die Juden durften keine Grundstücke erwerben. Dennoch suchten die hallesehe Juden einen Ort des gemeinsamen Gebetes. Widerstände seitens der christlichen Bevölkerung und der Behörden gegen die Errichtung einer Synagoge kamen auf. Eine »temporäre Andachtsstätte«, keine »Synagoge oder Judenschule« sollte in einer gemieteten Wohnung eingerichtet werden. Aber bereits vor dem Neujahrsfest und dem Versöhnungstag (*Yom Kippur*) im Herbst, baten die Schutzjuden im August des Jahres den Kurfürsten um die Geneh-

migung ein »abgelegenes Haus« kaufen zu dürfen, da im gemieteten Lokal »vom Pöbel die Fenster eingeworfen« wurden, der Hauseigentümer den weiteren Ausbau nicht gestatten sowie den Mietvertrag nicht verlängern wolle. Da Kurfürst Friedrich III. die Juden wegen finanzieller Belange duldete, genehmigte er nach Monatsfrist in einem Schreiben vom 24. September 1700 die Abhaltung des Gottesdienstes in einem »erkauften, inwendig dazu aptierten (herzurichten, CWP), von den publikken Plätzen und vornehmsten Straßen abgelegenen Hause«, sodass sie das »in des Tischlers Rossbachs Haus in der Märkerstraße aufgebaute Gotteshaus abrechen« konnten. Noch im Jahre 1701 versuchte der hallesehe Magistrat, den Kaufvertrag des zur Synagoge umgestalteten Hauses durch die Magdeburger Regierung als nichtig erklären zu lassen. Wiederholt erhob der Rat der Stadt Halle Einspruch und beruft sich auf das bestehende Verbot des Grundstückserwerbes und auf das bereits vorhandene Grundstück »vor dem Galgtor«. Die Errichtung »einer öffentlichen Synagoge an einem öffentlichen Ort dieser Stadt würde zum öffentlichen Ärgernis der Christen« dienen. In einer allgemeinen Verordnung des hallesechen Magistrats aus dem Jahr 1701 steht: »daß die Juden in Halle keine eigene Häuser allda haben sollen«. Eine jüdische Gemeinde benötigt nach dem religiösen Gesetz einen Friedhof, aber nicht zwingend eine Synagoge. Die Synagoge gilt als »kleines Heiligtum« (*mikdasch me'at*) und als Hinweis auf den Salomonischen Tempel in Jerusalem (*mikdasch gadol*), niemals als dessen Kopie.

Die orthodoxe Synagoge des 18. Jahrhunderts

Im Jahr 1703 weihten die Juden eine Synagoge. Im Jahr darauf konsolidierte sich die Gemeinde. Diese erste Synagoge war von außen nicht als solche zu erkennen. Eine Außengestaltung, die auf ihre Funktion hinwies, fehlte am Gebäude. Die Forderung aus dem Talmud, die Synagoge »in der Höhe der Stadt«, also an erhöhter Stelle oder die anderen Gebäude der Stadt überragend zu errichten, konnte bei diesem Bau nicht eingehalten werden. Über die Innengestaltung ist nichts bekannt. Vermutlich folgte diese dem Schema: Toraschrein im Osten, achteckige Bima in der Mitte des Raumes. Durch die Beziehung Assur Marx' zu Behrend Lehmann und die von ihm finanzierte Synagoge in der Bakenstraße in Halberstadt (1708–1712) ist eine ähnliche Ausgestaltung denkbar. Zwei Jahrzehnte nach der Weihe traf die Juden und die Synagoge ein folgenschweres Ereignis. Die Synagoge wurde, so der halesche Stadtchronist Schultze-Galléra, 1724 »bei einem Tumulte vom Volke gestürmt« und dabei fast vollständig zerstört. Die Rundesche Chronik berichtet: »Ao 1724 den 24. Juni (Johannestag, CWP) wurde die Synagoge und einige Häuser, welche der Judenschaft gehörten, durch die Studenten erstürmt und fast gänzlich zerstört. [Die Ursache davon war, weil ein Jude einige Tage zuvor sich mit einem Studenten geprügelt und denselben sehr beschädigt hatte.] Der Gottesdienst mußte einige Zeit ausgesetzt werden, um das Gotteshaus zum Gebrauch wieder in Stand zu setzen.« Am 18. September 1803 meldete die Rundesche Chronik wiederum, dass die Synagoge »bedeutend durch gewaltsamen Einbruch beraubt« wurde.

Einen Eindruck von der Synagoge zu Beginn des 19. Jahrhunderts geben die Erinnerungen des 1795 in Halle geborenen späteren Musikprofessors Adolf Bernhard Marx (eigentlich Samuel Moses Marx), der in seinen »Erinnerungen« den Versöhnungstag in der Synagoge beschreibt, den er dort als Kind erlebte.

»Füllte sich nun am Buß- und Fasttage der Hauptteil des Tempels mit der männlichen Gemeinde, jeder in seinem Sterbehemde, so ward es uns genannt, – es waren gewöhnliche, aber recht weiß gewaschene Hemden, die sie nur diesmal über die Kleider zogen und die wahrscheinlich die uralte Gewandform vor Augen bringen sollten: So ward uns Knaben gar ernst und schauerlich zu Mute, besonders bei morgenländisch heftigen Ausrufen, unter denen jeder der Lautbetenden eifernd wider seine Brust schlug, so oft er, eine der vielen Sünden, die in der Gebetsformel verzeichnet waren, nannte, oder eine der vielen Bitten zum Himmel emporrief. Daß die Gemeinde sich an diesem Tage allen Speisen enthielt, wirkte auf unsere Gemüter lebhaft; vielleicht waren wir um so empfänglicher, da uns unter Dreizehnjährigen die gleiche Enthaltensamkeit noch nicht streng zugemutet wurde. So blieb die Gemeinde, in einem vergitterten und verschleierten Seitenschiffe der weibliche Teil derselben, vom frühen Morgen bis zum ersten Sternenhimmel im Tempel versammelt.« Die Beschreibung der vergitterten Frauenabteilung (*esrat naschim*) ist deutlicher Hinweis, auf eine orthodox ausgerichtete Synagoge.

Ein Adressverzeichnis aus dem Jahr 1804 verzeichnet, das »die jetzige Hallische Judenschaft aus circa 18 Familien besteht«. Nach 1806 fiel die Stadt Halle an das napo-

leonische Königreich Westfalen. Die Juden erhielten per Dekret vom 27. Januar 1808 den gleichen Status wie die Christen. Das Schutzgeld und sämtliche unangemessene Abgaben entfielen für die Juden. So stieg die Zahl der Seelen an. Um 1800 gab es in Halle ca. 80 bis 100 Seelen. Waren das 18. Jahrhundert von der Jüdischen Aufklärung (*haskala*) geprägt, indem die Juden nach Emanzipation und Assimilation strebten, kam es zunehmend zu innerjüdischen Diskussionen über das Wechselspiel zwischen orthodoxer Tradition und dem angepassten Leben in den sich entwickelnden Großstädten.

1829 – 2. Synagoge

Vermutlich in diesem Geist wurde die Synagoge im Jahr 1829 erweitert und am 19. September 1829 (21 Elul 5589, in der Leil Slichtot vor Rosh Ha-Schana, »Nacht der Vergebung« in Vorbereitung auf die Hohen Feiertage) eingeweiht. Über das Erscheinungsbild dieses Baues ist nichts bekannt. Stadtführer aus dem 19. Jahrhundert beschreiben den »Judentempel« als »optisch keinen bemerkenswerten Bau«, so wie sein Vorgängerbau. Von 150 Seelen im Jahr 1800 war die inzwischen wohlhabende Gemeinde Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem Halle wieder preußisch war, wieder auf etwa 500 Seelen angewachsen.

Die Reformtempel – Synagogen aus dem 19. Jahrhundert

Die jüdische Reformbewegung veränderte nicht nur den liturgischen Ablauf des Gottesdienstes, die Einführung einer Synagogenordnung, Gebete und Predigt in der Landessprache, die Verwendung von Musikinstrumenten, sondern wirkte sich auch

auf die Konzeption des Gebäudes aus. Eine Typologie von Reformsynagogen entwickelte sich nach dem Vorbild des Jacobstempels in Seesen (1810). Die Gemeinde in Halle öffnete sich der neuen Gottesdienstform, in die Chor, Predigtkanzel und später eine Orgel eingegliedert wurden. Diese Synagogen verdeutlichten den Integrationswillen der jüdischen Gemeinden.

Halle wird Großstadt – Preußisches Judengesetz 1847

Die Stadt Halle wuchs in der Zeit der Industrialisierung enorm an. Der Große Berlin, in der Nähe des Marktplatzes, gehörte nun zum Innenstadtbereich. Die Gemeinde blühte und die Mitgliederzahl wuchs. Auf der Grundlage des preußischen »Gesetzes über die Verhältnisse der Juden« vom 23. Juli 1847, waren den Gemeinden die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gestattet. Dies ließ eine dezentralisierte Verwaltung der Gemeinde zu. Gemeindebezirke wurden gegründet und eigene Amtspersonen konnten bestimmt werden. So begründete sich am 20. Oktober 1858 eine neue Synagogengemeinde in Halle. 1860 wurde der in Mähren geborene Dr. Wilhelm Fröhlich (1831–1888) als ihr erster Rabbiner gewählt. Neben seinen Bestrebungen für gute Beziehungen der jüdischen Gemeinde mit der Stadt Halle im öffentlichen und städtischen Leben, trieb er die Anlegung eines neuen Friedhofs in der Humboldtstraße mit Trauerhalle sowie den Bau einer Synagoge voran.

1867 – Martinsberg

Auf einem 1866 erworbenen Gemeindegrundstück in der Nähe des Martinsberges (Martinsberg 9, heute: Wilhelm-Külz-Stra-

ße 9) beim alten jüdischen Friedhof sollte eine neue Synagoge errichtet werden. Zunächst lieferte im Jahr 1867 Hermann Henning, Architekt von Stadtwillen und Industriebauten (Emil-Abderhalden-Straße 9, Hallesche Maschinenfabrik), einen Entwurf für eine breite dreischiffige »Basilika« mit einer ausgedehnten Apsis. Die Pläne Hennings zeigen klassizistische Rundbogenmotive Schinkelscher Anmutung. Auf den Planzeichnungen sind »maurische« Hufeisenrundbögen im Innenraum erkennbar. In dem Bau mit einem Oberlicht sollten 367 Männer und 174 Frauen auf den dreiseitigen unvergitterten Emporen Platz finden. Vier zwiebelbekrönte Ecktürme sollten das breite Gebäude schmücken. An den Protesten einflussreicher Mitglieder der Gemeinde scheiterte das bereits begonnene Vorhaben. Stattdessen riss die Gemeinde die alte Synagoge am Großen Berlin ab und baute an gewohnter Stelle ihre neue.

1869/1870 – 3. Synagogenbau – Aus dem Bethaus wird ein Reformtempel

Der Entwurf des Ziegelfabrikanten und Bau- meisters Rudolf Loest (1840–1904), dem Erbauer von »Loests Hof«, einem Baukom- plex mit 408 Arbeiterwohnungen (1884– 1890) in der südlichen Innenstadt von Hal- le, lag dem neuen Bau zugrunde. Die 1829 errichtete Synagoge wurde durch Loests Neubau ersetzt. Sein Entwurf wurde ab 1869 realisiert und am 25. September 1870 mit einer Festpredigt des damaligen Rabbi- ners Dr. Fröhlich »in ernster und würdiger Weise« eingeweiht. Verwaltungsakten der Stadt Halle berichten, dass es ein Bau »an der Stelle der alten, neu und geschmackvoll erbauten Syna-goge« sei. Da im Norden



Fassadendetail, Westeingang vom Großen Berlin, 1869

und Süden direkt Wohnhäuser mit drei- bis vier Geschossen an die Synagoge grenzten, erhielt der Innenraum ein Oberlicht. Eine Schnittzeichnung zeigt die Bedachung durch ein Satteldach. Die Synagoge wurde von Westen her betreten. Sie war über eine schmale Gasse zu erreichen, die vom Großen Berlin zum Westeingang führte. Durch eine Eingangshalle im Erdgeschoß des Westturms gelangte man durch einen Vorhof in den Betsaal der Männer. Dieser hat einen annähernd quadratischen Grundriss mit einem Umfang von knapp 14 x 14 m. Loests Entwurf orientierte sich an den meist quadratischen Grundrissen aschke- nasisch-orthodoxer Synagogen. Jeweils

vier Säulen unterteilten die Halle in »drei Schiffe«. Sie trugen die unvergitterten Frauenemporen an der West-, Nord- und Südseite, die von der Eingangshalle im Westturm über eine Treppe zu erreichen waren.

Westturm und Westportal

Der Grundriss des Baus zeigt einen Treppenturm im Südwesten. Dieser bietet Anlass zu einer Beschreibung als »orientalisierend«. Wände mit »Streifenmustern«, finden sich sowohl im byzantinischen Kirchenbau als auch in der maurischen Architektur. Zunächst war der westliche Treppenturm mit Zwiebelhaube der Hauptzugang zur Synagoge. In der Ausführung des Westturms orientierte er sich an der Formensprache des Baus von Eduard Knoblauch in der Oranienburger Straße in Berlin. Gemäß rabbinischer Forderungen führten zwei Türen den Beter durch eine Vorhalle, die den weltlichen Außenraum vom heilige Innenraum trennt, in den Bet-saal. Oft diente die Vorhalle der Aufstellung von Almosenbüchsen (*zedeka-Büchsen*) oder bot eine Waschgelegenheit zur kultischen Reinigung der Hände (*netilat yadayim*).

Im Westportal zitiert Loest die Tympana (Bogenfelder) über den rundbogigen Erdgeschoßtüren der Berliner Synagoge. In das Bogenfeld über der Tür, sind vier gestelzte Halbkreisbögen eingeschrieben. Als »maurisch« erscheinen die vergitterten Fenster und die in runde Fenster eingeschriebenen Davidsterne. Der Eingangstür vorgesetzt war eine vierstufige Treppe aus Granitsteinen. Über den Standort und die Form des Leseputles, die Außengestalt der Ostwand, können anhand der vorhandenen Pläne

keine Aussagen getroffen werden. Nahe der Synagoge befanden sich das Kantorenhaus und die jüdische Schule.

1884/1885 – 4. Synagogenbau

Die Juden erhielten ab 1871 staatsbürgerliche Rechte und die Gemeinde in Halle war durch den rasanten industriellen wirtschaftlichen Aufschwung geprägt. Zwischen 1867 und 1871 wurden der Gemeinde 85 Kinder geboren und 24 Trauungen vollzogen. In den 1880er Jahren reiften Pläne zum Ausbau der Synagoge. Gustav Zimmermann (1849–1901) war der Architekt, dieser neuen »Großstadtsynagoge«. In den Jahren 1884/85 wurde sie zu einem Langbau erweitert. Obwohl in der rabbinischen Literatur erwähnt, blieb der basilikale Typus dem Kirchenbau vorbehalten. Eine Adaption dieser Bauform im 19. Jahrhundert für Synagogen zeigt das Anpassungsstreben jüdischer Gemeinden. Zimmermann

Lageplan (Ausschnitt) zum Erweiterungsbau der Synagoge Kleine Brauhausgasse 17, 1884



streckte die Synagoge um 10,62 m in Richtung Kleiner Brauhausstraße nach Osten zu einem längsrechteckigen Bau, gestaltete ihn dabei um und setzte ihm eine Doppelturmfassade vor. Orientierte sich Loests Bau von 1870 an der Formensprache der Fassade der Berliner Synagoge in der Oranienburger Straße, einem »Monument der modernsten Architektur in Glas und Eisen« (R. Wischnitzer), das 1866 erbaut wurde, verlieh Zimmermann seinem Entwurf einen anderen Charakter. Vom Berliner Bau zitierte er lediglich die Fensterformen der Nord- und Südtürme sowie die Zwiebelhauben. Zimmermann gestaltete die Fassade im Osten, inspiriert von Synagogen wie der Gottfried Sempers in Dresden (1840) oder der Erwin Opplers in Breslau (1872), im neoromanischen Rundbogenstil. Der Akkulturationsgedanke, entstanden aus einer Dialektik zwischen Unterdrückung und Emanzipation, wird am Stilwechsel deutlich. Erwin Oppler schrieb 1869 in Hinsicht auf die Wormser Synagoge aus dem 12. Jahrhundert dazu »... wenn in jener Zeit schon der allgemein herrschende Baustil Anwendung gefunden hatte, ist es gewiß um so richtiger, den deutschen Stil bei dem Tempel einer deutschen jüdischen Gemeinde in Anwendung zu bringen, zumal auch der maurische Stil als in gar keiner Beziehung zum Judenthume stehend, keinerlei Berechtigung hat, für die Synagoge verwandt zu werden.« Nach der Erweiterung reichte die Hallesche Synagoge bis an die Kleine Brauhausgasse (heute Kleine Brauhausstraße), war in die Häuserflucht der benachbarten Wohnhäuser integriert und damit nicht auffällig sichtbar. Eine der wenigen Aufnahmen stammt vom halleschen Fotografen Gottfried Riehm.

Das Hallesche Tageblatt schreibt am

21. März 1885 über das baulich erweiterte Gotteshaus: Beilage zu Nr. 68. Halle'sches Tageblatt. Sonnabend.

[Die neue Synagoge.] Als Lessing vor einem Jahrhundert mit seinem »Nathan« hervortrat, stand man starr vor der unerhörten Kühnheit, mit welcher ein deutscher Dichter sich zum Vertheidiger des Judenthums, auf welchem der Bann internationaler Verachtung lag, aufwarf. Die Liebe zu seinem Freunde Moses Mendelsohn hatte Lessing bei seinem hohen Liede religiöser Duldung die Feder geführt; was aber verstand die damalige Zeit von dieser Freundschaft, und was galt der beste, vorzüglichste Mensch, wie Moses Mendelsohn, der öffentlichen Meinung jener Zeit, welche auf dem Worte des haßerfüllten Priesters: »Thut nichts, der Jude wird verbrannt!« – stand? – Es hat noch lange Jahre gedauert, ehe unsere jüdischen Mitbürger durch das Gesetz aus dieser unwürdigen Stellung befreit wurden, und wenn auch noch in unserer Zeit hier und da christlicher Zelotismus recht unerfreuliche Blüten treibt, die große Majorität der christlichen Bevölkerung freut sich der bürgerlichen Gleichstellung der israelitischen Mitbürger. Als vor mehreren Jahren die israelitische Gemeinde zu Berlin ihre neue Synagoge weihte, gab die ganze Residenz bis in unsere Königliche Familie hinauf ihre warme Theilnahme für diese Feier kund. In Kürze steht auch in unserer Stadt eine solche Feier bevor, und wir sind überzeugt, daß dieselbe eine gleich würdige Theilnahme hervorufen wird. Ueber die neue Synagoge, welche bekanntlich ein Erweiterungsbau des alten Gotteshauses ist, wird uns von einem Mitarbeiter Folgendes geschrieben: »Das Vorbild unseres jüdischen Gotteshauses ist die neue Synagoge in Berlin, jenes im-

sante, in der Oranienburgerstraße gelegene Bauwerk, nach den Plänen Knoblauchs aufgeführt, daß sich in einem Stile den größeren Meisterwerken der orientalischen Kunstperiode anschließt. Betrachten wir das Gebäude von der Frontseite (in der kleinen Brauhausgasse), so werden wir durch die hehre Einfachheit desselben auf's Höchste befriedigt. Aus verschiedenfarbigen Ziegelsteinen ausgeführt, erhebt es sich zu beiden Seiten zu kleinen Thürmen, welche mit wohlgeformten Kuppeln geziert sind; in dem niedrigen Mittelbaue, der sogenannten Terrasse, befindet sich der Haupteingang. Aus der Mitte des Tempels erhebt sich ein größerer Thurm, von zwei mächtigen Eisensäulen getragen, ebenfalls durch ein Kuppeldach geschmückt. Alle Theile des Gebäudes sind wohl proportioniert, nichts erblicken wir an ihm von jenen Schnörkeleien, welche [man] bei den Bauten der Neuzeit so häufig antrifft. Die Farbe der Steine als auch die Kuppeln harmoniren prächtig zu einander. Gedeckt sind die Kuppeln mit Zinkblech, welches kupferartig gestrichen ist. Durch eine Vorhalle, von welcher aus Granittreppen zu den Emporen führen, treten wir in den Hörraum, der um 10,62 m in seiner Tiefe erweitert, 288 Männer- und 140 Frauensitze enthält. Unter der großen Kuppel befindet sich das Allerheiligste. Die Einrichtung des Innern ist im Wesentlichen dieselbe geblieben; an seiner Ausschmückung arbeiten jetzt noch die verschiedenen Handwerker. Die Malerei, welche dem Herrn Zander übertragen, verspricht besonders schön zu werden. Leider kann das Haus wegen der Enge der Straße und der daran stoßenden Häuser nicht recht in seiner ganzen Schönheit zur Geltung kommen. Die Baukosten werden exklusive des Bauplatzes auf ungefähr 45 000 Mark geschätzt.«

Beschreibung der Doppelturmfassade im Osten

Nach dem Umbau kamen im Osten drei Eingänge, einer zum Betsaal der Männer und zwei zu den Frauenemporen, hinzu. In der rabbinischen Kommentarliteratur gibt es in Anlehnung an den Jerusalemer Tempel die Festlegung des Eingangs einer Synagoge im Osten. Zimmermann hat diesen Punkt bei der Erweiterung der Synagoge eingehalten.

Der Bau hatte vier Türme mit Kuppeln, die mit »Zinkblech gedeckt« und »welches kupferartig gestrichen« war. Die gedrungene Doppelturmfassade, die sich in der christlichen Kunst gewöhnlich im Westen befindet, überragte die Höhe der benachbarten Wohnhäuser nur geringfügig. Im Norden und im Süden erhoben sich über zwei Geschosse die Seitentürme, ein drittes Geschoss bildeten achteckige romanisierende Türme mit Lisenen zwischen Rundbogenfriesen. Sie waren mit Zwiebelhauben gedeckt. Diese Haubenform entspricht der Formensprache sowohl byzantinischer Kunst als auch der des Barock. Ein breiter Mittelturm markierte die Stelle des Toraschreins. Die Türme schmückte jeweils ein Davidstern.

Vom Erdgeschoß des Nord- und des Südturmes führten jeweils zwei gegenläufige Treppen zu den Frauenemporen. Der Mitteleingang im Erdgeschoß führte in eine Vorhalle, die durch eine Terrasse bedeckt wurde. Der Terrasse war eine fünfteilige, von Rundbogenfenstern durchbrochene polygonale Apsis vorgelagert. Lisenen gliederten die Apsiswand. Eine durch Triforien gegliederte Zwerchgalerie (Quergalerie) ist zu erkennen. Die Wand gliederte sich im unteren Bereich der Ostfassade durch anti-



**Aufriss Ostfassade
am Erweiterungsbau der Synagoge,
Kleine Brauhausgasse 17 (koloriert),
1884**

kisierende Pilaster mit Blattkapitellen und Rankenfriesen. Über dem Mitteleingang erstreckt sich ein mit Rundbogenfriesen verzierter Giebel. Er gleicht denen, die über der fünfteiligen polygonalen Apsis des Chores am Speyerer Dom und anderen romanischen Bauten zu finden sind. Der Bau entspricht in der Außengestaltung einem neo-romanischen Bau, in Reminiszenz an die Architektur einer Epoche, in der jüdische Gemeinden am Ober- und Mittelrhein, in Köln und den SchUM-Gemeinden: Speyer, Worms und Mainz im »romani-

fassade der ehemaligen Synagoge.

Beschreibung des Innenraumes

Über die Gestaltung des Innenraumes gibt es keine genaue Kenntnis. Absolventen der Kunsthochschule Burg Giebichenstein fertigten im Jahr 2005 eine 3D-Animation des Bethauses, das dem Museum Gröbzig übergeben wurde. Grundlage der Rekonstruktion der Innen- und der Außengestalt waren die Skizzen Gustav Zimmermanns, wenige auffindbare Photographien sowie Abbildungen der Berliner Synagoge in der Ora-

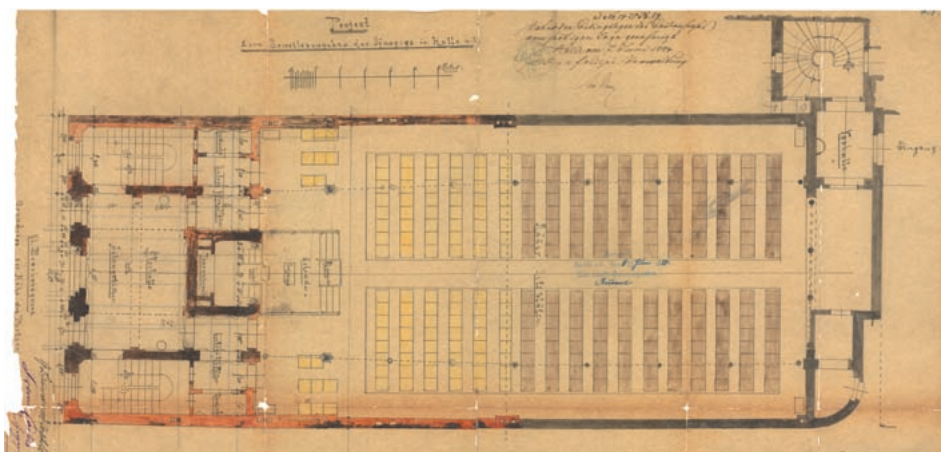
nienburger Straße. Josef Kahlberg, der Sohn des letzten halleschen Rabbiners Dr. Albert Kahlberg, wurde zur Gestaltung des Innenraumes als Augenzeuge befragt.

Zimmermanns Pläne zeigen einen einschiffigen Bau, den man durch eine Vorhalle betrat, die auch als Sitzungszimmer genutzt werden konnte. Im unteren Bereich, der für die Männer bestimmt war, gab es 288 Plätze »in Reih und Glied« mit Blickrichtung nach Osten zum Almemor hin. Der Gesang des Vorbeters und das Singen der Gemeinde folgten festen Regeln in der Liturgie. Die Reformer im Judentum beschrieben die orthodoxen Gottesdienste als »zu laut und ungeordnet«. Sie strebten nach Neuordnung, einem frontal geführten Gottesdienst, welcher der Erbauung dienen sollte. Zimmermann verwendete auf der Planzeichnung den Begriff Almemor für das durch Treppenstufen erhöhte Lesepult. Raschi (Rabbi Schlomo ben Jizchak, 12. Jh.) gebraucht in seinen Kommentaren zum

Talmud die Bezeichnung *al-membra* (von arab. *al minbar*). In deutschsprachigen Ländern wurde dieser Begriff zu Almemor. Im aschkenasischen Ritus wird das Lesepult auch als Bima (griech. *béma* = Rednerbühne) bezeichnet. Auf ihm wird die Tora zur Schriftlesung entrollt.

Die sogenannte »Almemorfrage« wurde im 19. Jahrhundert innerjüdisch zwischen rabbinischen Autoritäten verhandelt. So sah der Rabbiner Leopold Löw in einem Gutachten eine Verrückung des Pultes nach Osten als unbedenklich an. Als Grund wird die im Reformgottesdienst meist landessprachliche Predigt angesehen, bei der die hinter dem Lesepult sitzenden »den Prediger kaum sehen können«. In Halle ist, gemäß den Zeichnungen von Zimmermann, von einem Baldachin auszugehen, der auf einem Podium (Estrade) errichtet, den durch drei Stufen erhöhten Almemor, die Kanzel und den Toraschrein zu einem Ensemble vereinigt. Die Verbindung aus Toraschrein mit vorgelagertem Baldachin gleicht dem Kanzelalter protestantischer Kirchen. Der Baldachin an sich hatte liturgisch keine Funktion. In der Gemeindecor-

**Plan zum Erweiterungsbau der Synagoge
Kleine Brauhausgasse 17,
Grundriss Erdgeschoß (koloriert), 1884**



Großer Berlin (heute Jerusalemer Platz, Richtung Osten, im Hintergrund die Kuppeln der Türme der Synagoge Kleine Brauhausgasse 17/ Großer Berlin 7/8, 1885–1925)



respondenz mit der Stadtverwaltung in Halle bezeichnet die Gemeinde den Bau als »ihren Tempel«. Der Grundriss zeigt weiterhin eine Bestuhlung mit jeweils acht Sitzen neben dem Almemor in der Nähe

des Toraschreins. Diese waren in orthodoxen Gemeinden wichtigen Mitgliedern vorbehalten (»Ostwandleute«). Bis ins 19. Jahrhundert hielt sich dieser Brauch in einigen Gemeinden. Aus dem Plan von Zimmermann geht ihre Bedeutung in der halleischen Synagoge nicht hervor. Die Frauenemporen waren mit jeweils zwei Sitzreihen ausgestattet. Die Emporen wurden von eisernen Säulen getragen, die zwischen den Männerplätzen aufgestellt waren. Ein deutlicher Hinweis auf eine reformerische Haltung der Gemeinde war das Fehlen der Vergitterungen an den Frauenemporen. Vom Westeingang »Großer Berlin« wurde der Zugang zu den Frauenemporen beibehalten. Auf Zimmermanns Grundriss kommen, wie in vielen Reformsynagogen, weitere Funktionsräume hinzu, wie Garderoben und eine Toilette.

1901/1902 – Umbau und Einbau einer Orgel

Durch die Billigung rabbinischer Autoritäten in den 1840er Jahren hielten Orgeln in die Synagogen Einzug und konnten künftig – zur Erinnerung an die »Tempelorgel Magrepha« – Bestandteil dieser »Tempel« sein. Aus einem bisher »christlich« konnotierten

Instrument wurde auch ein »jüdisches«. In Reformsynagogen wurde die Orgel oft oberhalb der Estrade mit Lesepult und Toraschrein positioniert. Die bauliche Erweiterung dafür erfolgte in Halle im Jahr 1901. Der Bau wurde dadurch zu einer sogenannten »Orgelsynagoge«. Der Architekt Rudolph Sacki verbreiterte in der Halle die Frauenemporen, sodass jeweils drei Sitzreihen vorhanden waren. Nun bot die Synagoge 300 Männern und 268 Frauen Platz. Die Apsis wurde entfernt und der Ostteil durch Mauern zwischen den beiden kleinen Türmen und einem Flachdach erweitert, schließlich hatte man die Seitenfenster der Türme zugemauert und drei neue Fenster eingefügt. Zeichnungen um 1920 zeigen vermutliche Veränderungen der Wand im Bereich von Toraschrein und Lesepult. Die Orgelbaufirma Wilhelm Rühlmann aus Zörbig lieferte im Jahr 1902 eine Orgel. Im Jahr 1910 wurde mit 1397 Mitgliedern ein Höchststand von Gemeindegliedern erreicht.

1920 – Anbringung einer Gedenktafel für jüdische Soldaten

Im Frühjahr 1920 veranlasste die Jüdische Gemeinde Halle die Anbringung einer Gedenk-

tafel für die im I. Weltkrieg jüdischen Gefallenen an der Brüstung der Orgelempore.

1930 – Umbau Tor im Eingangsbereich

Eine letzte bauliche Veränderung wurde im westlichen Eingangsbereich durch den schlesischen Architekten Wilhelm Haller im Jahr 1930 vorgenommen. Haller war ebenfalls der Baumeister der Trauerhalle in der Dessauer Straße.

Die Zerstörung (churban)

Die »Mitteldeutsche-National-Zeitung« schrieb über die Ereignisse der Pogromnacht am folgenden Tag: »Nächtliche Aktionen in Halle – erste Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden – helle Empörung der Volksgenossen«: »Die Synagoge am Großen Berlin wurde in der vergangenen Nacht von Volksgenossen ... zertrümmert und in Brand gesteckt. Weiße Rauchwolken stiegen über den Kuppeln des Gebäudes auf. Dann röteten sich die Fenster von den Flammen, und kurz darauf sprühten die Funken aus dem Dach.« Aus Augenzeugenberichten des ersten Gemeindevorsitzenden nach dem Krieg (1946–

1962), Hermann Baden, geht hervor, dass in der Dunkelheit der frühen Morgenstunden des 10. November 1938 Personen in die Synagoge eindrangen, nach verwertbaren und wertvollen Einrichtungs- und Kultgegenständen suchten, um diese später abzutransportieren. Danach haben sie die Fenster eingeschlagen, das Gestühl im Inneren zerhackt und die Synagoge schließlich durch Brandstiftung zerstört. Die spät eintreffende Feuerwehr löschte lediglich die anliegenden Häuser, um diese vor Zerstörung zu bewahren. Neben der Orgel sowie der Inneneinrichtung, fielen dem Brand etwa 14 Torarollen zum Opfer. Das Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Reste der noch anstehenden Mauern mussten im Frühjahr 1940 auf Anweisung des Stadtrats von der Gemeinde und auf deren Kosten bis auf eine Höhe von vier Metern abgetragen, die Fenster und Türen zugemauert und »in einen ordnungsgemäßen Zustand« gebracht werden. Aus dem Festband »300 Jahre Juden in Halle« geht hervor, dass um das Jahr 1992 Reste der Synagoge im Hof der Jüdischen Gemeinde lagen. Darunter eine Treppe aus Granit.

Derzeit sind zwei rituelle Gegenstände bekannt, die aus dieser Synagoge überkommen sind, das Fragment einer unvollständigen Torarolle und ein Chanukkaleuchter. Die Rolle wurde im November 1938 aus der Synagoge in die Bibliothek der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft (DMG) Halle gebracht, versteckt und bei Katalogisierungsarbeiten im Jahr 1961 wiederentdeckt. Sie ist beschädigt, besteht aus 28 zusammengehefteten Pergamenthäuten und hat die Maße 19,50 m x 0,56 m. Das Fragment enthält den Text der Tora von Schemot (Ex

Ostseite des Großen Berlin mit Blick auf das Mahnmal von 1965 (Josef Münzberg), 1981



38,22) bis Devarim (Dt 17,11), für den synagogalen Ritus ist es unbrauchbar.

Einem Wunder, gleicht die Rückkehr eines Chanukka-leuchters, nach 63 Jahren, in die Jüdische Gemeinde Halle (Saale). Am 25. März 2002 nahm der Gemeindevorsteher Max Privorozki die Chanukkia in Empfang. Im Jahr 2001 entdeckte ein Mitarbeiter des haleschen Stadtmuseums im Katalog eines Auktionshauses den

Leuchter, der sich seit den 1980er Jahren im Besitz eines Berliner Kunsthändlers befand. Der neunarmige Kandelaber aus Silber trägt die Inschrift »Zur Einweihung der Synagoge Halle a/S. im Jahre 5645. Gespendet von S. Friedländer & Sohn« (1885). Prof. Max Schwab, der den Leuchter noch vor 1938 in der Synagoge sah, sagte: »Viel wichtiger als die Chanukkia selbst, sind jedoch die Menschen um sie herum.«

Gedenken nach 1945

1965 – Mahnmal

Der Rat der Stadt Halle beschloss am 21. August 1965 die Errichtung einer »Gedenkstätte für die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors« auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge. Bereits am 26. September 1965 wurde das Denkmal am ehemaligen Hintereingang der Synagoge, Großer Berlin 7/8, der Öffentlichkeit übergeben. Daneben stand das ehemalige Kantorenhaus. Das Denkmal war der Eingangstür der ehemaligen Synagoge nachempfunden. Im Tympanon über dem Tor war ein stilisiertes Sonnenmotiv eingeschrieben. Ein viertür-



Mahnmal von 1965 (Josef Münzberg), 1967

ges, metallenes Gittertor, das mit einem Muster aus in sich verzahnten Davidsternen geschmückt war, bildete den Mittelpunkt der Gedenkstätte. Die Gedenkstätte entwarf der Architekt, Denkmalpfleger und Stadtplaner Josef Münzberg (1933–2005). Reste des Portals, wie keramische Zierplatten und Blendziegel, waren vom westlichen Eingangstrakt erhalten geblieben und wurden, unter Einbeziehung der Wandmusterung von Loests Westturm, zur Errichtung der Gedenkstätte verwandt. Am Mahnmal war die Inschrift: »Den jüdischen Opfern des faschistischen Terrors zum Gedenken« zu lesen.

1987 – Mahnmal

Die »denkmalpflegerische Zielstellung« forderte Ende der 1970er Jahre seitens der Stadt Halle die »Wiederherstellung der barocken Platzanlage Großer Berlin«. Um diesen Platz sollten Plattenbauten errichtet werden. Photographien aus den 1980er Jahren zeigen Reste der Ostfassade, die im Zuge der Neubebauung im Jahr 1984 abge-

rissen wurden. Der hallesche Architekt Hans-Christian Riecken entwarf ein neues Mahnmal und orientierte sich wie Rudolf Loest an Formen der Synagoge in der Oranienburger Straße. Es sollte den westlichen Eingangsbereich, vom Großen Berlin aus gesehen, darstellen. Dazu gehören das Tympanon (Bogenfeld) mit vier gestelzten Halbkreisbögen, wie im Entwurf von Loest und an der Berliner Synagoge. Der Rat der Stadt wollte das Tor ursprünglich, nicht sichtbar, am originalen Standort der Synagoge im Hof hinter den Neubauten aufstellen. Nach Verhandlungen mit der jüdischen Gemeinde, wurde das Mahnmal etwa 40 m vom ursprünglichen Standort, aufgestellt. Das aus gelb gebrannten Ziegeln gemauerte Rundbogenportal ist mit schwarzen Ziegeln durchsetzt. Oberhalb eines

Mahnmal von 1987 (Hans-Christian Riecken), 2021



weißen Architravs wurden originale Ziegel der Synagoge verwendet, unterhalb desselben, neu gebrannte. Das nun zweistöckige Metallgitter wurde bis Oktober 1986 vom VEB Denkmalpflege Quedlinburg rekonstruiert und das Mahnmal 1987 fertiggestellt. Am 8. November 1988 berichtete die Tageszeitung »Freiheit« von »der feierlichen Enthüllung zweier Gedenktafeln mit Kranzniederlegung« am Vortag. Rechts und links des Tores tragen die Bronzetafeln die Aufschrift im Duktus der DDR:

»Mahnung der Lebenden | – Vergesst nicht | Den jüdischen Opfern | des Faschismus 1933–1945 | zum ehrenden Gedenken.«
und Hebräisch:

להזהיר את-החיים אל-תשכחו לזכרון

5693–5705 היהודים שרוצחו בזמן הפשיזם
»Zur Warnung den Lebenden – |Vergesst nicht. |Zur Erinnerung an die Juden, |die ermordet wurden in der Zeit des Faschismus | 5693–5705.«

Vor dem freistehenden Portaldenkmal wurde mit der Eröffnung eine dreigeteilte gegossene Bronzetafel in den Boden eingelassen. In deren Mitte befindet sich eine quadratische reliefierte Tafel mit einem Lageplan der ehemaligen Synagoge. Die Inschrift der Platte lautet:

»Nahe dieser Gedenkstätte stand die Halle-sche Synagoge von 1870. In der Pogromnacht vom 9. Nov. 1938 wurde sie durch die Faschisten zerstört. Erhalten bleibt nur das Portal zum Großen Berlin. 1965 wurde es Teil einer Gedenkstätte für die Opfer unter unseren jüdischen Mitbürgern. Im Rahmen der Neubebauung wurde 1984 das Portal geborgen und im Jahre 1987 in neuer architektonischer Fassung an dieser Stelle wiedererrichtet.«

2010 – Gedenkstein

Anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wurde am 27. Januar 2010 am Großen Berlin ein Gedenkstein am tatsächlichen Ort des Westeingangs der Synagoge, im Innenhof der jetzigen Neubauten, eingeweiht. Auf Initiative von Professor Max Schwab und auf Antrag der Fraktion Neues Forum und Unabhängige im Stadtrat wurde ein Gedenkstein aufgestellt, der eine von der damaligen Stadträtin Sabine Wolff und Professor Max Schwab formulierte Inschrift in Deutsch und Hebräisch trägt: »An diesem Ort befanden sich nacheinander vier Gotteshäuser der im Jahre 1702 gegründeten Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale). Die letzte Synagoge wurde in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 von den Nationalsozialisten geschändet und niedergebrannt. Bürger von Halle wehret den Anfängen, bleibt wachsam!«

במקום-זה עמדו ארבעה בתי הכנסת של
ק"ק הלאה (זאלה) אשר נוסדה ב 1702.
בליל ה 9 בנובמבר 1938
נחרב ונשרף בית הכנסת האחרון בידי
הנאצים. אזרחי הלאה הישארנו ערניים.
זכרו ואל תשכחו

2015 – Modell

Ein Modell zeigt die Synagoge dreidimensional. Angefertigt wurde es von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde zu Halle anhand alter Fotos, 3D-Animationen und erinnerter Beschreibungen. Zu besichtigen ist es, neben der erwähnten »Chanukia« in einer kleinen Ausstellung in der Synagoge Humboldtstraße 52. Zurück zum Großen Berlin: Gemäß den rabbinischen Schriften behält ein für eine Synagoge erworbenes Grundstück auch nach deren Zerstörung eine gewisse Heiligkeit.

Dank an Dr. Holger Brülls/LDA LSA, Ralf Jacob/Stadtarchiv Halle, Hans-Christian Riecken/ Halle, Max Privorozki/Jüdische Gemeinde Halle.

Literatur (Auswahl):

Sabine F. Bloch; Nathanael Riemer: Parnassim zwischen Kirchhain und Halberstadt. Elchanan Henle Kirchhans Familie im 17. und 18. Jahrhundert, in: Aschkenas 25 (2), S. 365–414

Holger Brülls: Demonstration jüdischer Identität in der Großstadt des 19. und 20. Jahrhunderts – Synagogen und Friedhofsbauten in Halle, in: Werner Freitag, Katrin Minner und Andreas Ranft (Hrsg.): Geschichte der Stadt Halle. 1. Aufl. 2 Bände. Halle (Saale) 2006, S. 176–188.

Harold Hammer-Schenk: Ästhetische und politische Funktionen historisierender Baustile im Synagogenbau des ausgehenden 19. Jahrhunderts, in: Kritische Berichte – Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften Band 2. Nr. 3/4 (1975), S. 12–24

Ralf Jacob, Kati Gaudig: Die halesche Synagoge am Großen Berlin (1870–1939), in: Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte, 2020, S. 130–133

Guido Kisch: Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Halle 1686–1730, Berlin 1970

Clemens Krause, Susanne Meincke: Das Pogrom vom November 1938. Exkurs: Geschichte der Synagoge am Großen Berlin, in: Jüdische Gemeinde zu Halle (Hrsg.): 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle (Saale) 1992, S. 122–133

Werner Piechocki: Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Halle (1800–1933), in: Jüdische Gemeinde zu Halle (Hrsg.): 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle (Saale) 1992, S. 33–82



Das Haus der Ewigkeit

Die jüdischen Friedhöfe in Halle

Andreas Stahl

Im Jahr 1987 wurden bei Baggerarbeiten am Jägerplatz/Große Wallstraße zu Halle die Gräber eines jüdischen Friedhofes aufgefunden. Nach der »Wende« übergaben im Jahr 1992 die Archäologen des Landesmuseums für Vorgeschichte 25 Skelettreste der jüdischen Gemeinde zur würdevollen Beisetzung. Zur selben Zeit rückte ein ebenso verschwundener jüdischer Friedhof am Leipziger Turm in den Fokus der Öffentlichkeit. Denn der Erwerb dieses Begräbnisplatzes gilt als konstituierendes Datum der heutigen halleschen Gemeinde – damals festgeschrieben als ihr 300jähriges Jubiläum.

Die Juden in Halle sind eng mit ihren Begräbnisstätten verbunden, die signifikant verortet deren wechselvolle Geschichte in der Stadt widerspiegeln. Ritualbad, Synagoge und Friedhof sind essentielle Bezugspunkte jüdischen Lebens. Als rituelle Institution ist der Friedhof nach israelitischen Gesetzen ein Ort besonderer Heiligkeit mit dauerhafter Totenruhe als Erdbestattung – hebräisch als Haus des Lebens, der Gräber oder der Ewigkeit, im deutschsprachigen Raum auch als der »gute Ort« bezeichnet.

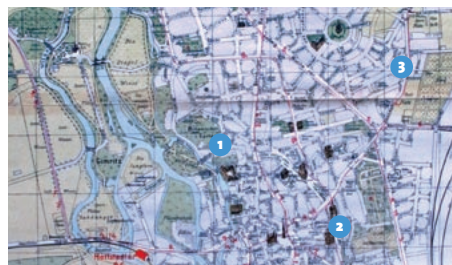
Jüdischer Friedhof mit Feierhalle im Paulusviertel,
um 1930.

Es gibt keine Wiederbelegungen und Aufhebung der Ruhefristen. Diese Besonderheit erschließt sich aus dem Glauben an die Auferstehung der Toten nach Eintreffen des Messias und definiert so den Friedhof als sakrosankten Ort jedweder jüdischen Kultusgemeinde. In Halle sind vier jüdische Friedhöfe nachgewiesen:

1. Mittelalterlicher Friedhof nördlich der Moritzburg am Jägerplatz (12. Jh. bis 1493),
2. Barocker Friedhof an der heutigen Wilhelm-Külz-Straße (1692 bis 1869),
3. Gründerzeitlicher Friedhof an der Humboldtstraße 52 (1869 bis 1929) und
4. Friedhof der Moderne an der Dessauer Straße 24 (1929 bis heute), außerhalb des Plans.

Pharus Plan Groß-Halle

Beilage zum »Adressbuch Halle an der Saale und Umgebung 1910«



Vermutlich sind jüdische Kaufleute seit dem letzten Drittel des 10. Jahrhunderts im Erzbistum Magdeburg bekannt. Legendär kursieren im Zusammenhang zum existenziellen Salzhandel bei halleschen Stadtchronisten Sagen über eine uralte Judensiedlung anstelle der Moritzburg. Neue archäologische Untersuchungen und Erkenntnisse zur Baugeschichte der erzbischöflichen Residenz können dies bisher nicht bestätigen. Demzufolge drängt sich die These auf, dass die Anlage in jahrzehntelanger Bauzeit größtenteils vor der mittelalterlichen Stadtmauer errichtet wurde. Man muss sich deshalb das 1184 erstmals genannte »Judendorf« als ummauerte vorstädtische Ansiedlung mit Synagoge und Mikwe außerhalb der inneren Stadtbefestigung vorstellen; zwischen Mühlstraße und Ulrichstor-Barbakane unter dem Schutz des Klosters Neuwerk günstig an der essentiellen Verkehrsverbindung über Giebichenstein nach Magdeburg gelegen. Metaphorisch als urbane Ausgrenzung gab es unter jüdischer Selbstverwaltung einen ghettoisierten Steuer-, Gerichts- und Friedhofsbezirk. Das urkundlich formulierte *in oppido Hallensi* bei Schenkung des Judendorfes an das Kloster 1314 impliziert nicht zwangsläufig einen Standort innerhalb der Stadtmauer. Die fest tradierte Endung »dorf« legt dies auch nominell nahe. Aufgefundene Scherben und Grabbeigaben datieren den in der Nähe außen zu lokalisierenden Friedhof stratigraphisch zwischen 12. und 15. Jahrhundert. Jüdische Gemeinden, die einen Friedhof besaßen, hatten im Mittelalter eine Vorrangstellung inne. Immerhin gab es damals in Halle – nach Erfurt – die größte jüdische Gemeinschaft in Mitteldeutschland. Der Friedhof hatte überregionale Bedeutung, zumal

er nach urkundlicher Verpfändung 1389 auch auswärtigen Juden als Begräbnisstätte gegen einen Obolus offenstand. Der Magdeburger Erzbischof Albrecht IV. bestätigte 1401 einen Vertrag, als die jüdische Gemeinde dem Kloster Neuwerk eine benachbarte Parzelle zur Erweiterung ihres Friedhofes abkaufte.

Ohne es hier vertiefen zu können, eskalieren im 15. Jahrhundert vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem Erzstift auch antisemitische Konflikte in der Stadt und das »Judendorf« fiel mit Vertreibung der Juden aus Halle 1458 wüst. Interessant ist der Umstand, dass das aufgegebene Quartier kaum städtebaulich erschlossen wurde, was trotz laufendem Rechtsstreit für ein peripheres Außenareal spricht. 1493 erließ Erzbischof Ernst im Konflikt mit Magdeburger Juden in seinem Erzstift ein territoriales Vertreibungsedikt, dem die letzten verbliebenen Juden der benachbarten Giebichensteiner Amtsvorstadt Neumarkt zum Opfer fielen. Die zeitgleiche Errichtung seiner gegen die Stadt wehrhaften Moritzburg (1483–1513), wenn nur teilweise auf dem wüsten Areal des Judendorfes, wäre somit ein bemerkenswertes Fatum landesherrlicher Judenpolitik. Bezeichnenderweise sollen Grabsteine des Friedhofes beim Bau seiner Residenz verwendet worden sein, was bei Bauuntersuchungen nicht verifiziert werden konnte. Erst mit fortifikatorischer Anbindung der Stadtmauer an das Grabensystem der Moritzburg kamen bis 1504 Reste des vorstädtischen Judendorfes innerhalb der städtischen Umwallung zur Verwendung. Die lange rechtlich zwischen halleschen Rat und Erzbischof umstrittene mittelalterli-

che Synagoge Richtung Ulrichstor wurde 1528 abgerissen und Kardinal Albrecht ließ dort ein neues Reithaus errichten.

Der Kontext des zum Judendorf stets außerhalb der Stadtbefestigung liegenden Friedhofes blieb evident. Am Vorabend der Reformation titelte eine Flugschrift des Ulrich von Hutten: *Die geschicht und bekenntnuß des getaufften Juden zu Halle / sant Moritzen burgh auff dem Jüden kirchhoff mit glüenden zangen gerissen / darnach gepraten, Nürnberg 1514*, eine mediale Replik der heftigen Auseinandersetzung der Humanisten mit dem Konvertiten Johannes Pfefferkorn. Ob die symbolträchtige Darstellung eines gemarterten Juden auf dem Judenfriedhof vor der Moritzburg einen realen Bezug hatte, muss offen bleiben. Mit fortifikatorischem Ausbau der Nordbastion verschwand dann 1534–37 auch dieser sakrosankte Friedhof der mittelalterlichen Kultusgemeinde unter dem vorgelagerten Glacis. Bestätigt ist die Aussage bei Schultze-Galléra, dass man später in einigen Häusern und als Trittsteine auf dem Neumarkt Grabsteine mit hebräischen Schriftzeichen verbaute, so am Eingang des Gemeindehauses St. Laurentius an der Breitestraße 29.

Erst knapp zweihundert Jahren nach Verbot der Ansiedlung im Erzstift Magdeburg kamen ab 1688 wieder jüdische Familien nach Halle. Vor allem aus Halberstadt zugewandert, firmierten sie zeitgenössisch als sogenannte »Schutzjuden« der brandenburgischen Kurfürsten und preußischen Könige. Ihr barocker Friedhof wäre damit nicht nur ein singulärer Ort jüdischer Geschichte der Stadt, sondern auch ein Zeugnis der meist

unkritisch kolportierten »Toleranzpolitik« in Brandenburg-Preußen.

Dieser jüdische Friedhof lag städtebaulich eingebettet zwischen Gottesackerstraße und Martinsberg außerhalb der Stadtumwallung am sog. Töpferplan beim Leipziger Turm. Am 21. Juni 1692 erwarb der jüdische Kaufmann Assur Marx (er wohnte von 1699 bis 1730 in dem noch erhaltenen Gebäude Große Märkerstraße 14/15, heute Sitz der Jüdischen Gemeinde) für 65 Taler vom Stadtbarbier Christoph Hintze »einen vor dem Galgthor alhier gelegenen Garten, nebst einen darby befindlichen Garten-Häußlein«, zu dem vier Juden in Halle namens Jacob Levin, Berndt Wolff, Salomon Israel und eben Assur Marx in einem Schreiben an Kurfürst Friedrich III. am 24. Februar 1693 erbaten, »daß gedachter Garten zu unseren Begräbnisse gewidmet bleiben möge«. Wenngleich die kurfürstlich-brandenburgische Approbation erst 1694 erteilt wurde, datieren die halleschen Chronisten den Friedhof auf 1693, da der Kaufvertrag auf den 6. April beurkundet wurde. Eine jüdische Gemeinde konstituierte sich erst allmählich, zudem Assur Marx mit den anderen wegen beabsichtigter Herrichtung seines Gartenhauses zu profanen Wohnzwecken im Streit lag, weil nach deren Ansicht die Totenruhe des Friedhofes gestört wurde. Die fragliche Begräbnisfläche umfasste zunächst gerademal 11 Ellen Länge und 14 Ellen Breite (ca. 18m²). Der herzoglich-magdeburgischen Kammer und dem Magistrat zu Halle war es durchaus bewusst, dass mit Umwandlung des Gartens zu einem jüdischen *Locus sepultura* daraus per sé ein *Loco religioso* würde. Nachfolgende Verhandlungen 1696/97 verlager-

sche Gemeinde auf ca. 350 Personen an, um dann wieder bis 1800 auf 82 einzugehen. Es ist nicht bekannt, wann sich neuzeitlich eine Beerdigungsbruderschaft (Chewra Kaddischa) in Halle bildete. Überhaupt sind Nachrichten zur Geschichte der Juden in Halle, insbesondere zu deren Begräbnisplatz, bis ins beginnende 19. Jahrhundert dürftig überliefert – abgesehen von Darstellungen akademischer Provenienz.

Das preußische Edikt vom 11. März 1812 zur rechtlichen Gleichstellung der Juden kam nach 1815 auch in Halle zur Anwendung. 1833 gab sich die jüdische Gesellschaft der Barmherzigen Brüder zu Halle, der das Begräbniswesen und die Krankenpflege übertragen war, ihr erstes Statut. In den nachfolgenden Regelungen der Kultusgemeinde sind unter § 15 »Ordnung bei Todesfällen« ganz konkrete Anordnungen zum aschkenasischen Bestattungsritus auf dem Friedhof am Leipziger Turm überliefert. Der hallesche Vorsteher, Kaufmann Heinrich Bernheim, korrespondierte 1841 mit den Ältesten der Berliner Gemeinde zu Bestattungskosten, die sich dort auf 25 Reichstaler pro Beerdigung bezifferten. Bemerkenswert ist ein Vorgang zu Beschwerde über Leichengeruch aus einem Friedhofsgebäude im Jahr 1851, wozu der hallesche Stadtbaumeister hinzugezogen wurde. Aus der baulichen Instandsetzung wurde ersichtlich, dass das Wärterhaus mit Stube und Kammer nebst Schuppen für den Leichenwagen an dem barocken Friedhof noch aus Fachwerk errichtet waren. Möglicherweise gab es bereits einen gesonderten Raum für die rituelle Waschung der Toten (Tahara).

Mit gründerzeitlichem Prosperieren der Stadt wuchs die jüdische Gemeinde bis

1864 auf 443 Personen an (bei 45.729 Einwohnern). Mit 1847 gesetzlich fixierter Neuordnung der Synagogen-Gemeinden in Preußen wurde auch 1850 in Halle ein neues Statut verfasst. In der Präambel zum Titular VI »Begräbnisplatz« wurde der Friedhof als Eigentum der Gemeinde postuliert. Dem Barmherzigen Brüder-Verein oblag neben der Krankenpflege auch weiterhin die Ausführung des Bestattungsritus. 1859 veranschlagte der Fiskus beim Aktivvermögen der halleschen Gemeinde den Begräbnisplatz an der Gottesackerstraße auf 3.000 Reichstaler (die Synagoge mit Schule und Wohnhaus des Küsters am Großen Berlin hingegen auf 5.000 Reichstaler). Im Jahr zuvor thematisierte man intern mit der neuen Konstituierung der Synagogengemeinde unter dem Rabbiner Wilhelm Fröhlich den »Begräbnisplatz«, weil es Beschwerden der auswärtigen, nunmehr zur halleschen Synagogen-Gemeinde zugehörenden Juden gab, die laut Statut zur Unterhaltung des dasigen Friedhofs beitragen mussten. Zudem stellte man fest, er sei »beinahe voll. In zwei bis drei Jahren ...«, falls es keine Epidemie gäbe. Denn als städtebauliches Kleinod war der »schön ausgestattete und mit allen nach jüdischen Ritus sehr sehenswerthen Utensilien erbaute Hallische Begräbnisplatz« weithin bekannt, so dass man hier zwischen 1854 und 1860 auch 21 Verstorbene von außerhalb (bis aus Berlin) beisetzte.

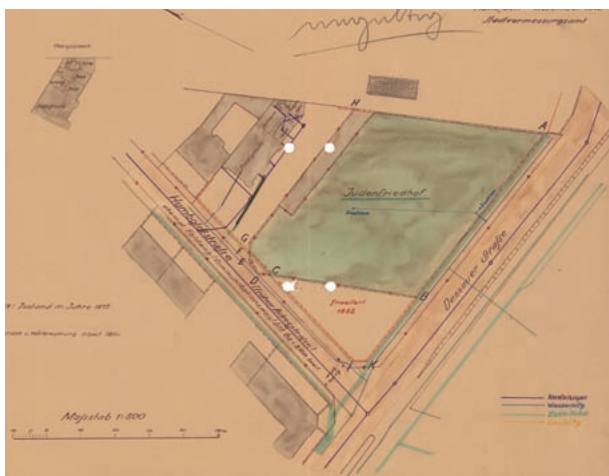
Es bestand dringend Bedarf an einem neuen Grundstück entsprechend dem barocken Friedhof mit Umfassungsmauern, Leichenhaus, Wagenschuppen und Wohnung des Totengräbers – dessen Baukosten man insgesamt auf ca. 10.000 Reichstaler bezifferte.

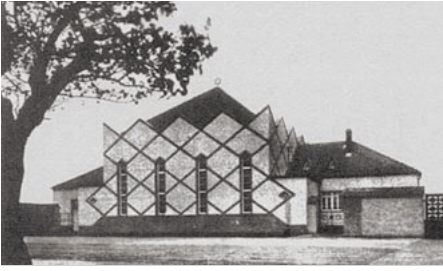
Für diesen gründerzeitlichen Friedhof fand sich ein Areal an der Dessauer Chaussee unweit des Roßplatzes im Paulusviertel unter der heutigen Adresse der Humboldtstraße 52. Ob die unattraktive Nachbarschaft zur Aktien-Schlächterei und die Nähe zur städtischen Abdeckerei die Genehmigung der wenig kooperativen Kommunalverwaltung beförderte, sei dahingestellt. Am 16. November 1869 war der neue, für 2.000 Taler 1864 erworbene und zwei Morgen große Begräbnisplatz mit der ersten Beerdigung eingerichtet und in Benutzung. Man erbaute dort zunächst ein einstöckiges Leichenhaus mit Wärter-Logis und zwei Zimmer für Frauen. Interessanterweise bemühte sich Kaufmann Jacob Heilfron 1867 zeitgleich um einen repräsentativen Bauplatz in der Nähe des barocken Friedhofes, am Martinsberg neben dem Stadtgottesacker, an der Schimmelstraße, um dort eine neue Synagoge zu errichten. Nach Entscheidung der Gemeinde wurde dagegen 1870 im baulich restriktiven wie verborgenen städtischem Umfeld am Großen Berlin vom halleschen Bauunternehmer F. Loest anstelle der alten Synagoge das neue Gebäude an der Kleinen Brauhausstraße errichtet, das ab 1884 vom Architekten Gustav Zimmermann eindrucksvoll umgestaltet wurde.

Zeitgenössisch wurde auf dem gründerzeitlichen Friedhof 1881 unter F. Loest eine neue Begräbniskapelle erbaut, dabei 1882 der Friedhof erweitert und die jetzige Einfriedung wohl aus

Greppiner Ziegelstein geschaffen. Der heute meist geschlossene Haupteingang an der Humboldtstraße entstand wohl zeitgleich. Damit erreichte der Friedhof eine Fläche von ca. 3.900 m². Zehn Jahre später plante die Synagogengemeinde mit Robert Cohn den Neubau der Begräbniskapelle mit einer Wohnung und führte ihn bis 1894 nach Entwurf von Theodor Lehmann und Gustav Wolff aus. Dem hohen rechteckigen Baukörper der Bethalle schloss sich rechts ein zweigeschossiger Flügel an, der im Erdgeschoss neben Leichen- und Betraum auch die Wagenhalle und im Obergeschoss die Wächterwohnung beherbergte. Unklar ist, ob ein linker Flügel geplant oder vorhanden war; auch wenn Katrin Keßler und Ulrich Knufinke 1999 dokumentierten, das im Keller ein Leichenraum mit Aufzug und eventuell ein Tahara-Raum eingerichtet war. Zur Architektur resümierte der profunde Kenner der Synagogenarchitektur unseres Landes, Holger Brülls: »Die Feierhalle ist ... der größte jüdische Friedhofsbau, der in Sach-

Erweitertes Grundstück des jüdischen Friedhofes am Paulusviertel, 1931.





Straßenansicht der Feierhalle des jüdischen Friedhofes an der Dessauer Straße, nach 1930.



Heutige Ansicht der nach 1938 novellierten Fassade der jüdischen Feierhalle an der Dessauer Straße, 2020.

sen-Anhalt erhalten ist. Zugleich ist er das späteste noch vorhandene Beispiel dieser für die jüdische Kultusarchitektur des 19. Jahrhunderts jahrzehntelang vorherrschenden Stilrichtung.« Mit urbaner Verdichtung im heutigen Paulusviertel veränderte sich auch das städtebauliche Umfeld des Friedhofes. Zum benachbarten Schlachthof kam noch eine Kerosin-Fabrik und die periphere Lage an der vorstädtischen Ackerstraße-Dessauer Chaussee wurde mit Aufwertung des Roßplatzes zum nördlichen Verkehrsknoten der Stadt aufgehoben und schloss zugleich perspektivisch eine Erweiterung aus. Der Friedhof ist nicht nur ein eindrucksvoller Ort gründerzeitlicher *Sepultura Judaica*, sondern genuin von hohem Zeugniswert jüdischen Wirkens im Wirtschafts- und Kulturleben der Stadt Halle. Zur städtebaulich separierten wie verborgenen Lage des Friedhofs und seiner baulich zurückgehaltenen Akzentuierung ist die These von Ulrich Knufinke aufschlussreich, »daß in den Neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in denen eine Welle des Antisemitismus durch das Deutsche Reich ging, jüdische Bauwerke weniger auffällig und geschützter errichtet wurden als in den Jahren vor und nach der Reichsgründung«.

Im Wilhelminischen Kaiserreich keimte auch im wirtschaftsliberalen Halle der Antisemitismus auf, obwohl die jüdische Gemeinde in der Saalestadt nie über 1% Bevölkerungsanteil lag. Immerhin vergrößerte sie sich zwischen 1855 und 1910 um das Vierfache auf 1.400 und war damit eine der größten Gemeinschaften in Mitteldeutschland. Der Friedhof im heutigen Paulusviertel war stark frequentiert; so stieg die jährliche Beisetzung von neun Toten im Jahr 1881 auf 28 im Jahr 1918. Es war absehbar, dass er bald nicht mehr ausreichte. Bis Ende der 1920er Jahre war der Friedhof mit etwa 800 Gräbern voll belegt. Unter den Beigesetzten sind viele prominente Bürger des halleschen Wirtschaftslebens des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts.

Mit Planung des kommunalen Gertraudenfriedhofes jenseits der städtebaulich restriktiven Bahnanlagen im Nordosten Halles bemühte sich seit 1904 auch die jüdische Gemeinde dort um eine eigene Anlage, was zunächst von der Stadt abgelehnt wurde und man deshalb separiert am Landrain gegenüber ein Grundstück von zehn Morgen für 34.600 Reichsmark erwarb. Ein Bebauungsplan der Frohen Zu-

kunft stellte den reservierten Bauplatz obsolet. Es gelang Vorsteher Feodor Cohn mit Max Jovisdorf am 20. Januar 1925 durch Grundstückstausch ein wesentlich kleineres Areal von sieben Morgen an der Boelckestraße (heute Dessauer Straße), angrenzend zum Gertraudenfriedhof, zu erwerben. Die finanzielle Belastung war dennoch hoch, so dass man zunächst den Feierterritus auf dem gründerzeitlichen Friedhof an der Humboldtstraße beibehalten und auf den neuen Friedhof verzichten wollte. Nach Bildung einer Friedhofs- und Baukommission beschloss die Gemeinde Ende 1928 dann doch die Errichtung des Friedhofes mit einer Feierhalle und am 10. Mai 1929 wurde damit begonnen.

Zeitgleich rückte der knapp 60 Jahre kaum beachtete barocke Friedhof am Leipziger Turm in den öffentlichen Fokus. Als städtebaulich in sich geschlossene begrünte Anlage lag er auf der vom halleschen Verschönerungsverein großzügig umgestalteten Wallanlage des Hanserings. 1927 wurde ein kleines Gebäude, das sog. Kantorhaus, auf dem Friedhofsgelände abgerissen. Die von einer hohen Mauer umgebene, städtebauliche Insellage zwischen Gottesackerstraße und Martinsberg, erhöht über der Stadt, weckte Begehrlichkeiten zur Neubebauung. Die Umgebung hatte sich baulich verdichtet und die südliche Nachbarschaft zu dem Direktor einer Landwirtschaftsschule am Töpferplan 1 und 2, Konrad Bismarck, erwies sich zunehmend als problematisch. Nördlich des Friedhofs schloss sich ein Grundstück des Frauenvereins für Armen- und Krankenpflege an. Ab 1929 begannen seitens der Stadt Verhandlungen über zunächst teilweise Auflassung des Friedho-

fes, die dann bis 1938 schrittweise zur Vertreibung der Gemeinde von ihrem neuzeitlichen Sakral- und Erinnerungsort führte.

Zunächst bedrängte die Kommunalverwaltung die Synagogengemeinde, ihr östlich 250 m² Friedhofsfläche abzutreten, um die Baufluchtlinie zur Verbreiterung der Straße entlang der Gottesackerstraße für Garagenausfahrten der gegenüberliegenden Wohngrundstücke herzustellen. Die Kultusgemeinde trat mit der Prämisse, »wenn die dort liegenden Gräber erhalten blieben. Nach religionsgesetzlicher Vorschrift müssen wir dies verlangen« in Verhandlungen ein. Die Stadt bot ihrerseits an, die »Kosten für die von der Synagogengemeinde aus den freizulegenden Gräbern zu entfernenden Leichenteile und deren Beisetzung an anderer Stelle« zu übernehmen. Nach dem Kompromiss mit der Kultusgemeinde würde dies 50 Grabstellen betreffen, wofür man als Kompensation zusätzlich 250 m² am neuen Friedhof an der Boelckestraße bekäme, wo gerade die Trauerhalle eingeweiht wurde. Obwohl am 19. März 1930 das Einverständnis der Gemeinde zum Transferieren der Grabstellen auf Kosten der Stadt vorlag, schienen die Verhandlungen infolge der Weltwirtschaftskrise bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten Ende Januar 1933 zu stagnieren.

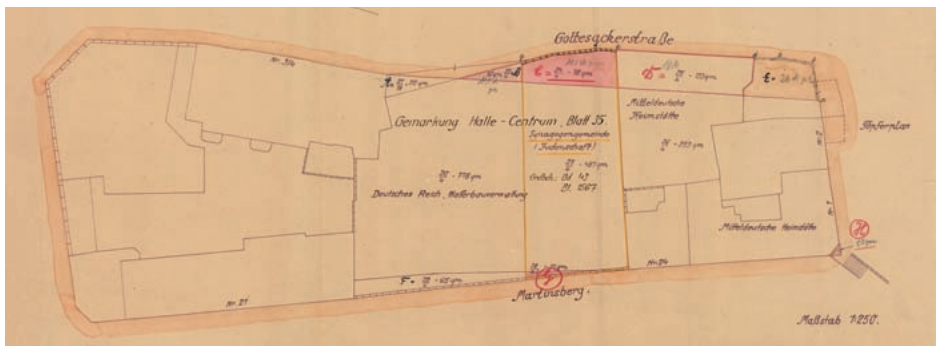
In Halle fanden um den 1. April 1933 die ersten von den Nazis inszenierten antijüdischen Boykott-Tage in unmittelbarer Nachbarschaft des Friedhofes an der Leipziger Straße statt. Nicht zufällig gab es medial schon davor Nachricht von angeblich »jugendlichen« Ausschreitungen auf dem alten Judenfriedhof. Hierzu dürfte der Um-

stand unbekannt sein, dass die halleschen Nazis direkte Nachbarn waren. Als Konrad Bismarck im Mai 1933 nach Offenbarungseid zwangsverfügt mit Räumung und Abbruch drohte, verwies dieser darauf, dass er ein Gebäude der Hitlerjugend zur Verfügung gestellt hatte; mehr noch, dass die hallesche NSDAP auf seinem Grundstück zeitweise ihr »Braunes Haus« hatte! So denunzierte Bismarck am 22. November 1933 die Synagogengemeinde bei der Stadt im faschistoiden Duktus: »Unmittelbar hinter meinen Grundstücken liegt der alte jüdische Friedhof, auf dem seit rechtlich 70 Jahren keine Bestattung mehr stattgefunden hat. Die jüdische Kultusgemeinde, die Eigentümerin dieses Geländes ist, tut zur Unterhaltung der Gräberrestbestände nichts, sie sind verfallen. Der Friedhof ist verwildert und verkommen. Ein solcher Friedhof ist in der bevorzugten und zentralen Lage der Stadt der Hort für Ungeziefer aller Art, insbesondere der Ratten etc. Es entspricht nicht dem volkstümlichen Gemeinwohl, durch dieses Gelände die im allgemeinen Interesse liegende Entwicklung der Stadt in dieser bevorzugten zent-

ralen Lage aufzuhalten, nur weil dies die jüdische Kultusgemeinde so will. Die Fluchtlinienführung sieht auch eine wesentliche Verbreiterung der Gottesackerstraße vor. Durch diese werden die Gräber des jüdischen Friedhofes, die noch als solche erkennbar sind, als Straßengelände in Anspruch genommen. Bei dieser Regulierung dürfte es sich empfehlen, den jüdischen Friedhof als solchen aufzuheben und ihn anderen, nützlicheren Zwecken zuzuführen«.

Der Magistrat nahm allzu gern diese Anregung auf. NS-Oberbürgermeister Johannes Weidemann selbst schaltete sich 1934/35 in die Kaufverhandlungen ein und beeinflusste sie entscheidend. Inzwischen wurde die Situation der Juden in Deutschland immer unerträglicher, wie am Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 1933 und die Nürnberger Gesetze 1935 erkennbar. Der 1930 gebotene Kaufpreis je m² wurde 1937 mit 11,50 RM/m² mehr als halbiert. Verwaltungsgerichtlich sekundiert, wurde zwangsweise der Synagogengemeinde nunmehr das Friedhofsgelände Stück für Stück käuflich entwunden; so zunächst die nördlichen ca. 800 m² für das Deutsche Reich zum Bau einer Reichswasserstraßen-

Sukzessive Separierung des jüdischen Friedhofes am Leipziger Turm, 1937.





Ansicht der Gottesackerstraße 2 und 3 mit jüdischen Friedhof, nach 1900

verwaltung mit Vertrag vom 29. Dezember 1936. Das uniforme Gebäude im strengen Habitus zeitgenössischer Verwaltungsbauten steht noch. Im Jahr 1937 folgten ca. fünf Randflächen zur Fluchtlinienbegradigung beider flankierenden Straßen (insgesamt ca. 300 m²) und dann das südliche Drittel des Friedhofes von ca. 250 m² mit Verkauf an die Mitteldeutsche Heimstätte GmbH. Diese Flächen wurden also mit Gebäuden und Trottoire überbaut.

Im Frühjahr 1937 hatte man nunmehr auf Kosten der Gemeinde (!) 240 bis 250 Grabstellen mit Gebeinen und Grabsteinen zum neuen Friedhof an der Boelckestraße transloziert, so dass dort im Mai eine Feier anlässlich der Umbettung der sterblichen Überreste stattfand (heute sind davon nur noch 180 Steine auffindbar). Ob es alle waren, ist fraglich, da das Mittelstück von 481 m² zu diesem Zeitpunkt noch der Synagogengemeinde gehörte. Spätestens Anfang 1938, also noch vor dem Pogrom im November, dem die Synagoge am Großen Berlin zum Opfer fiel, musste man auch diese Fläche an die Stadt abtreten und bis 1940 verwahrloste dieses Grundstück, auf dem wohl

noch Bestattungen lagen, wie »In der einen Ecke sei ein großer Schutthaufen«. Die Stadt verkaufte es an Kaufmann Max Knobling und seine Ehefrau Lucie, geb. Rose, die hier dann das heute fassadenmäßig unspektakuläre Wohnhaus errichteten. Bei der tiefen Baugründung des Gebäudes dürfte man wenig Rücksicht auf etwaige Grablegen genommen haben. Denn zeitgleich wurde die jüdische Gemeinde in Halle 1941 aufgelöst und die Eintragung als hallesche Kultusvereinigung am 12. Januar 1942 gelöscht.

Damit waren die letzten sichtbaren Reste des barocken Friedhofes vor Ort beseitigt. Zwei Begehungen der Bauforschung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt vor Ort im Januar 2020 ergaben, dass vom jüdischen Friedhof obertägig keinerlei Substanz mehr aufzufinden ist. Inwieweit dies für archäologische Tiefe zutrifft, ist schwer abzuschätzen, da sich die barocke Anlage auf der ehemaligen Stadtwalkrone befand, deren Profilierung mit Aufschüttungen weitestgehend unbekannt ist. Zweifellos hatten die Tiefbauarbeiten für die parzellierte Neubebauung ab 1937 weit in das Erdreich eingegriffen. 1940 wurden noch die »restlichen Bäume und die Schuttmassen« (Grabdenkmale?) für das Planum der Baustelle beseitigt. Makaber dürfte heute nur die als Parkfläche genutzte Straßenverbreiterung auf dem nach 1929 verkauften und dann beräumten Areal an der Ostseite entlang der alten Gottesackerstraße vielleicht archäologisch relevant sein; ebenso das jetzige Trottoire der Wilhelm-Külz-Straße.

Wenig bekannt ist, dass man auf die Synagogengemeinde auch bezüglich des grün-

derzeitlichen Friedhofes schon zu Beginn der NS-Zeit rechtsbeugend Druck ausübte. Begonnen hatte dies 1932 mit dem Schriftwechsel zu Straßenausbaukosten entlang der Grundstücksgrenze an der heutigen Paracelsus-Straße, der dann in einem Rechtsstreit mit der Stadt bis 1934 eskalierte. Rechtsanwalt und Stadtrat a.D. Dr. Hans-Heinrich Hiller vertrat die Kultusgemeinde und klagte durch die Instanzen gegen die als ungerechtfertigt empfundenen Zahlungsbescheide der Stadt. Kern des Gebührenbescheids war, dass die Hauptfront der Leichenhalle zur vormaligen Dessauerstraße (Paracelsus-Straße) wies, und der davor liegende Friedhof – obgleich es von dieser Seite nie einen Zugang gab – quasi wie ein Vorgarten behandelt wurde, der auch einen Wasseranschluss besaß. Noch vor Abschluss des Verfahrens drohte der Nazi-Oberbürgermeister Johannes Weidemann mit Zwangsmaßnahmen. Mit beginnen der Gleichschaltung der Justiz hatte der Einspruch der jüdischen Gemeinde keine Chance auf ein gerechtes Urteil und wurde am 5. Dezember 1934 abgewiesen. Der Friedhof wurde dabei als unbebaute Fläche deklariert. Inzwischen hatte sich die Streitsumme exorbitant auf fast 20.000 RM (ohne zusätzlich auferlegte Verfahrenskosten von 960,50 RM) zu Lasten der jüdischen Gemeinde erhöht. Erwähnt werden muss, dass man bereits im Juni 1931 diesen Friedhof erstmals geschändet hatte. Die Grabsteine blieben in der NS-Zeit dennoch zum größten Teil erhalten.

Zurück zum heutigen jüdischen Friedhof im Stadtteil Frohe Zukunft. Die streng ritualisierte Bestattung verschob sich also ab 1929 von der Humboldtstraße auf den Gertraudenfriedhof und fügte sich baulich immanent in den Friedhof der Moderne ein. Nach sechs Monaten Bauzeit mit Rohbauabnahme am 19. Februar erfolgte am 20. November 1929 die Einweihung. Die durch Anlegung der Gräberfelder bedingte exponierte Straßenlage des Friedhofsgebäudes wurde noch von der Kubatur und Fassadengestaltung übertroffen. Die dominante Einsegnungshalle als zeltartig abgeschlossener Kernbau flankierten zwei kurze Seitenflügel, die links die Friedhofsgärtnerwohnung und den Versammlungsraum der Trauergemeinde (Cohanim) und rechts die Räumlichkeiten für die Aufbahrung und rituelle Waschung (Thahara-Halle) aufnahmen. Der nach Holger Brülls »gewagte« Entwurf des Leipziger Architekten Wilhelm Haller kann hier nicht ansatzweise als hervorstechendes Beispiel

Ansicht des Begräbnisplatzes am Paulusviertel zu den strittigen Straßenausbaukosten, um 1930.





Jüdischer Friedhof an der Dessauer Straße mit 1937 translozierten alten Grabsteinen vom barocken Friedhof, 2021.

expressionistischer Architektur gewürdigt werden; prägnant ist sein Hinweis, demnach die Trauerhalle der Saalestadt »sich ganz von jenen Stilklichs löste, die die jüdische Sakralarchitektur seit dem 19. Jahrhundert und mitunter noch bis in die 1920er Jahre prägten«. Die spektakuläre Fassade wurde in der NS-Zeit als »entartete Architektur« denunziert und bis 1942 baulich novelliert. Vorangegangen war dem eine Brandbeschädigung in der Pogromnacht 1938.

Lebten 1933 noch 1.086 jüdische Einwohner in Halle (ca. 0,5% der Bevölkerung), so gab es 1941 nur noch 283. Man schätzt, dass bis dahin, wohl zwei Drittel es schafften, nach Shanghai, England, in die USA und nach Palästina zu emigrieren. Das sakrale Bauensemble am Gertraudenfriedhof wurde von 1939 bis 1942, unter Bezeichnung »Rückwandererheim« oder »Altersheim« verharmlöst, zum Sammellager für Juden aus Halle und Süddeutschland, die von dort deportiert zumeist dann in den Ostgebieten

errichteten Vernichtungslagern umgebracht wurden. Unter Ägide der Gestapo-Leitstelle Halle wurden vom Architekten Alfons Schildhauer auf dem Friedhofsareal ab dem 20. April 1940 Erweiterungsbauten, darunter eine massive Baracke mit Verbindungsgang zur Feierhalle, geschaffen und man bezog dazu das anliegende Gartenhaus ein.

Zudem parzellierte man im Februar 1941 die Einsegnungshalle im Inneren bis zur Unkenntlichkeit um; es folgte 1942 ein weiterer Ausbau des Erd- und des Dachgeschosses und man erbaute zusätzlich bereits im November 1941 einen Schuppen für die Aufbewahrung der Koffer.

Als signifikanter Ort der Shoa in Halle gehörte der Friedhof mit den Gebäuden an der Humboldtstraße zu den sog. »Judenhäusern« der Stadt, in denen man jüdische Mitbürger vor ihrer technokratisch organisierten Ermordung internierte. Die Transporte von in Halle festgesetzten Juden begannen vermutlich Ende Mai 1942; bereits ab April liefen in der Stadt die Vorbereitungen für den ersten Deportationstransport von etwa 100 Juden in die besetzten Ostgebiete; alte Menschen wurden meist ins tschechische Theresienstadt gebracht. Zwei weitere Transporte gingen Mitte September und Dezember 1942 ab. Besonders tragisch ist Anzahl der auf dem Friedhof bestatteten jüdischen Opfer, die sich der nationalsozialistischen Repression und Deportation durch Selbstmord entzogen hatten. Die funktionale Umwandlung der Trauer-

halle in einen Ort des Schreckens – vor allem für Alte und Kranke – überlagert bis heute sowohl deren Wiederbelebung als wichtige Kultstätte der jüdischen Gemeinde als auch die denkmalpflegerisch diskutierte Fassadenrekonstruktion. Im Herbst 1999 wurde in Halle der Förderverein »Haus des Lebens« e. V. gegründet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof als Ort der Erinnerung an die Opfer des Holocaust zu nutzen.

Das Friedhofsareal beherbergte noch 1943 ein Zwangsarbeitslager für jüdische Angehörige aus sogenannten »Mischehen«. Wie zuvor seit Oktober 1939 waren die Insassen vor allem für die Stadtkommune bei der Straßenreinigung sowie Straßen- und Tiefbau tätig. Die Gestapo wies an, die makaber zweckentfremdete Feierhalle des Bestattungsplatzes symbolisch der Stadt zum Kauf anzubieten. Nach 1945 wurde dieser Friedhof wieder jüdisches Eigentum, währenddessen die Trauerhalle von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmt, zunächst als SED-Parteigebäude diente. Als die sowjetische Besatzungsmacht Anfang Juli 1945 in Halle die amerikanischen Truppen ablöste, lebten in Halle und nächster Umgebung nur noch 49 Juden; die meisten von ihnen stammten aber nicht von hier, sondern waren sog. DP's (Displaced Person), die die NS-Lager überlebt hatten und in der Nachkriegszeit durch Deutschland irrten. Ihre Zahl erhöhte sich 1946 nur leicht auf 65. 1947 wurde die jüdische Nachkriegsgemeinde unter Leitung von Hermann Baden neu gegründet. Das Zentrum jüdischen Lebens in Halle verschob sich auf den gründerzeitlichen Friedhof. Die historistische Friedhofshalle wur-

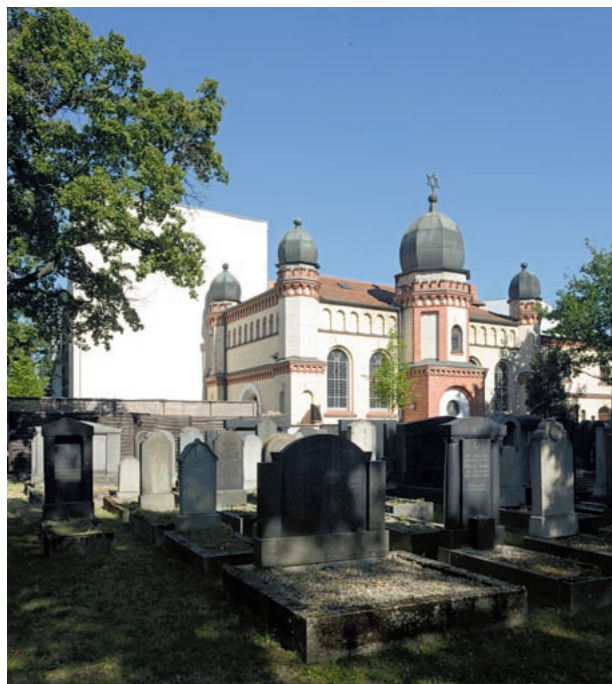
de seit der Pogromnacht 1938 als Synagoge genutzt und stand in den Kriegsjahren leer. Deren endgültige sakrale Umwidmung erfolgte ab 1948 mit dem 1950 veränderten Zugang von der Humboldtstraße her mit der Einweihung im Juli 1953. Der Bauantrag vom 23. September 1947 beinhaltete, neben Instandsetzung der Begräbnishalle und Wohnung, dass »außerdem ein Toraschrein und eine Empore eingebaut werden«. Für die Erschließung des Gebäudes hatte dies weitreichende Folgen, da nach jüdischem Ritus der Thora-Schrein an der Ostwand stehen musste und der Haupteingang in die Südseite der vormaligen Begräbnishalle eingebrochen werden musste; was wiederum den direkten Außenzugang von der Humboldtstraße veränderte. Aus liturgischen Gründen trennte man die nunmehrige Synagoge vom Friedhof mit einer Mauer. Zeitgenössisch bekannte man sich am 8. Februar 1948 bei Genehmigung des Umbauantrages seitens der Stadt ganz im antifaschistischen Konsens zur Verantwortung für die jüdischen Opfer der NS-Zeit. 1962 beanspruchte die staatliche Bauaufsicht bei genehmigten Reparaturarbeiten an der Synagoge unter Franz Maerkl sogar, dass – ganz im Duktus des Kalten Krieges – nur in der DDR erstmalig in Deutschland die Juden unter Schutz stehen.

Nach der »Wende« wurde die nunmehrige Synagoge der halleschen Kultusgemeinde bis 1992 aufwändig restauriert. Der neofaschistische Anschlag von 2019 rückte diesen stets öffentlich abgeschirmten Sakralort dann in das Licht der Weltöffentlichkeit.

1969 setzte man auf dem Begräbnisplatz am Gertraudenfriedhof zum 9. November

staatsdoktrinär einen der seltenen DDR-Gedenksteine für die jüdischen Opfer der NS-Zeit, der plakativ belehrend zum Weltfrieden mahnte. Dies konterkarierte den sakrosankten und individuellen Erinnerungsort der Kultusgemeinde und löste bei ihr Irritationen aus. Ein zweiter Erinnerungsort wurde auf dem gründerzeitlichen Friedhof geschaffen, wo eindrucksvoll manche der für Ehepartner reservierten Grabstellen den Verweis »verblieben in Theresienstadt« tragen. Augenscheinlich stabilisierte man DDR-zeitlich die alten Grablegen mit Kunststeineinfassungen. Nahe dem früheren Standort der Synagoge am Großen Berlin errichtete man bereits 1965 ein Mahnmal, das jedoch ca. 20 Jahre später einer Neubebauung des Geländes weichen

**Jüdischer Friedhof am Paulusviertel
mit heutiger Synagoge, 2021.**



musste. 1984 wurde an der Ostseite des Großen Berlins ein Mahnmal in Form der Rekonstruktion eines Portals geschaffen. Als Geschichtsdenkmale wurden jüdische Friedhöfe erst ab den 1970er Jahren in der DDR aufgenommen und von der Garten- und Denkmalpflege betreut. Erstmals widmete sich zum 50. Jahrestag der Pogromnacht eine Konferenz des Kulturbundes der DDR vom 12. bis 14. Juni 1988 in Berlin dem Thema »Jüdische Friedhöfe«. Demnach waren in der DDR ca. 125 Begräbnisstätten bekannt – vermutet wurden ca. 400. Man kolportierte, dass alle erfassten jüdischen Friedhöfe unter Denkmalschutz gestellt waren. Nach der »Wende« wurden in Halle die beiden letztgenannten Friedhöfe, ihre Gebäude, Grablegen und Erinnerungsmale als Baudenkmale ausgewiesen. Zuletzt entstand ein eindrucksvolles Denkmal mit der rettenden Eingangstür neben der Synagoge an der Humboldtstraße, das an den Anschlag von 2019 erinnert. Auf dem benachbarten Friedhof finden vereinzelt wieder Bestattungen statt.

Anfang der 1970er Jahre bestand die Jüdische Gemeinde Halle nur noch aus wenigen alten Menschen; erst durch die Anfang der 1990er Jahre einsetzende Zuwanderung aus den GUS-Staaten stieg die Zahl der Gemeindeglieder an. 2005 waren es ca. 700 Personen, die in Orten des Regierungsbezirks Halle – in der Stadt Halle (Saale), in Bad Dürren-

berg, in Merseburg, in Weißenfels und in anderen Kommunen des Saalekreises leben. Mit Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion wurde die fast erloschene jüdische Gemeinde in Halle nach 1990 wieder belebt, verbunden mit einer als *Kontinuität und Bruch* umschriebene strenggläubigere Ausrichtung. Dies wirkte sich auch auf den Bestattungsritus ihres Friedhofs an der Dessauer Straße aus, wo ab 1994 nunmehr vor allem jüdische Hallenser mit osteuropäischen Wurzeln beerdigt sind. 2014 erfolgte im heutigen Zeitgeist die Überformung der efeubewachsenen Grabhügel im Feld I mit normierten steinernen Einfassungen für die neuerlich wieder tradierte Kieselsteinablage. Die anstelle der ursprünglichen Heckenbegrenzung zum Gertraudenfriedhof zur Internierungszeit errichtete Einzäunung wurde erneuert und beibehalten. Mit nunmehrigen 8.668 m² ist dieser Friedhof noch nicht an die Grenzen seiner Aufnahmekapazität gelangt.

Von den ehemals vier jüdischen Friedhöfen in Halle sind vornehmlich die beiden Letztgenannten als singuläre Erinnerungsstätten jüdischer Stadtgeschichte sowohl im öffentlichen Bewusstsein verortet als auch in der Kultusgemeinde selbst rezipiert. Ihre Vorgänger haben gleichermaßen Zeugniswert und verdienen zumindest eine Kennzeichnung als signifikante Orte jüdischen Lebens und Sterbens in der Stadt. In Anbetracht aktueller Ereignisse sollte dies schnellstmöglich erfolgen. Die Anlegung und die erzwungene Beseitigung dieser Friedhöfe kennzeichnen Zäsuren der älteren Geschichte der jüdischen Gemeinde unserer Stadt, die nicht der Vergessenheit anheimfallen dürfen.

Quellen und Literatur:

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg: Cop. Nr. 399; A 5 Nr. 722a, Nr. 426; C 20 I Ib, Nr. 120/21; Stadtarchiv Halle: A 1.1. Kap. XXVII Abt. A Nr. 3–5 u. 2 D Nr. 10 Bd. 3, A 2.47 Kap. 2 Abt. G Nr. 29 Bd. 1 (2), A 2.4. Bauakten Wilhelm-Külz-Straße 23, Humboldtstraße 52 u. Dessauer Straße 24, A 2.5. Nr. 3, A 3.5. Nr. 7606 u. 15335; Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt: Ortsaktenarchiv.

300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn, hrsg. von der Jüdischen Gemeinde zu Halle, Halle 1992

Fritz Backhaus: Die Juden von Halle im Mittelalter, in: Geschichte der Stadt Halle, Bd. 1: Halle im Mittelalter und der Frühen Neuzeit, hrsg. von Werner Freitag u. Andreas Ranft, Halle 2006, S. 193–206

Holger Brülls: Synagogen in Sachsen-Anhalt, Berlin 1998; Wegweiser durch das jüdische Sachsen-Anhalt, hrsg. von Jutta Dick u. Marina Sassenberg, Potsdam 1998

Ders.: Kulturelle und nationale Identität deutscher Juden und der Stil gründerzeitlicher Synagogenarchitektur, in: Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte, Bd. 7, Bonn 2000, S. 137–153

Marcus Felixbrodt: Jüdische Friedhöfe in Halle, in: Denkschrift aus Anlaß der Weihe des neuen Friedhofes Boelckestraße am 20. November 1929, Halle 1929, S. 4–7

Anton Hieke u. Cornelia Zimmermann: Haus der Ewigkeit. Der neue Friedhof des Gertraudenfriedhofes, in: Natur und Kunst – Architektur und Landschaft. 100 Jahre Gertraudenfriedhof in Halle (Saale), hrsg. vom Verein für Friedhofskultur und dem Umland e. V., Halle 2014, S. 101–109

Guido Kisch: Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Halle 1686–1730, Berlin 1970

Ulrich Knufinke: Bauwerke jüdischer Friedhöfe in Deutschland, Petersberg 2007

Siegbert Neufeld: Die halleschen Juden im Mittelalter, Diss. Straßburg, [Berlin 1915]

Janine Otto: Die Geschichte der Synagogengemeinde sowie jüdischer Kultur im regionalen Kontextrahmen: auf architektonischer Spurensuche, in: Jahrbuch für hallische Geschichte, Bd. 2009, Döbel 2009, S. 142–177

Siegmar Baron von Schultze-Galléra: Die Juden zu Halle im Mittelalter. Ein Beitrag zur Geschichte und Topographie Halles, Halle 1922

Andreas Stahl: Die Moritzburg in Halle, Regensburg 2002



»Da des Alltags wirren Wandelgängen Der sel’gen Stunde Zauber sie entrückt.«

Die Vereinigung Schlaraffia Hala – über das Schicksal ihres Mitgliedes Wolfgang Herzfeld.

Erik Neumann

Dem aufmerksamen Betrachter des halleischen Kulturlebens mag in den Abendstunden des 7. März 1925 am Gebäude der Loge »Zu den drei Degen« auf dem Jägerberg eine illustre Schar festlich herausgeputzter, bunt behelmter Männer aufgefallen sein. Die Vereinigung namens »Schlaraffia Hala« feierte im Kanon stadtbürgerlichen Gesellschaftslebens ihr 10. Stiftungsfest. Damenprogramm und ein festliches Diner am darauffolgen Sonntag im Hotel »Stadt Hamburg« umrahmten das Ereignis, das die Saalestadt als Ort des weltweit agierenden Bundes bezeugte. Rund 66 Jahre zuvor, am 10. Oktober 1859 wurde die Schlaraffia von Künstlern des damals renommierten (Deutschen) Landestheaters zu Prag im dortigen Freund’schen Gasthaus an der Ecke Wassergasse gegründet. Ein geistvoll-

humoriges, auch etwas bier- und weinseliges Rollenspiel, dem die Beteiligten mit künstlerischen Darbietungen und ironisch-persiflierenden Pathos huldigten, erhielt damit seinen Rahmen. In ihrem Habitus nahmen die Akteure Strömungen und Ideen bürgerlicher Geselligkeitsrituale des 19. Jahrhunderts auf. Gepflogenheiten studentischer »Bier-Reiche«, Attitüden romantischer Ritterbünde und schwärmerischer Kunstvereinigungen, logenähnlich ritualisierte Umgangsformen oder fallweise Anklänge fernöstlicher Exotik flossen sukzessive in die »Spielregeln« dieser frohen Tafelrunde ein. Der der Prager Gründung vorausgegangen waren Auseinandersetzungen innerhalb des Kunstvereins »Arcadia«. Als dem aus Köthen stammenden Opersänger Albert Eilers (1830–1896) die Mitgliedschaft aus sozialen Gründen verwehrt wurde, trat der Theaterdirektor Franz Thomé (1807–1872) aus diesem exklu-

»Ritter Schnauz« – Franz Reich – in schlaraffischer
»Rüstung«, vor 1907

siven Klub aus und gründete mit Ensemblemitgliedern und weiteren Kunstfreunden im genannten Gasthaus demonstrativ den »Proletarier-Club«. Nach kurzer Stagnationsphase erfolgte auf Eilers Initiative »zur Pflege von Kunst und Humor« sowie »inniger Freundschaft und Bruderliebe« die Neugründung unter dem Namen »Schlaraffia«. Ein zufällig über dem Stammstisch freischwebend an der Decke aufgehängter, ausgestopfter Uhu – einst fürstliche Jagdtrophäe – wurde zum ehrfürchtigen Symbol der schlaraffischen Erleuchtung und Weisheit, zum Wappentier und allgegenwärtigen Beschützer des Bundes erkoren. Getreu dem Motto »In arte voluptas« (In der Kunst die Freude) fanden die schlaraffischen Zusammenkünfte (»Sippungen«) in der Folgezeit in »Spiegel« und »Ceremoniale« ihre verbindlichen Regeln. Die darin fixierten Formen und Rituale griffen Anmutungen einer imaginären »Ritterzeit« auf. Man spielte gleichsam im Gepräge eines mittelalterlichen Hofstaates und verspottete mit den daraus induzierten närrischen Kulthandlungen die Eitelkeiten der profanen Welt.

In gebotener Ernsthaftigkeit, aber stets humorvoll und kunstsinnig galt es sich einzubringen in eine eigenwillige Sphäre idealisierten Rittertums – einem »Schlaraffenland des Geistes«. Die Mitglieder agierten in den Ständen, Knappe, Junker und Ritter. Mit dem Ritterschlag erhielten die Mitglieder ihren schlaraffischen Namen, der persönliche Eigenheiten widerspiegelt. Aus ihrem Stand erküren die Ritter die (zumeist drei) Oberschlaraffen. Aus deren Mitte leitet (fungiert) einer von ihnen die Sippung genannten Zusammenkünfte. Als Wahlwürdenträger agieren zudem Kanzler, Jun-

kermeister, Marschall, Ceremonienmeister und Schatzmeister. Die rituelle Abwendung von der »profanen Welt« manifestiert sich im Gebrauch von pseudo-mittelalterlich verbrämten Wörtern, wie »atzen« und »laben« statt essen und trinken sowie der eigenen Zeitrechnung. Vereinsinterne Zeitangaben wurden zunächst um 300 Jahre zurückdatiert. Um Konfrontationen mit »profanen« Jahreszahlen zu vermeiden, wurde 1898 die Zeitrechnung ab dem Gründungsjahr 1859 bestimmt. 2021 wäre demgemäß »Jahrung anno Uhui 162«. Als strikt einzuhaltende Grundsätze der noch heute existenten »Gemeinschaft gleichgesinnter Männer, deren Zweck die Pflege von Humor und Kunst« ist, galten (und gelten) zudem: »die Sprache in Schlaraffia ist Deutsch« und in Vorträgen, Protokollen und Ansprachen ist »alles zu vermeiden, was geeignet ist, die religiösen, politischen und sittlichen Gefühle ... zu verletzen.« In den im Winterhalbjahr einmal wöchentlich stattfindenden »Sippungen« – darf zudem die »Stimmung ... durch Erörterungen geschäftlicher und beruflicher Angelegenheiten nicht entweiht werden.«

Die Idee dieses künstlerisch ambitionierten, persiflierenden Spiels fand als gutbürgerlich verankertes Freizeitvergnügen vor dem Hintergrund rasanter Umbrüche des Industriezeitalters schon bald großen Anklang. In den Folgejahren verbreitete sich diese gesellige, wie nach eigenem Verständnis unpolitische, »harmlos-heitere« Idee einer Prager Künstlerrunde über Berlin (1862), Leipzig (1872), Graz (1873), Breslau (1875) oder auch kleinerer Städten wie Nordhausen (1877) über den gesamten deutschsprachigen Raum. Die Schlaraffia in Prag (»Praga«) wurde zur »Allmutter« erklärt und 1876 in

Leipzig der Verband »Allschlaraffia« ins Leben gerufen. Unter dem Sanktionsrecht der Praga entstanden in Deutschland und Österreich-Ungarn, wie auch in der Schweiz, in Holland und England, in Nord- und Südamerika sowie in China und Japan Schlaraffen-»Reyche«, deren Vertreter in Abständen von fünf Jahren zu einem »Concil« zusammenkamen. Im Jahre 1922 zählte der Bund 214 »Reyche« mit weltweit etwa 10.000 Mitgliedern. Im Einzelnen waren das 101 Orte in Deutschland, 24 in Österreich, 35 in der Tschechoslowakei, 23 in anderen ehemaligen Landesteilen Österreich-Ungarns, 18 in Amerika, vier in der Schweiz und neun in anderen Ländern.

Bereits am 11. Februar 1887 gründeten »Ritter« aus Berlin in der »profanen« Stadt Halle mit der »Hala Saxonum« das 93. Reych im »Uhuversum«. Die Matrikelliste benennt neben Opernsängern und Schauspielern den stadtbekanntesten Hotelbesitzer des »Goldenen Rings« am Marktplatz, Gustav Stoye (»von Flottwell, der unermüdliche Stiftsrath«), den Maurermeister Otto Grote (»Grad aus der Satyriker«), den Juwelier Fritz Steiger (»Ahnenlos der Agathon«) oder den Ammendorfer Teer und Dachpappenfabrikanten Ernst Röhming (schlaraffischer Name unbekannt) als Mitglieder. Rund 20 Jahre später löste sich die halesche Gründung auf einstimmigen Beschluss am 25. Oktober 1907 allerdings wieder auf.

Einige Enthusiasten strebten die möglichst rasche Neugründung an, mussten aber ein länger währendes Neugründungs-Prozedere in Kauf nehmen. Es bedurfte einer gewissen Anzahl von präsumtiven Gründungsmitgliedern und es galt ein »Mutterreych« zu finden, das bei der »Allmutter« – dem Reych Praga – um Bewilligung der

Sanktion nachsucht. Einige der haleschen Schlaraffen, wie der Komponist und Betreiber des bekannten Konservatoriums, Bruno Heidrich (»Bosko von Assad«, 1863–1938), Vater der berühmten »NS-Größe« Reinhard Heydrich (1904–1942), die Kaufleute Paul Eulner (»Fid'l der Uhukomparativ«, 1866–1931) oder Franz Reich (Schnauz der Parforcegalanthomme) bewahrten ihre Zugehörigkeit durch Besuche (»Einritte«) in die benachbarte »Lipsia«. Die Genannten trafen sich am 8. Dezember 1910 in Halle mit Schlaraffen aus Aachen, Saarbrücken und Magdeburg wieder zu einer ersten Stammtischrunde. Am 12. Oktober 1911 fand dann im Neumarktschützenhaus die erste, durch Ritter »Fid'l« eröffnete, Sippung statt. Ort der Zusammenkünfte war von 1912 bis 1914 das damalige Hotel »Kaiser Wilhelm« in der Bernburger Straße. Bereits vor der offiziellen Neugründung erfolgten zahlreiche »Ritterschläge«, darunter an dem stadtbekanntesten Fotografen Max Strauch (1885–1931) zum »Ritter Knips der Knirps«. 1914 wurde mit der »Salzgrafenburg« ein neues Domizil in Räumlichkeiten der Thalia-Säle bezogen. Sieben neue Junker – darunter die künstlerisch ambitionierten Rechtsanwälte Otto Gaze (1878–?) und Wolfgang Herzfeld (1865–1940) – boten die Gewähr für das weitere Gedeihen der haleschen Vereinigung. Die Gründungsweihe zur »Kolonie« wurde am 22. März 1915 durch das »Mutterreych Lipsia« vollzogen. Die Sanktionierung zum »Reych« Hala mit der Stammrollen-Nummer 199 datiert vom 2. Dezember 1915 und wurde am 30. im »Christmond« (Dezember) festlich begangen. Zuvor erfuhren die erwähnten Juristen die schlaraffisch höchste Weihe des Ritterschlags. Junker Otto wurde zum Rit-

ter »Izdubar der Secundaccord« und Junker Wolfgang zum Ritter »Pink-Pink der Unteilbare« geschlagen. Über lange Zeit sollten sie die Geschicke der aufstrebenden »Hala« mitbestimmen.

Beide pflegten ihre künstlerischen Ambitionen anfangs auch außerhalb Schlaraffias. Das »harmlos-heitere Streben« manifestierte sich bezeichnenderweise mit zeitgeistkonformer, patriotischer Kriegseuphorie im national-konservativen Pathos. In dem um 1914 publizierten Marschlied – Herzfeld schuf den Text, Gaze die Melodie – »Unsere Kompagnie« heißt es: »Wer nahm die Festung Lüttich ein? Wer schoss dort alles kurz und klein? ... Wer verjagt Franzos´ und Russ´, Hieb auf Hieb und Schuß auf Schuß? Ich sag es spät und früh, Kamerad, vergiss es nie! Ein Hauptmann, ein Leutnant und die zwölfte Kompagnie!« Das Duo schuf aber auch andere Werke, wie 1914 »Der Esel von Ninive – eine burleske Operette in einem Akt«. Zahlreiche Melodien und Gedichte umfasste ihr künstlerisches Schaffen für Schlaraffia. Im Auftrag des Reyches Hala gab Otto Gaze (»Izdubar«), Vater des bedeutenden Schlager- und Filmmusikkomponisten Heino Gaze (1908–

1967), von 1922 bis 1924 die vereinsinterne Zeitschrift »Der Uhu« heraus. Wolfgang Herzfeld (»Pink-Pink«) lieferte für die Publikation einige lyrische Beiträge. So stammen die, dem Artikel überstellten Verszeilen aus dem, in der Mai-(»Wonnemond«)-Ausgabe von 1923 (a. U. 64) veröffentlichten, Gedicht »Gruß an Uhu«. Der Hymnus auf das Symbol des Schlaraffentums widerspiegelt das Gleichnis vom Lebensweg und Sippungs-Verlauf – Eintritt in die Burg – (künstlerischer) Auftritt – Abschied und Ende. In der dritten und letzten Strophe heißt es: »... Auf schwankem Schiff, nach Fernen unergründet,/ Durch Nacht und Licht begleitet sie sein Flug,/ Bis in das Tal, das jeder einmal findet,/ Er winkt ihm zu beim letzten Atemzug.«

Neben seinen künstlerischen Beiträgen fungiert Wolfgang Herzfeld durchgängig, fast über die ganze Zeit seiner Zugehörigkeit als »Oberschlaraffe der Kunst«. Als seine Würdenbrüder agieren ebenso kontinuierlich die Ritter Fid'l (P. Eulner) als »Oberschlaraffe des Äußeren« und Izdubar (O. Gaze) als »Oberschlaraffe des Innern«.

Die Mitgliederliste (Stammrolle) des »Reyches Hala« verzeichnet in den 1920er Jahren weit über 40 »Sassen«.

Zu ihnen gehörten neben den bereits erwähnten Schlaraffen der Kleiderfabrikant und Kaufhausbesitzer Walter Aßmann (»Kluft der Vielvereinte«), der in Weißenfels praktizierende Zahnarzt Fritz Gebser (»Plombus der Saitenrei-



Mitglieder der »Schlaraffia Hala«,
1925



»Salzgrafenburg« in Halle, 1925

ßer«), der Kaufmann Wilhelm Dan (»Gulliver der Dänsche Sängler«), der Buchdruckereibesitzer Kurt Schwarz (»Typo der Schwarzkünstler«), der Handelsvertreter Cornelius Barck (»Leporello di Barckarola«) oder der Opernsänger Karl Momberg (»Feinkehlchen der Tönewelzer«), der Schauspieler Fritz Günzel (»Friedland der Strahlende«) oder der Sänger und Theaterregisseur Heinrich Kreutz (»Mark Ehe der Tiefgesunkene«).

Ein entsprechendes Ambiente erhielten auch die Räumlichkeiten der Salzgrafenburg in der Geiststraße. Der vordere Teil des Saals war »in Rot, der hintere den Thron einrahmende, in sattem Grün gehalten, die Wände nur geschmückt durch Ritterwappen und Dichterbüsten, Thronbedachung und Fenster in gotischer Form abschließend«.

Das Foyer (die »Vorburg«) erfuhr im Sommer 1919 eine Gestaltung im altdeutschen Stil mit Ziegelofen, Fensterläden aus grünem Holz, Decken- und Stehbalken, mächtige Türen mit Schmiedearbeit und einem Deckenradleuchter«. Die Wand zierte ein Freskogemälde – das Duell-Lied darstellend. 1929 wurde die Salzgrafenburg in Räumlichkeiten des Hauses Steinweg 42 verlegt. Als wichtigen Bestandteil des Schlaraffen-



»Vorburg«, 1925

tums verlieh auch die Hala hauseigene Orden. Sie zeigten einheitlich das Symbol den »Esel, der auf Rosen geht«.

Bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts dominiert von Theaterkünstlern, vollzog die Schlaraffia den Wandel zu einer gutbürgerlich etablierten Vereinigung. Den Logen der Freimaurer gleich bot sie mit ihrem jeweils verorteten Exklusiv-Charakter zunehmend Kaufleuten, Ärzten, Lehrern, Fabrikanten, Bankdirektoren und Militärangehörigen eine intellektuelle, sozial ambitionierte Heimstatt in der Mitte der Gesellschaft. Diese Konstellation bedeutete auch für die Schlaraffia den zunehmenden Einfluss antisemitischer Tendenzen. Nationale Kreise und Medien betrieben nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland und Österreich eine verbitterte, teils hysterische Suche nach den Schuldigen für den verlorenen Krieg. Diffamierend wurde beispielsweise in einer 1919 in Wien erschienenen Schrift behauptet, das »internationale Judentum beherrscht die Freimaurerei und hat sie als Medium benutzt, den Weltkrieg heraufzubeschwören«. 1923 dehnte die deutsch-völkische Ludendorf-Bewegung ihre Agitation gegen alle »überstaatlichen Mächte« – das seien die Freimaurer, Juden,

Jesuiten und Marxisten – ausdrücklich auch auf die als »logenähnlich« verdächtige Schlaraffia aus. Im Oktober 1924 erschien in der Zeitschrift »Das Hakenkreuz« ein Artikel in dem die Schlaraffia »als ein von Juden geleiteter, auf freimaurischer Grundlage stehender Geheimbund« bezeichnet wurde, »dem kein Nationalsozialist angehören darf und der aufs schärfste bekämpft werden muß.«

Leider wurde auch die Schlaraffia selbst von antisemitischen Tendenzen erfasst. Mitte 1924 gründeten Sassen des Reyches Vindobona eine eigenständige »Urschlaraffia«, die Juden von der Mitgliedschaft ausdrücklich ausschloss. Sie umfasste bis 1938 immerhin 52 Reychen, vorrangig auf dem Gebiet Österreichs und der CSR.

Unter den Bedingungen des Nationalsozialismus existierte die Schlaraffia in Deutschland zunächst weiter. Dazu erforderte es allerdings ein gehöriges Maß an Opportunismus. Um den befürchteten Anpassungsforderungen des NS-Regimes zu begegnen, trafen am 23. April 1933 Delegierte der deutschen Schlaraffenreiche zu einer außerordentlichen Sitzung in Leipzig zusammen. Wohl in der Befürchtung ein völliges Verbot verhindern zu können, wurde verfügt: »1. Die Führung der reichsdeutschen Reychen durch die Allmutter hat mit dem heutigen Tage aufgehört. 2. Mitglieder der einzelnen Reychen dürfen nur Männer sein, die arischer Abstammung sind, auf nationalem Boden stehen und sich die Pflege des Deutschtums zur Pflicht machen.« Als »Bund Deutsche Schlaraffia« hoffte man so weiter existieren zu können. Bezugnehmend auf die Folgen für die Hala vermerkte rückschauend die »Allschlaraffische Chronik« aus dem Jahre 1959 knapp: »Den Forderungen des Spie-

gels des Bundes Deutsche Schlaraffia entsprechend, legte die unvergessene Hkt. (Herrlichkeit) Pink-Pink ihr Amt nieder.« Nach bisherigem Erkenntnisstand ist nicht ganz klar, unter welchen Umständen Wolfgang Herzfeld zum Austritt gedrängt oder aus der Vereinigung ausgeschlossen wurde. Um seinen »jüdischen Sassen, den anständigsten Menschen, die nur je für Schlaraffia gelebt, gestrebt gehandelt haben [und] ihnen zu ersparen auszutreten oder den Austritt entgegenzunehmen«, erklärte beispielsweise das Reych Hammonia (Hamburg) seinen, allerdings nur zeitweilig vollzogenen, Austritt aus dem Bund. Inwieweit die Hala vielleicht einen ähnlichen Weg zu gehen bereit war und den Verhältnissen mit Gründung einer »Salzmark-Kolonie« Rechnung tragen wollte bleibt Vorerst noch Spekulation. Profan wird Wolfgang Herzfeld im Mai 1933 nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums das Notariat entzogen. Er selbst erklärte vehement nichtjüdischer Abstammung zu sein. Publikumswirksam veröffentlichte er bereits 1929 ein Familienbuch. Trotz jüdischer Großeltern fällt hier an keiner Stelle der Begriff Jude. Nach seiner Darstellung war der Vater Ludwig Herzfeld (1819–1911) Sohn des Kaufmanns Jacob in Guhrau, der als evangelischer Christ am 30. April 1790 geboren wurde. Den Geburtsort verlegte der Autor von Guhrau nach Gollub in Ostpreußen. Als Ehefrau und Mutter von Ludwig fungiert Wilhelmine, geb. Plato (geb. 12. Mai 1793 ebenfalls in Gollub), wohl, weil man dachte, dass der Name nicht jüdisch klinge. Die Absicht, seine Herkunft zu verleugnen wird auch aus der Eingabe Wolfgang Herzfelds an die Anwaltskammer deutlich: »Die

Urkunden über meinen Vater Geh. Justizrat Ludwig Herzfeld und dessen Vorfahren sind bei dessen Tode 1911 seinem ältesten Sohn Robert Herzfeld, Königl. Garnisonsrat in Metz, übergeben worden, der 1918 bei der Besetzung von Metz durch die Franzosen schwer krank von diesen verhaftet wurde, um die geheimen Pläne der von ihm erbauten Festungswerke aus ihm herauszuholen. Er ist an dieser Behandlung gestorben und sein ganzes Vermögen ist von den Franzosen sequestriert worden. Die Urkunden sind bei dieser Gelegenheit der Familie verloren gegangen.«

Eine derartig interpretierte Abstammung dürften aber auch andere vorgewiesen haben, die sie dann nicht vor existenzieller Bedrohung und Vernichtung schützte. Ebenso wenig dürfte ihn seine politisch sehr deutsch-national-konservative Einstellung oder das Schicksal seines Bruders vor Verfolgung geschützt haben. Bisher konnte noch nicht ermittelt werden, wie er zwar gesellschaftlich eingeschränkt, aber vermutlich nicht in seiner Existenz bedroht wurde. Es lässt sich nach jetzigem Kenntnisstand nur mutmaßen, ob vielleicht das tradierte Ansehen seines Vaters Ludwig Herzfeld als hallescher Ehrenbürger (nach NS-Rassen-Ideologie wäre dieser »Halbjude« gewesen) oder das freundschaftliche, ja nachbarliche Verhältnis zu seinem »Schlaraffenbruder« Bruno Heydrich eine Rolle gespielt haben könnte. Der Schlaraffe Ritter Pink-Pink der Unteilbare, im profanen Leben Rechtsanwalt Wolfgang Herzfeld verstarb in seiner Villa in der Seydlitzstraße 22 (heute Fischer-von-Erlach-Straße) am 17. November 1940. Allerdings musste auch er noch das seinerzeit endgültige Ende seines Vereins erleben.

»Nachdem die im Ausland getroffenen Feststellungen Ihre Behauptung, die schlaraffischen Vereinigungen im Ausland stellten einen wertvollen Faktor zur Förderung deutschen Volkstums dar, nicht bestätigt haben, gebe ich nunmehr der Erwartung Ausdruck, daß der »Bund Deutsche Schlaraffia e. V.« entsprechend der Zusage ihrer Vertreter in der Besprechung im Reichsministerium des Innern ... die freiwillige Auflösung bis zum 1. März 1937 beschließt« – gezeichnet vom Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, Reinhard Heydrich Sohn eines halleschen Schlaraffen.

Im Zuge der aggressiven Expansionspolitik des Deutschen Reiches verschwanden die schlaraffischen „Reyche“ bald darauf – mit Ausnahme der Schweiz – auch im übrigen Europa. Nach dem Zweiten Weltkrieg konstituierte sich die „Allschlaraffia“ wieder neu als weltweit agierende Organisation in den Landesverbänden Deutschland, Österreich, Schweiz sowie Nord- und Lateinamerika. In der DDR blieben Vereine dieses humorig-persiflierenden, kunstsinnigen Spiels de facto verboten.

Literatur:

Chronik des Verbandes Allschlaraffia zur Hundertjahrfeier in Norimberga, Bd. II, Bonn 1960

Werner R. Diekelmann: Der Spießrutenlauf in die »Uhu-finsternis«, Mainz 1998

Wolfgang Herzfeld: Familienbuch, Halle 1929

Faltblatt zur Ausstellung: Schlaraffia Hala – zur Geschichte einer merkwürdigen Vereinigung, Stadtmuseum Halle 1994

Festschrift zum 10. Stiftungsfest der Hala, Halle 1925

Wolfgang D. Herzfeld: Ludwig Herzfeld und seine Familie, [Norderstedt] 1987

Vergangene Farbenwelten

Jüdische Verbindungen und Vereine

Prof. Dr. Dr. Harald Lönnecker

Voraussetzungen

Student zu sein bedeutete stets das Potential, zur kommenden Elite zu gehören. Wissen und Leistung kumulierende Akademiker, in erster Linie Theologen und Juristen, stellten seit der Gründung der ersten Universitäten nördlich der Alpen im 14. Jahrhundert künftige Funktionseleiten vornehmlich in Staat und Kirche. Die universitas magistrorum et scholarum, die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, war ein durch den Eintrag in die Matrikel fest umrissener Personenverband, ausgestattet mit zahlreichen Privilegien vom eigenen Gerichtsstand bis hin zu Sonderrechten, die nur dem civis academicus, dem akademischen Bürger, dem Studenten, zustanden. Damit einher ging ein ausgeprägtes Traditions-, Elite- und Avantgardebewußtsein einer Gruppe, die sich ihres Eigenwertes sehr wohl bewußt war.

Seit dem 15. Jahrhundert war es in Deutschland und Europa zu immer neuen Wellen von Universitätsgründungen gekommen. Sie standen im deutschsprachigen Raum vor allem unter den Vorzeichen der Territorialisierung, jeder größere Landesherr woll-

te sich die Kontrolle über die Ausbildung seines Beamtenapparats sichern, dies um so mehr nach der Konfessionsspaltung ab 1517. 1527 entstand mit der Marburger Philipps-Universität die älteste protestantische Hochschule der Welt. Im Zuge der Gegenreformation wurden die katholisch gebliebenen Universitäten reformiert und neue gegründet, die dem Protestantismus die Stirn bieten sollten. Vornehmlich auf den protestantischen Hochschulen bildeten sich im Zeichen der in Anspruch genommenen Koalitionsfreiheit studentische Zusammenschlüsse, die studentischen Verbindungen oder Korporationen, deren Binnenstruktur in der Regel durch landsmannschaftliche Herkunft und Anciennität geprägt wurde und deren Zweck in erster Linie in der Vertretung gemeinsamer Interessen der in der Hochschulstadt fremden Mitglieder bestand. Entsprechend nannte man sich Rhenania (die Rheinländer), Saxonia (die Sachsen), Thuringia (die Thüringer), Misnia (die Meißner) usw. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts traten zu diesen mittlerweile traditionellen Verbindungsformen neue, von aufklärerisch-freimaurerischem Gedanken-

gut beeinflusste sog. Orden und Kränzchen, die sich vor allem vom landsmannschaftlichen Grundgedanken lösten und bis in die Zeit um 1800 in der Studentenschaft führend waren. Ihnen trat ab 1815 die Burschenschaft entgegen, ein neuer, assoziativ-nationaler Korporationstypus, der sich an Nation und bürgerlicher Freiheit orientierte und als erste deutsche Studentenbewegung große Wirkung entfaltete. Dies korrespondierte seit der Gründung der Berliner Universität 1810 mit dem neuhumanistischen Universitätsideal Humboldts von »Einsamkeit und Freiheit«, das die Hochschule zu einer Stätte machte, die bildete, aber nicht erzog. Die so entstandene »Humboldtsche Lücke« bot vor allem den Burschenschaften ein weites Feld von Ansprüchen, die sie sich zu eigen machten und auszufüllen suchten. Verbindung war daher auch ein Bildungsinstrument und -element, das nach eigenem Verständnis eine Lücke als Korrektiv der akademischen Freiheit ausfüllte und im Rahmen einer innerkorporativen »Charakterbildung« die wissenschaftlich-berufliche Ausbildung der Universität abzurunden versuchte, zugleich aber auch »eine Erziehung für die Zugehörigkeit zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft« bezweckte. Kurz: »Die Universitäten unterrichteten, die Verbindungen erzogen.«

Eine Verbindung war vom Ende des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts für zahlreiche Akademiker konstitutiver Bestandteil ihres Lebens und ihrer Persönlichkeit, das nicht zu überschätzen, keinesfalls aber auch zu unterschätzen sein sollte. Dies vor allem vor dem Hintergrund eines hohen emotionalen Wertes, wurden Studium und Verbindungszugehörigkeit doch als Zeit individualisierter Freiheit erinnert, was im

Topos der »alten Burschenherrlichkeit« kulminierte. Das zog nicht nur Emphase, sondern auch eine hohe Mobilisierbarkeit der Ehemaligen nach sich, der sich ab etwa 1871 sukzessive in eigenen Verbänden organisierenden »Alten Herren«.

Zahlen

Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab es zwar 75 Millionen Deutsche, aber nur rund 100.000 Studenten. 1871 waren es erst etwa 14.000, 1830 nur wenig darunter, 1815 rund 8.000 – heute hat dies manche Fakultät allein, nähert sich die Gesamtzahl der 3-Millionen-Grenze. Jena, das Zentrum der Burschenschaft, zählte um 1815 rund 400 Studenten, bis in die 1850er Jahre gehörten ihr ein bis zwei Drittel aller dortigen Hochschüler an, mindestens ein weiteres Zehntel den jüngeren Landsmannschaften, die sich mehr und mehr »Corps« nannten. Dazu kamen weitere Verbindungen und Vereine, die vor allem Fachinteressen (Juristen, Theologen, Naturwissenschaftler usw.) oder Neigungen (Sänger, Turner usw.) galten. Im Kaiserreich setzte ab 1871 parallel zu den zunehmenden Studentenzahlen eine korporative Gründungswelle ein, etwa die Hälfte aller Studenten war Mitglied einer Korporation. Dabei war der Anteil in kleineren Universitätsstädten stets größer als in großen, Halle lag mit einem Fünftel bis einem Drittel im Mittelfeld. Noch um 1930 gehörte in Deutschland jeder dritte männliche Student einer Verbindung an. Im Sommersemester 1914 bestanden im Deutschen Reich 48 Verbände mit 891 Korporationen, im Wintersemester 1930/31 waren es 49 Verbände mit 1.310 Korporationen. Mindestens noch einmal so viele Verbindungen existierten, ohne einem Verband anzugehören.

Antisemitismus

Im Spektrum der Verbindungen und Vereine gab es auch konfessionelle: christliche – faktisch evangelische –, katholische und jüdische. Dabei ist die Bestimmung letzterer ausgesprochen schwierig, denn längst nicht alles, was von Gegnern und Freunden als »jüdisch« apostrophiert wurde, sah sich auch selbst so.

Ihre Entstehung hatte eine lange Vorgeschichte. Die Universität begriff sich durch die Jahrhunderte als eine christliche Institution. Zwar gab es auch fast immer studierende Juden, ihre Zahl war jedoch marginal. Erst mit der Aufhebung beschränkender Bestimmungen seit Beginn des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl studierender Juden. Dabei war ein untergründiger Antisemitismus der Studenten gegen die »unchristliche Judentum« seit Gründung der »christlich-deutschen« Burschenschaft 1815 vorhanden. Saul Aschers (1767–1822) »Germanomanie« wurde auf dem Wartburgfest 1817 mit den Worten verbrannt: »Wehe den Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volkstum und Deutschthum spotten und schmähen.« Die Erlanger Burschenschaft schloß Juden seit diesem Jahr »als die Feinde unserer Volkstümlichkeit« aus. Ähnlich verhielten sich die Burschenschaften in Gießen und Jena, während die in Königsberg, Breslau und Würzburg keine Bedenken gegen die Aufnahme von Juden hegten. In Heidelberg und Halle schwankten die Auffassungen. Der Burschentag vom Oktober 1818 fand einen Kompromiß. Jüdische Studenten sollten aufgenommen werden, wenn sie sich einer »christlich-deutschen Ausbildung zum Dienste des Vaterlands« unterzogen. Die einsetzende Demagogieverfolgung und die damit verbundene

Radikalisierung der Burschenschaft machte diese Regelung jedoch zunichte und auf dem Burschentag 1820 in Dresden entschieden die Burschenschaften, Juden nicht aufzunehmen, da sie »als solche, die kein Vaterland haben und für unseres kein Interesse haben können, nicht aufnahmefähig seien, außer wenn erwiesen ist, daß sie sich christlich-deutsch für unser Volk ausbilden wollten«. In diesem Falle sollte ihnen »keineswegs der Weg abgeschnitten werden ..., sich uns zu nähern«. Der Streitberger Burschentag 1821 verschärfte die Regelung nochmals und strich die Möglichkeit der »christlich-deutschen« Ausbildung. Juden sollten generell nicht mehr aufgenommen werden. Während sich einige Burschenschaften an den Beschluß hielten, kümmerten sich andere nicht um ihn. Oft war er nicht einmal bekannt. Der Burschentag 1831 in Frankfurt a. M. strich schließlich vor dem Hintergrund einer fortschreitenden, schließlich 1833 in den Frankfurter Wachensturm mündenden Politisierung die Forderung nach einer »christlich-deutschen« zu Gunsten einer »deutschen Ausbildung«. Sie ließ nach einer kulturellen Anpassung die Assimilation und endlich das Verschwinden des deutschen Judentums erwarten. Damit bestanden in den Burschenschaften für die nächsten 50 Jahre keine Aufnahmehindernisse für Juden mehr, wenn sie sich zur deutschen Nation bekannten.

Der »christliche Antisemitismus« oder besser »Antijudaismus« vermengte sich nach der den Juden zugeschriebenen Gründerkrise ab 1873 mit dem »Rassenantisemitismus«, wie ihn der ehemals linksradikale Schriftsteller und Abgeordnete zur Hamburger Bürgerschaft Wilhelm Marr (1819–1904) prägte. Die ursprünglich vor allem

religiös motivierte Judenfeindschaft wurde von einer wirtschaftlich, national, völkisch und rassistisch begründeten überlagert. Juden wurden nicht mehr angegriffen wegen ihrer Religion, sondern wegen ihrer Rolle im ökonomischen, politischen und auch intellektuellen Modernisierungsprozess, für den die »stürmische ... Steigerung der Anteile von Juden im höheren Bildungswesen« und die dadurch vermeintlich hervorgerufene »Überfüllungskrise« in den akademischen Berufen charakteristisch war. Die Juden wurden zu einer Chiffre, zu einem »kulturellen Code« (Shulamith Volkov) für die Ablehnung der als »undeutsch« empfundenen modernen Gesellschaft. Die Vorwürfe lauteten, die Juden seien die Führer der »reichsfeindlichen Arbeiterbewegung«, sie würden das Kapital, die Banken und die Börse beherrschen, seien die Führer der Linksliberalen – besonders angegriffen wurde der liberale Parteiführer und Bankier Ludwig Bamberger (1823–1899), der ehemalige Burschenschafter war – und kontrollierten die Presse, über die sie ihre Gedanken verbreiteten. Dieser Wust von Ressentiments und Vorurteilen entlud sich nach dem Auftreten des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker (1835–1909) – Mitglied des Corps Borussia Halle – 1878/79 im »Berliner Antisemitismusstreit«. Durch die im November 1879 erfolgte Stellungnahme des in Berlin lehrenden Historikers Heinrich von Treitschke (1834–1896) – Burschenschaft Frankonia Bonn – zu Stoeckers Thesen, der zwar die Form, nicht aber den Inhalt ablehnte und das Schlagwort »Die Juden sind unser Unglück« prägte, griff die Diskussion in den akademischen Bereich über. Im folgenden Jahr sah Treitschke sich dem Widerspruch zahlreicher, hauptsächlich jüdi-

scher Hochschullehrer – darunter etwa der Historiker Harry Bresslau (Burschenschaft Brunsviga Göttingen) – ausgesetzt. Wesentlich war aber, daß nun antisemitische Diskussionen nach Theodor Mommsen (Burschenschaft Albertina Kiel) – der Althistoriker und spätere Nobelpreisträger war ein scharfer Gegner des Antisemitismus – »anständig gemacht« worden waren.

Zwischen etwa 1880 und 1900 wurde der Antisemitismus zu einer »sozialen Norm« (Norbert Kampe) in der Studentenschaft, Juden fanden in die etablierten Verbindungen und Vereine keine oder kaum mehr Aufnahme. Folglich gründeten sie eigene, was zugleich Auskunft über die Alternativlosigkeit und äußerst flexible Struktur der Korporation gibt, die sich inhaltlich völlig gegensätzlich aufladen ließ.

In den antisemitischen Debatten ging es in der Regel undifferenziert um »die Juden«. Nur wenige Nichtjuden bemerkten, daß sich liberale Juden nach der Reichseinkünftegesetzgebung gern als »deutsche Staatsbürger jüdischer Konfession« definierten. Orthodoxen Juden ging diese Anpassung zu weit. Sie sahen sich als Teile einer durch die gemeinsame Religion konstituierten, transnationalen Schicksalsgemeinschaft. Von ihren deutschen Gegnern wurden die Juden mit dem Hinweis auf eben dieses Selbstverständnis aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen, kurze Zeit später auch mit dem sozialbiologischen Argument, sie gehörten einer anderen Rasse an. Daraus resultierte nach außen das Ringen der Juden um Anerkennung, Integration und Statusverbesserung in Deutschland und Österreich, daneben gab es einen innerjüdischen Konflikt zwischen dem reformorientierten und dem orthodoxen Lager. Diese Fronten

bildeten sich auch in den jüdischen studentischen Verbänden ab: Sie standen sowohl für die Segregation als auch Integration in die Gesellschaft mittels Korporation. Beides war möglich. Das zieht ein bereits angesprochenes Wahrnehmungsproblem nach sich, denn die als »jüdisch« apostrophierten Verbindungen haben sich selbst teilweise überhaupt nicht so gesehen.

Für die innere Struktur ist die Parallelität zu den anderen konfessionellen, evangelischen und katholischen Verbindungen bemerkenswert. Auch hier erfolgte vielfach die Entwicklung vom wissenschaftlichen Verein zur Band und Mütze tragenden und darüber hinaus – wenn auch selten – Satisfaktion gebenden und Mensuren schlagenden Verbindung. Teilweise begriff man sich als »Organisation zur Abwehr des Antisemitismus auf ›studentische Art«, eben mittels der blanken Waffe, zum anderen bewies man sich »Auf Kneipe und Fechtboden« (Miriam Rürup) und inszenierte damit eine Männlichkeit, die die Gegner den Juden regelmäßig absprachen.

Jüdische Verbindungen und Vereine

Die orthodoxen Juden organisierten sich im am 26. Juli 1906 gegründeten »Bund Jüdischer Akademiker« (BJA) mit 1933 zehn bzw. zwölf Vereinen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie empfanden sich als »die Gesamtorganisation der gesetzestreuen Akademiker ohne Rücksicht auf ihren jüdisch-politischen Standpunkt. Ziel des B.J.A. war die Heranbildung von Persönlichkeiten, die den Geist der Thaura [sic] in Leben und Lehre verwirklichen.« Der Bund lehnte die unbedingte Satisfaktion, also Duelle, und die Mensur ab und bekannte sich zum »schwarzen Prinzip«, das

heißt, er verwarf das Tragen von Farben in Band und Mütze. Korporative Tendenzen waren im BJA nur wenig entwickelt, das geistige Prinzip dominierte das korporative. So verzichtete man auch auf die sonst übliche Scheidung in »Aktive« und »Alte Herren«, studierende und examinierte Mitglieder. Da der Bund keine Studentinnen aufnahm, entstand um 1925 als Parallelorganisation der »Bund Jüdischer Akademikerinnen« mit Vereinigungen in Berlin, Frankfurt a. M. und Breslau.

Ein Gegner des BJA war das »Kartell jüdischer Verbindungen« (KJV). Es entstand am 19. Juli 1914 mit 15 Korporationen in Deutschland und Österreich und gab zeitweise unbedingte Satisfaktion, trug aber keine Farben und verbot die Mensur. Die meisten seiner Mitglieder nannten sich »Verbindung Jüdischer Studenten« plus Ortsname. KJV-Gründer waren der »Bund jüdischer Korporationen« (BJK; gegr. 18. Januar 1901) und das »Kartell Zionistischer Verbindungen« (KZV; gegr. 11. Januar 1906). Der BJK war nationaljüdisch und wollte alle Studenten sammeln, die sich »bewußt als Juden fühlen und an der Entwicklung eines lebendigen Judentums mitarbeiten wollen«. Er führte den Wahlspruch »Hilf Dir selbst!«, trug keine Farben und stellte die Satisfaktion frei, während den Mitgliedern des KZV Couleur – außer zu festlichen Gelegenheiten – und Mensur verboten, die unbedingte Satisfaktion aber ebenso Pflicht war, wie »die Idee des Zionismus durch sprachliche, geschichtliche und literarische Arbeit [zu] fördern«. Als Unterverbände blieben beide Zusammenschlüsse im KJV zeitweise erhalten. Entsprechend ihrer nationaljüdischen Tendenz wählten die Verbindungen Namen wie »Kadimah«, »Hasmonea«, »Bar Kochba«, »Ivria«,

»Hacheruth«, »Jordania« oder »Maccabea«. Die 1933 etwa 2.000 Verbindungsangehörigen – davon rund 1.200 Alte Herren – sollten unter dem Wahlspruch »Jeder zu seiner Fahne!« die »nationale Einheit des Judentums, die Erneuerung des jüdischen Volkstums und die Errichtung einer Heimstatt in Israel« verwirklichen. Mitglied der Breslauer Verbindung Jüdischer Studenten war der Soziologe Norbert Elias (1897–1990), einer der wenigen – wenn nicht der einzige –, der sich unter den Zeitgenossen theoretisch mit dem Korporationsstudententum und seiner Geschichte auseinandersetzte.

Ähnliche Ziele wie der KJV verfolgte der »Bund Zionistischer Korporationen« (BZK). Er entstand Ende 1919 nach einem Streit als Abspaltung des KJV ohne Farben und mit freigestellter Satisfaktion, erlebte zwischen Mai 1922 und 1925 selbst eine Abspaltung – der »Bund Zionistischer Verbindungen Hatikwah« – und kehrte Anfang März 1929 in den KJV zurück. Grund der Auseinandersetzungen war mangelnder Elitarismus, es ging um eine Zuspitzung der Programmatik, die eine Hebraisierung und die Lockerung des akademischen Prinzips nach sich zog, weil verstärkt auf den Erwerb landwirtschaftlicher und handwerklicher Kenntnisse und Fertigkeiten Wert gelegt wurde, wie sie für die angestrebte Siedlung in Palästina notwendig waren. Das wiederum wurde seitens der KJV-Mehrheit als unakademisch abgelehnt.

Der »Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens« (KC) wurde am 8. August 1896 gegründet. Er gab unbedingte Satisfaktion, stellte Mensur sowie Band und Mütze aber frei. 1933 gehörten ihm 13 Verbindungen mit etwa 2.100 Mitgliedern an: »Die Verbin-

dungen im K.C. stehen auf dem Boden deutsch-vaterländischer Gesinnung. Sie haben zum Zweck den Kampf gegen den Antisemitismus in der deutschen Studentenschaft und die Erziehung ihrer Mitglieder zu selbstbewußten Juden, die in dem Bewußtsein, daß die deutschen Juden einen durch Geschichte, Kultur und Rechtsgemeinschaft mit dem deutschen Vaterlande unlöslich verbundenen Volksteil bilden, jederzeit bereit und imstande sind, für die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Juden einzutreten. Der K.C. lehnt die Bestrebungen zur Lösung der deutschen Judenfrage außerhalb Deutschlands ab«. Der letzte Satz machte den KC zum scharfen Gegner des KJV, mit dem BJA gab es gleichfalls keinerlei Verständigung.

Wieder anders der »Burschenbunds-Convent« (BC). Er wurde am 31. August 1919 gegründet – seine Mitgliedsverbindungen reichten bis um 1880 zurück –, trug Farben und bekannte sich zur unbedingten Satisfaktion und zur Mensur, verkörperte also den traditionellen Korporationstypus. »Der BC war der einzige farbentragende waffenstudentische Verband, der als Mitglied jeden deutschen oder ausländischen Studenten deutscher Muttersprache aufnahm, der sich zur Toleranz und zu freiheitlichen Ideen bekannte ohne Rücksicht auf Rasse, Herkunft und Konfession. Lediglich Kommunisten und Nationalsozialisten blieben ausgeschlossen.« 1933 zählte der BC 13 Verbindungen in Deutschland und drei in Österreich. In ihm bestand seit 1921 ein weiterer Verband, der »Sudeten-deutsche Burschenbunds-Convent« (SBC) mit fünf Verbindungen, in dem sich die Verbandskorporationen in Brünn und Prag

zusammen-schlossen. Sie nannten sich »Burschenschaft«, das wohl bekannteste Mitglied ist der Journalist Egon Erwin Kisch (Burschenschaft Saxonia Prag). Dazu führte der BC schwarz-rote Verbandsfarben mit goldener Einfassung – 1815 die Farben der Jenaer Burschenschaft – und den Wahlspruch: »Für Deutschtum, Freiheit, Recht und Ehre!« Der BC begriff sich keineswegs als jüdisch, sondern nannte sich »paritätisch«, nahm also auch Christen auf. Allerdings war die Zahl der Nichtjuden minimal. Trotzdem wehrte sich der BC vehement, wenn die Antisemiten ihn zu den »Judenverbindungen« zählten, die viele seiner Mitglieder als ihre ausgemachten Feinde ansahen. Dazu traf ihn der Spott der anderen jüdischen Vereine und Verbindungen, bei denen gern die Anekdote kolportiert wurde, »eine paritätische Korporation habe ihren Erstchargierten per Conventsbeschluss genötigt, sich taufen zu lassen, um endlich einmal einen ‚Renommiergoj‘ in ihren Reihen zu haben«.

Daneben gab es einige kleinere Verbände mit je zwei bis vier Mitglieds-korporationen, so das »Kartell technischer Verbindungen Österreichs« (1913/14) – nationaljüdisch, unbedingte Satisfaktion, farben tragend – und den 1926 gegründeten »Bund zionistischer Ingenieure und Techniker Haboneh«, gleichfalls nationaljüdisch, aber Satisfaktion und Farben ablehnend. Das »Kartell Jüdischer Korporationen« in der Schweiz wurde am 24. Januar 1915 als »Ol-tener Kartell-Verband« mit freigestellter Bestimmungsmensur und Couleur gegründet, änderte seinen Namen bereits am 11. Juli und bestand bis etwa 1920. Mehr als vier Korporationen in Basel, Bern und Zürich haben ihm nicht angehört.

Die deutschen Korporationen der verschiedenen Verbände lösten sich im Sommersemester 1933 auf oder wurden aufgelöst, 1938 folgten die in Österreich, 1939 die in der Tschechoslowakei. Schon am 18. Juli 1933 schrieb das bayerische Kultusministerium an die Universitäten in München, Erlangen und Würzburg, die »noch bestehenden jüdischen Studentenverbindungen wollen veranlaßt werden, sich noch im Laufe dieses Semesters aufzulösen. Jüdische Verbindungen, die sich weigern, ihre Auflösung zu beschließen und auch tatsächlich durchzuführen, sind wegen Gefährdung der akademischen Disziplin zu verbieten.« Die letzten Verbindungen verschwanden 1934/35. Die Altherrenverbände bestanden unter der Kontrolle der Gestapo noch bis 1938. Die Mitglieder, denen die Emigration gelang, sammelten sich in den USA und in Israel, vor allem in New York und Jerusalem, wo es bis in die Gegenwart entsprechende Zusammenschlüsse gibt. Der BC versuchte nach 1945 die Wiedergründung an bundesdeutschen Hochschulen, was jedoch mißlang.

Halle

Jüdische Verbindungen und Vereine waren auch an der Universität Halle vertreten, über manche wissen wir kaum etwas, die meisten lassen sich nur sehr rudimentär erfassen. Der älteste Verein ist die im Januar oder Februar 1882 gegründete »Freie Wissenschaftliche Vereinigung«. Sie zeigte blau-rot-silberne Farben und führte den Wahlspruch: »Einigkeit, Recht, Freiheit!«, angelehnt an Heinrich Hoffmann von Fallerslebens (1798–1874) letzte Strophe des »Lieds der Deutschen«, der heutigen deutschen Nationalhymne: »Einigkeit und Recht

und Freiheit für das deutsche Vaterland ...« Vorbild der Gründung war die im Vorjahr entstandene gleichnamige Berliner Vereinigung. Während diese bis zum Sommersemester 1933 bestand, verschwand das Hallesche Pendant zu einem nicht überlieferten Zeitpunkt, wahrscheinlich schon zwei oder drei Semester nach der Gründung.

Die Freie Wissenschaftliche Vereinigung gehörte keinem der genannten Verbände an. Ebenso ist dies um 1900 beim »Verein Jüdischer Akademiker«, der sich 1908/09 in »Bund Jüdischer Akademiker« umbenannte und versuchte, in den BJA aufgenommen zu werden. Seine Mitglieder sollen vor allem »Ostjuden« gewesen sein, die aus den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen stammten. Hinter dieser Entwicklung sollen in erster Linie der BJA Berlin (gegr. 1903) und der BJA Heidelberg (gegr. 1907) gestanden haben, doch ist dies keineswegs sicher. Nach Kriegsausbruch 1914 – nach anderer Angabe bereits 1913 – verschwand der BJA Halle ohne das gesichert wäre, ob er tatsächlich dem BJA-Verband angehörte. Verschiedene Versuche einer Wiedergründung nach 1920 scheinen mißlungen zu sein, obwohl es zumindest 1922/23 einen neuen BJA Halle gegeben zu haben scheint. Die Besonderheit, sich dem Korporationsmodell zu verweigern, scheint für eine gewisse Kontinuität gesorgt zu haben, da vor allem Altakademiker den BJA trugen und er spätestens 1923 keine studentischen Mitglieder hatte – wenn das denn überhaupt nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen sein sollte.

Auch der KJV mit seinen Unterverbänden BJK und KZV vermochte nur schwer bzw. nicht in Halle Fuß zu fassen. Einige Mitglieder der BJK-Verbindung Veda Würzburg

(gegr. 1886) sollen 1903 eine Gründung versucht haben, der jedoch kein Erfolg beschieden war. Nicht einmal der Name schien festzustehen. Angeblich zogen sich die Gründer von ihrem Vorhaben zurück, nachdem Veda ihrerseits noch 1903 aus dem BJK ausgetreten war – sie bestand bis 1933 verbandsfrei weiter – und der BJK ihr die erheblichen Gründungskosten für das Hallesche Unternehmen nicht ersetzen wollte. Entstanden waren sie vor allem für die erste Ausstattung mit Waffen und bei der Vertretung eines »forschen Fechtstandpunkts«, der von Veda, jedoch nicht von der BJK-Mehrheit unterstützt worden war. Nicht zuletzt habe sich die Neugründung durch die »übermäßige Pflege des Biercomments und -trinkens« hervorgetan, was nicht wenig zur Hinterlassung der Schulden beigetragen habe. Die andere Seite bemerkte dazu nur, auch der jüdische Student pflege eine »frohe Geselligkeit, die man ihm nicht übelnehmen könne«. Jedenfalls schwelte der Streit wenigstens noch 1910/11 und scheint alle weiteren Versuche aus dem BJK vereitelt zu haben, sich ein weiteres Mal in Halle zu engagieren. Zwar gab es 1913 und 1914 entsprechende Aufrufe, geschehen scheint jedoch nichts zu sein.

Auch der KZV versuchte sich 1906 vergebens mit der Gründung einer Jordania, deren wesentliche Gründer vor allem von der gleichnamigen, Ende Oktober 1905 gegründeten Münchner KZV-Verbindung kamen. Einigen scheint die Korporation derart wichtig gewesen zu sein, daß sie sich nicht einmal in Halle immatrikulierten, sondern nur »verbindungsshalber« dort weilten. Nach einem Semester waren »ihnen die Mittel ausgegangen«, und da sich die neue Jordania nicht allein zu halten vermochte,

ging sie nach kurzer Zeit wieder ein. Derartige ist keinesfalls selten, die Zahl der mißlungenen Gründungen übertrifft die der gelungenen bei weitem, und dies keineswegs nur im Spektrum jüdischer Verbindungen und Vereine.

Der KJV griff den Versuch 1919 mit einer weiteren Jordania auf, die aber nie Verbandsmitglied geworden ist. Grund war die »Hinneigung zu den bunten Bändern und Mützen und zur Mensur«, die der Verbandsmehrheit mißfiel. In Halle scheinen sich vor allem die Mitglieder aus KJV-Verbindungen engagiert zu haben, die in dieser Hinsicht Ambitionen hatten und im Verband mehr als die unbedingte Satisfaktion und damit das Duell durchsetzen wollten. Die Mensur, das nach bestimmten Regeln ablaufende Fechten zwischen Studenten verschiedener Korporationen, für die im Gegensatz zum Duell kein Ehregrund notwendig ist und bei der es nach eigener Kundgabe Jordantias hauptsächlich auf die Erziehung zu Selbstbeherrschung und Charakterfestigkeit ankam, fand Anklang bei den nachrückenden Studentengenerationen, die sich in dieser Hinsicht immer mehr von den offiziellen KJV-Positionen entfernen. Jordania Halle vertrat die Ansicht, vor allem auf der Mensur würden Selbstbewußtsein, ein starker Wille, Haltung, Zucht, Disziplin, Korrektheit, Sicherheit im Auftreten und Mut gezeigt. Daher komme es vorrangig auf das »gute Stehen« an, das heißt der Forderung, einem Hieb nicht auszuweichen, wenn er nicht mehr pariert werden kann, wobei an der »unbewegte[n] Hinnahe der erreichte Grad der Persönlichkeitsbildung gemessen« werde, die über den engeren Kreis der Korporation hinaus natürlich auch die Qualifizierung für ge-

sellschaftliche Führungspositionen beinhalte. Die Anforderungen stiegen dabei parallel zur Zunahme der Zahl der schlagenden Studenten nach 1880 immer höher. Die Anzahl der Hiebfolgen nahm zu und die Voraussetzungen für den Abbruch der Mensur – die »Abfuhr« auf Grund blutigen Treffers, des »Schmisses« – verschärfen sich. Schließlich hat die Mensur auch einen keinesfalls zu unterschätzenden und immer wieder hervorgehobenen »Erlebnischarakter«. Beurteilt von den im »Mensurenconvent vereinten Bundesbrüdern«, verschafft sie dem Fechter und seiner »Mensurmansschaft« ein gemeinsames Erleben, das den inneren Zusammenhalt verstärkt und nach außen gegen Nichtfechtende abschottet.

Wer so dezidiert wie Jordania für die Mensur eintrat, der war für den KJV natürlich untragbar. Nicht hingegen für KC und BC, die denn auch mehrfach eine »Abwerbung« Jordantias für ihre Verbände versuchten. Gelingen ist dies nicht, da die Mehrzahl der alten KJV-Mitglieder Jordantias sich damit nicht befreunden konnte, KC und BC vielmehr mit ausgesprochener Abneigung begegneten.

Der Burschenbunds-Convent konnte sich nie in Halle etablieren, auch wenn Mitglieder der Berliner BC-Korporationen Brandenburgia (gegr. 1890), Ghibellinia (gegr. 1879) und Neo-Silesia (gegr. 1893) sowie Alsatia Leipzig (gegr. 1893) dies seit den späten 1890er Jahren immer wieder versuchten. Besonders Alsatia tat sich hervor und erwartete entsprechenden Zuspruch, zumal ihr 1919 mit Saxonia Heidelberg und 1924 mit Saxo-Borussia bzw. Prusso-Saxonia Dresden entsprechende Gründungen gelangen. Mehr als ein von studierenden

Von Beginn an stieß Albingia auf Schwierigkeiten: »Halle war kein leichter Boden für eine jüdische Verbindung. Seit jeher studierten dort nur wenige Juden; die Studentenschaft war durchweg antisemitisch, die Bürgerschaft reaktionär, ihnen gegenüber stand eine stark linksradikal gesinnte Arbeiterschaft.« Der Gegner seien folglich viele, der Freunde wenige. Selbst der Leipziger Studentenfarrer Gerhard Kunze (1892–1954), Mitglied von Sängerschaften in Leipzig und Jena, nahm dies zustimmend zur Kenntnis und notierte, ihm scheine die »lutherische Prägung« der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg der wesentliche Grund, warum jüdische Verbindungen dort nur geringe Chancen hätten. Zu Beginn herrschte der Eindruck vor, daß das gemeinsame Kriegserlebnis wenn schon nicht einigend, so doch mildernd auf die Gegensätze wirken würde. Die Gründer Albingias waren wie die meisten Studenten ehemalige Frontkämpfer, ihre Verbindung, der sich im Sommersemester 1919 weitere Hochschüler anschlossen, trat am 3. Mai problemlos dem von allen schlagenden Verbindungen Halles angenommenen Paukcomment, den Fechtregeln, bei. Darin war die Verpflichtung zur gegenseitigen Achtung und Anerkennung der Waffen festgelegt. Doch bereits im Wintersemester 1919/20 verweigerten die meisten der anderen Korporationen Albingia die Satisfaktion.

Die folgenden Semester waren vom dauernden Kampf Albingias um Gleichberechtigung geprägt, »wobei die Universitätsbehörden sich meistens auf die Seite der ›arischen‹ Verbindungen stellten. So sah der Universitätsrichter in einem Passus der Statuten, dem ›Kampf gegen den Antise-

mitismus«, eine Gefährdung des akademischen Friedens.« Er orientierte sich einfach an der Mehrheit und wollte »um des lieben Friedens willen« keinen Streit in der Studentenschaft heraufbeschwören.

Große und umfassende Unterstützung erhielt Albingia hingegen »in der jüdischen Gemeinschaft«, in der Mehrzahl KC-Alte Herren, aber nicht nur. Bereits 1920 gründeten zwölf jüdische Bürger Halles einen »Albingenklub«, dessen einzige Aufgabe die Unterstützung der jungen Verbindung in der Inflationszeit war und ihr die finanziellen Mittel »zur Fortsetzung ihres Kampfes« an die Hand zu geben. »So war es möglich, daß zum 1. Januar 1921 Albingia ein zwar kleines aber eignes [sic] Haus beziehen konnte. Kurze Zeit darauf wurden Fahne und Wichs angeschafft.« Besonders letzteres war wichtig, da es Albingia den Auftritt ihrer drei Amtsträger, der »Chargierten«, im »studentischen Feierkleid« – Barett, »Peke-sche« (Jacke in Verbindungsfarben mit Knebelverschlüssen), Prunkwaffen, »Bux« (weiße Galahose) und »Kanonen« (schwarze Stiefel) – ermöglichte, also so zu erscheinen, wie es eine studentische Verbindung von sich selbst erwartete und es von ihr erwartet wurde.

Neben dem Albingenklub konstituierte sich, nachdem die ersten Albingen ihr Studium abgeschlossen hatten, am 12. Dezember 1920 der Altherrenverband. Er übernahm, »nachdem sich Albingia am 14.12.1924 wegen Leutemangel vertagen mußte, die Tradition und den Zusammenhalt der Bundesbrüder«. Der Altherrenverband bestand noch nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nach dem Verschwinden Albingias von der Universität Ende 1924 gab es keine jüdischen oder paritätischen Verbindungen

oder Vereine mehr in Halle. Das heißt nicht, es habe keine jüdischen Korporierten mehr gegeben, KC und BC waren bis 1933 mit eigenen Stammtischen vertreten, ebenso der KJV. Aber auch in einigen sonstigen Verbindungen Halles gab es Juden, wenn die meisten auch keine aufnahmen: Erwähnenswert sind etwa die Juristen Vater und Sohn Adolf (1855–1919) und Friedrich Weißler (1891–1937). Adolf, Notar und Rechtsanwalt in Halle, ließ sich selbst nie taufen, befaßte sich schriftstellerisch mit dem Zionismus und der Integration der Juden in Deutschland, war Mitgründer des Deutschen Notarvereins und gilt als der Nestor der preußischen Notariatsgeschichte. Er erschöpfte sich am 25. Juni 1919 völlig verzweifelt angesichts der im Versailler Vertrag Deutschland aufgezwungenen Friedensbedingungen. Friedrich, auf Veranlassung seines Vaters bereits als Säugling evangelisch getauft, war Landgerichtsdirektor in Magdeburg, in der Nachfolge seines Vaters Herausgeber des »Preußischen Archivs« und des »Formularbuchs für Freiwillige Gerichtsbarkeit«. 1933 erfolgte die Entlassung aus dem Justizdienst auf Grund seiner Abstammung. Er engagierte sich in der Bekennenden Kirche, 1936 wurde er Leiter ihrer Berliner Kanzlei. Seine Mitarbeit an der Denkschrift der Bekennenden Kirche, in der gegen die NS-Rassenideologie, den Terror gegen Andersdenkende und die Unterdrückung der Kirchen Stellung bezogen wurde, brachte ihm die Verhaftung durch die Gestapo ein, die ihn 1937 ins KZ Sachsenhausen verbrachte. Dort wurde er in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 1937 ermordet. Friedrich Weißler gilt als erster Märtyrer der Bekennenden Kirche, an seinem ehemaligen Wohnhaus in Berlin-Westend

befindet sich heute eine Gedenktafel, ebenso in Sachsenhausen und im Landgericht Magdeburg, dessen Hauptgebäude seinen Namen trägt. Dort und in Berlin wurden Straßen und Plätze nach ihm benannt, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) erinnert in ihrem Namenkalender am 20. Februar an Friedrich Weißler.

Vater und Sohn Weißler gehörten der Sängerverbindung Alsatia Halle an, Friedrich außerdem der Sängerverbindung Makaria Bonn. Als sie 1935 untergingen, gab es längst kein jüdisches oder paritätisches Korporationswesen mehr an deutschen Hochschulen. Es lebte auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder auf.

Literatur:

Kurt U. Bertrams: Der Kartell-Convent und seine Verbindungen, Hilden 2008

Kurt U[rich] Bertrams: Paritätische [Studenten-]Verbindungen und Verbände, Hilden 2011

Manfred Gailus: Friedrich Weißler. Ein Jurist und bekennender Christ im Widerstand gegen Hitler, Göttingen 2017

Wolf-George Harms: Adolf Weißler. Rechtsanwalt – Notar – Justizrat (1855–1919), Bonn 2017

Harald Lönnecker: »Demut und Stolz, ... Glaube und Kampfesinn«. Die konfessionell gebundenen Studentenverbindungen – protestantische, katholische, jüdische, in: Schwinges, Rainer Christoph (Hrsg.): Universität, Religion und Kirchen (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 11), Basel 2011, S. 479–540

Monika Richarz: Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678–1848 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 28), Tübingen 1974

Miriam Rürup: Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, 33), Göttingen 2008

Meine Begegnung mit der Bildhauerin Grete Budde

Eine unbekannte jüdische Künstlerin

Dr. Elke Stolze

Es ist schon einige Jahre her, als ich erstmals auf die Bildhauerin Margarete (genannt Grete) Budde aufmerksam wurde. Im Zuge meiner Recherchen zum Thema Frauenstudium und akademische Karrieren von Frauen an der Universität Halle bin ich auf Betty Heimann gestoßen. Natürlich hat mich zunächst deren Lebensweg und Lebensentwurf interessiert. So führte mein Weg auch in das Universitätsarchiv, wo ich zu meiner Freude eine Abbildung von der Büste der Indologin Fräulein Dr. Betty Heimann (1888–1961) fand. Auf der Rückseite des Fotos entdeckte ich den Hinweis, dass die Abbildung das farbige Gipsmodell der Büste zeigt, welches Grete Budde 1933 angefertigt hatte. Da mein vordergründiges Interesse der Indologin Dr. Betty Heimann galt, schenkte ich zunächst ihr meine Aufmerksamkeit. Ungeachtet dessen wollte ich aber auch wissen, welche Verbindung zwischen beiden Frauen bestand. Wie sich später zeigen sollte, stammen beide Frauen aus jüdischen Familien.

Betty Heimann kam 1923 nach Halle, um hier ihre akademischen Studien an der Universität fortzusetzen. Sie wurde in Hamburg

als Tochter des Bankiers Isaak Heimann und seiner Ehefrau Margarethe (geborene Levy aus Magdeburg) geboren. Zunächst Dozentin wurde Betty Heimann 1931 als erste Frau zur außerordentlichen Professorin an der Universität Halle-Wittenberg berufen.

In der Saalestadt angekommen, zog sie als Untermieterin in der 1. Etage des Hauses Martinsberg 4 ein. Hier lernte sie auch die Familie des Privatdozenten Dr. med. Werner Budde kennen, die in der zweiten Etage des Hauses wohnte. Grete und Werner Budde waren nur wenige Jahre älter und wohnten seit 1913 in Halle. In ihrem geselligen und offenen Haus fand auch die Hamburger Bankierstochter Aufnahme. Zu dem großen Bekannten- und Freundeskreis der Eheleute gehörten zahlreiche Wissenschaftler, Mediziner, Künstler und deren Familien, die sich gern zur sonntäglichen Hausmusik bei der musikalischen Familie einfanden. Werner Budde war als virtuoser Cellist bekannt, die Töchter Johanna (geb. 1913) und Marie-Sybille (geb. 1918) spielten Flöte und Geige, Grete Budde und Sohn Hans-Joachim (geb. 1915) beeindruckten mit ihrem Klavierspiel. Die drei

Kinder – damals fünf, acht und zehn Jahre alt – schlossen die neue Hausbewohnerin schnell ins Herz. So erinnerte sich später die Älteste, dass Betty Heimann, wenn es ihre Zeit erlaubte, ausgiebig mit ihnen spielte, die kleinen Feste und Feiern der Kinder mitgestaltete und ebenso gut wie interessant erzählen konnte. Ja, sie habe sogar über das Telefon interessante historische Vorträge gehalten. Die Budde-Kinder wuchsen in einem offenen, humanistischen und sehr musikalischen Elternhaus auf. Ihre Eltern haben ihnen eine Ausbildung ermöglicht und somit allen die Chance für ein selbstbestimmtes Leben geboten.

Zu der geräumigen Wohnung der Buddes am Martinsberg gehörten neben einem kleinen Sprechzimmer des Vaters, ein Musikzimmer und das Atelier der Mutter. Die am 4. Februar 1883 in Luckenwalde geborene Margarete war die einzige Tochter des Stadtrates und jüdischen Hutfabrikanten Carl Goldschmidt und seiner Ehefrau Marie, geborene Heymann. Grete, wie sie von

allen genannt wurde, hatte noch drei Brüder – den zwei Jahre älteren Bruder Hans (1881–1912), den zwei Jahre jüngeren Bruder Paul (1885–1887) und den sieben Jahre jüngeren Bruder Heinrich (1890–1950). Allen gemeinsam war ihre Musikalität. Während ihr Vater als sehr feinsinnig und als höchst musikalisch erinnert wird, hat sich das Wesen der Mutter als sehr temperamentvoll eingepägt. Die vier Geschwister sind in einem offenen und gastfreundlichen Haus aufgewachsen. Der ältere Bruder Hans studierte Medizin und praktizierte später u. a. am Virchow-Krankenhaus in Berlin. Hier steckte er sich bei einem Patienten an und ist an den Folgen einer Scharlacherkrankung mit nur 31 Jahren verstorben. Der jüngste Bruder Heinrich hat nach dem Tod des Vaters 1911 die elterliche Hutfabrik in Luckenwalde übernommen, die er später infolge der zunehmend schwierigen Wirtschaftslage liquidieren musste. Seine Wege führten ihn nach Stuttgart, wo er bis zu seinem Tod als Kaufmann wirkte. Seine Töchter Helga, Jutta und Karen erhielten eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule in Stuttgart.

Grete Goldschmidt modellierte gern. Sie schulte ihr Talent bei Fritz Klimsch und Max Kruse in Berlin, wo sie auch die Puppenmacherin Käthe Kruse kennenlernte. Außerdem nahm sie Unterricht bei Ulfert Jannsen in München. Ein Studienaufenthalt führte die Achtundzwanzigjährige Grete 1911/12 nach Paris zu Auguste Rodin, dessen »Handschrift« die junge Künstlerin stark beeinflusst hat.

Zeitlebens als freiberufliche Künstlerin tätig, machte sich Grete Budde als Bildhauerin einen Namen. Ihre Kunstwerke strahlen eine besondere Lebendigkeit aus. Nicht selten

Paul Fridolin Kehr

Grete Budde, 1930

Bronze, gegossen, 210,25 g, Dm. 112 mm



fand sie ihre Modelle in dem großen Bekannten- und Freundeskreis, zu dem zahlreiche Universitätsangehörige, deren Frauen und Kinder gehörten, aber auch in der eigenen Familie. So hat sie bereits um 1910 ihren Vater Carl Goldschmidt, später ihre Töchter Johanna (1914/1915) und Marie-Sibylle und deren Ehemann Carl Cornelius Laubenthal sowie Gudrun von Ubisch (eine angeheiratete Cousine) portraitiert. Auch von ihren Schwiegereltern Prof. Dr. Emil Arnold Budde und Ehefrau Ida Marie sind Kleinplastiken überliefert. Zu den Schätzen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zählen heute auch zwei Portraitbüsten ihres Ehemannes, des Chirurgen Werner Budde aus den Jahren 1926 und 1948.

Die Bildhauerin Grete Budde schuf zahlreiche Büsten bedeutender Gelehrter, darunter befinden sich der Professor für Anatomie und Physiologie der Haussäuger Dr. Rudolf Disselhorst, der Historiker Prof. Dr. Paul F. Kehr, der Philosoph, Psychologe und Kunsttheoretiker Prof. Dr. Emil Utitz, der Theologe Prof. Dr. Julius Schniewind, der Mediziner Prof. Dr. Emil Abderhalden oder auch der Agrarwissenschaftler Prof. Dr. Theodor Roemer sowie verschiedene Vertreter des öffentlichen Lebens. Einige ihrer Portraitbüsten fanden in den Universitäten Halle, Berlin und Rom Aufstellung. Persönliche und berufliche Verbindungen zur Kunstgewerbeschule wirkten sicher auch inspirierend für ihre künstlerische Entwicklung. Möglicherweise war sie in die kreativen Prozesse zur Gestaltung von Handpuppen einbezogen, die Gustav Weidanz mit Schülerinnen der Kunstgewerbeschule umsetzte. Vielleicht war es auch Käthe Kruse, die Grete Budde veranlasste, sich der Darstellung von Kindern mit besonderer Hin-

gabe zu widmen. Wenige Monate nach der Geburt modellierte sie 1914/1915 wiederholt den Kopf ihrer ältesten Tochter Johanna.

Es ist zu vermuten, dass ihre guten Kontakte zu den Meisterinnen und Meistern der Burg Giebichenstein wie Paul Thiersch und Lilli Schulz, es der Künstlerin selbst unter schwierigsten Bedingungen ermöglichten zu arbeiten.

Es ist das besondere Verdienst von Grete Budde, eines der seltenen bildhaften Zeugnisse nicht nur der ersten Dozentin der Universität Halle, sondern zugleich deren erster außerordentlicher Professorin, Betty Heimann, geschaffen zu haben. Als diese Freundin Gretes im Juni 1931 von ihrer Auszeichnung mit dem Forschungspreis der International Federation United Woman für ihre im Vorjahr in Tübingen veröffentlichten »Studien zur Eigenart des indischen Denkens« erfuhr, konnte sie mit dem Preisgeld endlich ihre wissenschaftliche Studienreise nach Indien verwirklichen. Aus Indien zurückgekehrt, beantragte die Indologin für das Sommersemester 1933 eine Vortragsreise nach England. Sie wollte sich dort für die Auszeichnung bedanken und über die Ergebnisse ihrer Studienreise berichten.

Während dieser Reise erhielt Betty Heimann die Nachricht vom Entzug der Lehrbefugnis auf der Grundlage des §3 (sogeannter Nichtarierparagraph) des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums. Daraufhin kehrte Fräulein Prof. Dr. Betty Heimann nicht mehr nach Deutschland zurück. Von London aus bat sie das befreundete Ehepaar Budde, das inzwischen in der Händelstraße 15 wohnte, in Halle ihre Rechte wahrzunehmen. Diese Aufgabe, die auch die Betreuung und Auflösung ihrer Wohnung im Mühlweg 3 be-



Betty Heimann, 1888–1961
Grete Budde, 1933
Gips, getönt

traf, erfüllte Werner Budde. Er war seit 1925 nichtbeamteter außerordentlicher Professor der Universität Halle und hatte im Februar 1926 im St. Barbara-Krankenhaus die Leitung der Chirurgie übernommen. Ihm selbst entzogen die halleschen Universitätsbehörden im Sommer 1937 wegen der Ehe »... mit einer nichtarischen Frau« die Lehrbefugnis. Es ist anzunehmen, dass seine Tätigkeit im St. Barbara-Krankenhaus einen gewissen Schutz für Grete Budde darstellte. Vielleicht hat sie auch das Freundesnetz vor einer Deportation bewahrt. Beide Frauen – Grete Budde und Betty Heimann – verband neben ihrer Freundschaft auch die jüdische Religion. Beide überlebten den Holocaust – die eine in Deutschland, die andere in der Ferne. Gleichwohl ihre Lebenswege und Schicksale miteinander verbunden sind, stehen sie doch jede für sich.

Als im Frühjahr 1946 die erste Kunstausstellung der Provinz Sachsen im Städtischen Museum in der Moritzburg Halle eröffnet wurde, war die Bildhauerin Grete Budde mit vier Kunstwerken beteiligt. Soweit bekannt, stellte sie 1957 letztmalig in einem solchen Rahmen aus.

Während bis heute der Chirurg Prof. Dr. Werner Budde (1886–1960) in der öffentlichen Wahrnehmung einen Platz hat, scheint seine Ehefrau, die Bildhauerin Grete Budde (1883–1967) vergessen. Beide haben ihre letzte Ruhe auf dem Laurentiusfriedhof in Halle gefunden. Die Spuren der Bildhauerin Grete Budde, geb. Goldschmidt, verblassen. Es ist längst an der Zeit, diesen Prozess aufzuhalten.

Literatur:

Gisela Licht/Elke Stolze: Weiblicher Lebensanspruch, in: Frauenleben – Frauenalltag – gestern und heute, Courage e. V. Halle (Hg.), Halle 1996

Almuth Schuttwolf: Hallesche Plastik im 20. Jahrhundert, Phil. Diss., Halle 1981

Ernst Grünfeld

Lügen zerstören eine Leuchte der Genossenschaftsforschung

Prof. Dr. Reinhold Sackmann

Im September 1932 hatte Ernst Grünfeld (1883–1938) mit 49 Jahren den Gipfel einer eindrucksvollen wissenschaftlichen Karriere erreicht: Drei Jahre davor war er an der Universität Halle zum deutschlandweit ersten Professor für Genossenschaftswesen ernannt worden. Für ihn hatte sich endlich das Risiko ausgezahlt, dass er 1919 einen Ruf an die Universität Kiel abgelehnt hatte und stattdessen an der Universität Halle einen unsicheren Lehrauftrag für Genossenschaftswesen angenommen hatte. Kontinuierlich hatte er in den 1920er Jahren seine Energien in den Aufbau eines der weltweit ersten wissenschaftlichen Institute für Genossenschaftswesen gesteckt und zunehmend internationales Ansehen erworben. Jetzt kann er endlich die Früchte seiner wissenschaftlichen Arbeit ernten und er hat die Möglichkeit seinen sechs Büchern weitere Schriften hinzuzufügen. Auch die Kollegen seiner Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät schätzen ihn und hatten ihn im Jahr davor, 1931, zum De-

kan gewählt. Das war nicht immer so. In der aus Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern zusammengesetzten Fakultät gelten die vier Wirtschaftswissenschaftler, zu denen Grünfeld zählt, als Freunde der Weimarer Republik. Sein wirtschaftswissenschaftlicher Kollege Aubin übt zu dieser Zeit das Amt des Rektors aus und wird von den damals schon mehrheitlich national-



Ernst Grünfeld, um 1920

sozialistischen Studierenden hart attackiert, ebenso wie von vielen konservativen Professoren. Die Juristen seiner Fakultät hatten noch Anfang der 1920er Jahre versucht, Grünfelds Anstellung mit fadenscheinigen Argumenten zu hintertreiben. Große Teile der Universität Halle waren in den 1920er Jahren der neuen Demokratie gegenüber feindselig eingestellt und wollten das untergegangene Kaiserreich wieder zurückhaben.

Privat ist 1932 ebenfalls eine glückliche Zeit. Zusammen mit seiner schönen Frau, der Schauspielerin Valerie Grünfeld, die er 1918 geheiratet hat, hatten sie 1931 erreicht, die kinderlose Ehe durch die Adoption der Tochter Irene zu einer Familie zu erweitern.

Ein Jahr später, im September 1933, ist alles anders: Ernst Grünfeld ist mit 50 Jahren arbeitslos. Der gesamte wirtschaftswissenschaftliche Bereich ist staatlicher Repression ausgesetzt. Sein Kollege Friedrich Hertz ist nach Wien geflüchtet, weil ihm die Nazi-Presse einen Mordanschlag anhängen wollte. Prorektor Gustav Aubin wurde 1933 beurlaubt und wird 1934 nach Göttingen versetzt.

Wie wurde die Karriere von Ernst Grünfeld beendet? Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz befindet sich ein Dokument, das Täter zeigt. Dokumente helfen Strukturen wie »dem Nationalsozialismus« ein Gesicht zu geben, denn es waren auch individuelle Menschen, die mit ihrer Habgier, ihrem Neid und ihren Vorurteilen »jüdisches« Leben in Halle vor 88 Jahren zerstört haben.

Der Student der Rechtswissenschaft Heinz Schimmerohn, zu dieser Zeit Führer der Studentenschaft der Universität Halle, listet in seinem Schreiben vom Mai 1933 drei Profes-

soren auf, die boykottiert werden sollen. Einer davon ist Ernst Grünfeld. Die Begründung für den Boykottaufruf wird so gegeben: »Juristische Fakultät. Jude, Marxist, der Fakultät oktroyiert. Kein Verständnis von Deutschtum. Setzte nationale Belange stets herab. Im Fall Dehn auf Seiten von diesem« (Drost 2013: 144). Dieses Schreiben ist interessant, weil es an den Führer der Deutschen Studentenschaft Krüger gerichtet ist, der den Boykottaufruf unterstützt, und wiederum in einem Schreiben an das Preußische Kultusministerium ankündigt, dass er telefonisch noch einmal nachfragen wolle, ob vom Ministerium »schon Schritte unternommen worden sind« (ebd.: 142). Die geplanten Mobbing-Aktionen der Studierenden sollten also nicht nur die davon betroffenen Professoren einschüchtern, sondern sie forderten auch vom nationalsozialistischen Staat weitergehende Terror-Maßnahmen.

Die aus vier Punkten bestehende Kurzcharakteristik, die Schimmerohn von Grünfeld in den ersten zwei Sätzen seines Schreibens macht, besteht aus vier perfiden Unwahrheiten: a) »Juristische Fakultät«. Grünfeld ist im Jahr 1933 noch Dekan der »Staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultät«. Die gewaltsame Beseitigung der wirtschaftswissenschaftlichen Professuren wird im Schreiben schon vorweggenommen. b) »Marxist«. Grünfeld ist Liberaler, der als früheres Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei für die Deutsche Staatspartei in der Stadtverordnung Halles saß. Nur für die anlaufende Terrormaschine, die 1933 hunderttausende Deutsche in Konzentrationslager schickt, sind politische Gegner der Nationalsozialisten pauschal Marxisten. c) »der Fakultät oktroyiert«.

Grünfeld ist 1933 noch gewählter Dekan der Fakultät. Nur im Verständnis konservativer Professoren sind viele der in der Weimarer Republik vom sozialdemokratischen preußischen Kultusministerium ernannte Professoren zu Unrecht berufen worden. d) »Jude«. Grünfeld gehört von Geburt der katholischen Glaubensgemeinschaft an und war nach einem Übertritt in den 1920er Jahren 1933 Mitglied der evangelischen Kirche. Nur im nationalsozialistischen Verständnis, das die »Rassengesetzgebung« und die spätere Tötungsmaschinerie verwenden wird, sind Menschen, die wie Grünfeld einen bei der Geburt noch jüdischen Vater haben, qua Vererbung Juden. Grünfeld selbst sieht sich, wie viele Nachkommen der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Mitteleuropa zu dieser Zeit nicht als Jude. Er trifft aber auf Teile der Gesellschaft, die gleiche Bürgerrechte für alle Deutsche unabhängig von ihrer Herkunft ablehnen.

Diese im Schreiben Schimmerohns geäußerten vier Unwahrheiten zeigen ein Motiv an und erfüllen zugleich eine Funktion, die höchst bedeutungsvoll für das Leben von Ernst Grünfeld werden wird: Während in der ersten Unwahrheit, das egoistische Motiv von Schimmerohn durchschimmert, mehr Chancen für Juristen zu erhalten, indem man die Wirtschaftswissenschaften zerschlägt, bieten die drei anderen perfiden Anschuldigungen Scheingründe, um Grünfeld zu entlassen.

Das Kultusministerium folgte dem Ansinnen der verleumdenden Studierenden im September 1933 und entließ Grünfeld, weil er aufgrund seiner politischen Betätigung nicht mehr Gewähr dafür bietet, »jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat« ein-

zutreten, wie es in dem entsprechenden Gesetz der Nationalsozialisten heißt. Die wissenschaftliche Karriere von Ernst Grünfeld ist mit 50 Jahren jäh beendet worden. Mit ihm entlassen die Nationalsozialisten 16% aller Professoren an deutschen Universitäten. Die deutsche Wissenschaft, die vor dem Ersten Weltkrieg noch führend in der Welt war, wird von den Nationalsozialisten mit der Entlassung von hunderten Spitzenforschern nachhaltig geschädigt, viele vertriebene Nobelpreisträger wie z. B. Albert Einstein verhalfen dem amerikanischen Wissenschaftssystem, die Vorherrschaft zu übernehmen. An der Universität Halle wurden zum Beispiel renommierte Professoren wie Grünfeld durch den Leiter des städtischen Statistikamtes ersetzt, der sich sicher über die Beförderung zum wirtschaftswissenschaftlichen Professor gefreut haben wird.

Nach der beruflichen Demütigung für Ernst Grünfeld kam die private. Nachdem seine Versuche, eine neue Anstellung zu finden, erfolglos blieben, das wissenschaftliche Exil fast nur Chancen für junge Nachwuchswissenschaftler bot, und seine Hoffnungen nach einem schnellen Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sich nicht erfüllen, kam im Mai 1938 die private Katastrophe: Im Mai 1938 erhielten Ernst und Valerie Grünfeld die Nachricht, dass ihnen aufgrund der jüdischen Abstammung von Ernst Grünfeld das Sorgerecht für die achtjährige »arische« Tochter Irene entzogen werden soll. Am 10. Mai 1938 hängt sich Ernst Grünfeld.

Für den Nationalsozialisten Heinz Schimmerohn dagegen hilft das Unrechtsregime auch seinem Privatleben. Am 14. Oktober 1939 zeigt Heinz Schimmerohn seine Ver-

mählung mit Ilse Schimmerohn an. Er war inzwischen Doktor der Rechtswissenschaften und SS-Obersturmführer. Das Ehepaar residierte in der Lafontaine-Str. 23. Marie führt, geb. Amann, wohnte vorher in dem noch heute existierenden schönen Haus. Wie Ernst Grünfeld war sie Mitglied der evangelischen Kirche, wurde aber dennoch aufgrund der »Rassengesetze« der Nazis als Jüdin klassifiziert und musste deshalb ihre Wohnung verlassen und in das »Judenhaus« (Harz 48) umziehen. Am 3.6.1942 wurde sie in Sobibor mit Gas ermordet. Heinz Schimmerohn konnte nach dem Zweiten Weltkrieg als Jurist nach Hannover umziehen und war später Bezirksvorsitzender der NPD.

Werk Ernst Grünfelds

Allzu oft hat die Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten nicht nur Millionen Menschen vernichtet, sie hat auch viele Spuren von als jüdisch klassifizierten Menschen in Deutschland verwischt. Bei Wissenschaftlern wie Ernst Grünfeld haben wir das Glück, dass viele seiner Schriften erhalten geblieben sind. Auch sein Lebensweg ist spannend, weil er exemplarisch für Aufstieg und Fall der Universität Halle in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ist.

Ernst Grünfeld wurde 1883 in Brünn geboren, das damals zu Österreich-Ungarn gehört. Er studierte ein Semester in Wien Agrarwissenschaft und hörte in dieser Zeit vom ausgezeichneten Ruf der Universität Halle. Er wechselte deshalb an die Universität Halle und beendete sein Studium der Volkswirtschaft und Staatswissenschaften 1906 mit einem Diplom. 1908 erwarb er mit seiner Schrift »Die Gesellschaftslehre von

Lorenz von Stein« den Dokortitel. Dieses bis heute gelesene Werk begründete die systematische Forschung zum wissenschaftlichen Werk des »Vaters der deutschen Sozialpolitik« des 19. Jahrhunderts. Ende des neunzehnten Jahrhunderts erfuhr die Universität Halle insbesondere durch die Agrarwirtschaftswissenschaften und Staatswissenschaften einen Aufschwung, der sie zum Ziel für viele internationale Studierende wie Grünfeld machte. Die Professoren Johannes Conrad und Heinrich Wentig hatten Kontakte u. a. nach Japan geknüpft, auf deren Spuren Ernst Grünfeld 1910 eine Stelle im Ostasiatischen Wirtschaftsarchiv der Südmandschurischen Bahn AG übernehmen konnte. Seine Zeit in Ostasien nutzte er nicht nur zum Erlernen dortiger Sprachen, sondern auch zum Schreiben von zwei Büchern. Mit seiner Habilitationsschrift »Die Hafenkolonien in China« erwarb er an der Universität Halle 1913 die Lehrbefugnis.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbricht für Grünfeld 1914 seine wissenschaftlichen Aktivitäten. Er wurde als Reserveoffizier von der österreichischen Armee eingezogen. Er kämpfte an der Front, wurde zum Rittmeister befördert und erhielt 1916 mit dem Franz-Joseph-Orden eine der höchsten Auszeichnungen des österreichischen Militärs. Nach Zwischenstationen im österreichischen Kriegsministerium und dem Berliner Reichsministerium des Inneren kehrte er 1920 an die Universität Halle zurück und widmete sich seinen Studien zum Genossenschaftswesen. Mit seinen Buchreihen und insbesondere seinen Büchern »Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet« (1928) und »Genossenschaftswe-



Straßenschild in Halle

sen – seine Geschichte, volkswirtschaftliche Bedeutung und Betriebswirtschaftslehre« (zusammen mit K. Hildebrandt 1929) begründete er seinen Ruhm als einem der führenden Genossenschaftsforscher seiner Zeit. Letzteres Buch wurde 2016 wieder veröffentlicht.

Nach seiner politisch motivierten Entlassung aus dem Professorenamt 1933 begann Ernst Grünfeld ein ganz besonderes Buch, das erst nach seinem Tod 1939 unter dem Titel »Die Peripheren« veröffentlicht wurde. In diesem Buch greift er ein soziologisches Thema der Bedeutung von Fremden, Gästen und Randständigen einer Gesellschaft auf und zeigt, dass diese Personen-

gruppe häufig Neuerungen entwickelt. Diese Innovationen erweisen sich als äußerst nützlich auch für die Aufnahmegeellschaft, weil in ihnen verschiedene Elemente verknüpft werden können. Dieses Buch kombiniert analytische Klarheit mit einem auch aus eigener Erfahrung rührenden Verständnis von verschiedenen Formen des Fremdseins in der Gesellschaft, sei es als Migrant, als Minderheit oder als Person zwischen Gesellschaften. Es ist zugleich ein Liebeszeichen, da Ernst Grünfeld es seiner Frau Valerie widmete, die wiederum nach seinem Tod weder Kosten noch Risiken scheute, das Buchmanuskript aus dem nationalsozialistischen Deutschland

zu schmuggeln und in deutscher Sprache, kurz vor der deutschen Invasion in den Niederlanden, in einem kleinen Verlag zu veröffentlichen. Auch dieses Buch wurde 2015 wieder veröffentlicht.

Was bleibt?

Die Verfolgungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten hat in der Regel dazu geführt, dass Kontinuitäten über lange Zeit unterbrochen und Spuren verwischt wurden. Für sozialwissenschaftlich orientierte Wirtschaftswissenschaftler wie Ernst Grünfeld gilt dies in besonderem Sinn, da diese Richtung nicht nur von den Nationalsozialisten weitgehend zerschlagen wurde, sondern auch in der kommunistischen DDR nicht wiederbelebt wurde. Die Teilung Deutschlands verstärkte diesen Effekt, da Traditionen ostdeutscher Universitäten selten in westdeutschen Universitäten gepflegt wurden, die sich stattdessen lieber neuen anglo-amerikanischen Entwicklungen anpassen wollten. Erst nach der friedlichen Revolution, der Wiedervereinigung und der Bewältigung drängender Transformationsprozesse setzte eine Wiederbeschäftigung mit dem verlorenen Erbe der Weimarer Republik in Ostdeutschland ein.

Ernst Grünfeld ist diesbezüglich ein gutes Beispiel sowohl für erzwungenes Vergessen und gleichzeitig für eine verdiente Wiederentdeckung. Am Beispiel der mehrfachen Entdeckung des spannenden Buches »Die Peripheren« kann man zeigen, dass viele prominente Leser, die von der Qualität des Buches beeindruckt waren, weder wussten, wer der Autor ist, noch welchem institutionellen Kontext er entstammt (Sackmann 2015). Da man nichts

mehr über den Autor wusste, fantasierte man sich eine zum Buch passende Biografie zusammen.

Inzwischen ist dies anders, gerade auch in Halle. Ernst Grünfeld wurde eine Straße am Weinberg-Campus gewidmet mit einem erläuternden Schild. Ein neu entstandenes interdisziplinäres Institut für Genossenschaftsforschung hat ihm eine Tagung und ein Buch gewidmet (Brockmeier/Kluth 2019). Seine soziologischen Schriften wurden im Institut für Soziologie kommentiert wieder veröffentlicht. Und auch die Universität Halle hat vielen ihrer von den Nationalsozialisten vertriebenen Professoren einen spannenden Porträtband gewidmet. Es spricht für die Qualität des Werks von Ernst Grünfeld, dass die Wiederbeschäftigung mit seinen Schriften trotz der langen Vergessensperiode immer noch aktuell anregend ist und nicht nur eine erinnerungspolitische Pflichtübung darstellt.

Literaturhinweise:

Thomas Brockmeier / Winfried Kluth (Hrsg.): Ernst Grünfeld – ein Pionier der Genossenschaftsforschung. Halle (Saale) 2019

Yvonne Drost: Ernst Grünfeld, in: Friedemann Stengel (Hrsg.): Ausgeschlossen. Zum Gedenken an die 1933–1945 entlassenen Hochschullehrer der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle (Saale) 2013, S. 133–146

Ernst Grünfeld: Die Peripheren. Ein Kapitel Soziologie. Halle (Saale) 2015

Reinhold Sackmann: Nachwort. Ernst Grünfeld, Entstehung und Wirkung seines Buches »Die Peripheren«, in: Grünfeld, Ernst: Die Peripheren. Halle (Saale) 2015, S. 105–121

Geraubt und als Zeugen bewahrt.

Die Geschichte von Silbergegenständen aus
ehemals jüdischem Besitz im Kunstmuseum
Moritzburg Halle (Saale)

Ulf Dräger

Im Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) und im Stadtmuseum Halle (Saale) sind Goldschmiedearbeiten ausgestellt, die die dramatische Geschichte der Verfolgung und der staatlichen gesteuerten Enteignung von jüdischen Hallensern in der Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft dokumentieren.

Nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 erließen die Nationalsozialisten ab 3. Dezember 1938 verschiedene Verordnungen, mit denen die Diskriminierung, Verfolgung und Entrechtung der jüdischen Bürger systematisch vorangetrieben und staatlich legitimiert wurden. Die »Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens« sowie die im Januar 1939 folgende Durchführungsverordnung zwang alle Juden, ihren gesamten Besitz an Wertgegenständen aus Edelmetall, aus Silber und Gold, in Pfandleihhäusern ohne adäquate Entschädigung abzuliefern. Diese Gegenstände wurden zugunsten des Staates verwertet oder eingeschmolzen. Zum reinen Metallwert erwarb auch die Stadt Halle aus dem sogenannten »Restbestand des Juden-silbers«, wie es die Kassenakten bezeichne-

ten, im Jahr 1940 ein Konvolut kulturhistorisch wertvoller Goldschmiedearbeiten aus dem 17. bis 19. Jahrhundert in ihrem Leihamt. Ob hierbei einer der berufenen Sachverständigen für die Verwertung von Schmuck und Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz in der Provinz Sachsen involviert war oder den Impuls zum Erwerb gab, lässt sich nicht mehr nachweisen.

Die günstige Gelegenheit zur Erweiterung und Entwicklung des Bestandes mit wertvollen Werken der Goldschmiedekunst war sicherlich die Hauptmotivation für den damaligen Erwerb durch das Museum. Aus dem Konvolut von ursprünglich 24 Objekten ragen insbesondere der in Liegnitz (Schlesien) gefertigte Jungfern- oder Brautbecher und der in Nürnberg gearbeitete Römer, beide aus dem späten 17. Jahrhundert, heraus. Sie sind bedeutende Zeugnisse der deutschen Trinkkultur aus Renaissance und Barock. Der elegante und fein verzierte Römer vermittelt den Kunstsinn und Wohlstand seines Besitzers genauso wie den besonderen Genuss des Weines aus dem silbernen Gefäß. Diese Becherform ist bis heute beliebt.

Das Doppelgefäß, der Jungfern- oder Brautbecher, besteht aus einem gestürzten großen Trichter in Form eines langen Rocks, der von einer vollplastisch geformten Braut mit erhobenen Armen bekrönt ist. Sie hält in ihren Händen ein beweglich montiertes kleines schalenartiges Gefäß. Wird die Figur kopfüber gehalten, kann aus beiden Bechern gleichzeitig getrunken werden. Gemeinsam hatte das Brautpaar ohne Verlust des Getränks und sicherlich mit Verrenkungen die beiden Becher zu leeren. Dieser Hochzeitsbrauch wurde bis weit in das 19. Jahrhundert als Sinnbild der nur gemeinsam zu bewältigenden Herausforderungen lebendig gepflegt. Den finanziellen Wert des Bechers fixierte das städtische Leihamt im Jahr 1940 mit einer Summe von sechs Reichsmark.

Zum Konvolut gehören auch reich mit Tieren, Blüten und Pflanzen verzierte Gebäckzangen, ein Vorlege- oder Zierlöffel mit einem Stiel in Form einer plastisch gearbeiteten Mädchenfigur in »altdeutscher Tracht« aus dem 19. Jahrhundert. Eine silberne Dose mit Darstellung eines Pfau im Boden und exotischer Tänzerinnen stammt aus Birma, eine achteckige mit Edelsteinbesatz verzierte Gewürzdose aus Indien. Diese beiden Gefäße sind vermutlich Andenken an eine Weltreise nach Asien.

Außerordentlich bemerkenswert ist jedoch der damalige Erwerb von drei jüdischen Besamim-, Gewürz- oder Turmbüchsen. Sie dienten dem privaten rituellen Gebrauch zur Schabbatfeier. Die aus punzierten Silberblechen aufgebauten turmartigen Gefäße nahmen wohlriechende Gewürze für die Hawdalazeremonie auf. Deren Geruch soll am Ende des Schabbat am Samstagabend Kraft für die kommende Woche geben. Gott



Unbekannter Goldschmied, Liegnitz (Schlesien)
Jungfern- oder Brautbecher, um 1690

Silber, getriebene, gegossene, montierte, H. 18,5 cm
Dauerleihgabe der Conference on Jewish Material Claims against Germany (JCC), 2017 restituierter, 1940 erworben aus dem Leihamt der Stadt Halle (Saale) aus einem Konvolut von Zwangsabgaben jüdischer Bürger



wird zudem mit einem starken Turm verglichen und als Turm der Erlösung gepriesen, was die traditionelle Formgebung erklärt. Bei den drei Besamimbüchsen handelt es sich um Arbeiten aus dem späten 18. oder frühen 19. Jahrhundert. Nur eine der Büchsen ist mit einer damals üblichen Goldschmiedemarke gekennzeichnet. Die beiden anderen sind nicht aus normiertem und geprüftem Material von einem Meister gefertigt. Ihre Einfachheit belegt den geringen Wohlstand der frühen jüdischen Familien in Halle. Ihr langer, über mehrere Generationen reichender Gebrauch verdeutlicht auch das ausgeprägte Bewusstsein für die familiären Traditionen am Festtagstisch. Über die Gründe für die Bewahrung der speziellen rituellen jüdischen Gefäße lässt sich nur spekulieren. Die Umstände sind erstaunlich. Das Museum erwarb bewusst Zeugnisse einer Kultur, die die Nationalsozialisten vollständig vernichten wollten. Die Motivation könnte in der Bewahrung dieses speziellen Gefäßstyps und der Erinnerung an den Gebrauch liegen. Das halesche Museum wurde zum Zeitpunkt des Erwerbs von Robert Scholz geleitet, einem der führenden nationalsozialistischen Rassenideologen und Mitarbeiter des einflussreichen Antisemiten Alfred Rosenberg, der als Einsatzleiter mit seinem Sonderstab die Rauborganisation der NSDAP aufbaute und leitete. Möglicherweise stand der Ankauf im Zusammenhang mit dem damaligen Insti-

Unbekannter Goldschmied, deutsch

Besamimbüchsen, um 1790

Silber, montiert, punziert, graviert, H. 15–24 cm

Dauerleihgaben der Conference on Jewish Material

Claims against Germany (JCC), 2017 restituiert; 1940

erworben aus dem Leihamt der Stadt Halle (Saale),

einem Konvolut von Zwangsabgaben jüdischer Bürger

tut für Religionsgeschichte, eines von elf Instituten der sogenannten Hohen Schule der NSDAP, was Schauräume in der Moritzburg konzipierte und von den Nazis als Eliteuniversität für ihre Rassendoktrin gedacht war. Es ist nicht auszuschließen, dass diese jüdischen Gefäße dort mit diffamierender Absicht die Geschichte des Judentums veranschaulichen sollten, vermutete die Kunsthistorikerin und Provenienzforscherin Susanne Köller.

Die Gefäße und Gegenstände aus diesem Konvolut wurden seit den 1960er Jahren im Museum kontinuierlich in einer Auswahl präsentiert und mehrfach publiziert. Jedoch erst in der Mitte der 1990er Jahre wurde die tatsächliche Herkunft dieser Werke erkannt und 1997 veröffentlicht. Trotz umfangreicher Recherchen blieb eine Ermittlung der ehemaligen Eigentümer bis heute ergebnislos. Das damalige »Leihamt der Stadt Halle« wurde im Jahr 1943 geschlossen. Bei der Wiedereröffnung im Dezember 1949 waren keine Aufzeichnungen über die ehemaligen Geschäfte mehr vorhanden.

Im Jahr 2002 ließ das Museum die Objekte in der Lost-Art-Datenbank der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg veröffentlichen. Damit wurde der im Dezember 1998 von 44 Staaten und 12 nichtstaatlichen Organisationen erklärten Washingtoner Prinzipien entsprochen. Diese besagen, dass Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden, zu identifizieren sind, um möglichst einen Ausgleich der Rechtsansprüche mit den Vorbesitzern zu erreichen. Die Bundesregierung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände unterzeichneten 1999 eine gemeinsame Erklärung zur Auffin-

dung und zur Rückgabe von NS-verfolgt entzogenen Kulturgut, insbesondere aus ehemals jüdischem Besitz. In der Mitte der 2000er Jahre zeigte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) der damaligen Stiftung Moritzburg Halle die Anmeldung auf Restitution im Rahmen der Durchführung des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen des NS-Verfolgtenentschädigungsgesetzes durch die Jüdische Gemeinde zu Halle an. Das zwischen 2011 und 2013 erfolgte Forschungsprojekt zu den Provenienzen der Museumserwerbungen zwischen 1933 und 1945 konnte zwar trotz intensiver archivalischer Forschungen keine neuen Erkenntnisse zu den ehemaligen Eigentümern gewinnen, belegte aber, dass es sich bei diesen Gegenständen zweifelsfrei um NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut handelte.

Eine Restitution an einstige Besitzer oder deren Nachfahren ist somit heute nicht mehr möglich. Aufgrund dieser Situation forderte das Bundesamt das Museum im Mai 2013 auf, mit der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, Inc. Nachfolgeorganisation (JCC) eine gütliche Einigung zur Beendigung des Restitutionsverfahrens herbeizuführen. Dazu kam es im Juni 2017. Das Museum restituierte die Gegenstände an die Jewish Claims Conference, diese überlässt die Objekte als ständige Leihgabe dem Museum, damit sie in Ausstellungen weiterhin präsentiert und ihre Geschichte, wie bereits vor 2016 erfolgt, weiterhin erzählt werden kann. Durch den Dauerleihvertrag bleiben diese Zeugen der Öffentlichkeit zugänglich und bewahren die Erinnerung an dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte.¹

Auch andere Sammlungsbereiche des halleschen Kunstmuseum erlitten durch politische Eingriffe bis heute schmerzhaft wirkende Einschnitte. Mit der Aktion »Entartete Kunst« diffamierten die Nationalsozialisten die moderne Kunst in Deutschland. Das Museum verlor allein dadurch 147 Kunstwerke. Bis zum Jahr 1933 galt die Sammlung des Kunstmuseums Moritzburg Halle (Saale) als eine der führenden in Deutschland für die damalige zeitgenössische Kunst. Insbesondere Max Sauerlandt und Alois J. Schardt katapultierten das Museum mit ihrer programmatisch auf die Avantgarde ausgerichteten Ankaufsstrategie in die erste Liga. Das hallesche Museum wurde damals gleichberechtigt mit der Moderne-Sammlung der Berliner Nationalgalerie im Kronprinzenpalais Unter den Linden genannt. Die Aktion Entartete Kunst bereitete dieser Entwicklung ein jähes Ende. Der Verlust ist nicht mehr auszugleichen, auch wenn das Museum 15 der ursprünglich beschlagnahmten Werke wieder zurückerwerben konnte. Darüber hinaus finden sich in den Dauerausstellungen des Kunstmuseums völlig selbstverständlich Arbeiten jüdischer Künstler, die der gesamten deutschen Kunst wesentliche Impulse geben konnten. Dies gilt für die Porzellane aus der Serie »Hallesche Form« von Marguerite Friedlaender (1896–1985) genauso wie für die kleinen Tonfiguren von Moissej Kogan (1879–1943), die Max Sauerlandt bereits früh für das Museum erwarb. Im Jahr 1938 stellte der damalige Museumsdirektor Hermann Schiebel den Antrag, zwei Gemälde von Max Liebermann (1847–1935) – Venezianische Gasse nach links (1878) und Alte Frau an der Haustür (1878), die ersten Werke des Künstlers, die das Museum im Jahr 1900



**Jüdischer Verlobungs- oder Hochzeitsring,
aus dem Schmuckfund von Weißenfels,**

Anfang 14. Jahrhundert

Silber, teilvergoldet, montiert, gegossen, 3,2 x 3,2 cm

erwarb, aus der Sammlung zu entfernen, da sie nicht mehr verwendbar seien, »da Liebermann Jude ist«. Liebermann gehörte zweifellos zu den prominentesten deutschen Künstlern in der Zeit des späten Kaiserreiches und der Weimarer Republik. 1932 wurde er zum Ehrenpräsidenten der Preußischen Akademie der Künste berufen. Im Jahr 2019 kehrten durch zufällige Entdeckungen, aufwändige Recherchen, glückliche Umstände und Wohlwollen der heutigen Eigentümer beide Gemälde als Leihgaben für die Sonderausstellung »Bauhaus Meister Moderne – Das Comeback« wieder nach Halle zurück.

Die Spuren der jüdischen Kultur in unserer Region reichen jedoch bis in das Mittelalter zurück. Ein höchst wertvolles und fast einzigartiges Prunkstück dafür ist der jüdische Verlobungs- oder Hochzeitsring aus dem frühen 14. Jahrhundert, der bereits 1823/1826 in Weißenfels in einem Schmuckfund

entdeckt wurde. Der Hort ist das bedeutende Zeugnis profanen mittelalterlichen Schmucks in Mitteldeutschland und vereinigt sowohl christliche als auch jüdische Symbole der spätmittelalterlichen städtischen Kultur.

Den schmalen Reifen des zierlichen Ringes krönt eine teilvergoldete gotische Kapelle mit Spitzbogenfenstern und Giebelschmuck. Auf den Dachflächen befindet sich die hebräische Inschrift »Gut Glück«. Die Kapelle beherbergt drei kleine Gegenstände, vermutlich ein Gewürz. Sie symbolisiert wahrscheinlich die Bundeslade oder den Tempel von Jerusalem. Der Schmuckfund gelangte zunächst in die Sammlung des Thüringisch-Sächsischen Geschichts- und Altertumsvereins, der in der Neuen Residenz in Halle seit 1826 ein kulturhistorisches Museum betrieb. 1918 kam der Komplex von dem daraus erwachsenen Provinzialmuseum in den Besitz des Kunstmuseums Moritzburg Halle (Saale). Heute gehört er mit zu den am häufigsten publizierten und in Ausstellungen in der ganzen Welt präsentierten mittelalterlichen Kleinkunstwerken aus Halle.

¹ Thomas Bauer-Friedrich: Restitution von Silbergegenständen aus ehemals jüdischem Besitz, in: Museumsnachrichten, Sonderdruck, Museumsverband Sachsen-Anhalt, (o. O.) 2017, S. 23–25.

»Wenn Du den Topf noch ein bißchen besser machen kannst, dann tu es!«*

Ein Porträt über Marguerite Friedlaender-Wildenhain (1896–1985)

Prof. em. Hubert Kittel

Im Jahr 1980 schrieb Gerhard Marcks an Marguerite Friedlaender: »Es wird wahrhaftig Zeit, die 60 Jahre zu überdenken, die uns aller Trennung zum Trotz verbunden haben ... Hier lege ich ein Foto aus Deiner Hallenser Meisterzeit bei ... Aus der Zeit stammte meine erste große Plastik, die von der Kritik anerkannt wurde: Du im langen Nachthemd als Prophetin – nur Kopf und Hände frei. – Ich denke, du wirst gern an diese Zeit voller und Leben im kleinen Kreis zurückdenken. Für mich waren sie entscheidend und haben mir geholfen, über die schlimmste Zeit hinwegzukommen ohne Schaden an der Seele zu nehmen. Dich hat Dein kurzer Entschluß, nach Holland zu gehen, gerettet. (Mit fünf Kindern konnten Maria und ich das nicht wagen.) Meine beiden Besuche sind mir von den Nazis sehr angekreidet worden ... Nun wird uns bald die Stunde schlagen, ich nehme sie getrost entgegen, ob es ein Weitersein nach dem Tode gibt oder nicht, Ich glaube Du denkst auch so.«¹

Gerhard Marcks starb 1981 in Burgbrohl/Eifel – vier Jahre später (1985) Marguerite Friedlaender in Guerneville/Californien.

Beide verband seit der Bauhauszeit in Dornburg und der Jahre in Halle eine lebendige und anhaltende Freundschaft auf der Grundlage einer großen menschlichen auch geistig-künstlerischen Sympathie. Ihre Äußerungen und Erinnerungen, die die Dornburger bzw. Giebichensteiner Zeit begleiten, sind Zeugnisse der Entwicklung zweier herausragender Künstlerpersönlichkeiten im spannenden Umfeld zweier Kunstschulen in Deutschland, deren Einfluß und Modellcharakter unumstritten sind. Ihre Lebenswege sind durch diese beiden Stationen entscheidend geprägt worden, und sie sollen auch Mittelpunkt des Porträts von Marguerite Friedlaender stehen.

Eine europäische Kindheit und Jugend – so könnte man ihren ersten Lebensabschnitt umschreiben. Geboren 1896 in Lyon setzte sie die Schulzeit in Berlin und Folkstone (England) fort. Ihr Vater, deutscher Herkunft, Pazifist und Jude, zog früh nach Frankreich – dort war er im Seidenhandel tätig. Ihre Mutter war eine gebürtige Engländerin – alle fünf Geschwister wuchsen dreisprachig auf. »Muttersprache« war Französisch. Die Ferien verbrachte die Fa-

milie überwiegend in der Schweiz. Mit 17 Jahren, die Eltern zogen erneut nach Berlin, begann sie an der dortigen Gewerbeschule Zeichnen und Holzbildhauerei zu studieren. Aus Unzufriedenheit mit dieser künstlerischen Richtung und Arbeitsweise verließ sie Berlin und nahm 1916 eine Stelle als Dekorentwerferin in einer Porzellanmanufaktur in Rudolstadt/Thüringen an. Einblicke in die Arbeit der Modellentwerfer sowie ihre Wochenendausflüge auch nach Weimar (Gropius' programmatischen Aufruf empfand sie als »Verkündigung«) festigten ihren Entschluß: »Genau das ist es, ich muß zum Bauhaus gehen und dort mein Handwerk erlernen.«² Nach einem halbjährigen Probese semester verpflichtete sie sich, im Frühjahr 1920 für zwei Jahre in der Keramischen Werkstatt des Bauhauses in Dornburg als Geselle zu arbeiten. Als Bauhaus-Filiale diente von Anfang an die Werkstatt von Töpfermeister Max Krehan, dem letzten Nachfahren einer alteingesessenen Thüringer Töpferfamilie. Gleichzeitig begann man im Marstallgebäude des Schlosses Dornburg mit dem Aufbau der Produktions- und Versuchswerkstatt. Max Krehan wurde als Werkmeister geführt – Gerhard Marcks (von Gropius 1919 mit Itten und Feininger nach Weimar berufen) als Formmeister, entsprechend dem pädagogischen Konzept der Anfangsphase. Marguerite Friedlaender beschreibt in ihren Erinnerungen diese Zeit mit folgenden Gedanken: »Er und Krehan waren von unantastbarer Integrität. Sie arbeiteten gut zusammen und schätzten einander sehr ... Zu keiner Zeit waren wir mehr als sieben, auch in Weimar waren die einzelnen Fachgruppen klein ... Wir standen unseren Meistern bald geistig und künstlerisch recht nahe, dabei blieb

das Verhältnis zu ihnen immer sehr respektvoll. Wir bewunderten unsere Meister als Menschen wie als Künstler, und das nicht aus theoretischen Gründen. Es waren Leben und Werk dieser Menschen, was uns mitriß und zutiefst bewegte. Arbeit und Leben bildeten eine wundervolle Einheit.³ Trotz teilweise provisorischer Werkstattbedingungen und der äußerst spartanischen Lebensverhältnisse ist in den Erinnerungen aller von außergewöhnlichem Engagement, persönlicher Hingabe, Kameradschaft und Geselligkeit unter allen »Dornburgern« die Rede. Natürlich mußten auch Spannungen ertragen werden: zum einen die harte ökonomische Notwendigkeit der »Wirtschaftsbrände«, zum anderen die internen Auseinandersetzungen um neue pädagogische und inhaltliche Zielstellungen der Werkstattausbildung am Bauhaus. Neben der späteren, dominierenden Rolle von Theo Bogler und Otto Lindig, die Gropius' Forderung nach Versuchswerkstätten für typisierte Serienmodelle konsequent entsprachen, verblieb Marguerite Friedlaender in der Krehan'schen Ausbildungswerkstatt und versuchte an die Qualität alter, erprobter handwerklicher Prototypen von Gebrauchsgeschirr anzuknüpfen. Die formalen Innovationen der Bauhaustöpferei traten bei ihr vermittelter, »stiller« und strenger im handwerklichen Formgebungsprozeß gebunden auf. Hinzu trat eine tiefe menschliche Verehrung ihres Lehrmeisters Max Krehan, seines Berufs- und Handwerksethos, dessen Ausspruch – hier als Titel verwendet – zur lebensbegleitenden Maxime Marguerite Friedlaenders gehörte. Damit entsprach sie auch Marcks' Intentionen am deutlichsten, dem Handwerk die zentrale Funktion im Ausbildungsprozeß in den Werkstätten

zuzubilligen und zu erhalten. Er lehnte allzu rigorose dienstleistende Entwurfspraktiken, wie eine Entwicklung zum leeren Ästhetizismus als »esthétique mécanique«, ab.⁴ Dabei waren bis 1924 die von Bogler immer wieder kritisierten Ausstattungsfragen (Gipsmodellwerkstatt, Gieß- und Brennvorsetzungen) auf Grund der allgemeinen finanziellen Misere nicht bewilligt – eine echte Entwurfsarbeit für serienreife Modelle war noch nicht realisierbar. In diesem Kontext sollte auch das oft verwendete Zitat eines Briefes von Marcks an Gropius eingeordnet werden: »Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß das Bauhaus eine Bildungsstätte sein soll, das heißt, daß Leute von einiger Begabung und Charakter zu einer ihnen gemäßen Tätigkeit ausgebildet werden, auf unserem Gebiet etwas Mustergültiges zu leisten. Zur Erreichung dieses Zieles erscheint uns der praktische Betrieb als das richtige. Der Betrieb darf aber niemals das Ziel sein. Sonst wird das Bauhaus die 101te Fabrik der 100 schon bestehenden, das heißt, eine völlig gleichgültige Angelegenheit ... Nur durch die Modell- und Versuchsarbeiten (der Begabtesten) können wir vorwärts kommen.«⁵

Marguerite Friedlaender beschreibt in ihren Lebenserinnerungen die Lehre in Dornburg als Entwicklung vom reinen handwerklichen Freidrehen von Krehanschen Grundformen, dem Einüben und Wiederholen und dem sich dabei ausbildenden Sinn für Formqualitäten hin zur »wirklich schöpferischen Arbeit« bei Marcks, »klar vorgestellte Formen« zu entwickeln.⁶ Sie verstand diese Stufen als Lern- und Reife-prozeß, wobei es während der kurzen Dornburger Experimentierphase einer Keramikausbildung neuen Typs noch nicht gelang,

keramische Prototypen erfolgreich der Industrie anzubieten. Dessen ungeachtet waren die »Nachwirkungen« des »Dornburger Experimentes« äußerst folgenreich – sie sind zur Genüge gewürdigt worden.

Nach Schließung des Weimarer Bauhauses zum 1.4.1925 folgte Gerhard Marcks einer Berufung Paul Tierschs an die Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein und führte neben Gustav Weidanz eine zweite Bildhauerklasse. Er konnte auch den Wechsel von Marguerite Friedlaender und Franz Rudolf Wildenhain im Herbst 1925 nach Halle erreichen. Sie wurde beauftragt, die Töpferei zu einer leistungsfähigen Werkstatt aufzubauen, während Franz Rudolf Wildenhain seine Lehre fortsetzen konnte. »Direktor Thiersch hatte sofort jede Kraft, die er aus dem Bauhaus-Umsturz bekommen konnte, angestellt, und so wurde Burg Giebichenstein, wie die alte Burg hieß, bald zu einem sehr aktiven Zentrum der handwerklichen Kunst in Deutschland.«⁷ Unter Marguerite Friedlaenders Leitung entstand in kürzester Zeit eine »Ausbildungsmanufaktur« für Keramiker, ein Töpfereibetrieb mit fester Arbeitszeit für die Auszubildenden, die mindestens drei Jahre in der Werkstatt blieben und danach mit Gesellen- oder Meisterprüfung abschlossen. 1926 waren sieben Studierende in der Keramikklasse eingeschrieben. Marguerite Friedlaender war neben Aufbau, Ausbildung und Betrieb auch für den Vertrieb des »Burggeschirrs« verantwortlich. Durch ständige Ausstellungen (Roter Turm, Halle) und die Teilnahme an den Grassimessen stiegen die Anforderungen. 1926 legte sie ihre Meisterprüfung ab. Sie entwarf und fertigte ein komplettes Tafelservice als Prototyp für serielles Steinzeuggeschirr in Gießtech-

nologie, Formenvokabular, -duktus und Profil, wie der additive Gebrauch der Funktionselemente hatten sich im Kontext der Dornburger Erfahrungen ausgeprägt und stellten fortan ein typisches Formenrepertoire ihrer Arbeiten dar. So empfand sie ihr Wirken an der »Burg« als konsequente Fortsetzung ihrer Bauhauszeit. »In gewissem Maß wurde Halle zu der ersten Stelle, wo die Grundsätze des Bauhauses auf die Probe gestellt wurden.«⁸ Die nun folgende praktische und lehrende Tätigkeit ermöglichte ihr zunehmend, die Spezifik industrieller Gestaltungsprinzipien, des »serienmäßigen Einzelstückes«⁹ zu erproben und zu entwickeln.

Einflußreiche Vertreter der deutschen keramischen Industrie, des Werkbundes, der Zeitschriften (wie »Die Form«, die »Keramische Rundschau«) registrierten interessiert die Bemühungen um eine neue Qualität der gestalterischen Ausbildung sowie die Versuche für Prototypenentwicklungen und seriengerechte Produkthaltungen. Zwei Ausstellungen verhalfen der »Burg« und dem Schaffen Marguerite Friedlaenders zu erhöhter Anerkennung: 1927 die Berliner Ausstellung der Deutschen Keramischen Gesellschaft »Meister- und Schülerarbeiten aus keramischen Versuchsanstalten« und 1928 in München die Sonderausstellung der Werkstätten der Burg Giebichenstein, die durch den damaligen Leiter der Neuen Sammlung Günter Freiherr von Pechmann initiiert wurde. Pechmann forderte bereits 1924 in einer Studie »Die Qualitätsarbeit« eine Trennung von handwerklichen und serienbezogenen industriellen Gestaltungsprinzipien. Das Handwerk solle nach Individualisierung streben, während das Industrieprodukt nach Kriterien der Ty-

pisierung und Versachlichung betrachtet werden solle. Ornament und Dekorlosigkeit wären dem Erscheinungsbild der Serie zwangsläufig angemessener. Bezugnehmend auf Pechmanns Forderungen äußerte sich Katja Schneider, eine hervorragende Kennerin der Geschichte der »Burg«-Keramikklasse: »An den Arbeiten Marguerite Friedlaenders schätzte er besonders die hohe handwerkliche Qualität und die materialgerechte Ableitung der Form aus dem Werkstoff und Werkprozeß, die beide auf eine Formfindung für serielle Produktion ausgerichtet waren. Außerdem entsprach die in Giebichenstein ausgeübte Pflege von Tradition und Gegenwart in hohem Maße seinen Vorstellungen von der Vergangenheit als »verpflichtendes Maß für die eigene selbständige Leistung.«¹⁰ 1929 begann man auf Betreiben des »Burg«-Dezernenten und Stadtrates Velthuysen (mit Hilfe des städtischen Hochbauamtes) einen Porzellanofen in der »Burg« zu errichten. Im gleichen Jahr kam es zu Verhandlungen zwischen der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin, ihrem neuen Direktor Günter Freiherr von Pechmann und der »Burg« über eine Zusammenarbeit. Im November 1929 wurde eine enge Arbeitsgemeinschaft beschlossen, u. a. durch den Aufbau einer Porzellanklasse unter Leitung Marguerite Friedlaenders. Diese Werkstatt sollte als »künstlerisches Versuchslaboratorium« der Berliner Manufaktur dienen. Mit ganzer Kraft widmete sich Marguerite Friedlaender in den folgenden Jahren dieser Aufgabe – Fritz Rudolf Wildenhain übernahm die Leitung der Keramikwerkstatt. Beide heirateten 1930. Mit großer Unterstützung seitens der Berliner Manufaktur konnte Marguerite Friedlaender schon nach vier Monaten die ersten



Marguerite Friedlaender-Wildenhain / StPM Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin

Hallesche Form, 1931

Porzellan, weiß, glasiert, H. 25,3 cm

Entwürfe des Kaffee- und Mokkaservice »Hallesche Form« vorstellen. In enger Gemeinschaftsarbeit änderte und paßte sie die Modelle den Produktionsbedingungen an. Zunehmend gelang ihr die Verfeinerung der Formsprache, um die spezifische Ausdrucksqualität des seriellen Porzellans zu erreichen. Gleichzeitig begann sie sich immer deutlicher von der Adaption handwerklich begründeter Formmerkmale zu lösen. Im Sommer 1930 erweiterte sie das Angebot mit einem Teeservice. Feinheit der Details, Silhouettenscheinung, Tektomatik und Scherbangestaltung wiesen eine formale Steigerung zu größerer Geschlossenheit bei Rücknahme der »alten« additiven Kompositionsmerkmale auf. Bis Jah-

resmitte 1931 entstanden danach in schneller Folge das Restaurantgeschirr »Hermes« für das Flughafenprojekt Halle-Leipzig, das Tafelservice »Burg Giebichenstein« und Ergänzungsteile für die Produktreihe »Hallesche Form« – u. a. die Vasengruppe »Halle«, die noch heute im Angebot der StPM – der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin – ist.

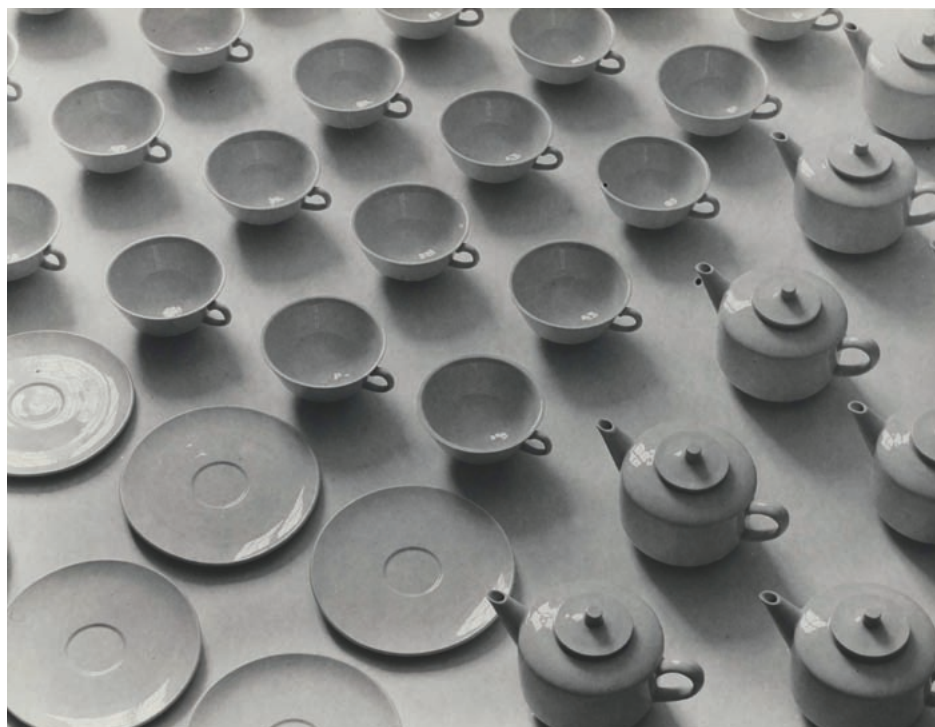
Diese Beispiele, glücklicher Zusammenarbeit zwischen einer Kunstgewerbeschule (weitere »Burg«-Lehrer arbeiteten ebenso für die StPM: Gustav Weidanz, Gerhard Marcks, Charles Crodel, Wilhelm Löber) und einem Unternehmen der keramischen Industrie war zugleich Auftakt für eine Reihe von Initiativen deutscher Entwerfer und Porzellanunternehmen, zeitgenössisches Gebrauchsporzellan als moderne, ornamentlose, sachlich-funktionale Gestaltungsleistung anzubieten. Das besondere Verdienst Marguerite Friedlaenders und Günter von Pechmanns bestand in dieser Pionierrolle »Porzellan für die neue Wohnung« (Werbeslogan der StPM), einer neuen sachlichen Produktlinie als tragendes Erscheinungsbild eines Porzellanunternehmens zum Durchbruch verholfen zu haben. Die fast zeitgleich erschienenen und noch heute produzierten Service von Hermann Gretsch »Arzberg 1882« und Trude Petris »Urbini« (für die StPM Berlin) sind in diesem Zusammenhang unbedingt zu nennen. Auch Wilhelm Wagenfeld lobte die Friedlaender-Porzellane ausdrücklich; er selbst entwarf aus ähnlicher Haltung Geschirre für Fürstenberg und Rosenthal in den dreißiger Jahren und bemerkte 1958 rückblickend: »Die Manufaktur war Wegbereiterin für die gesamte deutsche Porzellanindustrie.«¹¹

Der Erfolg der Friedlaender-Porzellane ist heute nicht ohne die Leistung des Leiters der Photoabteilung der »Burg«, Hans Finslers, zu würdigen. Seine größte Werkgruppe von Sachphotographien aus der halle- schen Zeit stellen die Aufnahmen eben dieser Porzellane dar. Ab Januar 1930 photographierte er diese im Auftrag der Berliner Manufaktur für Werbe- und Dokumentationszwecke. Sie gelten m. E. als eine der überzeugendsten Leistungen seiner Sach- photographie. Aufbau, Blickwinkel, Licht- führung, Bild- und Aus- schnittgestaltung stellen formale und ästhetische Innovationen dar und interpretieren Wesen und Gestalt des weißen seriel- len Gebrauchsporzellans hervorragend. »Neues Se- hen« und die »Neue Form- gebung« begegneten sich in diesen Finsler-Aufnah- men wohl in einmaliger und exemplarischer Weise. 1933 bedeutete für die »Burg«, wie schon am 30. September 1932 für das na- hegelegene Bauhaus Dessau, das Ende als moderne und international anerkannte Ausbildungsstätte. Gerhard Marcks nannte rückblickend die Giebichensteiner Zeit die »7 fetten Jahre« und ähnlich Marguerite Friedlaender:

»Fast sieben Jahre verbrachte ich in Halle. Ich weiß nicht, wie viele weitere Jahre ich noch dort verblieben wäre. Überall wurden Schulen von sogenannten nichtarischen Lehrern »gesäubert«. *Im Zuge dieser Maß- nahmen kam eines Tages der Bürgermeister unserer Stadt zu mir und bat mich mit Trä- nen in den Augen, ob ich ihm nicht den trau- rigen Gefallen tun wolle, meinerseits zu kün- digen. Ich war die einzige jüdische Lehrkraft an der Burg Giebichenstein, und er gab sich der Hoffnung hin, er könne die Schule retten,*



Mokkaservice »Hallesche Form«,
1929/30
Ausführung: Staatliche Porzellan-
manufaktur Berlin



wenn ich ginge. Ich zögerte keine Minute und reiste schon am nächsten Tag ab ...»¹²

Dies geschah im Januar 1933, und sie emigrierte nach kurzem Aufenthalt bei ihren Eltern in der Schweiz nach Holland. Ihr jüngster Bruder war dort als Buchgestalter und Typograph tätig. Im März schrieb Gerhard Marcks an einen Freund: »Unsere Tage in Halle sind gezählt. Offen gestanden, mich zieht's hier auch weg. Man will die Burg stürmen. Ist schon dabei: Frau Wildenhain ist bereits in der Schweiz. Der nächste Jude, der fliegt bin ich. Meine Prophetin hier im Museum war ... eine Prophezeiung.«¹³ Mutig wandte er sich als stellvertretender Direktor gegen diese Entlassung seiner jüdischen Kollegin und erhob Einspruch gegen die Umstrukturierung der Schule (eingeleitet unter dem Vorwand der Sparmaß-

Service »Hermes«, 1931

nahmen). Er schrieb im April 1933 an den halleschen Oberbürgermeister u. a.: »Alle bedauern wir außerordentlich, daß eine unsere besten Kräfte, ein Mensch von vorbildlichem Charakter, die Leiterin unserer Porzellanabteilung, Frau Friedlaender-Wildenhain, ihrer jüdischen Herkunft wegen geopfert wurde, bevor Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister Gelegenheit hatten, sie kennenzulernen. Ich bitte Sie, all dies Geschriebene nicht auf meine Person zu beziehen – um deren Erhaltung auf ihrem Posten bitte ich nicht. Aber lassen Sie nicht zu, daß kurzerhand von der begehrlichen Mittelmäßigkeit ein Werk zerstört wird, das richtungsgebend in Deutschland war.«¹⁴ Dies war wohl nur der letzte Anlaß. Im Juli

wurde Gerhard Marcks seines Amtes auch als Leiter der Fachklasse für Bildhauerei enthoben, ebenso sämtliche jüdische Studenten entlassen und ein Großteil der bedeutendsten »Burg«-Lehrer. In der Geschichte der »Burg« war damit ein verhängnisvoller Einschnitt markiert – durch Gerhard Marcks letztes Aufbegehren blieb der »Burg« ein Zeugnis menschlicher Größe und moralischer Tapferkeit bewahrt.

Marguerite Friedlaender gelang es, in Putten, einem kleinen Ort im holländischen Gelderland, eine neue Keramikwerkstatt aufzubauen. Franz Rudolf Wildenhain folgte ihr im Juli 1933 aus Deutschland nach. Gerhard Marcks konnte sie dort nach 1933 noch zweimal besuchen. Während dieser Besuche wurde er auch künstlerisch produktiv.

Die Werkstatt »Das Krüglein« (»Het Kruijke«) lief bald zur Zufriedenheit, eine Fertigung von Gebrauchskeramik im Dreh- und Gießverfahren sicherte Kundschaft. Formal knüpften diese Arbeiten an die »Burg«-Zeit an – als Bodenmarke verwendeten sie einen kleinen Krug. Dieses Signet nutzte Marguerite Friedlaender seitdem zeitlebens. 1936/37 entwarf sie im Auftrag der holländischen Regierung für das Maastrichter Steingutunternehmen »De Sphinx« zwei Services, ein Teeservice »Five o'clock« sowie das Speiseservice »Paris«.

Beide wurden im holländischen Pavillon zu Weltausstellung in Paris 1937 ausgestellt; ersteres prämiert.

Mit dem drohenden Überfall Nazideutschlands auf Holland sollten sich die Wege beider trennen. Auf Grund ihrer französischen Staatsbürgerschaft gelang ihr eine schnelle Flucht und Einreise in die Vereinigten Staaten. Ihr Mann sollte nachkommen. Um die Restriktionen der amerikanischen Einwanderungsbestimmungen zu überwinden, versuchte Marguerite Friedlaender eine Lehrstelle an einem College für ihn nachzuweisen. Mit dem Einmarsch der Nazis in Holland zerbrach dieser Plan. Er konnte noch in einer kleineren Werkstatt in Amsterdam weiter arbeiten, auch unterrichten, bevor man ihn 1943 zur deutschen Wehrmacht einzog.

Die Californier Gordon und Jane Herr, die die Wildenhains in Holland besucht hatten, luden Marguerite Friedlaender ein, sich auf ihrem Grundstück niederzulassen und eine



Große Krüge, um 1929
Steinzeug

Künstlerkolonie zu gründen. Vorerst wohnte sie in San Francisco und übernahm für zwei Jahre ein Lehrtätigkeit in der Keramikabteilung des College of Arts and Crafts in Oakland/Californien. Die Fortsetzung einer Lehrtätigkeit scheiterte, da das Angebot eines College an der Ostküste kurzerhand zurückgezogen wurde. Ab 1942 sollten damit Californien, Guerneville (ein kleiner Ort an der Westküste) und ein Grundstück der Herrs mit einer einsamen verlassenen Farm ihre endgültige, neue Heimat werden. Die POND FARM wurde zur Künstlerkolonie und zur berühmten Keramikwerkstatt. Franz Rudolf Wildenhain konnte 1947 in die USA folgen. Leider war die Zeit einer neuen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft nur von kurzer Dauer, 1949 trennten sich beide, die Scheidung folgte 1950.

In Marguerite Friedlaenders Lebenserinnerungen sind nur andeutungsweise persönliche Differenzen unter den Künstlern der POND FARM erwähnt. Hinzu kam der Tod von Jane Herr – das Ehepaar Herr stand als Eigentümer und Förderer der Farm im Hintergrund. 1952 reiste Marguerite Friedlaender für vier Monate nach Europa. Mit ihrer Rückkehr in die USA war der Entschluß verbunden, allein die Werkstatt weiterzuführen.

Franz Rudolf Wildenhain leitete von 1950–1980 die Klasse für Keramik und Bildhauerei der »School of American Craftsmen« (Rochester Institute of Technology) in Rochester, N.Y. Er starb 1980. Unabhängig voneinander wandten sich beide in ihrem keramischen Werk verstärkt der bildenden Kunst zu, von dem individuellen keramischen Gefäß bis hin zur Skulptur. Das letzte ist insbesondere von Franz Rudolf Wildenhain bekannt. Er erhielt u. a. ein GUGGENHEIM-Stipendium für seine architekturbe-

zogenes keramisches Werk. Nach Einschätzungen des amerikanischen Lexikons »A Century of Ceramics in the United States«¹⁵ gaben beide mit ihrem Werk und ihrer Lehrtätigkeit der amerikanischen »Nachkriegs-Keramik« wesentliche Impulse, vor allem in der funktionalen Orientierung.

Die POND FARM POTTERY von Marguerite Friedlaender wurde zum Synonym einer richtungsweisenden amerikanischen Ausbildungs- und Begegnungsstätte. Von 1959–1979 veranstaltete sie jährlich Sommerkurse. Der Ruf Marguerite Friedlaenders und ihrer Werkstatt, ihr Wirken als Vortragsreisende und Seminarleiterin war sicher zum einen dem großen Bauhausinteresse auf amerikanischen Boden zu verdanken, zum anderen ihrer faszinierenden persönlichen Integrität als eigenständige Persönlichkeit in der amerikanischen Kunst- und Keramikszene. Ihre Fähigkeit, sich zu grundlegenden Fragen der Kunstausbildung und -ausübung kritisch zu äußern sowie kunstpädagogische und ethische Fragen einzubeziehen, bestimmten auch den größten Teil ihrer Lebenserinnerungen (»Ein Leben für die Keramik« – 1973 in den USA zuerst erschienen). Biographische Fakten und Erinnerungen sind eher zurückhaltend und knapp gefaßt. Es beeindruckten die Rigorosität ihres moralischen Anspruches, ihre Wahrhaftigkeit und die Beschreibung ihrer Auffassung vom »Handwerker-Künstler«. Es sollte noch erwähnt sein, daß sie Berufungen nicht mehr annehmen wollte. Eine vehemente Kritik an dem amerikanischen Kunstbetrieb und an der pädagogischen fachlichen Qualität der College-Kunstausbildung gipfelt in ihrem Jacob-Burckhardt-Zitat: »Mittelmäßigkeit ist die wahrhaft teuflischste Macht in der Welt.«

In der multikulturellen, pluralistischen Kunstszene der USA im und nach dem II. Weltkrieg spielten Impulse der Begegnung mit »Ost- und Westkulturen« eine große Rolle – vor allem auch im Bereich der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks. Japanische und europäische Einflüsse mit ihren traditionell gewachsenen Werten trafen auf eine offene, »unbelastete« amerikanische Öffentlichkeit und Kunstszene ohne normative oder traditionsbezogene Wertorientierung. So beteiligte sich Marguerite Friedlaender an einem historisch bedeutsamen Workshop 1954 am Black-Mountain-College in North-Carolina. Dieses Symposium mit Bernhard Leach, Shoji Hamada und Soetsu Yanagi hatte eine wichtige Anregerfunktion in den USA. Im Zusammenhang mit Bernhard Leachs Einfluß und einer von ihm ausgehenden »Japaneuphorie« fühlte sie sich herausgefordert in einem offenen Brief an ihn (in »Craft Horizons« 13. May-June 1953), die amerikanischen Keramiker zu warnen, nicht allzu schnell äußeren Einflüssen, Vorbildern zu folgen oder zu kopieren. Solche kritischen Aufsätze begleiteten ihre ganze amerikanische Zeit, vieles schien ihrem Traditionsverständnis und ihrer strengen Handwerkerethik zu widersprechen. Vielleicht deuteten sich hier auch Konflikte und Widersprüche an, die eine kontinuierliche Fortsetzung ihrer in Europa entwickelten Erfahrungen in der sogenannten Neuen Welt nicht ermöglichten. Die stilistische Hektik der Nachkriegsmoderne, die Kommerzialisierung des Kunstbetriebes, die Suche nach einem neuen Funktionsverständnis von Kunsthandwerk in der hochentwickelten Industriegesellschaft beeinflussten sicher stark ihre Verteidigungsposition eines humanen An-

spruches solider handwerklicher und künstlerischer Ausbildung, eines schöpferischen wahrhaftigen Realismus als Gegenpol zu einem radikalen Wertewandel sowie einer zunehmenden Sinnentleerung des westlichen Zivilisationsfortschritts.

Vielleicht auch aus dieser Haltung heraus sind keine Belege für eine erneute Zusammenarbeit mit Unternehmen zu finden. Auch Kontakte zu emigrierten Bauhausangehörigen sind bis auf einen kurzen Briefwechsel mit Gropius nicht nachzuweisen. Fast im Gegensatz dazu steht der nahezu ununterbrochene Kontakt mit Gerhard Marcks. Es besuchte sie während seiner zweiten USA-Reise 1963 und schrieb liebevoll: »Über unsere Wirtin aber muß man staunen: sie kann alles am besten. Ihre Vorzüge aufzuzählen und ihre Abenteuer zu berichten, würde Bände füllen – u. a. hat sie hier als Pionier mit eigenen Händen die Töpferei aufgebaut (außer ihrem Häuschen), die bis jetzt 400 Schüler, darunter Professoren der Keramik, mit der Dornburger Tradition vertraut gemacht hat, und sie ist in den USA eine Berühmtheit, könnte sich, wenn sie nicht intrivertiert wäre, um den Präsidentenposten mit Aussucht auf Erfolg bewerben ... Nur eins kann sie nicht: zuhören. Aber konnte Napoleon zuhören? Alles in allem ist zu sagen, daß dieses ganze Lebenswerk ein weibliches Lebenswerk zur Erinnerung an ihren Meister Max Krehan von Dornburg ist. Er lächelt gewiß vom Töpferhimmel dazu.«¹⁷

Neben ihrem gewiß abenteuerlichen Leben auf der POND FARM gehörte der amerikanische Kontinent zu ihren Entdeckungen auf Wanderungen und langen Reisen, die sie allein unternahm. Fast alle Länder Mittelamerikas hat sie besucht, aber besonders

die Andenländer zogen sie an: Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Bot ihre Kindheit schon reiche Eindrücke durch die Urlaube mit ihren Eltern, war ihre Reise- und Entdeckerlust geweckt, so fand jetzt ihre frühe Begeisterung für fremde Kulturen, vor allem für die Indianer, Erfüllung. Später auf ihren Lateinamerikareisen suchte sie vor allem das Alltagsleben der Indios zu studieren und zu verstehen. Ihre letzte Buchveröffentlichung 1979 »An Admirer Looks at the Indians« widmete sie sich mit Zeichnungen und Fotos ihrer Keramiken diesen Menschen und erläuterte einfühlsam ihre jahrhundertalte, gewachsene Lebensweise. Weder auf ethnographischer Spurensuche noch auf keramiktechnischer Entdeckungsreise gründete ihre Begeisterung für die Menschen und Keramiken des Andenraumes – vielmehr war es der Unmittelbarkeit und Ursprünglichkeit, wie sich das Alltagsleben darstellte und sich in den Gegenständen widerspiegelte.

Klaus Weber beschreibt Marguerite Friedlaenders Spätwerk folgenden Worten: »Ihre Gefäße aus der californischen Zeit verbanden eine klare, sachliche Formensprache

mit reichen, der Form organisch angepaßten Oberflächengestaltungen aus geschnittenen, gravierten oder gemalten Dekoren, für die gleichermaßen abstrakte, von der indianischen Ornamentik ausgehende wie auch figurale Kompositionen verwendet wurden. Strukturen und Kolorit folgten dabei, wie die Künstlerin in ihren Schriften betonte, den Vorbildern aus der Natur, die sie in der Landschaft um POND FARM vorfand: die Erde, den Steinen und die Farbigkeit der Pflanzen.«¹⁸ Dabei schwanden in ihrem amerikanischen Werk zunehmend die seriellen Aspekte des »Töpfemachens« zugunsten einer autonomen künstlerischen Interpretation des keramischen Gefäßes als uraltes Symbol und Ausdrucksträger menschlicher Werte und Empfindungen.

1980 veranstaltete sie zum letzten Mal ihre POND FARM SUMMER SCHOOL. 1981 feuerte sie ein letztes Mal ihren Brennofen und in diesem Jahr stirbt Gerhard Marcks. Vier Jahre später im Alter von 88 Jahren verstarbt Marguerite Friedlaender auf ihrer POND FARM.

Hingebungsvoll pflegen ihre zahlreichen Schüler in den USA ihr Erbe – sie gilt als eine der wichtigsten, vielseitigsten und eigenständigsten Keramikerinnen nicht nur der amerikanischen Nachkriegszeit. Marguerite Friedlaenders gleichzeitige pädagogische und publizistische



Flugzeugtasse (»Ringmoccataste«)

Designstudie, 1932, nicht in Produktion gegangen; Replik und limitierte Auflage nach einer Idee von Prof. Hubert Kittel für die Flughafen Leipzig-Halle GmbH, 2000

Begabung galt als außergewöhnliche Einzigartigkeit. Ihr Wohn- und Werkstattgebäude ist heute restauriert und als nationales Kulturerbe Teil eines kalifornischen Nationalparks. Im historischen Kontext jüdischer Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Sprachraum steht Marguerite Friedlaender als Beispiel für den einzigartigen Verlust der besten – vor allem weiblichen – »Pioniere« einer Erneuerung der Keramikgestaltung in der Weimarer Republik. Nur zum Teil oder unter großen Schwierigkeiten konnten die Geflüchteten in den Aufnahmeländern in den Aufnahmeländern an ihre Erfolge anknüpfen, Anerkennung erlangen bzw. ihren Lebensunterhalt bestreiten. Geprägt von den avantgardistischen Impulsen der WERKBUND- und BAUHAUS-Einflüsse, der hohen keramischen Kultur in Deutschland und ersten erfolgreichen Erfahrungen der Zusammenarbeit mit der Industrie »exportierten« sie ein enormes Anregungspotential in ihre Gastländer.

Ähnlich wie Marguerite Friedlaender erlebten auch andere jüdische Künstlerinnen ein von Emigrationserfahrungen in Großbritannien, vor allem in den USA geprägtes Schicksal, so auch Margarete Heymann-Marks, Lucie Rie, Eva Stricker-Zeisel und Ruth Windmüller-Duckworth.

* Überarbeiteter und ergänzter Aufsatz aus: DIE BURG. Mitteilungen Burg Giebichenstein – Hochschule für Kunst und Design, Halle. 4/91, S. 36–41.

- 1 Brief von Gerhard Marcks an Marguerite Friedlaender-Wildenhain vom 3.3.1980, in: Gerhard Marcks 1889–1981. Briefe und Werk. Bearbeitet von Ursula Frenzel. München 1988, S. 210.
- 2 Marguerite Friedlaender-Wildenhain: Ein Leben für die deutsche Keramik. Berlin 1989, S. 19.
- 3 Ebda., S. 22 ff.
- 4 Brief von Gerhard Marcks an Richard Fromme vom 8.2.1925. Siehe Anmerkung 1, S. 40.
- 5 Brief von Gerhard Marcks an das Staatliche Bauhaus in Weimar vom 2.1.1924. Siehe Anmerkung 1, S. 40.
- 6 Siehe Anmerkung 2, S. 25.
- 7 Ebda., S. 29.
- 8 Ebda., S. 32.
- 9 Erika Billeter, zitiert nach: Katja Schneider: Die Keramikwerkstatt von Brief von Marguerite Friedlaender-Wildenhain und Franz Rudolf Wildenhain an der Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein in Halle a. d. Saale, in: Klaus Weber (Hrsg.): Keramik und Bauhaus. Berlin 1989, S. 158.
- 10 Katja Schneider: Keramik der Kunstgewerbeschule Burg Giebichenstein, in: Keramos. Heft 118. Düsseldorf 1987, S. 32.
- 11 Wilhelm Wagenfeld: Wesen und Gestalt der Dinge um uns. Potsdam 1948, S. 102.
- 12 Siehe Anmerkung 2, S. 35 ff.
- 13 Brief von Gerhard Marcks an Richard Fromme vom März 1933. Siehe Anmerkung 1, S. 69.
- 14 Ebda., S. 69.
- 15 Garth Clark, Margie Hughto: A century of ceramics in the United States 1878–1978, New York 1979.
- 17 Brief von Gerhard Marcks an Kurt Wolf v. Borries vom 15.10.1963. Siehe Anmerkung 1, S. 181.
- 18 Klaus Weber: Marguerite Friedlaender und Franz Rudolf Wildenhain. Die Arbeit in Holland und den USA nach 1933, in: Ders. (Hrsg.): Keramik und Bauhaus. Berlin 1989, S. 174.

Literatur und Ausstellungshinweis:

»Wir machen nach Halle. Marguerite Friedländer & Gerhard Marx«. Ausstellungskatalog, hrsg. von Matthias Rataiczky. Kunsthalle »Talstrasse«. Halle (Saale) 2018

Sonderausstellung »Marguerite Friedländer: Pötte-Potten-Pots. Lebensstationen einer deutsch-jüdischen Bauhausehrin«. Keramik-Museum Bürgel und im Rokoschloß Dornburg bis 31.10.2021 (in Bürgel mit dem Schwerpunkt Porzellan und Dornburg die Keramik) www.keramik-museum-buergel.de

Interview mit Max Privorozki 2018 und 2021

ursprünglich veröffentlicht auf der Homepage
der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale)
am 9. November 2018

Liebe Besucher der Homepage der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), in den letzten zwei Wochen vor dem 80. Jahrestag des Novemberpogroms habe ich mehrere Anfragen, sowohl zum gegenwärtigen Leben der jüdischen Gemeinschaft als auch zur Bedeutung des Gedenkens, erhalten. Da es sich jedoch um Anfragen verschiedener Reporter handelte und nicht klar ist, ob daraus eine komplette Reportage in den Medien erscheinen wird, haben wir entschieden, eine eigene Zusammenfassung aus allen diesen Interviews hier zu veröffentlichen.

Welche Bedeutung hat das Gedenken an den Novemberpogrom für die Jüdische Gemeinde?

Ich würde diese Frage anders formulieren: Welche Bedeutung hat das Andenken an die Schoa für uns Juden?

Ich habe zum ersten Mal im Jahr 1999 als Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Halle an der Novemberegedenkenveranstaltung mit einem Redebeitrag teilgenommen. Seitdem war ich jährlich, sowohl in Halle (Saale) als auch in vielen anderen Städten Sach-

sen-Anhalts, bei den Gedenkveranstaltungen als Redner präsent. Nach all diesen Jahren bin ich zu der Schlussfolgerung gekommen, dass sich mit der Zeit nicht nur die Bedeutung, sondern auch der Sinn des Gedenkens verändert. Der Grund dafür ist ganz einfach: Im Laufe der Zeit gibt es immer weniger Menschen, die selbst diesen Horror erlebt und überlebt haben. Zwangsläufig übernehmen die Kinder und Enkelkinder diese Last von den Schoa-Überlebenden. Sie selbst, ebenso wie die Kinder und Enkelkinder derjenigen, die ebenfalls in dieser Zeit lebten und zumindest Zeugen der Ereignisse und des Massenmordes waren, können nur mittelbar über das Geschehene reden. Auch die Erzählungen der Eltern und Großeltern werden mit der Zeit durch Bücher und wissenschaftliche Quellen ersetzt. Genauso wie wir heute über die Pogrome des Mittelalters oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts reden, so wandelt sich die Sichtweise auf die Ereignisse des Novemberpogroms von 1938 mit der Zeit von etwas real Erlebten zu etwas, das als ein weiteres grausames Kapitel in einem Geschichtsbuch nachgelesen werden kann.

Möglicherweise gefällt uns diese Tatsache nicht, sie umgibt uns jedoch, ebenso wie die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, einen Schlusstrich zu ziehen – selbstverständlich nicht in dem Sinne, dass darüber nicht mehr gesprochen werden sollte, sondern dass das Geschehene inzwischen im wissenschaftlichen Sinne ein Bestandteil der Geschichte geworden ist.

Daraus habe ich, zumindest für mich selbst, entschieden: Das Gedenken nur als ein Ritual mit der Aufzählung der vielen Verbrechen der Nationalsozialisten und des damit verbundenen großen Leids, dem die Juden in Deutschland und Europa ausgesetzt waren, zu sehen, ist zwecklos, wenn dabei aus diesem Leid und den Verbrechen keine Konsequenzen für die Gegenwart und im Besonderen für die Zukunft gezogen werden. Und dies ist wiederum kaum möglich, indem ausschließlich über den Novemberpogrom oder Ausschwitz geredet wird, ohne dabei die Frage zu stellen, wie es dazu kommen konnte.

Am 9. November 1918 wurde die Weimarer Republik, die erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden ausgerufen. Aus dem Deutschen Reich wurde de facto eine föderative Republik mit Reichspräsidenten und Reichskanzlern. Diese Republik existierte jedoch nicht sehr lange: Schon im September 1930 erhielt die NSDAP bei den Reichstagswahlen, zum Beispiel in Magdeburg, fast 20 Prozent, im Juli 1932 44 Prozent und im März 1933 47 Prozent der Stimmen. Damit war diese erste parlamentarische deutsche Demokratie bereits nach 15 Jahren beendet.

Im März 1933 begann das, was ein gegenwärtiger Fraktionsvorsitzender einer Partei im Bundestag als »Vogelschiss der deut-

schen Geschichte« bezeichnete. Genau 20 Jahre nach der Geburt der Weimarer Republik entwickelte sich dieser »Vogelschiss« zu einem der schlimmsten Pogrome in der deutschen Geschichte gegen die jüdische Bevölkerung. Dieser Pogrom eröffnete den Weg zur Massenvernichtung der Juden in Europa – den Weg zur Schoa.

Möglicherweise können diese Ereignisse von einigen, die den Zeitraum im Vergleich zur allgemeinen deutschen Geschichte sehen, als »Vogelschiss der Geschichte« bezeichnet werden. Für uns Juden war dieser in der gesamten deutschen Geschichte vergleichsweise kurze Abschnitt jedoch zu brutal und zu bedeutungsvoll. Jede jüdische Familie, nicht nur in Deutschland, hat Opfer dieses Massenmordes zu beklagen. Deswegen möchte ich, 100 Jahre nach der Geburt der Weimarer Republik und 80 Jahre nach dem Novemberpogrom, denjenigen, die das letztere Ereignis verharmlosen, sagen: Einen Vogelschiss kann man bereinigen und die Oberflächen wieder sauber machen. Die Schoa zu bereinigen ist nicht möglich. Wer es jedoch versucht, gefährdet die gegenwärtige deutsche Demokratie und fördert die Gefahr, dass ihr dasselbe Schicksal wiederfährt wie damals der Weimarer Republik. Das dürfen die demokratischen Kräfte, egal ob vom rechten oder linken politischen Spektrum, nicht zulassen.

Es gibt für uns noch einen nicht weniger wichtigen Grund für das Gedenken: das Gebet. Wir erinnern uns an die Millionen Menschen, Kinder, Frauen, Männer, die Opfer dieses Massenmordes wurden, und beten das »El Male Rachamim«-Gebet. Es scheint, als bliebe das Gebet in Zukunft der einzige Grund für das Gedenken ...

Ergänzung im September 2021: Inzwischen gibt es ein weiteres Datum, das für immer in die Geschichte der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) eingehen wird. Wieder ist es der 9. Tag eines Monats, allerdings nicht des Novembers, sondern des Oktobers des Jahres 2019. Neun-Zehn-Neunzehn... Der Tag, an dem ein rechtsradikaler Antisemit die Synagoge in Halle (Saale) angriff, während dort die Mitglieder und Gäste der Gemeinde den Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, begingen, und willkürlich zwei Menschen ermordete, Jana L. vor der Synagoge und Kevin K. in einem nahe gelegenen Imbiss. – Erneut erfuhr eine halleische Synagoge einen nationalsozialistischen Angriff. Auch dieses Datum wird nicht nur für unsere Gemeinde, sondern auch für die gesamte Stadt Halle (Saale) eine Zäsur in der Geschichte bleiben.

Jedoch gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen dem Anschlag am 9./10. November 1938 und dem am 9. Oktober 2019: Und das ist die Reaktion der Menschen. Während damals, am 9./10. November 1938, die absolute Mehrheit der Bevölkerung hinter den Attentätern stand oder zumindest schwieg, so als würde nichts geschehen, hat die enorme Solidaritätswelle nach dem 9. Oktober 2019 aus allen Ecken unserer Republik und weltweit gezeigt, dass die Mehrheit der Menschen nun absolut anders darüber denkt.

Wie viele Mitglieder hat die Jüdische Gemeinde zu Halle aktuell? Wie ist die Entwicklung im Vergleich zu 2008 und 1998?

Die Mitgliederzahl der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) ist keine Konstante, auch nicht während eines jeweiligen Jahres. Die

Gemeindemitglieder müssen satzungsgemäß drei Voraussetzungen erfüllen:

- Hauptwohnsitz im Land Sachsen-Anhalt,
- Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben mit Nachweis eines in Deutschland amtierenden Rabbiners, Mitglieds der ORD (Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland) oder ARK (Allgemeine Rabbinerkonferenz Deutschland),
- beiderseitige schriftliche Willenserklärung (des Mitglieds und der Gemeinde) zur Aufnahme.

Wir haben heute 568 Mitglieder, davon 383 stimmberechtigte. Es gibt derzeit 93 Mitglieder, die jünger als 18 Jahre sind. Die Zahl der Gemeindemitglieder stagniert bzw. geht seit 2005 zurück. Die Mitgliederzahlen der Jüdischen Gemeinde zu Halle sind z. B.:

- 1994 → 99
- 1998 → 354
- 2005 → 739 (höchste Zahl)
- 2016 → 570

Unabhängig von den Mitgliederzahlen hat sich jedoch die Gemeindegarbeit geändert. Wir werden mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die in jedem Fall komplizierter geworden sind als die in der Zeit der großen Zuwanderungswelle in den Jahren 1992 bis 2005. Damals war es am wichtigsten, den neuzugewanderten Menschen sozusagen »erste Hilfe mit einer jüdischen Komponente« zu leisten: in Alltagsproblemen, bei Behördengängen, in der Berufsankennung, aber auch in der Integration in die jüdische Gemeinschaft Deutschlands. Heute müssen wir strukturelle und ganz schwierige Aufgaben lösen, z. B. was die Einführung eines schulischen Religionsunterrichts zum Judentum betrifft. Im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Koalition

gibt es einen Hinweis auf die Einführung des Schulunterrichts Islam. Beim jüdischen Religionsunterricht gibt es, trotz der jahrelangen Verhandlungen und einer positiven Willenserklärung, weiterhin keine greifbaren Fortschritte.

Ergänzung im September 2021: Inzwischen wurde, was die Einführung des schulischen Religionsunterrichts Judentum betrifft, eine erste Hürde genommen: Im September 2021 beginnt in unserer Stadt Halle (Saale) ein Pilotprojekt für Sachsen-Anhalt, zunächst in den 1. und 2. Klassen. Eltern können für ihre Kinder nun den jüdischen Religionsunterricht als Alternative zum Ethik-Unterricht oder zum evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht wählen. Ich hoffe sehr, dass dieses Projekt bald eine landesweite Ausweitung finden wird.

Welche Bedeutung hat die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) heute im Vergleich zu den anderen Gemeinden in Sachsen-Anhalt in Bezug auf Größe usw.?

Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) ist von der Mitgliederzahl her die größte Gemeinde in Sachsen-Anhalt. Es gibt aber außer der Mitgliederzahl keinen Unterschied zu den Gemeinden in Dessau und Magdeburg (der Jüdischen Gemeinde zu Dessau und der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg) – alle drei sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und übernehmen somit alle üblichen Aufgaben in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet.

Zurzeit laufen die Jüdischen Kulturtage in Halle – ein spannender Beitrag, um jüdisches Leben in das Bewusstsein aller zu bringen. Reicht das oder müsste aus Ihrer

Sicht in Halle (Saale) noch mehr angeboten werden?

Was die Vorstellung der jüdischen Kultur betrifft, sehe ich die gegenwärtigen jüdischen Kulturtage in Halle als eine hervorragende Veranstaltungsreihe mit einem überwältigen und inhaltlich sehr reichen Programm. Ich würde mir jedoch wünschen, dass die jüdischen Kulturtage mit einem solchen Programm auch auf Landesebene stattfinden. In diesem Jahr haben wir bereits eine Reihe von gemeinsamen Events mit anderen Städten, wie z. B. Gröbzig, Dessau-Roßlau und Halberstadt. Der Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinschaft sieht vor, die Organisation der jüdischen Kulturtage auf Landesebene zu unterstützen.

Ergänzung im September 2021: In diesem Jahr finden die Ersten jüdischen Kulturtage in Sachsen-Anhalt statt. Die andauernde Pandemiekrise erschwert die Vorbereitungen und die Ausgestaltung dieses langersehnten Events enorm. Dennoch plant die Landesregierung, auch in Zukunft die regelmäßige Durchführung der jüdischen Kulturtage auf Landesebene zu unterstützen.

Die Jüdische Gemeinde engagiert sich stark in der Kinder- und Jugendarbeit – aber worin besteht der Kinderunterricht im Kinderklub, wer leitet ihn? Was ist der Jugendklub und wo befindet sich das Jugendzentrum »Anachnu Chaverim«? Gibt es dort auch gemeinsame Veranstaltungen mit nicht-jüdischen Kindern?

Die Gemeindeaktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Seniorenbetreuung konzentrieren sich zum größten Teil auf die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) bzw. auf die Perso-

nen, die in der Gemeinde den Status eines Gemeindeangehörigen haben (also ein nicht-jüdisches Familienmitglied eines Gemeindemitglieds). Die Aktivitäten finden sowohl im Gemeindezentrum, das auch das Jugendzentrum »Anachnu Chaverim« beherbergt, als auch in der Synagoge oder an diversen anderen Orten statt, wo wir Räumlichkeiten für bestimmte Events anmieten (im In- und auch im Ausland, z. B. im Rahmen der Winter- und Sommerferienlager). Außerdem gibt es eine sehr enge und gute Zusammenarbeit mit den Jugendzentren der Gemeinden in Magdeburg und Dessau sowie in den Bundesländern Sachsen und Thüringen.

In unserem Jugendzentrum bieten wir, neben einem Malzirkel und Religionsunterricht, Kinderunterricht an. Die Kinder und Jugendlichen können hier unter anderem etwas über die jüdischen Traditionen, Kultur, Festbräuche oder die Schulbildung in Israel lernen. Ein weiteres Angebot besteht in der Madrichimschule, bei der sich junge Gemeindemitglieder zu Kinder- und Jugendgruppenleitern weiterbilden können. Die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendabteilung organisieren darüber hinaus in jedem Jahr Sommer- und Winterferienlager im In- und Ausland sowie diverse Events und Gruppenausflüge. Beispielsweise haben die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinde in den letzten beiden Jahren an den Jewrovision-Veranstaltungen in Mannheim und Dresden teilgenommen – ein an den Eurovision Song Contest angelehnter jüdischer Gesangs- und Tanzwettbewerb für Kinder und Jugendliche der jüdischen Gemeinden in ganz Deutschland.

Ergänzung im September 2021: Infolge der Pandemie hat die Gemeindegarbeit sehr

viele Einbußen erfahren. Zum ersten Mal mussten wir im Jahr 2020 das Sommerferienlager absagen. Auch die Kinderaktivitäten laufen derzeit noch überwiegend digital per Zoom und weniger in Präsenz. Hingegen ist es uns in diesem Jahr gelungen, das Sommerferienlager in Bulgarien, unter Einhaltung aller pandemiebedingten Auflagen, durchzuführen.

Können Sie auch kurz beschreiben, worin die Arbeit des Frauenklubs und des Klubs »Schalom« besteht?

Der Klub »Schalom« ist ein Klub für Senioren, die sich regelmäßig, etwa vier- bis sechsmalig im Jahr, treffen. Es gibt keine »interne« Mitgliedschaft in diesem Klub, er steht allen Senioren offen.

Der Frauenklub »Debora« ist wesentlich aktiver und verlangt eine Mitgliedschaft im Klub. Die Mitglieder haben sich, innerhalb der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), eine Satzung gegeben und eigene Mitgliedsbeiträge eingeführt. Sie treffen sich mindestens einmal monatlich, im Herbst und Frühling auch zwei bis drei Male im Monat. Der Frauenklub »Debora« hat zurzeit etwa 40 Mitglieder. Sie übernehmen unter anderem die Aufgaben des karitativen Bikur Cholim in der Gemeinde. Auch hier gibt es eine rege Zusammenarbeit mit den Frauenklubs in den Nachbargemeinden bis hin zu den Gemeinden in Brandenburg und Sachsen. Ich persönlich bin sehr stolz auf die Arbeit dieses Klubs!

Ergänzung im September 2021: Unter der Corona-Krise leidet am meisten die Seniorenarbeit der Gemeinde. Wir mussten alle Aktivitäten, einschließlich den beliebten Seniorenschabbaton im Thüringer Wald, und eine geplante Bildungsreise nach Isra-

el absagen. Stattdessen haben wir unsere Sozialbetreuung erweitert und sind auf eine digitale Betreuung via Skype, Zoom & Co. umgestiegen.

Im Juni dieses Jahres konnten wir dann doch den Seniorenschabbaton in Thüringen durchführen, wenn auch mit einer geringeren Teilnehmerzahl als ursprünglich geplant war.

Wie würden Sie das Leben für jüdische Menschen in Sachsen-Anhalt beschreiben? Gibt es einen Wandel in der Sozialarbeit?

Diese Frage lässt sich kaum kurz und präzise beantworten. Die jüdische Gemeinschaft ist ein Bestandteil der Gesellschaft, die in sich selbst schon mehr oder weniger mit Problemen im Alltag behaftet ist oder Erfolge aufweisen kann. Jüdische Mitbürger wohnen in Stadtteilen, in denen die Kriminalität in den letzten Jahren gestiegen ist. Auch die Mieten steigen und werden für die Hartz-4-Empfänger nicht immer vollumfänglich von den Sozialträgern übernommen. Mit denselben Problemen sehen sich auch die nichtjüdischen Bewohner der Städte Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-Roßlau konfrontiert, die auf SGB-II- oder SGB-XII-Leistungen angewiesen sind. Wir haben derzeit weniger Anfragen in der Sozialabteilung als früher. Die Fälle sind jedoch meistens viel komplexer geworden. Es geht um Problemfälle im Rahmen von SGB II, SGB XII und manchmal auch SGB VIII. Besonders oft stellt sich uns die Problematik der Konsequenzen, die sich aus der Nichtanerkennung bei jüdischen Zuwanderern im Gegensatz zu deutschen Aussiedlern ergeben in Bezug auf ihren Lebensweg vor der Einwanderung nach

Deutschland. Als Ergebnis haben wir das Problem der Altersarmut bei einigen unserer Mitglieder. Uns beschäftigen auch Einzelfälle in der Auslegung des Sozialgesetzes, die sich inhaltlich auf die Zeit der Schoa beziehen.

Was das jüdische Leben in den Gemeinden betrifft, versuchen wir unsere Aktivitäten weiterzuentwickeln, insbesondere bei der Kinder- und Jugendbetreuung. Die Gottesdienste finden regelmäßig statt, wenn auch immer mehr unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen. Auch für die älteren und kranken Menschen versuchen wir diverse Programme zu entwickeln, um den nicht immer rosigen Alltag dieser Menschen zu bereichern.

Ergänzung im September 2021: Das vor drei Jahren angesprochene Problem der Altersarmut bei eingewanderten Jüdinnen und Juden ist noch aktueller geworden. Leider hat die Bundesregierung keine entscheidenden Schritte unternommen, um die Lage zu entspannen.

Gibt es mittlerweile eigentlich eine Einigung mit der Synagogengemeinde oder laufen noch immer Gerichtsverfahren?

Diese Frage, insbesondere in Verbindung mit dem 80. Jahrestag des Novemberpogroms, wundert mich ... Was bedeutet eine Einigung? Um sich über etwas mit jemandem zu einigen müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

- Es gibt einen Sachverhalt, über den man sich einigen möchte.
- Es gibt jemanden, mit dem man sich über diesen Sachverhalt einigen möchte.

Beides ist in diesem Fall einfach nicht gegeben. Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) hatte in der Vergangenheit und hat

auch jetzt keine gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der Synagogengemeinde zu Halle e. V.

Ergänzung im September 2021: Inzwischen existiert der Synagogengemeinde Halle e. V. nicht nur de facto, sondern auch de jure nicht mehr. Er wurde aus dem Vereinsregister des Amtsgerichts Stendal gestrichen.

Was fehlt in Sachsen-Anhalt?

Was das jüdische Leben betrifft, so nenne ich eindeutig an erster Stelle die Synagoge in der Landeshauptstadt. Als wir alle gemeinsam im Jahr 2015 im Hotel Ratswaage in Magdeburg das Purim-Fest feierten, für das unser hallesches Jugendzentrum die Aufführung vorbereitet hatte, habe ich versprochen, dass wir sehr gern wieder das Purim-Shpil in Magdeburg präsentieren, sobald hier eine neue Synagoge erbaut ist. Außerdem noch:

- schulischer Religionsunterricht Judentum,
- eine Synagoge für die Jüdische Gemeinde zu Dessau,
- ein gut funktionierendes Netzwerk aus jüdischen Gemeinden und musealen Einrichtungen, die sich dem Judentum widmen, wie in Gröbzig, Halberstadt und der Region Dessau-Wörlitz, das allen Ausbildungsstätten im Bundesland die Möglichkeit bietet, die jüdische Gemeinschaft und die jüdische Geschichte und Religion kennenzulernen. Derzeit funktioniert die Netzwerkarbeit mehr oder weniger gut in Halle (Saale), Magdeburg und Dessau. Sie ist aber sehr stark vom persönlichen Engagement des jeweiligen Lehrers oder Erziehungsbevollmächtigten abhängig,

- ein durchdachtes Konzept zur Bekämpfung von antisemitischen Tendenzen, insbesondere auch bei Zugewanderten aus Ländern mit einer aggressiven anti-jüdischen Staatspolitik, wie Syrien oder Afghanistan (dies ist jedoch kein spezifisches Problem in Sachsen-Anhalt, sondern betrifft die gesamte Bundesrepublik),
- das Bewusstsein dafür, dass die jüdische Gemeinschaft ein Bestandteil der Gesamtgesellschaft ist, und demzufolge auch ein Bewusstsein, dass der Antisemitismus auf keinen Fall nur das Problem der jüdischen Gemeinschaft, sondern der Allgemeinheit ist und bleibt.

Ergänzung im September 2021: Es ist interessant, die vor drei Jahren genannten Punkte heute neu zu bewerten:

- Die neue Synagoge in der Landeshauptstadt Magdeburg wird gebaut. Auch in Dessau entsteht eine neue Synagoge für die Gemeinde. Das freut mich persönlich außerordentlich. Wir halleschen Juden freuen uns, dass auch unsere Freunde in Magdeburg und Dessau demnächst eine eigene Synagoge haben werden!
- Auch der schulische Religionsunterricht zum Judentum startet in diesem Jahr, zunächst als Pilotprojekt in Halle (Saale) in den ersten zwei Klassenstufen. Das ist eine gute Neuigkeit! Der jüdische Religionsunterricht wird sich gewiss zu einem eigenständigen Schulfach entwickeln.
- Ein gut funktionierendes Netzwerk aus Gemeinden und musealen Einrichtungen hat sich zwar noch nicht etabliert, es gibt aber wichtige Schritte in diese Richtung. Für das Museum Synagoge Gröbzig und die Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt wurden jeweils Beiräte in-

stalliert. In beiden Gremien kommen unterschiedliche Experten zusammen, um die Arbeit dieser Einrichtungen zu unterstützen. Auch der Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt ist durch meinen Vorstandskollegen in diesen Gremien vertreten. Ich hoffe, dass sich das Netzwerk nach Ende der Pandemiekrise weiterentwickeln wird.

- Der Antisemitismus, oder besser gesagt, das Unheil namens Antisemitismus, hat sich in den letzten drei Jahren leider weiter ausgebreitet und ist qualitativ schlimmer geworden. Höhepunkt war der Anschlag in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019, verübt von einem pathologischen Antisemiten, einem Mörder, der nie in seinem Leben, zumindest nicht bis zu seinem Gerichtsprozess, bewusst einen Juden oder eine Jüdin gesehen hatte. Dieses Attentat hat gleich mehrere Probleme in unserer Gesellschaft aufgezeigt: eine in der Familie herrschende, allgemeine antisemitische Weltanschauung, die sich von den Eltern auf die Kinder überträgt; die Radikalisierung im World Wide Web, verbunden mit großen Lücken innerhalb der Sicherheitsbehörden, die nicht in der Lage sind, aus welchem Grund auch immer, diese Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen; die Versuche diverser politischer Kräfte, anderen die Schuld für dieses Attentat zuzuschreiben, um sich selbst von ihr freizusprechen; und wahrscheinlich das Hauptproblem: das enorme Hasspotenzial, das auch vor Mord nicht zurückschreckt. Diesen Hass gibt es nicht nur bei dem Attentäter von Halle, wir haben ihn auch davor und danach erlebt, z. B. in Hanau und Dresden.
- Der Antisemitismus war in diesem Sommer in Halle (Saale) und anderen deutschen Städten präsent, als ein schreiender Mob auf dem Marktplatz und am Leipziger Turm versuchte, israelische Flaggen zu verbrennen. Das hat gezeigt, dass die Integration von aus Ländern mit antisemitisch geprägter Staatspolitik eingereisten Migrant*innen, zumindest bei diesem Thema, gescheitert ist.

Die Wiedereröffnung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vor 75 Jahren

Dr. Walter Müller

Für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung befand sich die hallische Universität im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten in einer relativ günstigen Lage. Im Vergleich zu anderen Universitäten waren die Kriegsschäden relativ gering, nur die Universitäts-Frauenklinik war stark zerstört, Melanchthonianum und Robertinum beschädigt. Der restliche Baubestand hatte von kleineren Schäden abgesehen die Kriegseinwirkungen zumeist unversehrt überbestanden. In der sowjetischen Besatzungszone befand sich nur die Universität Greifswald in einer besseren Situation.

Eine weitere Besonderheit bestand in Halle darin, dass einen großen Anteil an der kampflosen Übergabe der Stadt an die amerikanischen Truppen am 16. und 17. April 1945 auch zwei Professoren der Universität Anteil hatten: der Chemiker Professor Dr. Theodor Lieser (1900–1973) und der Mediziner Professor Walter Hülse (1887–1958). Lieser wurde von den amerikanischen Militärbehörden zum Oberbürgermeister ernannt, jedoch im Oktober bereits wieder von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) entlassen. Die ersten Ansätze zur

Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität wurden noch von den Amerikanern eingeleitet, allerdings wegen des bald bevorstehenden Abzugs nicht beendet. Am 24. April 1945 verfügten die amerikanischen Militärbehörden zunächst die Schließung der Universität. Der Rektor und Hitler-Anhänger Wilhelm Wagner, sein Stellvertreter Heinrich Springmeyer, ein ehemaliger Mitarbeiter Alfred Rosenbergs, sowie wenige weitere Senatsmitglieder wurden verhaftet. Damit hörte die akademische Selbstverwaltung auf zu bestehen. Bereits Anfang bis Mitte Mai 1945 wurde mit der Verteilung der Personalfragebögen, die jeder Universitätsangestellte auszufüllen hatte, die politische Säuberung eingeleitet. Vom im Amt gebliebenen Universitätskurator Tromp wurden die von politisch unbelasteten Personen überprüften Angaben an die amerikanische Militärregierung übergeben und bereits am 19. Juni 1945 die Wahl eines neuen Rektors genehmigt. Am 25. Juni wählte das Konzil den Theologen Professor Otto Eißfeldt (1887–1973), der bereits 1929–1930 einmal Rektor gewesen war, zum Rektor und den Zoologen Professor Ulrich Gerhardt (1875–1950) zum Prorektor. Der offizielle Amtsantritt

war allerdings erst nach deren politischen Überprüfungen vorgesehen. Dazu kam es nicht mehr, da am 1. Juli 1945 entsprechend der Verwirklichung der alliierten Festlegungen über die Besatzungszonen in Deutschland ein Kommando der Roten Armee in Halle eintraf und damit Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone wurde. Die Entnazifizierungsbögen übergaben die Amerikaner an die neue sowjetische Militärverwaltung (SMA).

Beim Abzug der Amerikaner wurden wichtige wissenschaftliche Apparaturen, technische Geräte und teilweise auch Bibliotheksbestände mitgenommen. Dazu kam der Abtransport von ca. 90 Wissenschaftlern der Universität in die amerikanische Besatzungszone. Dies führte zu einem Substanzverlust, der erst nach längerer Zeit und unter großen Anstrengungen wieder ausgeglichen werden konnte.

Zunächst ließ der sowjetische Stadtkommandant die neue Universitätsleitung bei der Vorbereitung der Wiedereröffnung der Universität auf der Grundlage der bereits von den Amerikanern eingeleiteten Maß-

nahmen gewähren. Erst nach einer am 24. Juli 1945 erfolgten Besprechung von Vertretern der SMAD, dem Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung Willy Lohmann (1883–1945) und dem Rektor gab Major W. Demidow Bedingungen für die Wiedereröffnung der Universität bekannt. Dazu gehörte vor allem, dass innerhalb von drei Wochen durch die Provinzialregierung ein Beschluss über die Demokratisierung der Universität herbeizuführen sei. »Dies bedeutete: Sichtung des Lehrkörpers, Säuberung der Bibliotheken von nationalsozialistischer Literatur, die jedoch als Beweisstücke und für Forschungszwecke aufbewahrt werden sollte, Vorlage der Semesterplanung inklusive der zu benutzenden Literatur und kurze Inhaltsangaben der Vorlesungen.«

Die Entnazifizierung der Universität wurde damit zum Hauptthema bei der Vorbereitung der Wiedereröffnung. Bis zur Kapitulation bestand der Lehrkörper aus 216 Personen, davon waren 132 NSDAP-Mitglieder. Am 25. Juli erhielt die SMA die geforderte Liste des Universitätspersonals. Der sogenannte Reinigungsausschuss tagte erst-

mals am 11. und 12. August 1945. Das Ergebnis war weder für die SMA noch die Provinzialverwaltung befriedigend. Zwar wurden 95 Universitätsangehörige, darunter 26 Professoren, 24 Angehörige des sonstigen wissenschaftlichen Perso-



Festakt zur Wiedereröffnung der Universität in der Aula im Löwengebäude am 1. Februar 1946



Otto Eißfeldt (1887–1973), der erste Rektor der Universität von 1945–1948
Porträt, Öl auf Leinwand, 1957; Conrad Felixmüller (1897–1977)

nals und 45 Angestellte und Arbeiter zur Entlassung empfohlen, aber bereits am 17. August forderte die SMA eine Überarbeitung der Entscheidungen. Nachdem die

Provinzialverwaltung am 6. September 1946 verschärfte Bedingungen für die Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes bekanntgab, wurden 53 Professoren als belas-

tet eingestuft. Insgesamt vier Anträge des Rektors zur Eröffnung der Universität wurden im Oktober 1945 abgelehnt. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit der weiteren Verschärfung der Entnazifizierungsbestimmungen durch die sowjetischen Behörden und die Abteilung Volksbildung der Provinzialverwaltung. Nunmehr mussten alle nominellen NSDAP-Mitglieder entlassen werden. Am 26. Oktober 1945 erfolgte die entsprechende Anweisung der Provinzialregierung, Beamte, »gleichgültig, ob sie zu den Naziverbrechern, Aktivisten, Inhabern von Parteiämtern, Mitgliedern der SA, der SS oder irgendwelchen Gliederungen der NSDAP zählen«, zu entlassen.

Die Erklärung von Professor Solotuchin seitens der SMA am 3. Dezember 1945, dass die Wiedereröffnung der Universität in Halle erst nach der in Leipzig erfolgen werde und dass alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu entfernen seien, bedeutete eine weitere Verzögerung. Daraufhin entschied der Universitätssenat, dass mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät alle anderen auch ohne [die] ehemaligen Parteimitglieder arbeitsfähig seien. Die Wiedereröffnung – ohne Medizinische Fakultät, die erst am 24. Mai 1946 mit 24 Hochschullehrern und 362 Studenten die Lehrtätigkeit aufnahm – erfolgte durch Befehl Nr. 8 der SMA vom 30. Januar 1946 zum 1. Februar 1946, nachdem durch Befehl Nr. 32 auch die Zusammensetzung der Studentenschaft genehmigt worden war. Der Lehrbetrieb in der Philosophischen, Rechts- und Staatswissenschaftlichen, Naturwissenschaftlichen und der Theologischen Fakultät begann zunächst mit 40 Professoren, Dozenten, Lehrbeauftragten und Lektoren sowie

1016 Studenten, davon 339 Studienanfängern. Aufgrund fehlender Lehrkräfte bzw. der Nichterfüllung der von der Provinzialverwaltung und der SMAD für die Durchführung der Lehrtätigkeit festgelegten Bedingungen konnten allerdings noch nicht alle Fachrichtungen in den Fakultäten die Ausbildung aufnehmen. So begann der Lehrbetrieb an der Philosophischen Fakultät in den besonders strittigen Fächern Philosophie und Geschichte erst im Wintersemester 1946/47. Aber auch der politisch von den neuen Machthabern gewünschte Einfluss der für alle Studenten obligatorischen Vorlesung »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« war zunächst gering.

Probleme gab es aber auch bei der Entnazifizierung der Bibliotheksbestände. Zwar war die Universitätsbibliothek als eine der ersten in Deutschland nach dem II. Weltkrieg auch am 1. Februar wiedereröffnet worden, musste aber aufgrund eines Befehls der SMAD vom 1. Juli bis 21. Oktober 1946 nochmals geschlossen werden. Ursache dafür waren vor allem bei Kontrollen der SMAD und der Provinzialverwaltung festgestellte Versäumnisse bei der Aussonderung faschistischer und militaristischer Literatur entsprechend der vorgegebenen Aussonderungslisten.



Willi Sitte

Zum Hundertsten Geburtstag

Prof. em. Ulrich Reimkasten

*Wir gedenken und ehren Willi Sitte
(28.2.1921 – 8.6.2013)*

*Bauernsohn – Künstler – Kommunist, Soldat
– Partisan, erster Professor unseres Vorläufer-
fachgebiets Bildteppichgestaltung, Gründer
der Gobelin- und Textilmanufaktur Halle, prä-
gende Persönlichkeit der Burg Giebichenstein
Kunsthochschule Halle – Kulturfunktionär*

Damals spontan niedergeschrieben, charakterisiert diese knappe Notiz dennoch treffend die Person Willi Sitte. Der Bauernjunge, der als Kind auf dem elterlichen Hof helfen musste, in seiner Freizeit zeichnete und früh Mitglied der Kommunistischen Partei wurde, erscheint heute als ein geradezu romantisches Bild. Es zeigt die Ausgangssituation zum konfliktreichen Leben eines politisch engagierten Künstlers. Selbst bezeichnete er sich stets als Autodidakt, blieb Kommunist und im Herzen irgendwie Bauer. Ich hielt ihn jedenfalls für schlau und bescheiden, auf Wachstum bedacht. Bei Breugel stürzt Ikarus weit im Hintergrund ganz nebenbei ins Meer – im Vordergrund der pflügende Bauer mit Pferd auf seinem Acker. Bei Sitte rauscht Ikarus abwärts, am

entwerfenden Ingenieur mit seinem Reissbrett vorbei, um im nächsten Augenblick auf der Erde aufzuschlagen. Der Ingenieur erweckt den Eindruck, als würde er gerade diesen Absturz berechnen. Als Student hatte ich mir den Ikarus-Teppich aus dem Archiv ausgeliehen und in meinem Atelier in der Triftstrasse an die Wand gehängt und Willi hat mich gefragt, weshalb ich den Ikarus im Atelier hätte. Meine Antwort hat ihn, glaube ich, verwundert. Ikarus bleibt für mich mit Willi Sitte verbunden, so wie Prometheus mit meinem anderen Lehrer Josep Renau verbunden bleibt.

Als Professor war Willi Sitte eine respektierte Autorität an der Burg – in einem heute kaum mehr vorstellbaren Sinne. Aber in der Hochschulmensa stellte er sich wie alle Anderen hinten an. Für die Hochschule hat Willi in schwierigen Zeiten viel getan.

Wir danken ihm dafür. Nach Jahren konnte er sich noch an jede, einmal gesehene Studienarbeit genauestens erinnern. Das hat uns Studenten ungemein beeindruckt. Er durchschaute uns wohl ziemlich gut. Während meines Studiums an der Burg hat mir Willi die nützlichsten Hinweise gegeben.

Prof. Willi Sitte Maler und Graphiker, 1967

Beispiel: »Malen Sie da doch einfach mal einen richtig grossen roten Fleck hin, das zwingt zur Farbe.« »Ich weiss aber nicht was ich damit soll.« »Egal, ich mach dann irgend was draus, ein Kleid oder eine Fahne.« Oder: »Wie soll's weitergehen?« »Erstmal will ich noch besser Aktzeichnen.« »Wozu, das können Sie erstmal gut genug, nun müssen Sie damit was machen.« Und er hat mich davor bewahrt, dass ich aus dem Studium heraus zum Wehrdienst eingezogen wurde. Mit seiner Förderung hatte Willi allerdings auch Forderungen verbunden. Ausdauernd versuchte er mich als

Willi Sitte, Ikarus, 1957/58, Gobelin, Entwurf Willi Sitte, Ausführung Ilse-Maria Krause



Mitglied für die SED zu werben. Nach ein, zwei Jahren hab' ich dann schweren Herzens endgültig abgelehnt. Eine Parteimitgliedschaft war für mich keine Option, aber aus Respekt vor seiner Person fiel mir das endgültige Nein wirklich schwer. Ich mochte Willi einfach sehr. Ob er sich über meine Weigerung geärgert hat, weiss ich nicht, über meine schalkhafte Begründung wahrscheinlich schon. Meinen ersten Beitrag auf einer Ausstellung der Berliner Sektion Malerei des VBK am Fernsehturm 1982 oder '83 hat er, vielleicht aus anderen Gründen, jedenfalls heftig kritisiert. Seinen Vorschlag mich als Parteigenosse zu gewinnen wiederholte er später gegenüber meinem Meister

an der Akademie der Künste Herbert Sandberg, der darauf erwiderte »Das sollten wir den jungen Mann selbst entscheiden lassen«.

1987 nahm Willi an einer Beratung der Zentralen Arbeitsgruppe Junger Künstler auf Burg Goldbeck teil, wo ich damals mit Trak Wendisch und weiteren Künstlern wohnte und arbeitete. Es wurde geredet,

Den **IKARUS-TEPPICH** mit zugehöriger Notiz hatte die Klasse Reimkasten im Rahmen der Jahresausstellung 2013 zum Gedenken an Willi Sitte präsentiert. Der stürzende Ikarus passte zu Text, Person und Anlass. Willi Sitte war einige Wochen zuvor verstorben.

gut gegessen, Willi rauchte Zigarre – ein gutes Zeichen, ein schöner Tag. Bald danach kam Willi Sittes grandioser Abschied als Präsident des VBK der DDR im Palast der Republik. Nie werde ich vergessen, wie dutzende Blumensträuße auf die Bühne geworfen, von Willi wieder zu den Kollegen zurück geworfen wurden usw. Unmissverständlicher Ausdruck der grossen Dankbarkeit der Verbandskollegen für ihren Präsidenten. Dann kam das Ende des Arbeiter- und Bauernstaates und für Willi Sitte begann eine schwierige Zeit. Seine Vergangenheit holte ihn ein, Vorwürfe wurden laut, Kollegen wandten sich ab, es kam zum Bruch mit befreundeten Künstlern. Sie hatten die Seite gewechselt und die Arbeiterklasse hatte sich seiner Meinung nach selbst verraten. Seine geliebte Hochschule hatte sich von ihm zurückgezogen. Als ich Willi 1992 das erste mal wieder besuchte, schien er das alles akzeptiert zu haben. Er wirkte nicht wirklich frustriert auf mich und meine Frau, rauchte Zigarre, hatte große Pläne, schwärmte von einem italienischen Restaurant in Halle, wollte in einem Teil seines Ateliers eine Galerie eröffnen, meine Frau schlug vor sie »Oben auf« zu nennen. Einige male besuchte ich Eröffnungen der von seiner Tochter Sarah geführten Galerie – Nuria Quevedo, Frank Ruddigkeit, Ronald Paris. Die von meinem Sepia-Institut gemeinsam mit der Merseburger Willi-Sitte-Galerie 2011 veranstaltete Ausstellung »Der Hallesche Bildteppich« war für ihn als Gründer der Textil- und Gobelinmanufaktur eine unerwartete Anerkennung. Als ich ihm das grossformatige Plakat zur Ausstellung ans Krankenbett brachte, war er einen Moment zufrieden mit sich und

der Welt. Ich war glücklich darüber, ihm etwas Freude zu bringen.

Ich stelle mir vor, dass Willi die Ereignisse seit der Wiedervereinigung als Fahrt auf einer ausser Kontrolle geratenen Achterbahn erlebt haben wird. Eine Kette sich überschlagender Ereignisse. Absage aus Nürnberg, Eröffnung der Galerie mit Kanzler Gerhard Schröder in Merseburg, Stiftungsgründung, schwerer Unfall, geplante aber dann abgesagte Ausstellung der Hochschule zum Fünfundachtzigsten, Kunstpreis der Stadt Halle, Ausstellung in der Villa Kobe Halle und der Willi-Sitte-Galerie in Merseburg zum Neunzigsten. Verluste, Enttäuschungen, Anfeindungen, mitunter Beistand, Zuspruch oder Erfolg. Der folgenschwere Unfall, der ihn für den Rest seines Lebens ans Bett fesselte war für den Vollblutmaler, der sich darauf gefreut hatte sein Alterswerk zu schaffen, sicher nur schwer zu ertragen. Wie Willi das alles empfunden und bewältigt hat, kann ich mir weniger vorstellen.

Eine kritische und angemessene Würdigung von Werk und Leistung hat er nicht mehr erlebt. Das ist tragisch, war aber durch die Defizite in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte bisher kaum möglich. Zu viel Ideologie und Propaganda haben immer wieder den Blick auf die Werke verstellt, Vorurteile und Unkenntnis der Zusammenhänge, eine kritische Auseinandersetzung unmöglich gemacht. Dabei ist die Person ebenso wie die Kunst aus dem Blick geraten. Willi ist dann der Funktionär und Staatsmaler. Klischees. Sobald aber in einer Diskussion der alte Begriff »Viererbände« auftaucht wird klar, wie unverhält-

nismässig negativ Willi Sitte bewertet wird und wie wenig das zu den oben erwähnten Blumensträssen passt. Viele der Blumensträsswerfer haben sich verständlicherweise anschliessend abgewandt, um sich eilig auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Andere haben wahrscheinlich einfach die Orientierung verloren. Manches wurde verdrängt, anderes nostalgisch erklärt. Mitunter passt alles nicht recht zusammen. Die fixe Regel der Kunsthistoriker, künstlerische Phänomene ausschliesslich im Kontext ihrer Zeit zu bewerten, sollte auch für Willi gelten. Als ich in Willis Atelier einzog fand ich Anfangs ab und zu noch Dinge, die sehr anschaulich von einem Künstlerleben im Wechsel von Um- und Zusammenbrüchen erzählten. Selbst kann ich von einem kämpferischen, konsequenten Charakter und strengen aber inspirierenden Lehrer berichten und darüber, dass mich einige seiner Bilder zutiefst anrühren – Poebene, Lidice, Bildnisse der Eltern. Als Kulturfunktionär hatte er sich in der Hoffnung auf Verbesserung der Verhältnisse für die Kunst und die Künstler in der DDR letztendlich zwischen Möglichkeiten und Zwängen herumzuschlagen. Seine Entscheidung kann man naiv oder mutig nennen, sicher ist, dass die Absicht zu Konflikten führen musste.

Mit dem von Thomas Bauer-Friedrich und dem Kuratorenteam betriebenen Ausstellungsprojekt zum Hundertsten wird Werk und Lebensleistung Willi Sittes nun endlich die verdiente Anerkennung zuteil. In Anbetracht dessen, dass Sitte als umstrittener Künstler der DDR gilt, ist die Entscheidung des Museumsdirektors für das Projekt mutig zu nennen. Willi wird seine Retro-

*Lieber Eckhart,
ich danke dir für die Zusendung deiner Sitte-Texte, mehr noch für das damit verbundene Vertrauen.*

Deinen Einleitungstext hab' ich soeben gelesen. Mein erster Eindruck: Beeindruckend recherchiert, weit ausgeholt, kein Fakt, kein Argument, kein Gedanke zu viel. Einiges hätte Willi sicher als streng empfunden, hätte aber auch nicht widersprochen, weil er sich nicht rausreden würde wie andere. Es wird klar, dass er es nie leicht hatte, es sich nie leicht gemacht hat, mit seiner Haltung und dass es Dinge gibt, die Konsequenzen haben, über das persönliche Leben hinaus. Was richtig oder falsch war, wertest Du letztlich nicht. Du zeigst anhand von Fakten, wie das mit Sitte war. Damit wird's echt »historisch«. Da gibt's was zu denken und zu lernen. Geschichte muss erzählt, nicht gewertet werden, weil's zu nichts führt. Hoffen wir die Geschichte von Willi Sitte, dem Künstler tut's! Bilder gibt's genug und nun den Text dazu.

Nach so viel Ideologie und Behauptung tut deine Zurückhaltung gut. Glückwunsch. Schwieriges Problem gut beschrieben.

Nun schlaf ich drüber, lese nochmal, les' auch die anderen Texte und dann melde ich mich wieder.

Ganz, ganz herzliche Grüße, unbedingt auch an Inge.

Ulrich

E-Mail-Korrespondenz vom 30.06.2021

Lieber Eckhart,

seit gestern sind wir in Blücherhof, wo wir die nächsten Wochen mit unseren Enkelkindern verbringen werden. Urlaub. Die beiden Wochen vor Abreise waren, wie üblich anstrengend, da in letzter Minute immer alles mögliche zu regeln ist.

Inzwischen hab' ich deine Texte für den Sitte-Katalog gelesen. Deine sachliche und fundierte Beschreibung der Werke, die Verflechtung der Fakten, die Ausleuchtung der Hintergründe ist sicher die einzig angemessene Art sich Willi zu nähern, weil so eine Einordnung in die historische Situation mit unvermeidlichen Konflikten oder Irrtümern durch mögliche oder unmögliche Absichten, Haltungen, Verfehlungen möglich wird.

Willi hatte seine Rolle zu spielen und die war eine konfliktbetonte. Am Ende erscheint alles menschlich und mehr als ein Mensch wollte der Willi, wie ich ihn kannte, auch nicht sein. Dass Menschen verfehlen hat er, glaube ich, niemandem übel genommen, auch sich selbst nicht. Da er aber ein Kämpfer war, musste er sich in Konflikten wiederfinden.

Besonders schön finde ich die Passagen in denen Du die Ähnlichkeit von christlichen und sozialistischen Figuren, Symbolen oder Metaphern zeigst. Ich erinnere mich gut daran, wie Willi uns Studenten empfohlen hat die Bibel zu lesen, weil man sonst die Kunstgeschichte gar nicht verstehen könne. Gemeint hat er natürlich die Alten Meister.

Dass er Courbet, der keine Engel malen konnte, weil er noch nie einen gesehen hatte, besonders verehrte, verweist dann aber gleich auf einen ersten Konflikt. Wie auch seine Selbstzweifel zeigen, hatte Willi auch mit inneren Dämonen und nicht nur mit äußeren Feinden zu kämpfen. – Ein Künstler eben.

Nun bin ich gespannt, was die anderen Autoren geschrieben haben und wie die Ausstellung ist.

Euch wünsche ich einen schönen Sommer. Wenn ihr Lust habt, besucht uns – hier in Mecklenburg oder später in Halle. Das Geschenk steht noch an.

Liebe Grüße an Inge auch von Antje. Bis bald.

Herzlich Ulrich

E-Mail-Korrespondenz vom 17.07.2021

spektive aus der anderen Welt sehen. Seiner Witwe Ingrid Sitte und seiner Tochter Sarah ist es womöglich eine Genugtuung. Ich selbst bin glücklich über diese und andere Ausstellungen in Willis Jubeljahr 2021. Persönlich habe ich mir jedenfalls immer mehr Gerechtigkeit gegenüber Willi gewünscht. Ich bin ihm dankbar.

Die E- Mails, vom 30.06 und 17.07. 2021, beziehen sich auf Eckhart Gillens Textbeiträge für den Katalog zur Ausstellung Sittes Welt: Willi Sitte – Die Retrospektive. Kunstmuseum Moritzburg, Halle 2021.

Gerhard Lichtenfeld (1921–1978)

Ulf Dräger

Vor 100 Jahren, am 6. 11. 1921, wurde Gerhard Lichtenfeld in Halle (Saale) geboren. Knapp 20 Jahre, von 1959 bis 1978 leitete er die Bildhauerklasse an der Kunstschule Burg Giebichenstein. Er gestaltete das Bild seiner Heimatstadt mit. Allein der Musenbrunnen an der Ulrichkirche und der Frauenbrunnen in Halle-Neustadt sind Anlass genug, an den Bildhauer zu erinnern. Gerhard Lichtenfeld verstarb im jungen Alter von 56 Jahren am 6.11.1978 in der Saalestadt.

Lichtenfeld studierte nach seinem 1940 abgelegten Abitur von 1942 bis 1945 auf Wunsch des Vaters zunächst Rechtswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Obwohl er in Folge eines Unfalls beim Reichsarbeitsdienst 1940 seinen linken Unterarm verloren hatte, begann er 1946 das Studium der Bildhauerei bei Gustav Weidanz an der Burg Giebichenstein, die sich damals noch Institut für künstlerische Werkgestaltung nannte. 1958 wurde sie zur Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle – Burg Giebichenstein erhoben. Lichtenfeld schrieb in seinem Lebenslauf vom 14.12.1976, dass er nach Kriegsende seiner künstlerischen Neigung folgte und sich um Aufnahme in die Bildhauerklasse bewarb, nachdem er »durch selbständiges hand-

werkliches Training (s)meine Körperbehinderung ausgeglichen glaubte«. Er lehrte nach dem erfolgreichen Studienabschluss 1952 dort als Assistent, Oberassistent und Dozent. Sieben Jahre nach Übernahme der Leitung der Bildhauerwerkstatt wurde dem Künstler 1966 der Titel eines Professors verliehen, 1977 folgte die Ernennung zum ordentlichen Professor.

In den ersten Jahren als Assistent widmete sich Lichtenfeld dem Aufbau der Gießereiwerkstatt an der Burg und der Wiedereinführung des Wachsaußerschmelzgussverfahrens und ermöglichte damit den Neuanfang für das Bildhauereistudium an der Burg. Zugleich wirkte er u. a. als Beirat für Bildende Kunst und Stadtgestaltung des Kreises Merseburg und für Halle-Neustadt. In den Jahren 1963 und 1970 wurde er mit dem Händelpreis des Bezirkes und 1971 mit dem Kunstpreis der Stadt Halle ausgezeichnet. 1974 erhielt er den Nationalpreis der DDR. Den Ruf der modernen halleschen Bildhauerei begründeten Gustav Weidanz und Gerhard Marcks. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte Weidanz schulbildend. Weidanz und Lichtenfeld verbanden gemeinsame leitende Gestaltungs- und Lehrgrundsätze. Als er 1959 die Leitung des Fachbereichs Plastik



Frauenbrunnen, 1974

übernahm, setzte er in bewusster Kontinuität die grundsätzliche Ausbildungsstrategie fort. Nicht der Zufall, nicht die Effekthascherei sollte die bildhauerische Arbeit bestimmen, sondern das Ringen um einen vollendeten Ausdruck. Die Entwicklung einer lebendigen künstlerischen Phantasie, verbunden mit einer geistigen und manuellen Sicherheit, war das Ziel seiner Lehre. Im Mittelpunkt des Gestaltungswillens stand die menschliche Figur.

Für den Bildhauer Gerhard Lichtenfeld war das Verhältnis des Menschen zur Architektur ein zentrales künstlerisches Thema und zugleich eine Herausforderung. Harmonische Formen und zeitlose Symbolik kombinierte der Bildhauer mit emotionaler Lebendigkeit und der Vermittlung praller Lebensfreude. Thematisch konzentrierte er sich immer wieder auf den weiblichen Körper. Seine Akte huldigen einem fast barocken Schönheitsideal, es sind in sich ruhen-

de Gestalten, die ihre natürliche Eigendynamik aus sich heraus entfalten. So bildet die Leichtigkeit der bewegten Hand beispielsweise einen wunderbaren Kontrast zur Tektonik des Körpers. Seine großen Figuren wirken so nicht langweilig oder kalt. Sie sind eine Hommage an die Schönheit des Menschen.

Lichtenfeld gehört zu den unbestritten wichtigen Vertretern der realistischen deutschen Bildhauerei des 20. Jahrhunderts. Mit dem »Gerhard-Lichtenfeld-Weg« in der halleischen Neustadt würdigt seine Heimatstadt den Künstler.

In den Jahren 1970/71 bekam Lichtenfeld den Auftrag für die Gestaltung des Frauenbrunnens an der Magistrale in Halle-Neustadt. Bereits 1974 konnte der Brunnen anlässlich des 10. Jahrestages der Grundsteinlegung von Halle-Neustadt eingeweiht werden. Das Denkmalverzeichnis charakterisiert die Anlage als »monumentale,

straßenbildprägende Brunnenanlage« und »eindrucksvolles Beispiel für die realistische Plastik akademischer Prägung in der DDR«. Zweifellos ist sie eine der größten künstlerischen Leistungen in der Neustadt. An der Konzeption der Wegführung und Grünflächengestaltung war der Bildhauer beteiligt. Im Jahr 1999 wurde die Anlage umfassend renoviert.

Die Brunnenanlage orientiert sich an den gestalterischen Prinzipien der italienischen Renaissance. Allein durch ihre zentrale Platzierung und Größe hat sie eine ähnliche Bedeutung wie z. B. der Berliner Neptunbrunnen von Reinhold Begas. Vier große, zwischen 1972 und 1974 in Bronze in Lauchhammer gegossene Grazien, die »Frauen am Strand« oder auch als »Frauen in der Sonne« bezeichnet, liegen genussvoll sich räkelnd auf dem Brunnenrand, das Wasserspiel genießend. Sie sind mit einer Länge von über zwei Metern überlebensgroß, gewinnen jedoch so eine Präsenz zur sie umgebenden Architektur.

Das erste Modell einer der Figuren, auf das Jahr 1970 datiert, war bereits 1972 auf der zentralen VII. Kunstausstellung der DDR in Dresden zu sehen. Es ist in weiteren Güssen im Garten des Kronprinzenpalais in Berlin, in Meuselwitz vor der Mehrzweckhalle des Gymnasiums in der Bahnhofsstraße platziert. Eine weitere Liegende aus der Serie befindet sich im Innenhof der Unterburg Giebichenstein, auf der Rasenfläche hinter dem Kornhaus. Die plastischen Skizzen der voluminösen Figuren mit einer Höhe von etwa 30 cm besitzen das Museum der Bildenden Künste in Leipzig, das Kunstmuseum Magdeburg und das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale).

Die kleinere Bekrönungsfigur des Brunnens ist das »Tanzende Mädchen«, das bereits 1966 entstand und ursprünglich im Bauarbeiterzentrum von Halle-Neustadt im Innenhof einer Gaststätte aufgestellt werden sollte. Die Proportionen der Innenhöfe zwischen Kaufhalle und Postamt im sogenannten Kompaktbau des Versorgungszentrums des I. Wohnkomplexes hätten die Figur regelrecht erdrückt. Die gute Vorstellung, in der neuen Stadt »Statuen ohne trennende Sockel auf gleichem Pflaster mit den Passanten begegnen zu können, scheiterte an den Kommunikationsschwächen der Architektur« stellte Heinz Schönemann schon 1978 fest.¹ Der Bürgersinn verlange unter solch ungünstigen Umständen nach einem Sockel für die sich aufdrängende nackte Weiblichkeit, am besten einen Brunnen als zusätzlicher Motivierung. Lichtenfeld faszinierte die Möglichkeit, seine prallen metallischen Formen durch ständig fließendes Wasser zu steigern. Die atmosphärische Verunkelung der Plastiken durch die Wasserschleier im reflektierenden und schillernden Licht zu erleben, motivierte seinen Brunnenentwurf. Das Becken aus Travertin bekam einen Durchmesser von etwa vierzehn Metern. Die Höhe der Anlage misst über fünf Meter. Der runde, mehrstufige Brunnen umfließt das tanzende Mädchen bis zu den Knien mit den von seinen Füßen aufsteigenden Wasserstrahlen. Während die Bekrönungsfigur erhaben und dennoch gelöst aus einer Wasserkrone aufzusteigen scheint, sind die auf dem Beckenrand liegenden »Frauen am Strand« in wechselnden Haltungen dem Spiel von Wasser und Licht ausgesetzt.

Vier Meter hoch ist der Musenbrunnen vor der als Konzerthalle genutzten Ulrichs-



Musenbrunnen, 1976

kirche. Diesen Brunnen entwarf und gestaltete Gerhard Lichtenfeld zwischen 1974 und 1976. Auf einer hohen Mittelsäule posieren vier Musen als Personifikationen für die Musik, die Literatur und darstellende Kunst, den Tanz und die bildenden Künste und Wissenschaften. Die an Platons Viergestirn orientierten Schutzgöttinnen haben eine Höhe von je 135 cm und werden

durch Attribute charakterisiert. Der Brunnen war ein Teil des Umgestaltungsprojektes der Leipziger Straße zur Fußgängerzone 1975 und 1976. In diesem Zusammenhang wurde auch die Ulrichskirche zur Konzerthalle umgebaut. Lichtenfeld lässt seine Figuren von den Brunnenwässern regelrecht überschütten und bringt so ihre derbe irdische Gestalt in einen Einklang mit der dynamischen Kraft des Wassers.

Gerhard Lichtenfeld thematisierte das Verhältnis des Menschen zur Architektur auch in der kleinen Form der Medaille. Im Relief werden seine gestalterischen Grundgedanken besonders anschaulich. Eines seiner Meisterwerke entwarf er 1974 auf das 10jährige Gründungsjubiläum von Halle-Neustadt, sicherlich mit den positivsten Gedanken für ein neues, die Altstadt ergänzendes Zentrum.

Mit der Vogelperspektive auf die Scheiben genannten Hochhäuser orientierte er sich einerseits am Entwurf von Gustav Weidanz für die Altstadt aus dem Jahr 1932, andererseits verdeutlicht die Darstellung die unglaublich großen Ambitionen dieses Bauprojektes. Das Motiv verdeutlicht zudem seinen ausgeprägten Sinn Architektur- und Ensembledarstellungen mit einem vielfältigen Raumgefühl.



Wohnungsbaukombinat Halle, 1976
Medaille, Bronzeguss

Dies wird auch in der Medaille für das Wohnungsbaukombinat Halle deutlich, die als Preismedaille für beste Qualitätsarbeit entworfen wurde. Die Monumentalität der abstrahierten Betonplatten, mit einer fast barock übersteigerten Perspektive die technischen Konstruktionen andeutend, steht zu dem minutiös modellierten Mutter und Kind-Bild im Vordergrund in einem effektvollen Kontrast. Das Kind bewegt sich regelrecht selbstbewusst aus dem Medaillenrund oder der beschützenden Behausung heraus. Das Motiv der Mutter spiegelt sich in den liegenden Frauengestalten des Brunnens. Direkt zitiert der Künstler die Brun-

nenplastiken in der Medaille »Drei Frauen am Strand«. In einer harmonischen Spannung stehen die fülligen Körper zueinander. Die Details, insbesondere die spielerisch bewegten Hände und Füße, verbinden die schweren Formen der Körper zu einem leichten Gesamteindruck des filigran modellierten Reliefs. Der Vergleich des handlichen Miniaturreliefs mit der Monumentalität des Brunnens ist ein sinnlicher Genuss.

Den Erfolg dieses Medaillenenwurfes belegt die Verwendung des Motivs für die Repräsentationsmedaille des Warenzeichenverbandes »Expert« für Kunsthand-



Drei Frauen am Strand, 1974/77
Medaille, Bronzezuguss



Zehn Jahre Halle-Neustadt, 1974
Medaille, Bronzezuguss

werk und Kunstgewerbe der DDR aus dem Jahr 1977. Die Marke Expertic diente zur internationalen Vermarktung und Rechterhaltung zahlreicher künstlerischer Produkte aus der DDR. Bis heute gelten Produkte mit dem roten Experticlogo als Sammlerstücke. Die Marke existierte seit 1968 und erlosch am 29. August 1995. Weitere Werke von Gerhard Lichtenfeld sind im Stadtbild Halles zu entdecken. Am Eingang des Stadtarchivs steht seit 2007 die 1969 gegossene »Frau beim Kämmen« aus der Sammlung des Kunstmuseums Moritzburg. Sie beschreibt wie das Tanzende Mädchen auf dem Frauenbrunnen die Loslösung des Künstlers aus einer gewissen Säulenhaftigkeit seiner Figuren zugunsten des Spiels von Stütze und Last. Die Plastiken und Medaillen Lichtenfelds verkörpern eine Mahnung und noch mehr eine Sachwalterung des Bildhauers für die Bewohner und ihrer vitalen Bedürfnisse an Wärme und Sinnlichkeit in einer strengen und architektonisch vom rechten Winkel

beherrschten Umgebung. Programmatisch fasst diese unsere Stadt so bereichernde Haltung sein Medaillendesign für den Architekturpreis des Bezirkes Halle aus dem Jahr 1972 zusammen. Im Zentrum der Darstellung steht ein Mädchen, Leonardos berühmten vitruvianischen Mann mit seinen idealen Maßen zitierend. Im Verhältnis zur Flächigkeit der sie umgebenden abstrahierten alten und neuen halleschen Bauten ist sie detailreich modelliert. Sie ist als eine »selbstbewusste Bewohnerin« zur »zeitgemäßen Göttin der Architektur erhoben«.²

1 Heinz Schönemann. Plastiken. Gerhard Lichtenfeld, Ausstellungskatalog Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, Orangerie, Neuer Garten, 1.7.–10.9.1978, S. 4

2 Ders.: Gerhard Lichtenfeld, in: Gerhard Lichtenfeld. Plastik und Zeichnungen, Staatliche Galerie Moritzburg Halle und Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle Burg Giebichenstein, Ausstellungskatalog, Halle 1978, S. 14

Günter Mühlpfordt zum 100. Geburtstag

Persönliche Annotationen zu einem bedeutenden hallischen Gelehrten

Univ.-Prof. i. R. Dr. iur. Heiner Lück

Ammendorf war vor 100 Jahren noch ein selbständiges Dorf im südlichen Saalkreis. 1937 ist es zur Stadt erhoben und 1950 nach Halle eingemeindet worden. In jenem Dorf wurde am 28. Juli 1921 Günter Mühlpfordt als Sohn einer Fabrikantenfamilie geboren. Später sollte er als Historiker und Aufklärungsforscher international bekannt werden. Halle und Mitteldeutschland haben ihm viel zu verdanken. Durch seine Publikationen, insbesondere zur Aufklärung sowie zur Universitäts-, Akademie- und Wissenschaftsgeschichte, hat er die Kulturlandschaft an Saale, Elbe, Pleiße und Gera, die er treffend mit der Signatur »Kulturherd der Frühneuzeit« versah, in der wissenschaftlichen und kulturinteressierten Welt sehr bekannt gemacht. So erscheint es geradezu geboten, anlässlich des 100. Geburtstages an den Wissenschaftler und Menschen Günter Mühlpfordt dankbar zu erinnern.

Mühlpfordt legte das Abitur an der »Latina« in den Franckeschen Stiftungen ab. Er war sein Leben lang stolz auf den Ort seiner jugendlichen Bildung und flocht dieses Faktum oft in Vorträge und Gespräche ein. Nach dem Erwerb des Abiturs studierte

Mühlpfordt 1939 bis 1941 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (im Folgenden MLU) Geschichte (Hauptfach) mit Vorgeschichte sowie Germanistik, Slawistik und Philosophie. Das Studium schloss er mit seiner Dissertation (1941) über »Die deutsche Führung des böhmisch-mährischen Raumes in der Zeit Maria Theresias und Josefs II.« ab. Als Doktorvater fungierte der bekannte Mittelalterhistoriker Martin Lintzel (1901–1955). Der Frühneuzeitler Martin Göhring (1903–1968), aber auch der ukrainische Kulturhistoriker und Slawist Dmytro Čyževs'kyj (1894–1977), der an der Universität Halle lehrte, motivierten Mühlpfordt, sich der Frühen Neuzeit zuzuwenden. Nach Kriegseinsatz bei der Marine (1941–1945) und kanadischer Kriegsgefangenschaft nahm Mühlpfordt seine wissenschaftliche Tätigkeit in Halle wieder auf. Der bedeutende Osteuropahistoriker und Slawist Eduard Winter (1896–1982), 1948 bis 1951 Rektor der MLU, stellte Mühlpfordt als Assistent am neu eingerichteten Institut für osteuropäische Geschichte ein. Als Lehrbeauftragter hielt Mühlpfordt seit 1948 Seminare und Vorlesungen. Fortan widmete sich Mühlpfordt intensiv der Erforschung der osteuropäi-



Günter Mühlpfordt in der Bibliothek des Instituts für osteuropäische Geschichte der MLU, 1954

schen Geschichte, insbesondere den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen. Darin maß er der unter dem Einfluss deutscher Aufklärer von Zar Peter dem Großen (reg. 1682–1725) gegründeten Russischen Akademie der Wissenschaften

zu St. Petersburg (1724) ein besonderes Gewicht zu. Seine Fachkompetenz führte ihn nach Berlin, wo er von 1949 bis 1951 am Wiederaufbau des Instituts für osteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin beteiligt war. Nach Winters Weggang an die Humboldt-Universität wurde Mühlpfordt 1951 kommissarischer Direktor des Hallenser Instituts für osteu-

ropäische Geschichte. Wenig später (1952) habilitierte er sich mit einer Arbeit über »Die polnische Krise von 1863. Die Begründung der russisch-preußisch-deutschen Entente 1863–1871«. 1953 erfolgte seine Ernennung zum Universitätsdozenten. Inzwischen 33-jährig, wurde er 1954 auf die Professur mit Lehrauftrag für Geschichte der Völker der UdSSR und der anderen slawischen Völker sowie zum Direktor des Instituts für Geschichte der UdSSR berufen. Seine für den 6. Mai 1953 geplante Antrittsvorlesung zu den »Ursachen der Rückständigkeit im zaristischen Rußland« fand nicht statt. Ein sowjetischer Offizier untersagte am 5. Mai 1953 die sich in guter akademischer Tradition wädhende Veranstaltung. Manches spricht dafür, dass die Situation unmittelbar vor dem 17. Juni 1953 den Ausschlag für diesen Schritt der Besatzungsmacht gegeben hatte. Trotz alledem hielt Mühlpfordt ansprechende und anziehende Vorlesungen. Zeitgenossen berichteten, dass diese des öfteren wegen Überfüllung in das Auditorium maximum der Universität verlegt werden mussten.

Mühlpfordts erfolgreiches Wirken erblühte in einer Phase leichter politischer Entspannung, die nach dem Tod Josef W. Stalins (1878–1953) eingetreten war. Wie anerkannt und tatkräftig Mühlpfordt schon zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn war, belegt der Umstand, dass er 1956 das »Jahrbuch für Geschichte der deutsch-slawischen Beziehungen und Geschichte Ost- und Mitteleuropas« auf den Weg bringen konnte. Im Vorwort formulierte Mühlpfordt als Ziel des neuen Periodikums, Brücken zu schlagen, sei doch das deutsche Volk so etwas wie ein Mittler zwischen westlichen

und östlichen Ländern. Später erhielt das Jahrbuch von den zuständigen Stellen der DDR den Titel »Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas« – selbstverständlich ohne Zustimmung seines Begründers.

Seit Beginn seiner Lehrtätigkeit wurde Mühlpfordt von SED-Funktionären und SED-nahen Kreisen vorgeworfen, in seinen Vorlesungen keine Auseinandersetzung mit der »bürgerlichen« Geschichtswissenschaft Westdeutschlands zu führen, was auch für seine schriftlichen Arbeiten geltend gemacht wurde. Insbesondere sei seine Habilitationsschrift von »bürgerlichen« und »positivistischen« Positionen getragen. Das erschien den Repräsentanten des im Kampf um den Sieg des Sozialismus befindlichen Arbeiter- und Bauernstaats DDR nicht hinnehmbar. Kein geringerer als der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht (1893–1973), warf bei einem Besuch in Halle im April 1958 und wenig später noch einmal in Berlin Mühlpfordt dieses Verhalten auf das Schärfste vor. Am 19. April 1958 wies Ulbricht an, Mühlpfordt seiner Ämter als Institutsdirektor und Fachrichtungsleiter für Geschichte zu entbinden. Vier Jahre später (1962) folgte Mühlpfordts Entlassung aus dem Hochschullehrerdienst. Damit war faktisch ein Berufsverbot verbunden. Aus ideologisch-politischen Gründen wurde einer vielversprechenden Wissenschaftlerlaufbahn ein abruptes Ende gesetzt. Berufliche Anstellung, ein reguläres Einkommen, die Arbeitsbedingungen an der Universität sowie ein ehrenvolles Ansehen in der Gesellschaft waren dem leidenschaftlichen, begabten und leistungsstarken Forscher Mühlpfordt genommen.

Mühlpfordt arbeitete unermüdlich an seinen Forschungsthemen weiter. Ohne feste Anstellung war er so etwas wie ein Privatgelehrter, dessen Status ganz und gar nicht in die Nomenklatur regulärer, von der sozialistischen Gesellschaft respektierter Tätigkeiten passte. Wie die ganz überwiegende Mehrheit der schreibenden Wissenschaftler in der DDR war er der Aufsicht und der Zensur unterworfen, wobei man auf ihn gewiss ein ganz besonderes Augenmerk hatte. Hierbei ist zu beachten, dass sich die Situation mit den Jahren tendenziell etwas besserte. So finden sich in den 1970er und verstärkt in den 1980er Jahren Publikationen Mühlpfordts, die in Zeitschriften und Sammelbänden bei DDR-Verlagen erschienen sind. Auch im Ausland (dazu zählte die Bundesrepublik Deutschland), so beispielsweise in Israel, in den Niederlanden und in Kanada, hat Mühlpfordt mehrere Beiträge publiziert. Während dieser Zeit fand er in dem Berliner Altertumswissenschaftler Johannes Irmischer (1920–2000), dem Dresdner Wissenschaftshistoriker Siegfried Wollgast (1933–2017), seinem hallischen Lehrer Eduard Winter und seinem Schüler Erich Donnert (1928–2016) Unterstützer und Förderer. Als institutionelle Partner, die mit Mühlpfordt solidarisch und fruchtbar kooperierten, sind die Arbeitsgruppe Akademiegeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften (der DDR) zu Berlin unter Leitung des Osteuropa- und Wissenschaftshistorikers Conrad Grau (1932–2000) sowie die Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig zu nennen. Bei der genannten Akademie-Arbeitsgruppe erhielt Mühlpfordt 1983 eine Mitarbeiterstelle zum halben Gehalt eines Universitätsprofessors.

Seine Ehefrau Elisabeth Mühlpfordt (geb. Kopp) stand ihm bis zu ihrem Tod 1999 zuverlässig und tatkräftig zur Seite.

Im Juli 1990 wurde Mühlpfordt, nach mehr als 30 Jahren ehrenrühriger und wissenschaftsfeindlicher Zurückstellungen, vom Senat der MLU vollständig rehabilitiert. Der Wiedereinzug der Freiheit von Forschung und Lehre in den Osten Deutschlands eröffnete Günter Mühlpfordt bislang versagt gebliebene Entfaltungsmöglichkeiten und darüber hinaus neue Tätigkeitsfelder, doch hatte er bereits sein siebentes Lebensjahrzehnt hinter sich. Niemand konnte die Jahrzehnte der Entbehrenungen und Repressalien ungeschehen machen. Dessen ungeachtet setzte er sein engagiertes Schaffen, das zentral auf die Erforschung der mitteldeutschen Aufklärung mit ihren internationalen Auswirkungen gerichtet war, unbeirrt fort. Hierbei ließ er sich vom Verständnis der lutherischen Reformation und Philipp Melanchthons (1497–1560) humanistischer Bildungsreform als geistesgeschichtliches Fundament der Aufklärung sowie von den Wechselbeziehungen und Wirkungen der mittel- und ostdeutschen Universitäten Wittenberg, Jena, Halle, Leipzig, Erfurt und Frankfurt an der Oder leiten. Mit der Reformation verband ihn zudem eine Persönlichkeit in seiner Ahnenreihe: Dem Zwickauer Bürgermeister Hermann Mühlpfordt (um 1480/86–1534) hat Martin Luther (1483–1546) seine Schrift »Von der Freiheit eines Christenmenschen« (1520) gewidmet. Dieses Detail ist bemerkens- und mitteilenswert. Doch nicht nur deshalb war Mühlpfordt ein guter Kenner der Reformationsgeschichte. Bleibendes schuf er auf dem Gebiet der Aufklärungsforschung. Das Zentralgestirn sei-

nes wissenschaftlichen Interesses war Christian Wolff (1679–1754), dessen Philosophie und Strahlkraft er viele Arbeiten widmete. Er unterschied wie bei den Akteuren der Reformation gemäßigte und rigorose (radikale) Repräsentanten der Aufklärung. Gerade in den letzten Jahrzehnten seines Schaffens, d. h. seit den 1980er Jahren, hatte sich Mühlpfordt intensiv mit den Radikal- und Kryptoaufklärern befasst, wobei er auf seine umfassenden Studien zu Karl Friedrich Bahrdt (1740–1792), dem extrem streitbaren, einen provokanten Lebenswandel führenden Theologen und Weinschankbetreiber in Nietleben, und dessen »Deutsche Union« aufbauen konnte.

Seine Arbeiten, die seit den 1950er Jahren erschienen waren bzw. in Manuskriptform vorlagen, hat er, ergänzt durch neue Forschungen, in einem dreibändigen imposanten Sammelwerk »Mitteldeutsche Aufklärung« (Mitteldeutscher Verlag Halle, 2011–2015) herausgegeben. Die Bände sind erschlossen durch ein von Günter Mühlpfordt und Margarete Wein gefertigtes Gesamtregister (erschieden 2017). Dessen Erscheinen konnte Mühlpfordt wenige Tage vor seinem Tod noch mit Freude zur Kenntnis nehmen.

Mit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig verbanden ihn seine Mitgliedschaft in deren Historischer Kommission (seit 1986) und die Mitarbeit in der projektbegleitenden Kommission (Wissenschaftlicher Beirat) für das Akademieprojekt »Ehrenfried Walther von Tschirnhaus. Gesamtausgabe« (1997 bis zum Auslaufen des Projekts 2003). Der sächsische Gelehrte von Tschirnhaus (1661–1708) legte u. a. die

wissenschaftlichen Grundlagen für die Erfindung des »Meißner Porzellans«. Dieser Zusammenhang verdient auch deshalb Erwähnung, weil er Mühlpfordts komplexes Verständnis von Wissenschaftsgeschichte modellhaft deutlich macht: Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften, Mathematik und Technikwissenschaften gehören in einem umfassenden kulturgeschichtlichen Kontext zusammen. Er bezeichnete sich selbst als Kulturhistoriker, der vorrangig Wissenschaftsgeschichte betreibe. Unter Zugrundelegung dieser konzeptionell-methodologischen Ausgangsposition hat Günter Mühlpfordt viele Probleme und Fragestellungen wissenschaftlich analysiert, erklärt, dargestellt und seine Ergebnisse in das bestehende Erkenntnissystem bereichernd eingebaut.

Günter Mühlpfordt erfuhr mehrere akademische Ehrungen. Ein Festkolloquium aus Anlass seines 75. Geburtstages mit Überreichung einer Festschrift (Bd. 1) am 16./17. Dezember 1997 war Ausgangspunkt eines Fortsetzungswerkes, welches auf insgesamt sieben opulente Bände anwachsen sollte. Es ist unter dem Titel »Europa in der Frühen Neuzeit« unter der Herausgeberschaft von Erich Donnert erschienen (Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 1997–2007). Die Bände enthalten auf insgesamt mehr als 6.000 Druckseiten 398 Beiträge von über 350 Autoren aus 26 Ländern, die sich über drei Kontinente verteilen.

Am 28. Oktober 1999 zeichneten ihn die Stadt und Universität Magdeburg für seine Verdienste um die Geschichte Sachsens und Mitteldeutschlands mit dem Eike-von-Reggow-Preis aus. Die Histori-

sche Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig ehrte in Verbindung mit der MLU Mühlpfordt am 28. Oktober 2001 mit einem Jubiläumskolloquium anlässlich seines 80. Geburtstages in den Franckeschen Stiftungen zu Halle. Daraus ist der von Karlheinz Blaschke (1927–2020), damals Vorsitzender der Historischen Kommission, und Detlef Döring (1952–2015) herausgegebene Tagungsband »Universitäten und Wissenschaften im mitteldeutschen Raum in der Frühen Neuzeit. Ehrenkolloquium zum 80. Geburtstag von Günter Mühlpfordt« (Stuttgart/Leipzig 2004) hervorgegangen. Im Rahmen dieses Kolloquiums erhielt der Jubilar anlässlich des 60. (»diamantenen«) Doktorjubiläums eine Ehrenurkunde. Sie wurde vom damaligen Prorektor für Studium und Lehre der MLU, Thomas Bremer, übergeben. Anlässlich des 90. Geburtstages veranstaltete das Interdisziplinäre Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung (IZEA) an der MLU ein weiteres Ehrenkolloquium. Mühlpfordts große Anerkennung als Wissenschaftler fand auch in der Mitgliedschaft mehrerer renommierter Gelehrtengesellschaften Ausdruck. So war er Mitglied der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt (seit 1990), der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin (seit 1994) und Ehrenmitglied der Oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz (seit 1991). Von der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig war schon die Rede.

Ich selbst traf Günter Mühlpfordt zum ersten Mal persönlich auf einer Konferenz in

Leipzig, nachdem mir mein akademischer Lehrer Rolf Lieberwirth (1920–2019) viel von ihm erzählt hatte. Es handelte sich um die wissenschaftliche Würdigung des 475. Gründungsjubiläums der Universität Leipzig im Jahr 1984. Mühlpfordt referierte über »Die ›sächsischen Universitäten‹ Leipzig, Jena, Halle und Wittenberg als Vorhut der deutschen Aufklärung«, während ich die Ergebnisse meiner Dissertation über die Spruchfähigkeit der Wittenberger Juristenfakultät vorstellte. Wir kamen schnell ins Gespräch. Mühlpfordt interessierte sich für die zeitweilige Verlegung von Universitäten in Seuchen- und Kriegzeiten. Ich fühlte mich sehr geehrt und ermutigt, dass der Gelehrte von mir, dem debütierenden Jungpromovierten, eine entsprechende Übersicht zur Universität Wittenberg erbat. Diese habe ich ihm gern geliefert. Seitdem standen wir in einem regen Gedanken- und Schriftenaustausch, zahlreiche persönliche Treffen am Rande von Konferenzen, Vorträgen und anderen Veranstaltungen in Leipzig und Halle eingeschlossen.

In den 1990er und 2000er Jahren fuhren wir des öfteren gemeinsam mit meinem Auto zu den Sitzungen der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Während der Fahrt erzählte Mühlpfordt mit ansteckender Begeisterung von seinen Forschungen und breitete bescheiden und ungewollt sein reiches Wissen aus. Da er sehr mit seiner mitteldeutschen Heimat verbunden war, konnte er auch viel über die Geschichte der Orte und Landschaften, die wir auf dem Weg nach Leipzig durchfuhren, berichten.

Er bedankte sich für jeden Sonderdruck und fast jede Begegnung mit einem handschriftlichen Dankesgruß, nicht selten mit einem persönlichen Brief. Seine Handschrift hatte bis ins hohe Alter eine kalligraphische Akkuratessse. Mit dieser hat er mir auch die erwähnten drei Bände seiner gesammelten Schriften als »dem sehr verehrten, lieben Fachkollegen« gewidmet. Es erfüllt mich mit Stolz, über drei Jahrzehnte mit Günter Mühlpfordt rege kommuniziert und kooperiert zu haben. Das gegenseitige Geben und Nehmen war überaus bereichernd. Einen Teil des Mühlpfordtschen Wissenskosmos' konnte ich für meine 2020 erschienene Geschichte der Universität Wittenberg fruchtbar machen, was ihn gewiss erfreut hätte. Ich habe den Gelehrten Mühlpfordt als überaus bescheidenen Menschen kennengelernt und erlebt. Materielle Dinge spielten für ihn so gut wie keine Rolle – ausgenommen Bücher und Natur.

Günter Mühlpfordt starb am 4. April 2017 in Halle. Auf dem Nordfriedhof fand er seine letzte Ruhestätte. Die hallische Germanistin und langjährige Mitarbeiterin der Pressestelle der MLU, Margarete Wein, die Günter Mühlpfordt wohl am besten kannte und über ihn publizierte, kümmerte sich überaus verdienstvoll um die Ordnung und den Verbleib seines Nachlasses, zumal die Eheleute Mühlpfordt keine direkten Nachkommen hatten. Der Wunsch Mühlpfordts, seine reichlich büchergefüllte Wohnung in der Gütchenstraße zu einer Studien- und Forschungsstätte für interessierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu machen, ließ sich aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten nicht realisieren.

Und dennoch bleibt Vieles von dem Gelehrten Günter Mühlpfordt in der Welt. Er hat sein Leben der Wahrheit gewidmet, so, wie es der auf den römischen Satiriker Juvenal (geb. 67 n. Chr. [?]) zurückgehende Wahlspruch des großen französischen Aufklärers Jean Jacques Rousseau (1712–1778), der auch der seine war, gebietet (Vitam impendere vero!). Seine wissenschaftliche Gründlichkeit, sein komplexes Herangehen an wissenschaftliche Fragestellungen, seine Beharrlichkeit auf dem Weg der wissenschaftlichen Erkenntnis und vor allem seine Standhaftigkeit gegenüber politischen Restriktionen mit existentiellen persönlichen Folgen konstituieren ein Wissenschaftsethos, das seinesgleichen sucht. Uns Jüngeren und den nachfolgenden Generationen möge es immer vor Augen stehen und ein nicht verhandelbares Vor- und Leitbild für das eigene Tun darstellen!

Literatur:

Hartmut Boockmann: Der Historiker Günter Mühlpfordt, in: Erich Donnert (Hrsg.): Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlpfordt, Bd. 5: Aufklärung in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 771–775

Erich Donnert: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Europa in der Frühen Neuzeit. Festschrift für Günter Mühlpfordt, Bd. 1: Vormoderne, Weimar/Köln/Wien 1997, S. IX–XIV

Margarete Wein: Der »Fall Mühlpfordt« 1947–1989 und Ulbrichts Verfolgungskampagne an der Universität Halle. Mit Exkurs: Lehren der Geschichte – Zur Lage nach den Wahlen von 1998. 50 Fragen an Günter Mühlpfordt, in: Erich Donnert (Hrsg.): Europa in der Frühen Neuzeit ..., Bd. 5, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 777–819

Dies.: Nachruf: Günter Mühlpfordt – Der Wahrheit verpflichtet, 9.5.2017, [https://www.campus-halensis.de/artikel/nachruf-guenter-muehlpfordt-der-wahrheit-verpflichtet/\(aufgerufen:11.7.21\)](https://www.campus-halensis.de/artikel/nachruf-guenter-muehlpfordt-der-wahrheit-verpflichtet/(aufgerufen:11.7.21))

500 Jahre »Neue Residenz« in Halle

Vom erzbischöflichen Luxusdomizil zur Bildungseinrichtung mit Museum

Dr. Anke Neugebauer

Seit nunmehr einem halben Jahrtausend prägt die »Neue Residenz« die westliche Silhouette der hallischen Altstadt. Ursprünglich als »Neues Gebäude« oder »Neuer Bau« bezeichnet, stammt der heute gebräuchliche Name allerdings erst aus der Mitte des 17. Jh. Auftraggeber war der mächtigste deutsche Kirchenfürst der Renaissance: Albrecht von Brandenburg aus dem Hause Hohenzollern. Als römischer Kurienkardinal, Reichserzkanzler und Primas Germaniae, Erzbischof von Mainz und Magdeburg sowie Administrator des Bistums Halberstadt hatte er gleich mehrere geistliche Spitzenpositionen inne. Trotz chronischer Geldknappheit, die dieser Ämterhäufung geschuldet war, gehörte Albrecht von Brandenburg zu den bedeutendsten Kunstförderern und Bauherrn seiner Epoche, wovon auch die Stadt Halle, die er zu seiner Lieblingsresidenz auserwählt hatte, profitieren sollte.

Ab den 1520er Jahren begann er, die Saalestadt vollkommen neu zu gestalten. Zahlreiche ältere Gebäude wurden umgebaut, neu ausgestattet und befestigt, wie die Moritzburg oder die Burg Giebichenstein,

manches Objekt wurde abgebrochen, so das Neuwerkloster oder die Ulrichskirche, um andernorts Neues zu schaffen, u. a. die Marktkirche oder den Stadtgottesacker. Die Errichtung eines neuen erzbischöflichen Palastes gehörte neben der Erhebung der Klosterkirche der Dominikaner zur Stiftskirche (Dom) – deren 750jähriges Jubiläum soeben gefeiert werden konnte – zu seinen ambitioniertesten Bauprojekten. Vermutlich, weil mit der 1503 vollendeten Moritzburg bereits eine erzbischöfliche Residenz in Halle zur Verfügung stand, wurde der Komplex in der älteren Stadtgeschichtsschreibung mit Albrechts Vorhaben einer Universitätsgründung in Verbindung gebracht. Die schriftliche Überlieferung legt aber vielmehr nahe, dass das »Neue Gebäude« von Anfang an als luxuriöses Domizil des Kardinals geplant gewesen war. Während die wenig ältere, von seinem Amtsvorgänger Ernst von Sachsen errichtete Moritzburg seinen offiziellen Amtsgeschäften diente, dürfte im »Neuen Gebäude« Albrechts privater Rückzugsort gesehen werden, mit dem er eigene Vorstellungen exklusiven Wohnens und Repräsentierens verwirklichen konnte.



Wasserstechen der Salzwirker auf der Saale vor der Westfassade der »Neuen Residenz«, vielfach auch als »Fischerstechen der Halloren« bezeichnet; Studentenstammbuchblatt aus dem Studentenalbum von Paul Serres, Gouache, um 1748

Albrecht von Brandenburg hatte sich für sein Bauvorhaben das Areal des städtischen Hospitals St. Cyriaci auserkoren, das Mitte des 14. Jh. gegründet worden war. In direkter Nachbarschaft befand sich seine neue Stiftskirche, die er architektonisch mit einem Giebelkranz aufwerten und vor allem reich ausstatten ließ. Nach dem Erwerb des Hospitals 1529 erfolgte im Winter 1530/31 der Abbruch der alten Baustrukturen. Das Grundstück wurde nun in den neuen erzbischöflichen Residenzbezirk integriert und im Februar 1531 der erste Spatenstich gesetzt. Mit der Bauverwaltung betraute der Kardinal seinen in Finanzge-

schäften versierten Kammerdiener Hans von Schenitz. Dieser beschaffte das entsprechende Kapital und wertvolle Ausstattungsstücke. Leitender Bau- und Werkmeister war ab 1533 der aus dem böhmischen Komotau stammende Andreas Günther. Wann die einzelnen Baukörper begonnen und vollendet wurden, ist nicht bekannt. Einzig das Jahr 1537 ist als Baubeginn für die Kapelle im Nordflügel überliefert. Neben Andreas Günther oblag auch dessen Amtsnachfolger Bastian Binder aus Magdeburg und dem städtischen Ratswerkmeister Caspar Kraft der Weiterbau. 1539 war der erzbischöfliche Palast vollendet. Zu diesem Zeitpunkt hatte Albrecht von Brandenburg aufgrund der sich ausbreitenden Reformation in seinen mitteldeutschen Bistümern die Stadt Halle bereits verlassen. Er kehrte nur noch einmal, im Februar 1541, für weni-

ge Tage zurück, um den Abtransport seiner Kunstschätze nach Aschaffenburg vorzubereiten. Damals residierte er in der Moritzburg. Das »Neue Gebäude« hat er wohl niemals bewohnt.

Der Kirchenfürst hinterließ eine prächtige Residenzanlage, die überregional Bewunderer fand. Als »domum ... valde elegantem« (sehr geschmackvolles Haus) pries es einst Cornelius Ettenius, Sekretär des päpstlichen Gesandten Peter van der Vorst, bei seinem Aufenthalt in der Saalestadt 1537. Der Luxemburger Chronist Nikolaus Mameranus rühmte es 1546 gar als »magnificum et splendissimum« (großartig und prächtig). Tiefgreifende Umbauten im 18. und 19. Jh. haben jedoch ihre Spuren in die Fassaden gegraben. Im Inneren gingen die ursprünglichen Raumstrukturen verloren. Um das renaissancezeitliche Erscheinungsbild des Palastes rekonstruieren zu können, ist man auf historische Bild- und Schriftquellen, die Ergebnisse von archäologischen Grabungen und Bauforschungen angewiesen. Zusammen ergeben sie folgendes Bild:

Der vierflügelige Komplex erhebt sich bedingt durch die topographische Lage mit der Domgasse im Osten, der Mühlgraben-
saale im Westen, dem Kloster im Süden und der im Norden gelegenen Stiftskirche auf einem verschobenen rechteckigen Grundriss. Grabungen an der Ecke des Ost- und Südflügels zeigten, dass sich unter dem Innenhof noch der Friedhof des Hospitals St. Cyriaci befindet, der eingeebnet, mit bis zu 1,40 Meter Erde aufgeschüttet und anschließend gepflastert wurde. Ferner konnte nachgewiesen werden, dass die Hospitalmauern als Fundamente der

Renaissanceflügel dienen. Auch einzelne Mauerstrukturen im Nordflügel stammen wohl noch vom Vorgängerbau.

Bausubstanz aus der Zeit Albrechts von Brandenburg hat sich vor allem im Nord- und Ostflügel sowie partiell im Westflügel erhalten. Der stadtsseitige, 65 Meter lange Ostflügel weist noch heute die originale Durchfahrt und Seitenpforte mit dem krönenden Wappen Albrechts von Brandenburg auf. Während das Obergeschoss durch regelmäßig angeordnete Fenster gegliedert ist, öffnete sich das hofseitige Erdgeschoss einst als offene Halle mit zwölf Arkadenbögen auf Balustersäulen. In der Bauforschung wird diskutiert, ob der Flügel beim Weggang des Kardinals noch nicht ganz vollendet gewesen sein könnte. Historische Abbildungen zeigen ihn als eingeschossigen Bau, auch sein Dachwerk datiert erst in das Jahr 1602. Der an den Ostflügel anschließende kurze Südflügel wurde im 19. Jh. vollständig erneuert. Historische Grundrisse zeigen aber, dass auch dieser Flügel im Erdgeschoss einst eine offene Halle mit drei Arkaden besaß. An der südöstlichen Ecke zum Kloster befand sich ein Rondell.

Parallel zur Stiftskirche ist der Nordflügel ausgerichtet. Der Baukörper wird von der hohen Residenzkapelle mit einer halbkreisförmigen Apsis zur Domgasse dominiert. Diese besaß einst große schlanke Spitzbogenfenster, welche später zugesetzt und zu Rechteckfenstern umgebaut wurden. Von der Kapelle führt noch heute ein gedeckter Gang auf Arkaden zum Dom. An die Kapelle schloss sich westlich der etwas niedrigere, sog. Bibliotheksbau an. Auch der Nordflügel besaß hofseitig offene Arkaden. Die

sieben Arkadenbögen ruhten hier allerdings auf Pfeilern. Allseitig umlaufende, sog. Welsche Giebel über dem Dachgesims sind als bekrönender Abschluss des Nordflügels belegt. An verschiedenen Stellen im Nord- und Ostflügel wurden Spolien verbaut. Das sind Bauteile aus älteren Gebäuden, insbesondere aus den vom Kardinal abgebrochenen Klöstern und Kirchen, die man aufgrund ihres symbolischen Alters- oder Materialwertes wiederverwendete. Bemerkenswert ist das im Bibliotheksbau eingebaute, große spätromanische Portal, das wahrscheinlich aus dem niedergelegten Kloster zum Neuen Werk stammte. Im Ostflügel haben sich zwei spätromanische Säulen aus der Zeit um 1200 erhalten.

Bis heute beeindruckt der zweigeschossige Westflügel, der sich 97 Meter entlang der Mühlgrabensaale erstreckt. Tiefgreifende Veränderungen bestimmen dessen Erscheinungsbild. Die Fassade zur Saale besitzt über kleineren Segmentbogenfenstern im Erdgeschoss große Zwillingsfenster mit geradem Sturz im ersten Obergeschoss. Als vertikales Gliederungselement dienten neben einem kleinen Treppenturm an der Nordwestecke vier rhythmisch angeordnete Erker. Dazwischen spannten sich in beiden Wohngeschossen steinerne Laufgänge. Die Konsolsteine für Gang und Erker sind noch heute in der Fassade sichtbar. Die gleichfalls noch vorhandene, aber zugesetzte Toröffnung, die über eine Brücke den Zugang zum gegenüberliegenden Saaleufer ermöglichte, stammt aus späterer Zeit. Vermutlich ist der Durchgang erst im frühen 17. Jh. angelegt worden, als auch am Ostflügel größere Baumaßnahmen stattfanden. Die gesamte Westfassade

wurde einst von zehn dreigeschossigen Zwerchhäusern mit Welschen Giebeln bekrönt. Erste strukturverändernde Eingriffe in die Bausubstanz fanden Ende der 1780er Jahre statt. Dabei wurden alle Giebelaufbauten und die Erker entfernt, die ursprüngliche Gebäudetiefe des Westflügels verringert, wobei auch zwei hofseitig nachweisbare Treppenanlagen abgebrochen und der auf vierzehn Pfeilern ruhende Arkadengang beseitigt wurden. Preußische Baubehörden nahmen dann um die Mitte des 19. Jh. weitere Umbauten vor.

Heute ist kaum mehr vorstellbar, dass das »Neue Gebäude« einst zu den erlesensten Renaissancebauten im deutschsprachigen Raum zählte. Hier kamen Bauformen zur Anwendung, die es zuvor nur im Stammland der Renaissance, in Italien, und nördlich der Alpen u. a. an Bauten der Könige von Frankreich oder Ungarn gab. Der von offenen Arkaden umsäumte Innenhof trägt den Charakter eines italienischen Landhauses – einer Villa – die, damals am Rande der Stadt gelegen, einen großartigen Ausblick auf einen Fluss und einen Renaissancegarten bot, der sich auf der gegenüberliegenden Saalseite erstreckte. Das Motiv der Hofarkaden wurde zeitgleich auch in den Kardinalspalästen in Lüttich und Trient aufgegriffen. Die den »Neuen Bau« allseitig bekrönenden Welschen Giebel waren Ende des 15. Jh. ebenfalls in Italien, konkret in Venedig und Umland, entwickelt worden, wo sie besonders Kirchenfasaden zierten. Auch die in Halle existente enge Verbindung von Palast und Kirche begegnet zuerst bei römischen Kardinalspalästen, wobei die Palazzi bei S. Marco oder S. Pietro in Vinculi zu erwähnen sind.

Über die von Albrecht beabsichtigte Nutzung der einzelnen Flügel gibt es einige Hinweise am Bau und in den Schriftquellen. Die Kapelle im Nordflügel dürfte zur Aufnahme des zuvor in der Marien-Magdalenen-Kapelle der Moritzburg und später in der Sakristei im Dom aufbewahrten »Halleischen Heiltums« bestimmt gewesen sein. Dieser einzigartige Reliquienschatz Albrechts von Brandenburg hatte in seiner Blütezeit um 1520 bereits an die 21.500 Stücke umfasst. Auch die Unterbringung seiner privaten Bibliothek, die aus 2.550 bis 3.000 Drucken und Handschriften bestand, war wohl im westlichen Teil des Nordflügels vorgesehen. Der saaleseitige Westflügel sollte dem Kirchenfürsten zu Wohn- und Repräsentationszwecken dienen. Noch heute beeindruckt der große Saal im ersten Obergeschoss, von dessen einst reicher Ausstattung Malereifragmente an den Fensterischen zur Saale und das Eingangsportal zeugen. Der Ostflügel war als Galeriebau konzipiert. Damit ist ein Raum gemeint, der über einem offenen Arkadengang liegt, beidseitig von Fenstern belichtet wird und zur Aufbewahrung von wertvollen Kunstobjekten diente. Diese Ausstattungsstücke sind heute in alle Welt verstreut oder gänzlich verloren. Aufträge können nachgewiesen werden an Teppichweber aus Flandern und Goldschmiede aus Süddeutschland, an die Maler Simon Franck, Hans Krell, Mathias Grünewald, Albrecht Dürer, Lucas Cranach d. Ä. oder Hans Sebald Beham.

Die spätere Nutzungsgeschichte des luxuriösen erzbischöflichen Domizils unterlag einem steten Wandel. Nach dem abrupten Ende der Hofhaltung Albrechts von Brandenburg diente die Residenz nur wenige

Male ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß als herrschaftlicher Wohnsitz. Nach dem Ausgang des Schmalkaldischen Krieges in der Schlacht bei Mühlberg, dem ersten Religionskrieg zwischen katholischen und protestantischen Fürsten, nutzte der Sieger, Kaiser Karl V., im Juni 1547 das Objekt für nahezu zwei Wochen als Quartier. Untergebracht waren auch dessen Gefangene, Herzog Johann Friedrich von Sachsen, der kurz zuvor mit der Wittenberger Kapitulation die sächsische Kurwürde verloren, und Landgraf Philipp von Hessen, den der Kaiser in Halle zur Unterwerfung gezwungen hatte. Der berühmte Kniefall des Landgrafen vor dem Habsburger fand vermutlich im Saal des Westflügels in Anwesenheit Maximilians II., künftigen Kaiser und Neffen Karls V., sowie Fernandos de Toledo, Herzog von Alba, statt.

Die wohl bedeutendste Nutzungsphase als Residenz begann in den 1640er Jahren unter dem Wettiner August von Sachsen-Weißenfels, der eine zweite Blütezeit Halles als Residenzstadt einleitete. Da die Moritzburg, die auch nach dem Weggang Albrechts von Brandenburg seinen Nachfolgern auf dem Magdeburger Erzbischofsstuhl als Wohn- und Amtssitz diente, durch ein Feuer teilzerstört war, musste für den 24-jährigen Administrator ab 1638 eine andere Behausung gefunden werden. Zuerst residierte August in der sog. »Alten Residenz« in der Großen Klausstraße (heute Domgemeindehaus). Vermutlich nach seiner Hochzeit mit Anna Maria von Mecklenburg 1647 bezog der Herzog die jetzt »Neue Residenz« genannte erzbischöfliche Behausung. Um dem jungen Paar eine repräsentative Hofhaltung zu ermöglichen, wurde das über

ein-hundert-jährige Gebäude modernisiert. Überliefert sind die beiden fürstlichen Gemächer, ein altes und neues Tafelgemach und eines für die Prinzessinnen, eine alte und neue Hofstube, Räumlichkeiten für die Diener, Verwalter und Musiker sowie ein Bildersaal, der sich wohl in der Kapelle im Nordflügel befunden hat. Wie Albrecht von Brandenburg war August von Sachsen ein Liebhaber der Künste. Als Mitglied der Fruchtbringenden Gesellschaft förderte er die deutsche Sprache, Musik und das Theater. Die »Neue Residenz« beherbergte daher den ersten Konzertsaal und die erste Hofoper Halles. Bei zahlreichen Festivitäten fanden im Innenhof Hetzjagden mit Bären, Wildschweinen und Füchsen statt. Zu den exotischen Lustbarkeiten gehörte die Vorführung eines Elefanten im Dezember 1649. Die glanzvolle Hofhaltung der Wettiner sollte jedoch nur auf Augusts Lebenszeit begrenzt bleiben, denn gemäß den Bestimmungen des Westfälischen Friedens war der Übergang des nunmehrigen »Herzogtums« Magdeburg an Brandenburg festgeschrieben worden. Da der Herzog seit 1657 auch Landesherr des kleinen Fürstentums Sachsen-Weißenfels war, hatte er vorgesorgt und für seine Nachkommen in Weißenfels mit dem Bau eines modernen Barockschlosses begonnen. 1680 starb August und mit ihm endete in Halle eine über 180-jährige Hofhaltung der Magdeburger Erzbischöfe und Administratoren. Als preußische Provinzstadt spielte die Stadt im Folgenden nur noch eine untergeordnete Rolle, so auch die »Neue Residenz«, die lediglich als Logis für prominente Gäste diente. Genannt seien der neue Landesherr und Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm von Brandenburg, zu seiner Huldigung 1681,

dessen Sohn, Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg, 1689 anlässlich der Gründung der halleschen Universität oder 1698 der russische Zar Peter I.

Eine neue Ära der »Residenz« setzte im 18. Jh. ein. Nachdem am 18. Juni 1735 auf Befehl des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. vier Hörsäle für die Universität dort eingerichtet worden waren, folgte Ende der 1780er Jahre der vollständige Umbau des Objektes in ein universitäres Lehrgebäude. Massiver baulicher Verfall erforderte umfangreiche Baumaßnahmen, die zugleich den Verlust bedeutender Teile der Renaissancearchitektur zur Folge hatten. Nach dem Umbau beherbergte der Westflügel das universitäre »Anatomische Theater« samt Präpariersaal und chemischem Laboratorium sowie ein bedeutendes Naturalienkabinett. 1811 erfolgte im Ostflügel die Einrichtung der ersten preußischen Entbindungsanstalt inklusive einer Hebammenschule. In den Süd- und südlichen Westflügel zog die chirurgische Klinik unter dem Mediziner Johann Friedrich Meckel ein, wobei auch dessen berühmte Sammlung hierher verbracht wurde. Neben den anatomischen Materialien war die »Neue Residenz« auch Heimstatt der zoologischen und pharmakologischen Sammlungen der Universität geworden. Auch die erste Zahnklinik der Stadt wurde hier eingerichtet, wobei fünf Ärzte für ca. 75.000 Hallenser zuständig waren.

Neben der Universität gab es noch weitere Nutzer. 1825 erhielt der »Thüringisch-Sächsische Verein für heimatliche Geschichte und Altertumskunde« hier Räumlichkeiten und eröffnete am 21. März 1884 ein Muse-

um für Geschichte und Altertumskunde, einem Vorläufer des Landesmuseums für Vorgeschichte. Von 1809 bis 1935 hatte die universitätsnahe »Naturforschende Gesellschaft« hier ihr Domizil. Bereits 1782 war für die katholische Gemeinde die Kapelle im Nordflügel eingerichtet worden, die bis zum Ende des 19. Jh. dort verblieb. Nach deren Auszug wurde an gleicher Stelle das Mineralogische Institut mit Museum installiert, das in der Folge und der Verlegung anderer universitärer Institute aus der überfüllten Residenz weitere Räumlichkeiten beziehen konnte.

Eine bis in die Gegenwart andauernde universitäre Nutzung bildete die Eröffnung des Museums für Mitteldeutsche Erdgeschichte 1934 und später in der Nachfolge des Geiseltalmuseums in der Residenzkapelle mit ca. 50.000 Fossilien aus ehemaligen Braunkohle-Tagebauen. Während der DDR wurde das Objekt schließlich zur Heimstatt der Sektion Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die 1991 als Fachbereich Geowissenschaften den gesamten Nord- und Westflügel bezog. Mit dessen Umzug 2003 in den neu geschaffenen »weinberg campus« endete die Nutzungsgeschichte als Universitätsgebäude. Von 2003 bis 2008 engagierte sich der Verein »Neue Residenz e. V.« für das Objekt als Ort kultureller und wissenschaftlicher Begegnung. Im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt wird das Objekt derzeit gesichert.

Literatur:

Hans-Joachim Krause: Die Moritzburg und der »Neue Bau« in Halle. Gestalt, Funktion und Anspruch – ein Vergleich, in: *Kontinuität und Zäsur. Ernst von Wettin und Albrecht von Brandenburg* (Schriftenreihe der Stiftung Moritzburg 1), hrsg. v. Andreas Tacke, Göttingen 2005, S. 143–207

Anke Neugebauer: Andreas Günther von Komotau. Ein Baumeister an der Wende zur Neuzeit (Hallesche Beiträge zur Kunstgeschichte 11), Bielefeld 2011

Hans-Joachim Pote: Die Nutzungsgeschichte der Neuen Residenz vom 16. bis zum 21. Jh., in: *Hallesche Blätter* 38 (2010), S. 21–24; 39 (2010), S. 20–23; 40 (2011), S. 22–27; 41 (2011), S. 21–24; 43 (2013), S. 20–23; 44 (2014), S. 20–23

Reinhard Schmitt: Der Schlossbau in den geistlichen Territorien des Erzbistums Magdeburg an der Schwelle von der Spätgotik zur Frührenaissance unter besonderer Berücksichtigung der Residenz in Halle, in: *Auff welsche Manier gebauet – Zur Architektur der mitteldeutschen Frührenaissance* (Hallesche Beiträge zur Kunstgeschichte 10), hrsg. v. Anke Neugebauer u. Franz Jäger, Leipzig 2010, S. 79–105

Andrea Thiele: Residenz auf Abruf? Hof- und Stadtgesellschaft in Halle (Saale) unter dem letzten Administrator des Erzstifts Magdeburg, August von Sachsen (1614–1680), Halle 2011

Gedenktage bedeutender Persönlichkeiten und wichtiger Ereignisse 2021 in Halle (Saale)

– eine Auswahl

Zusammenstellung: Dr. Walter Müller

- 1.2.1946 Vor 75 Jahren erschien eine Verordnung über die Neugliederung der Provinz Sachsen.
- 25.3.1871 Vor 150 Jahren beschloß der Magistrat, den nach der Magdeburger Straße liegenden Teil des Stadtgottesackers zur Umwandlung in eine Parkanlage freizugeben.
- 27.3.1846 Grundsteinlegung von Bad Wittekind vor 175 Jahren (heute eine Wohnanlage und nicht mehr für die Allgemeinheit zugänglich)
- 6.6.1846 Vor 175 Jahren wurde in Halle die Halle-Thüringer-Eisenbahnstrecke feierlich eröffnet und der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Halle-Merseburg-Weißenfels aufgenommen.
- 21.6.1896 Einweihung der Provinzialblindenanstalt in Halle vor 125 Jahren
- 23.6.1921 100. Geburtstag des in der Lutherstadt Eisleben geborenen hallischen Malers, Grafikers und Textilkünstlers Werner Rataicyk
- 16.7.1896 Vor 125 Jahren Gründung des VfL 96 Halle, des ersten Fußballklubs in der Saalestadt.
- Sept. 1921 Herausgabe von Zoo-Notgeldscheinen vor 100 Jahren
- 20.9.1846 150. Todestag von (Wilhelm Ludwig) August Stapel (* 1801), Architekt, preußischer Baubeamter, hallischer Stadtbaumeister (1832–1844). In der Marienbibliothek Halle wird sein Skizzenbuch mit 182 Zeichnungen, davon 52 hallische Motive, aufbewahrt.
- 22.9.1971 50. Todestag des bekannten mitteleutschen Numismatikers, Bergbau-, Salinen-, Kultur- und Wirtschaftshistorikers Hanns Freydank (* 26.12.1892 in Starkow/Hinterpommern)
- 24.9.1696 Vor 325 Jahren wurde an der zwei Jahre zuvor gegründeten Friedrichs-Universität Halle der erste Studenten-Karzer am heutigen Karzerplan eingerichtet.
- 27.9.1821 200. Geburtstag des bedeutenden mitteleutschen Bergwerksunternehmers und Industriellen Carl Adolph Riebeck († 28.1.1883)
- 30.9.1996 25. Todestag von Dr. Werner Piechocki (* 10.11.1927 Ammendorf), langjähriger Archivar des hallischen Stadtarchivs und Stadthistoriker
- 1.10.1896 Eröffnung des Paul-Riebeck-Stifts (Bauzeit 1894/96) als größte soziale Einrichtung der Stadt vor 125 Jahren
- 5.10.1821 200. Geburtstag von Prof. Rudolph Haym († 27.8.1901 in St. Anton bei Arlberg), Philosoph und bedeutender Literaturhistoriker seit 1851 an der Universität Halle
- 17.10.1896 Eröffnung des Thalia-Theaters vor 125 Jahren
- 3.12.1946 Vor 75 Jahren beschloß der Landtag einstimmig die Umbenennung der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen in Provinz Sachsen-Anhalt.
- 23.12.1896 125. Geburtstag von Prof. Dr. Gertrud Schubert-Fikentscher († 24.3.1985 Halle), Juristin und hallische Rechtshistorikern, erste Frau in Deutschland auf einem juristischen Lehrstuhl

Vorgemerkt

Ausgewählte Veranstaltungen im Überblick

7.10.2020 bis 30.01.2022, Stadtmuseum Halle

Bilder gegen den Hass

Ausstellung von Berufsschülern des BBI Halle-Trotha gemeinsam mit dem Leopold Zunz e. V. und dem Programm kino PUSCHKINO

14.1.2021, 19.00 Uhr, Kunstmuseum Moritzburg Halle

Art Slam

Junge Poetry-Slammende aus Berlin, Leipzig und Halle beziehen sich in ihren Texten auf Themen und Werke der Sonderausstellung »Sittes Welt«.

Moderation: Aron Boks. Ort: Turm Halle. Kosten:

10 Euro, ermäßigt 8 Euro. Begrenzte Teilnehmerzahl.

25.9.2021, 9.10.2021, 16.10.2021, jeweils 11.00–13.00

und 14–16 Uhr, Kunstmuseum Moritzburg Halle

Fahrradtour – Auf den Spuren Willi Sittes durch Halle (Saale)

Die Fahrradtour führt zu verschiedenen Orten, mit denen Willi Sittes Leben und Wirken eng verbunden war. Dauer: ca. 2 Stunden. Begrenzte Teilnehmerzahl.

Kosten: 8 Euro (Mit dem Erwerb eines Tour-Tickets ist ein Besuch der Sonderausstellung »Sittes Welt« zum ermäßigten Preis möglich).

3.10.2021–9.1.2022, Kunstmuseum Moritzburg Halle

Sittes Welt

Willi Sitte: Die Retrospektive

Im Februar 2021 jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag des Künstlers und Kulturpolitikers Willi Sitte. Er gehört zu den national wie international bekannten Kunstschaffenden der DDR und ist zudem der umstrittenste Vertreter der Kunst dieses Staates. Die Retrospektive setzt sich mit dem zwischen den 1930er Jahren und 2005 entstandenen Gesamtwerk Sittes auseinander. Sie liefert erstmals seit 1989/90

und ohne kulturpolitische Einflussnahme einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des Werkes des exponiertesten Repräsentanten des offiziellen Kunst- und Kultursystems der DDR.

3.10.2021, 15.00 Uhr, Händel-Haus – Bohlenstube

AUTHENTISCHER KLANG

Anspiel der Orgel von Johann Gottlieb Mauer (Tegkowitz 1770) – Ekaterina Leontjewa (Halle) – Museumseintritt: 6 Euro, erm. 4,50 Euro – Teilnehmerzahl begrenzt, vorherige Anmeldung erforderlich unter ticket@haendelhaus.de oder Tel. 0345 50090-103. Reservierte Karten bitte bis 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn abholen. Danach gehen diese in den freien Verkauf. – Ausstellung »Historische Musikinstrumente«

13.10.2021, 19.30 Uhr, Händel-Haus, Kammermusiksaal

MUSIK HINTERFRAGT

Von Helden, Heiligen und falschen Propheten – Karl Altenburg (Stiftung Händel-Haus) – Ein Vortrag des Kurators der Jahresausstellung 2021 »Runter vom Sockel« – Mit freundlicher Unterstützung des Freundes- und Förderkreises des Händel-Hauses zu Halle e. V. – Eintritt frei

14.10.2021, 18.00 Uhr, Kunstmuseum Moritzburg Halle

Jüdisches Leben in Deutschland in Bildern

Gespräch mit Benyamin Reich (Fotograf) und Dr. Jule Schaffer (Kustodin der Sammlung Fotografie am Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale))

16.10.2021, 17.00 und 19.30 Uhr, Händel-Haus

MUSIK IM HÄNDEL-HAUS

AUS LIEBE – Werke von G. F. Händel, J. S. Bach, J. Crüger, F. Ph. Bötdecker u. a. – WUNDERKAMMER: Isabel Schicketanz (Sopran), Johanna Bartz (Renaissance- und barocke Traversflöte), Sarah Perl (Viola da gamba), Martin Seemann (Violoncello), Mira Lange (Cembalo) und Peter Uehling (Orgel) – Tickets: 15 Euro, erm. 10 Euro – Kammermusiksaal

31.10.2021, 15.30 und 17.30 Uhr, Händel-Haus

5. ORGEL-WANDEL-WANDER-TOUR

Anspiel der Orgel von Johann Gottlieb Mauer aus dem Jahr 1770 – In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik – Glashalle – Weitere Informationen: www.owwt.de

3.11.2021, 19.30 Uhr, Händel-Haus, Kammermusiksaal

HÄNDELS SCHÄTZE – MUSIK IM DIALOG

»Herr, wenn ich nur Dich hab« – Werke von G. F. Händel, D. Buxtehude, J. S. Bach und J. Ph. Krieger – Robert Sellier (Tenor), Elke Lange (Traversflöte), Birgit Schnurpfeil (Violine), Johannes Hartmann (Violoncello), Michael Wendeborg (Cembalo) – Das besondere Exponat: Kurfürstenbibel: »Herrn Lutheri Version ganz unverruckt«, Nürnberg 1692 (Stiftung Händel-Haus, 400104b - T) – Gesprächspartner: Karl Altenburg (Kurator Jahresausstellung 2021, Stiftung Händel-Haus) – Veranstalter: Händelfestspielorchester Halle in Kooperation mit der Stiftung Händel-Haus – Tickets: 12 Euro, erm. 6 Euro

6.11.–7.11.2021, 10.00–14.00 Uhr, Kunstmuseum

Moritzburg Halle

Körperbilder – Workshop Aktzeichnen

2-Tages-Workshop für Erwachsene. Leitung: Margarita Wenzel (Künstlerin). Begrenzte Teilnehmerzahl. Kosten: 45 Euro.

7.11.2021, 11.00 Uhr, Händel-Haus, Bohlenstube

FOCUS BOHLENSTUBE

Dialog – Ein musikalisches Gespräch zwischen Georg Friedrich Händel und Gottlieb Muffat – Flóra Fábri (Cembalo) – Tickets: 15 Euro

7.11.2021, 15.00 Uhr, Händel-Haus

AUTHENTISCHER KLANG

Anspiel der Orgel von Johann Gottlieb Mauer (Tegkwitz 1770) – In Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik Halle – Museumseintritt: 6 Euro, erm. 4,50 Euro – Teilnehmerzahl begrenzt, vorherige Anmeldung erforderlich unter ticket@haendelhaus.de oder Tel. 0345 50090-103. Reservierte Karten bitte bis 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn abholen. Danach gehen diese in den freien Verkauf. – Ausstellung »Historische Musikinstrumente«

11.9. 2021, 17.00 Uhr, Mitteldeutsches Multimediazentrum

Hallesche Sternstunde #13

Die Hallesche Sternstunde im Monat September mit dem Leiter des Planetariums Halle (Saale), Dirk Schlesier, widmet sich neben dem Herbst-Sternhimmel vor allem Neuigkeiten aus Astronomie und Raumfahrt. Im Herbst dieses Jahres soll wieder ein deutscher Astronaut ins Weltall fliegen. Eintritt frei

10.11.2021, 19.30 Uhr, Händel-Haus

MUSIK HINTERFRAGT

Poetisch-musikalische Entspannungspolitik. Barocke Heldenfiguren zwischen Klischee und Charakter – Roland H. Dippel (Leipzig) – Mit freundlicher Unterstützung des Freundes- und Förderkreises des Händel-Hauses zu Halle e. V. – Eintritt frei – Kammermusiksaal

27.11.2021, 17.00 und 19.30 Uhr, Händel-Haus

MUSIK IM HÄNDEL-HAUS

Händel auf einer Reise in England – Werke von A. Corelli, G. Muffat und G. F. Händel – El Gran Teatro del Mundo: Coline Ormond (Violine und Viola), Mirian Jorde Hompanera (Oboe), Johanna Bartz (Traversflöte), Bruno Hurtado Gosalvez (Viola da gamba), Julio Caballero Pérez (Cembalo) – Tickets: 15 Euro, erm. 10 Euro – Kammermusiksaal

5.12.2021, 15.00 Uhr, Händel-Haus

AUTHENTISCHER KLANG

Adventsmusik in der historischen Bohlenstube – Thierry Gelloz (Leipzig) – Museumseintritt: 6 Euro, erm. 4,50 Euro – Teilnehmerzahl begrenzt, vorherige Anmeldung erforderlich unter Tel. 0345 50090-103. Reservierte Karten bitte bis 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn abholen. Danach gehen diese in den freien Verkauf. – Bohlenstube

8.12.2021, 19.30 Uhr, Händel-Haus

MUSIK HINTERFRAGT (Nachholtermin für 27.1.2021)

»... habe an mich selbst aber nicht gedacht.« Der Chordirigent Carl Adolf Haßler – eine vergessene hallesche Musikerpersönlichkeit des 19. Jahrhunderts – Götz Traxdorf (Halle) – Mit freundlicher Unterstützung des Freundes- und Förderkreises des Händel-Hauses zu Halle e. V. – Eintritt frei – Kammermusiksaal

9.12.2021, 18.30–20.30 Uhr, 8.1.2021, 17.30–20.00 Uhr

Die Spur der Zeit – Aufbruch und Ernüchterung in der DDR-Literatur

Szenische Lesung mit der SPRECHBUEHNE der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Kosten: 12 Euro, ermäßigt 8 Euro. Begrenzte Teilnehmerzahl.

18.12.2021, 17.00 und 19.30 Uhr, Händel-Haus

MUSIK IM HÄNDEL-HAUS

Weihnachtsbräuche mit Doris – Weihnachtslieder und Weihnachtsbräuche aus aller Welt – Combo CAM: Friederike Merkel (Blockflöten), Viola Blache (Sopran, Barockviola), Antje Nürnberger (Barockcello), Martin Steuber (Theorbe), Barockgitarre, Laute), Babett Niclas (Harfe), Hannes Malkowski (Perkussion), Doris Meeresbüchner (Moderation) – Tickets: 15 Euro, erm. 10 Euro – Kammermusiksaal

18.12.2021, 18.00 Uhr, Landesmuseum für Vorgeschiede Halle (Saale)

Sternreich und funkelnd schön:

Die Nächte um die Wintersonnenwende

Dauer: ca. 4 Stunden, Anmeldung und Eintritt laufen über das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle (Saale)

Anlässlich der Wintersonnenwende am 21.12.2021 empfängt das hallesche Landesmuseum für Vorgeschichte das Planetarium Halle (Saale). Planetariumsleiter Dirk Schlesier wird das Publikum mit einer Vorführung zum Sternhimmel für die Erscheinungen und Besonderheiten der Nachtgestirne der Wintersonnenwende begeistern. Nach der Vorführung findet eine Abendführung durch die Sonderausstellung des Landesmuseums statt. Darauf können die Besucher durch Teleskope einen direkten Blick in die Tiefen des Äthers werfen. Und das alles bei wärmenden Getränken und bronzeitlichen Schlemmereien.

27.05.2022 bis 12.06.2022

HÄNDEL-FESTSPIELE 2022 – FESTSPIELE ZUM 100-JÄHRIGEN JUBILÄUM 1922–2022

Neben Opernproduktionen und Konzerten mit internationalen Stars der Barockmusik wird zum Jubiläum das Programm aus dem Jahr 1922 nahezu vollständig adaptiert und insbesondere von regionalen Kulturträgern dargeboten. *Auch Sie, die Besucher der Händel-Festspiele, sind gefragt. Können Sie sich an Ihre ersten Händel-Festspiele in Halle erinnern? Haben Sie andere Festspielgäste kennen gelernt, gar Freundschaften geschlossen? Welches Festspielkonzert oder welche Opernaufführung ist Ihnen am deutlichsten in Erinnerung geblieben? Die Stiftung Händel-Haus lädt Sie herzlich ein: Werden Sie Teil einer großen Erzählung über »100 Jahre Händel-Feste in Halle«! Schreiben Sie Ihre Geschichten auf und senden Sie diese unter dem Stichwort »2022« per Post an die Stiftung Händel-Haus oder an die E-Mail-Adresse 2022@haendelhaus.de. Alle Einsendungen werden unter dem Motto »2022« für das Festspielarchiv gesammelt, über soziale Netzwerke geteilt oder mit Hilfe anderer Formen für die Kulturberichtserstattung aufbereitet. Eine Auswahl findet in der Jahresausstellung 2022, die bereits zu Händels Geburtstag im Februar 2022 eröffnet wird, einen Platz.*

Aufgrund der weiterhin bestehenden organisatorischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Corona-Epidemie wurde auf einen umfangreichen Veranstaltungskalender verzichtet. Die aktuellen Ankündigungen von Veranstaltungen bitten wir, der Tagespresse oder auf der jeweiligen Internetseite der Veranstalter zu entnehmen. Wir danken für ihr Verständnis. Alle unter »Vorgemerkt« aufgelisteten Veranstaltungen beruhen auf Angaben der Veranstalter. Es wird keine Haftung übernommen.

Die Redaktion dankt den Autorinnen und Autoren für das Zustandekommen des Themenheftes. Alle Beiträge und Abbildungen wurden unentgeltlich zum einmaligen Abdruck zur Verfügung gestellt. Zudem dankt die Redaktion allen Beteiligten, die zum Gelingen dieses Heftes beigetragen haben. Darüber hinaus danken wir Dr. Ursula Wohlfeld für die mühevollte Arbeit des Korrekturlesens.



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

halle saale*
HÄNDELSTADT

Impressum

ISSN 2700-2136

Herausgeber: Stadt Halle (Saale) – der Oberbürgermeister

V.i.S.d.P.: Pressesprecher Drago Bock

Redaktion: Geschäftsbereich Kultur und Sport, Tel.: (0345) 221-31 08, E-Mail: uwe.meissner@halle.de, Dr. Uwe Meißner

Ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Platzersparnis wird das generische Maskulinum verwendet; selbstverständlich sind damit, wie in der Vergangenheit, immer auch weiterhin alle Geschlechter angesprochen.

Bildnachweis

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Foto: Gunnar Preuß (*Titelseite*); Thomas Ziegler, Stadt Halle (Saale) (S. 1, 2, 13 oben, 77, 123); Cornelia Zimmermann (S. 5); Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Geheimer Rat, Rep. 52 Herzogtum Magdeburg, Nr. 159 K 1b (S. 6); Stadt Halle (Saale), Stadtmuseum (S. 10, 11); Jüdische Gemeinde (S. 12); Karsten Mettendorf (S. 13 unten); Marienbibliothek (S. 16/17, 18, 19); Stadtarchiv Halle (Saale), Gottfried Riehm (S. 22); Stadtarchiv Halle (Saale) (S. 27, 28, 31, 32); Großer Berlin, Foto: Gottfried Riehm (S. 33); Werner Schönfeld (S. 34); Stadtarchiv Halle (Saale) (S. 35); Constanze Wandt-Ptaszcynski (S. 36); Stadtarchiv Halle (Saale), A 2.47 2 D 10, Bd. 3 10 (S. 38); Sammlung Uwe Meißner (S. 39, 121); Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Rep. A 5 Nr. 722a, fol. 1r (S. 42); Stadtarchiv Halle (Saale), A 2.47 2 D 10, Bd. 3 006 (S. 44); Stadtarchiv Halle (Saale), Fotosammlung (S. 45 links); Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Foto: Andreas Stahl (S. 45 rechts); Stadtarchiv Halle (Saale), A 2.47 Kap. 2 Abt. G Nr. 29 Bd. 1, 43 (S. 47); Stadtarchiv Halle (Saale), Fotosammlung (S. 48); Stadtarchiv Halle (Saale), A 2.47 2 D 10, Bd. 3 008 (S. 49); Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Foto: Gunnar Preuß (S. 50, 52); Stadtarchiv Halle (Saale), Nachlass Motzkus (S. 54); Vereinsarchiv Hala Salensis e.V. (S. 58, 59 links und rechts); Universitätsarchiv Halle-Wittenberg (UAHW), Rep. 4 Nr. 1737, unpag. (S. 71); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: MOMK21986, Foto: Jakob Adolphi, Halle (Saale), 2014, kenom.de (CC BY-NC-SA 3.0 DE), <http://hdl.handle.net/428894.vzg/766d1efc-9102-466d-8e3b-4b635ac2b2be9> (S. 75); UAHW, Rep. 401, C3 (S. 78); Jo Schaller (S. 82); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: LGKHWEM000040, Foto: Klaus E. Göltz (S. 85); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: LGKHWEM00007-09, Foto: Klaus E. Göltz (S. 86); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: MOKHWEM00162, Foto: Punctum/Bertram Kober (S. 89); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Hans Finsler, 1931 (S. 94); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Hans Finsler, 1929/30 (S. 95); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Hans Finsler 1931 (S. 96); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Christoph Sandig, 2018 (S. 97); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Ulf Dräger, Halle (Saale), 2021 (S. 100); Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–1977. Abriß im Auftrag des Rektors. hrsg. v. Hans Hübner. 2. verb. Aufl. Abb. 57 (S. 111); Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Zentrale Custodie (MLU-M 50), Foto: Reinhard Hentze (S. 112); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Foto: Nachlass Walter Danz (S. 114); Archiv und Sammlung Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Foto: Joachim Blobel (S. 116); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: MOMK22343, Foto: Justine Halling, Halle (Saale), 2013, kenom.de (CC BY-NC-SA 3.0 DE), <http://hdl.handle.net/428894.vzg/ea4dee80-4ae4-488f-be3a-97853c272869> (S. 124); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: MOMK25828, Foto: Justine Halling, Halle (Saale), 2013, kenom.de (CC BY-NC-SA 3.0 DE), <http://hdl.handle.net/428894.vzg/cb4daf92-ff3e-4777-a83c2251e31187f2> (S. 125 links); Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale), Inv.-Nr.: MOMK22342, Foto: Justine Halling, Halle (Saale), 2013, kenom.de (CC BY-NC-SA 3.0 DE), <http://hdl.handle.net/428894.vzg/53cd2f3a-2882-4def-bb47-d2fdd750779f> (S. 125 rechts); UAHW, Rep. 40 V, Nr. 2946 (S. 127); Stadtarchiv Halle (Saale) (S. 134); Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) (*Rückseite*)

© 2021, alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren

Redaktionsschluss: 31.08.2021

Änderungen vorbehalten.

Das ganze
Programm
unter [www.
jkt-sachsen-
anhalt.de](http://www.jkt-sachsen-anhalt.de)

JÜDISCHE KULTURTAGE

IN SACHSEN-ANHALT

Im Herbst 2021 und Frühling 2022 finden die ersten
Jüdischen Kulturtage in Sachsen-Anhalt statt.

BEGINN:

21. SEPTEMBER 2021

Sukkot XXL

26. SEPTEMBER 2021

Eröffnungsveranstaltung
in Halle (Saale)

**Jüdische
Kulturtage**
Sachsen-Anhalt

www.jkt-sachsen-anhalt.de | www.facebook.com/jktsachsenanhalt



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken



Von Max Privorozki 2002 vor der Auktion geretteter Chanukkaleuchter.

Der Leuchter wurde von S. Friedländer & Sohn zur Einweihung der Synagoge am Großen Berlin 1885 gestiftet und war 1938 in der Pogromnacht aus der Synagoge entwendet worden.